Zeitschrift: Verhandlungen des Grossen Rathes der Republik Bern

Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern

Band: - (1833)

Rubrik: Ordentliche Wintersitzung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

rhandlung

des

Rathes Bern. der Republif

Bern, den 19. November 1833.

(Micht offiziell.)

Erffe Sikung.

Montag den 18. November.

Prafident: Berr Landammann Simon.

Der verfaffungegemäß gur ordentlichen Winterstung verfammelte Große Rath eröffnete feine Sigung am 18. November Vormittags halb 10 Uhr. Nach Verlefung der Namen der Mitglieder durch Hrn. Staatsschreiber May, wobei viele ihre Abwesenbeit schriftlich entschuldigen, tritt Hr. Landammann mit folgender Rede auf:

Nach Ereigniffen, beren gludliche Löfung wir Gott und bem fraftigen Willen bes fchweizerischen Bolfes verdanfen, versammelt sich der Große Rath der Republik Bern zum drittenmal

in feiner gewöhnlichen Winterfigung.

Die bergestellte Rube follen nun die Stellvertreter bes bernischen Boltes benuten, um durch freisinnige, gut überlegte Gefete, durch administrative, auf das Wohl Aller berechnete Beschlüsse, unsere Mitburger in geistiger hinscht zu heben und ibren Wohlstand ju fleigern.

Die Aushebung zweier Wegenstände wird genügen, die Wich-

tigfeit der Ihnen bevorftebenden Arbeiten ju begrunden.

Ein wohlgeordnetes Gemeindewesen ift in jedem Staate erftes Beding des Wohlfeins der Staatsburger. — Bon besonderer Wichtigfeit aber find diese Einrichtungen in Republifen.

Im Wirkungsfreise des Gemeindewesens lernt querft der Staatsburger fich in republikanische Formen fugen, dort bezeichnet die öffentliche Meinung die Manner, denen später die boch-

ften Guter anvertraut merden follen.

Mit nicht minderm Intereffe werden Gie den Entwurf Befetes zur Gründung einer Hochschule berathen. — Söhere geiftige Bildung wird dadurch jedem Stande und jedem Bermogen juganglicher, und die Liebe ju den Wiffenschaften geweckt. Aber auch auf den ersten Unterricht wird sich Ihre Sorgfalt ausbehnen, denn nicht mehr in weiter Ferne liegt das allgemeine Schulgesetz.

Dem Landammann liegt die Aufsicht über den Gang der Indem ich nun die Shre habe, Ihnen Staatsverwaltung ob. über die Erfüllung diefer Pflicht Bericht su erftatten, gereicht es mir jum mahren Bergnügen, Ihnen, Sgo., anzeigen ju tonnen, daß mit unverdroffenem Gifer in beinabe taglichen Sibnn= gen der Regierungerath die große Bahl der ihm obliegenden Beschäfte besorgte. -- Nicht geringen Zuwachs erhielten dieselben noch durch die diesjährigen außerordentlichen Ereigniffe.

Eine durch die Umstände nothwendig gewordene einstweilige Befoldungserhöhung wird Shrer Beftätigung unterworfen werden. Im übrigen blieben die Beschluffe und Berfügungen der vollziebenden Behörde in dem Wirfungefreise, so ihr durch die Berfaffungen oder die Schlufnahmen des Großen Rathes angewiesen wurden. Die besondern Leiftungen des Regierungsrathes und seiner Departemente wird der Sochgeachtete Berr Schultheiß Ihnen vortragen.

So lagt uns denn, Sgh., zahlreich versammelt in acht frei-finnigem Geifte, das Wohl unferes Baterlandes berathen, ruckfichtlos nur das Gange in's Auge fassen und die eigenen Ansichten vertheidigen, ohne gegen die Achtung zu fehlen, die wir auch entgegengesetzen schuldig find. Denn nur da ift mabre Freiheit, wo jede Ueberzeugung sich ohne Scheu ausspricht.

Die Veränderungen dieses Nathosaales, um einer größern Babt unseren Mitburger den Butritt zu unsern Berhandlungen zu gestatten, follen uns erinnern, daß Deffentlichkeit derselben die Rechte des Bolfes wie die Befugniffe der Regierung fichern, und daß nachft Gott und unferm Gewiffen wir auch unfern Mitburgern für unfere Beschluffe verantwortlich find.

Ich erkläre, Sas., die gewöhnliche Wintersitzung des Gro-fen Rathes der Republik Bern eröffnet.

Die Sitzung ward darauf für eröffnet erklärt, und Sr. Schultheiß v. Lerber ergreift das Wort, um im Namen der Regierung folgenden Bericht über die bisherigen Arbeiten und Geschäfte des Regierungsrathes ju erstatten.

"Auf den an mich geäußerten Wunsch des herrn Landammanns, daß dem Großen Rath ein Bericht über den Gang der Staatsverwaltung seit dem 1. Jenner dieses Jahres bis gegenwärtig erstattet werden möchte, habe ich es versucht, Ihnen, Hab,, wenigstens eine gedrängte Uebersicht der wichtigsten Arbeiten vorzulegen, welche die Regierung in dem zurückgelegten Theil des laufenden Jahres beschäftigt haben. Da ich mich aber wie gen der niesen andern Geschäfte und einer Krankbeit nur in gen ber vielen andern Beschäfte und einer Rrantheit nur in ben letten zwei Abenden mit diefer Arbeit beschäftigen fonnte, fo darf ich hoffen, daß Sie die Unvollftändigkeit derfelben gutigft entschuldigen wollen. Mangel an Zeit und Mangel an vollftändigen Notizen von Seite der Departemente mußten es mir unmöglich machen, einen ausführlichen Bericht über eine fo große Zahl von Geschäften abzufassen.

Daß der Regierungsrath feinen Arbeiten eine unermudete Thätigkeit gewidmet hat, werden Sie, Hoh., schon daraus ent-nehmen, daß er im Lauf dieses Jahres, mit wenigen Ausnah-men, alltäglich fünf- bis sechsstündige Sitzungen hielt, und sich mabrend den Grofrathefigungen neben den Departementefigungen auch noch stets des Nachmittags versammelte.

Bu den wichtigften Geschäften welche von dem

diplomatischen Departement

vorberathen werden mußten, und mit denen fich der Regierungs. rath ju beschäftigen batte, find vorerft ju gablen :

Die eidgenöffischen Ungelegenheiten. Unter diefen waren die verschiedenen Vorschläge einer Bundesurkunde ein Gegenstand, der sehr viele lange und schwierige Vorberathungen erforderte. Wenn diese Arbeit, mit welcher sich der Große Rath felbft in mehreren Sinungen beschäftigte, ohne den gewünschten Erfolg geblieben ift, fo ift doch zu hoffen, daß fruher oder fpater Mehreres des Guten, das in diefen Borfchlagen lag, beffere Anerkennung bei allen Gidgenoffen finden werde.

Das unvorherzusehende, unerwartete hereinkommen von einem Theil der in Frankreich aufgenommenen Polen auf unser Gebiet, allwo fie alfobald durch die Sperren aller Nachbarftaaten, und

felbst unserer Mitstände eingeschlossen wurden, verursachte dem Regierungsrath, und besonders dem diplomatischen Departement, sehr viele Beschäftigung, sowohl für die Berpflegung derselben, als für die mannigfachen Unterhandlungen, welche für die Möglichkeit ihrer Entfernung geführt wurden. Durch großmüthige Opfer des Staats und einiger anderer Kantonsregierungen, wie Genf, Waadt, Zürich, Luzern, St. Gallen, so wie durch die wohlthätigen Privatsteuern, welche durch das Centralhülfscomité eingegangen sind, konnte bis jest der nötbige Unterhalt dieser Unglücklichen täglich zu 6 Bh. per Mann gesichert werden.

Den Beschlüssen des Großen Rathes zufolge wurde nichts vernachlässig, um durch thätige Unterhandlungen einen freien Abzug für diese Flüchtlinge zu erhalten. — Ein besonderer Bericht über diese Angelegenheit wird Ihnen, Ogh., vorgelegt werden, und Sie werden daraus entnehmen, daß die in Frantfurt angehobenen Unterhandlungen nur Schwierigfeiten und kein günstiges Resultat dargeboten haben, daß aber die französische Regierung aus freundschaftlichen Gesinnungen den Wünschen des Großen Rathes auf eine verdankenswerthe Weise entsprochen und den freien Durchpaß durch Frankreich, nach England, Portugal, Algier oder Egypten mit Uebernahme der Kosten gestattet hat.

Ueber die Verhandlungen der Tagfagung und die sowohl mit dem Vorort als mit unsern Gesandten geführten Korrespondengen, werden die Aften dem Großen Rathe vorgelegt werden.

Die Begebenheiten, welche den Landesfriedensbruch in den Kantonen Schwyz und Basel veranlaßten, nahmen auch die Zeit des Regierungsrathes in großem Maaße in Anspruch. Die Regierung glaubt in diesen schwierigen Augenblicken alles dassenige gethan zu haben, was die Erfüllung der Rsichten unseres Standes gegen das gemeinsame Baterland, die Ehre der Republik und die Handhabung der Ruhe im Innernerforderten. Sie darsich dem Bewußtsein überlaßten, daß sie in dieser hinsicht nichts vernachlässigt hat. Wir durfen uns, Hgh., freuen über die Baterlandsliebe, über den Eiser und den edlen Geist, mit welchen unsere Truppen zur Aufrechthaltung ihrer Freibeit und derzenigen des schweizerischen Bolkes unter die Wassen getreten sind. Wit durfen uns freuen, daß durch den Geist der schweizerischen Nation die Anschläge ihrer Feinde vereitelt worden sind, und die gute Sache, statt zu verlieren, an Kraft gewonnen hat.

Obschon diese obengenannten Angelegenheiten der Regierung einen großen Theil der Zeit entrissen, welche auf die vielen Bedürfnisse der inneren Administration hätte verwendet werden können, so ist jedoch für diese Lettere durch unermüdete Arbeit vieles geleistet und für die Berathungen des Großen Nathes vorbereitet worden; so z. B.

im Sache ber Finangen

ein Gesetsvorschlag über den Lostauf der Zehnten und Lebengefälle.

- " " über die Stempelabgabe.
- " " über die Salpetergewinnung mit Aufhebung des bisherigen verhaften Zwanges.
- " " über die Errichtung einer Kantonalbank.

Diefe zwei lehtern Borfchlage find bereits von dem Großen Rath jum Gefet erboben worden.

Ein Projekt Organisationsreglement für die Nationalbank.

Ein Gefet über die Organisation der Finanzverwaltung in den Amtsbezirken, über die Aufftellung der Amtsschaffner und eines Oberschaffners.

Die Ginführung diefer Organisation im gangen Kanton mit Ernennung der Beamten.

In Betreff der Militartaffa, die Uebernahme und Ginfübrung der diretten Bezahlung durch das Finangdepartement.

Revifion aller Bollbeamtungen und deren Befoldungen mit neuer Ernennung der Beamten.

Im Forstwesen, mehrere Verbefferungen diefer Verwaltung.

In Betreff der Kapitalien im Auslande, die Umlegung der ameritanischen Fonds, neue Geldanwendungen in verschiedene Konds. In Betreff ber burch das Gefet gestatteten Umwandlung der Zehnten in fige Geldleiftungen, die Regulirung aller dafür erforderlichen Bortebren.

In Betreff der von dem Staat übernommenen Posten wurden durch die kluge und thätige Leitung der Postverwaltung mehrere wesentliche Verbesserungen und Vortheile erzielt. Sine neue besonders vortheilbaste Verbindung mit dem Großberzogthum Baden wurde nehst mehrern andern neuen Postverträgen abgeschlossen. Durch eine allgemeine Revision der Tarife sind große Erleichterungen für das Publikum eingetreten, und die gemachten Veschwerden über die bisherige Unbilligkeit und Willkür sind gehoben. Für die Erleichterung des Versehrs, für die Unnehmlichseit der Reisenden durch bestrete Bagen, durch Verminderung des Wechsels der Autschen zwischen Lausanne und Verminderung des Wechsels der Kutschen zwischen Lausanne und Vern, durch angemessene Einrichtung des neuen Posthauses ist in der kurzen Zeit vieles gethan worden.

Dag das Postwesen ungeachtet aller Verbefferungen fur den öffentlichen Dienst in finanzieller hinficht gut geleitet worden sen, mag der Große Rath aus folgenden Ergebniffen beurtheilen.

Zusammen 156,000 L.

Wenn also der reine Gewinn für das vierte Quartal auch nur 43,500 L. abwirft, welcher Ertrag mahricheinlich ift, so wird sich der Gewinn des Staats auf den Posten für dieses Jahr auf 200,000 L. ansteigen.

Bon denjenigen wichtigern Geschäften, die von dem

Departement des Innern

vorberathen, und an die oberen Behörden gewiesen oder direkt erledigt worden find, merke ich bier folgende:

Gefet über bas Wirthschaftswesen, — über den Leinwandhandel, — über Prämien für Flachs- und Hanffultur.

Diefe drei Gefenesvorschläge, wovon derjenige über das Wirthschaftswesen lange und forgfältige Berathungen im Regierungerath veranlaßte, find bereits von dem Großen Rath zum Geset erhoben worden.

Ein Gesegesentwurf über die Organisation und Besugnisse der Gemeindsbehörden wurde vom Regierungsrath und XVI. unter mehreren Malen mit derjenigen Sorgsalt und Umsicht vorberathen, welche die Schwierigkeit des Gegenstandes erfordert. Dieser wichtige Gesegesentwurf liegt nun unter den zu behandelnden Gegenständen des Großen Raths.

Ein Gefegesentwurf über die Versicherungsanstalt der Gebaude ift gedruckt gur Behandlung des Großen Rathes.

Ein Gesetsvorschlag über die Konzessionen der Gewerbe, im Sinne einer größeren Freiheit, liegt jur Borberathung bei dem Regierungsrath.

Ein Gesehesentwurf über das Tellwefen, ein gleicher über die hinterfäßgelder sollen mit nächstem dem Regierungsrath zur Vorberathung vorgelegt werden.

Borfchläge über die Aufhebung der Landsaffenkorporation find vor dem Regierungsrath vorläufig behandelt und Preisfragen barüber ausgeschrieben worden.

Ein Beschluß des Regierungsraths hat das bisher für zwei Fabrifen bestandene Monopol der Schroot- oder Lumpensammtung für die Papierfabrifation aufgehoben, indem ein solches Vorrecht mit der Verfassung unverträglich war.

Die Errichtung einer Staatsapotheke für die öffentlichen Krankenanstalten des Kantons ift von dem Großen Nath zum Gesetzenben worden, und der Regierungsrath hat dem Departement des Innern die zur Beschleunigung dieser Anstalt nöthigen Borkehren anbefohlen.

Für das schöne Wert der Entsumpfung des Seelandes sind einige vorbereitende Schritte gegen die betheiligten Kantone gethan worden. Sine Konferenz hatte mit Frendurg wegen Ausmarkung des großen Mooses flatt, und es ist zu hoffen, diese seit Jahrhunderten bestandene Schwierigkeit werde gehoben werden können.

Ueber die Errichtung von Filialspitälern auf dem Lande sind dem Regierungsrath Borträge angefündet. Der nöthigen Berbesserung der sämmtlichen Krankenanstalten wird überhaupt die verdiente Ausmerksamkeit geschenkt. Durch die Sammlung aller möglichen Notizen über den Zustand dieser Anstalten, und die Untersuchung anderer Kantonalanstalten dieser Art, in Lausanne und Genf, zu welcher das Departement des Janern beauftragt wurde und die auch statt hatte, wird das nöthige Licht über die zu treffenden Verbesserungen verbreiten werden.

Juftig und Polizei.

Bon diesem Departement find dem Regierungerath vom 1. Jenner bis jum 1. Oftober 663 Geschäfte mit Berichten vorgelegt worden.

Im Sache der Gefengebung murden bearbeitet und erlaffen:

Ein Defret über die Aufbebung der bis dahin von dem Obergericht bezogenen Siegelgelder.

Ein Defret über das Berfahren bei Widerhandlungen gegen ben Emolumententarif.

Gin Defret über Bestimmung bes Berichtstandes fur Be-fcmerben ber Gemeinden gegen Arme.

Sin Defret über Trennung des Juftig. und Polizeidepartements, für deffen Bollziehung auch die gehörige Organisation veranstaltet wurde.

In Betreff der Amtenotarstellen hatte eine Bervollftandigung in allen Bezirten ftatt.

In Ausführung der neuen Organisation der Amt- und Amtsgerichtschreiberei hatte die Untersuchung der Bewerbungen für Diese Stellen und die Ernennung aller Beamteten fatt.

Administratioftreitigkeiten murden entschieden . . . 17. Klagen gegen Gerichtsstellen und Beamte und über richterliche Berfügungen murden behandelt 50. Begnadigungs - und Bufnachlaßbegehren murden dem

Unter den für einen Theil noch auszustehender Strafen gestatteten Nachlässen verdient namentlich bezeichnet zu werden, der
dem für seine Lebenszeit eingeschlossenen Nifolaus Baumgartner
gestattete Nachlaß seiner übrigen Einschließung. Dieser unglückliche, nicht für große, aber für mehrmals bei seinen Entweichungen wiederholte Diebstähle, schon seit bald 20 Jahren eingeschlossen Wensch ist von dem Obergericht selbst zur Begnadigung
empfohlen worden, und sein Gesundheitszustand hätte es ihm nicht
erlaubt, ohne Verlust seines Lebens länger in einem Kerker eingeschlossen zu bleiben. Seine Freibeit wurde ihm unter der
Bedingung gegeben, daß er die Schweiz für sechs Jahre verlassen werde, und es ist zu hossen, daß sein langiähriges gutes
und reuevolles Betragen, und seine ausgezeichneten mechanischen
Talente ihm ein glückliches Fortsommen verschaffen werden.

Bebandelt wurden ferner:

Aus	lieferung	gsantr	äge	• 6 0		€,		•	•		23,
Dis	pensation	nsbege	hren	in El	efache	n	•		٠	٠	19.
Ung	eordnete	Fish	alunte	rsuch	ungen	in	Krimin	al-,	Ju	tiz-	
	und Po	lizeifä	Uen				•	٠		٠	12,
Ber	schollenh	eits - 1	und A	Nittel	extrad	ition	sbegehr	en	٠		66.
Beg	ehren z	u Lieg	ensch	afts =	und	Pfo	indrecht	serwe	rbıyı	gen	
	für Mi	chtfan	tonsa	ngehö	rige		•	•	•		50,
Gef	prochene	Belot	nung	en fü	r Lebe	engre	ttungen	•			9.
	rgebung				•	•	•	•	٠	*.	6.
Ming	eige vor	ung	lücksf	ällen	(Tot	tgef	undene,	Ertt	unfe	ne,	
1	Selbstn	<i>iörder</i>	u. d	gl.)			•,	•	٠	•	62.
Lott	teriebegel	bren			•	٠	•				10.
Mie	derlassun	a und	Tole	rangb	cwillia	unge	en .	٠			72.
	gerrecht							e			14.
- ***	•										

Der Gesetgebungskommission sind von dem Regierungsrath mehrere Aufträge zur Vorbereitung der nöthigen Vervollständigung und Verbesterung unserer Sivil- und Kriminalgesetzgebung ertheilt worden.

Ein Bericht dieser Kommission über die Gründe für oder gegen die Beibehaltung des Maternitätsgrundsates in unserer Gesetzebung ift an den Großen Rath abgegeben worden.

Militar = Departement.

Auf den Borfchlag diefes Departements wurden in demfelben 4 Commissionen organisirt und besetzt, als:

Zeughaus - Commission, Militär - Schul-Commission, Werbungs - Commission, Alcidungs - Commission.

In den 8 Militar-Areisen wurden Ariegs-Commissars ernennt, deren Wirfsamfeit und Nuten sich bei den letten Truppenbewegungen bereits bewährt haben.

Für die acht neu errichteten Marsch-Bataillone, so wie für die Marsch-Compagnien des ganzen Cantons wurden die Compagnie-Mödel ausgesertigt.

pagnie-Nödel ausgesertigt. In der Stadt Bern wurde eine Bürgerwache fo wie ein

akademisches Freicorps gebildet und bewaffnet.

Die Organisation einer Stadt-Legion wurde bearbeitet, vom Regierungsrath genehmigt und die erste Compagnie derselben wird fich nächstens bekleiden und vom Zeughaus bewassnet werden. Der Zweck dieser Errichtung ift besonders die Vermeidung von Garnisonsvermehrungen, in Fällen eines unerwarteten Bedürfnisses für ftarkern Militärdienst in der Hauptstadt.

Eine vom Regierungsrath fanktionirte Allarm-Ordnung für bas Zeughaus murde erlaffen.

Eine Inspektion der Bürgerwache des ersten und eines Theils des 2ten und 3ten Kreises, wurde durch herrn Oberstlieutenant Straub abgehalten und darüber ein befriedigender Bericht erstattet.

Bur Revision des Amtsichünenwesens wurde eine Commission niedergefest, von welcher das Ergebnis ihrer Arbeiten erwartet wird.

Als Borarbeit für die zur Revision unseres Militärwesens vom Großen Nath niedergesetzte Commission werden im ganzen Canton Tabellen aufgenommen, um zu vernehmen, welche Auszüger, Reservissen und Landwehrmänner unverheirathet, verheirathet oder Wittwer sind, und ob beide letztern Classen, wie haben oder nicht. Aus diesen Tabellen wird sich ergeben, wie viele junge ledige Männer im Canton militärfähig sind.

Bon dem Regierungsrath wurden folgende Offiziers brevetirt :

	Overstl.	Hauptleute	Oberl	. 1. Unterl.	2. Unterl
Auszüger	1.	4.	5.	13.	24.
Referve	"	1.	2.	,	13.
Landwehr	1.	22,	43.	92.	61.
Burger-Wache	!				
Marsch-Comp.		69.	88.	76.	67.
Also wur	den in 2	llem brevetir	584	Offiziere.	

Un Kriegsgeräthschaften wurde dasjenige angeordnet, mas burch das Budget autorifiert war, nebst welchem auch noch 250000 Flinten-Patronen verfertiget wurden.

Bei ben flatt gehabten eidgenögifchen Truppen-Aufgeboten ftellte ber Canton, mit allem Mothigen verfeben, ins Reib :

itui	e det Entiron/ mit anem 21	inibit	ien v	erleden	/ 111	o Acto	•
	Compagnien Dragoner					Mann	124
	Sappeur-Compagnie .			•		"	74
	Artillerie-Compagnien .	•		•	•	77	495
	Scharfschüßen Compagnien		•	•		17	195
6	Infanterie-Bataillone .		•	•	٠	22	4652
						M	

Nebft dem war auch als Borsichtsmafregel das 8te Bataillon, jedoch nur fur turze Zeit unter die Baffen gestellt worden.

Zu Erleichterung der Auszüger wurden Anfangs diese Jahres Compagnien aus den Landwehr-Marsch-Bataillonen in Garnison und Instruktion gezogen. So wie es die Umstände zu erlauben schienen, wurde die Garnison von 3 auf 2 Compagnien vermindert, und zwar so, daß dieselbe mit Inbegriff der Rekruten in allem 300 Mann nicht überstieg.

Ariegsgerichtliche Urtbeile für Infubordinationsfehler, Un-fliftung und Anstleiben bei Aufgeboten murden 7 gefällt.

In die Inftruftion murden einberufen:

Hudzüger-Infantenie-Compagnien 10. Landwehr-Marsch-Compagnien 10.

Cadetten 34.

Refruten aller Baffen 1021 Mann.

Gine Ersparnif von L. 3400 zeigt fich in der Nichteinberufung ber 2ten Artillerie-Compagnie, welche in den eidgenöffischen Dienft trat.

Die Frühlings-Vormusterungen in allen acht Kreisen, und die Aushebung der Ergänzungs-Refruten giengen in bester Ordnung vor fich, desgleichen die Frühlings - und Berbst-Landwehrtrullen.

Freiwillige in den Amtsbezirken Thun, Burgdorf, Interlacken und Mydau zeigten großen Gifer gu Baffenübungen mit den dort aufbewahrten Ranonen.

Mis Verfügungen des Regierungsraths, deren Rupen fich

hoffentlich bewähren wird, fonnen angeführt werden :

Die Verantwortlichmachung der Corps für die ihnen für ben eidgenöffischen Dienst übergebenen Wegenstände.

Die Errichtung einer Bibliothek zum Unterricht der Goldaten

in den Abendftunden.

Die Ginführung einer Turn. und Schwimmanftalt, die jedoch in diesem Jahr noch nicht gang in's Leben trat.

Die Einführung monatlicher Militär-Predigten, durch einen

Reldprediger.

Die Errichtung eines Waffendepots im Sten Rreis, damit fich die dortige Landwehr in billigem Preis bewaffnen fonne.

Im Militärspital ift herr Doftor Schneeberger an die Stelle bes herrn Doftor Lug jum Garnisonsarzt ernannt worden, und über die in diefer Unftalt anzubringenden Berbefferungen ift eine Untersuchung anbefohlen.

Erziehungs Departement.

Ein Entwurf fur die Errichtung einer Sochschule und eines höhern Gymnasiums ift bearbeitet, von dem Regierungsrath mit Sorgfalt vorberathen worden, und wird nun dem Großen Rath jur Behandlung vorgelegt.

Un der biefigen Literarschule find mefentliche Berbefferungen angeordnet worden, wie die Ginführung des combinierten Fachsund Claffenfustems, an Plat des bisherigen einfachen Claffenfnftems.

Die Elementarschule ift neu organifirt und ihr ein Direftor

vorgesest worden.

Ein von der fleinen Landschul-Commission bearbeitetes und nun auch von der Großen Landschul-Commission vorberathenes allgemeines Schulgeset wird nun auch zu seiner ferneren Ausarbeitung so viel möglich befördert werden.

Ein Reglement für die Organisation der Normalschullehrer-Unstalt in Münchenbuchsee, wurde vom Regierungsrath genehmiget , und diese Unftalt organifiert.

Auch in diesem Jahr sollte ein Fortbildungs-Eurs fur Schullebrer abgehalten werden, diefer wurde mit erfreulichem Erfolg veranstaltet durch herrn Fellenberg in hofwol, welchem dann die daherigen Roften auf Ermächtigung des Regierungeraths aus bem Departemental-Eredit vollftändig vergutet worden find.

Ein Lehrbuch fur die Bolfsichulen murde mit einem Breife von L. 300 gefront, und wird nachstens eingeführt werden, ein Gefangbuch fur die Schulen liegt in Untersuchung. Die Bearbeitung einer zwedmäßigern Rinderbibel und einer Schnlfarte über unfer Baterland ift eingeleitet.

Bedeutende Steuren find dem Land ju Schulhausbauten, ju Errichtung und Ausdehnung von Commer - und Madchen-Arbeits. schulen ertheilt morden, fo wie auch zahlreiche Unterflütungen an Lehrmitteln für die Schulen und ju Grundung und Ermeiterung von Bibliothefen.

Ueber den Buftand ber fatholischen Schulen murden direft von den Pfarrämtern Berichte eingezogen, und den darin geschil-Derten Mangeln und Bedurfniffen im Schulwefen fo viel möglich abgeholfen.

Im allgemeinen ift sowohl von dem Erzichungs-Departement als vom Regierungsrath die größte Aufmertfamfeit und Thatigfeit auf alles dasjenige verwendet worden, mas gur Berbefferung der Volksbildung beitragen fonnte.

Bau Departement.

Unter den Arbeiten diefes Departements find gu bemerfen: Hochbau.

Die Abfaffung eines Programs für ein Staatsgebaude in ber großen Lucte neben dem Rathhaufe, welches Programm nebft einem Situationsplan mit einer Preisausschreibung publigiert murde.

Die Ginrichtung des fogenannten nagelihauses gur Aufnahme der Gerichts - und Polizeibehörden, und des Regierungsstatthalters.

Der genehmigte Project einer bolgernen Brucke über die Nare in den Altenberg.

Der Bau eines Gebäudes für das anatomische Theater.

Der Antrag ju Ginrichtung von 4 Befangenschaften fammt Bächterwohnung im St. Johansenkornhaus.

Die beendigte Erhöhung und Vergrößerung der Ringmauer um das Zeughaus, ju mehrerer Sicherstellung deffelben.

Der Bau einer neuen Fagade des Bofthaufes gegen die Metgergaffe, und beffere Ginrichtung diefes Gebäudes.

Die Bauten für die neue Einrichtung des großen Rathsfaales. Die Einrichtung der Wohnung des Salzmagazinsverwalters, in der Nähe des Salzmagazins.

Die Beendigung der fteinernen Brücke über das Schwarzwaffer. Die Beendigung des lepten Theiles der Bauten des neuen Buchthauses.

Einige genehmigte Bauten im Schloß Münchenbuchsee für das Schullehrerfeminar.

Plane und Devise fur ein neues Pfrundhaus gu G'fteig bei Saanen.

Strafen - Bau.

Aufnahme und Bearbeitung der Plane über drei verschiedene Richtungen für die Strafe langs dem linten Ufer des Thunerfee's, mit Fortsetjung der Buchtlingbarbeiten oberhalb Darligen.

Fortsetzung der Strafenarbeiten zwischen Munfter und Court. Beendigung der Arbeiten der 1832 begonnenen neuen Straffen. anlage zu Worb.

Entwürfe und Antrage ju einer neuen Straffenanlage durch die Felfenschlucht des Bichon von Belletan durch Petit - Bal auf Untervillier, als Berbindungeweg der daran liegenden Gemeinden, und ju vortheilhafterer Exploitation der dortigen Staatswaldung.

Plane und Devise zu Refrififation der Strafe zwischen Buig und Boncourt und der Strafe bei Grandcourt im Amtsbezirk Pruntrut.

Unterhandlung mit den betreffenden Gemeinden wegen Landentschädigung, ju Unlegung einer neuen Strafe langs dem linten Ufer des Bielersee's zwischen Biel und Neuenstadt.

Borarbeiten gur Reftififation des Strafengugs am Banet in Berbindung mit dem Stand Baadt.

Planaufnahme über eine neu anzulegende Strafe von Thun über Oberhofen nach Unterseen.

Borschläge zu Berbefferung des Straffenzugs von Saanen auf die Saanenmöbfer.

Vorschläge zur Umgehung des Ramisberges, so wie der Blindenbach - und Fuhrenflüze im Ume Trachselwald.

Genehmigter Antrag ju Ertheilung einer Steuer von 2. 4000 an die Gemeinde Eggimpl ans dem Credit des Regierungsrathes für Erbauung einer Brucke über die Emme und Anlage eines Wegs langs bem Buchrain.

Augenscheine und Berathungen über eine neue Straffenrichtung von Gumminen bis Murten, nirgende über 5 pet. Gefall.

Untersuchung, ob nicht vor der Wafferscheide von Juchlishaus eine gerade und flache Richtung oberhalb von der Gumminenbrücke bis gegen das Murtenhoit, links der bestehenden Straße gefunden werden fonnte.

Berbindungsstraße mit dem Emmenthal vom Sand nach

Narberg.

Ein von dem Baudepartement bearbeiteter Gefetesvorschlag über den Bau und Unterhalt der Straßen, so wie ein Polizeireglement über die Straffen und Brucken, wurde von dem Regierungsrath vorberathen, und wird dem Großen Rath in diefer Sipung vorgelegt werden.

(Beschluß folgt.)

Berhandlungen

Großen Rathes der Republif Bern.

Bern, den 20. November 1833.

(nicht offiziell.)

(Fortsepung der erften Sipung. Schluß des Berichts.) Wasserbau.

Die für die Narforreftion zwischen Thun und Bern devifirten und bewilligten Arbeiten merden am Ende diefes Sabrs vollendet fenn.

Die Schwellenarbeiten an der Nar bei der Schlofscheuer zu Buren find in voller Arbeit und werden beinahe beendigt fonn. Un dem schadhaften Scheußfanal werden die nicht unbe-

trächtlichen nöthigen Reparaturen vorgenommen werden.

Für die nöthigen Borarbeiten zu Entsumpfung des Seelandes ift eine Einladung an alle Kunftverftändigen des Inn- und Auslandes erlaffen worden, um die Renntniffe derjenigen, die fich

allenfalls damit befassen wollten, benuten zu können. Ueber die nöthigen Schwellenarbeiten an der Saane zwischen Laupen und Gümminen, an der Sense längs dem Thörishaus und Neuenegg - Au, an der Mare überhalb der Brucke ju Arberg, fo wie ju Ausbesserung der Schwellen ju Wangen, Narwangen, langs der Belpau und Unterfeen, endlich jur Erneuerung der Pritichen der Schleufen zu Thun, find die erforderlichen Koffenberechnungen aufgenommen worden, und werden mit Untragen dem Regierungerath vorgelegt werden.

Für die Korreftionsarbeiten an der Nare zwischen Arberg Dozigen werden den Gemeinden Steuern ertheilt werden.

Für die Refrififation des Laufes der Bibl zwischen Gottftadt und Meyenried wird auf eine theilweise Ausführung in Diefem Winter angetragen werden.

Ein Entwurf Bafferbaureglement ift von dem Departement bearbeitet, von dem Regierungsrath vorberathen worden, und wird dem Großen Rath in diefer Sigung vorgelegt werden.

Diese hier angeführten Geschäfte, welche ich, wie schon gefagt, wegen Mangel an Zeit nur in den letten zwei Abenden gang flüchtig und summarisch anmerken fonnte, bilden einen wesentlichen Theil der-Arbeiten, mit denen fich der Regierungerath und Die Departemente in den verfloffenen gehn Monaten gu befaffen batten. Die Protofolle des Regierungsrathes fonnen über die große Menge ber laufenden Geschäfte, welche fich ftete barboten

und erledigt murden, das beste Zengnif geben. Gin vollftändiger Bericht über die Staatsverwaltung wird nach Verfluß diefes Jahres verfertiget und Ihnen, Sgh., vorgelegt werden können. Indeffen hoffe ich, daß Sie diefen flüchtigen Bericht mit gutiger Nachsicht beurtheilen werden.

Herr Landammann berichtet darauf über verschiedene Borstellungen und Bittschriften und legt das Verzeichniß vor.

Die eingelaufenen und vom Regierungsrathe mitgetheilten

Betitionen find :

- 1. Mehrere patentirte Salpetergraber wegen des ihnen durch die Freigebung der Salpetergewinnung verurfachten Nach-theils — eine Entschädigung.
- 2. Naturalisationsbegehren der Magd. Sauptli (am 8. Oftober eingelaufen.).
- Die Wachtmeifter des V. Bataillons für fich und die gemeinen Goldaten — um eine Goldzulage.
- Der politische Verein des untern Thurgaus Dant wegen Untrag auf Bestrafung der Reaktionars.

- 5. Beter Egger von Grindelwald Erlaß der ihm auferlegten Wartzeit, um fich wieder verheirathen zu dürfen (am 9. November eingelaufen.).
- 6. Rud. hirter aus Mublethurnen Erlaffung der noch übrigen Leiftungszeit (am 9. Nov. an Reg. Math.).

Der eidgen. Schupverein.

- Jaf. Schup von Diemtigen Erlag ber ihm auferlegten Wartzeit (9. Nov. an Reg. Rath.).
- 9. Maria Underes von Wynau Aufhebung eines Chehinderniffes (9. November.).
- R. von Rodt megen Taufe und Berebelichung ber Diffenter. Mehrere Staatsburger von Biel - die polnischen Glücht. linge betreffend.
- 12. C. R. Fischer von Bern, gemefener Profurator Begnadigungsgefuch.
- 13. Die abgeschiedne Frau Rosina Steinhauer und R. Stäble, Buchbinder, beide in Bern — um Aufhebung des ihnen vom ehemaligen Oberchegerichte auferlegten Berbotes jeden Berfebre.

Man, Staatsschreiber, liest bas Entlaffungs - und Dis-pensationsbegehren des Srn. Dr. Lindt vor, der es mit feinem Beruf als praftischem Argte nicht verträglich findet, eine Groß. rathöstelle zu bekleiden. Sbenfo die Herren Impoof von Burgdorf (Handelsmann in Bern), Oberrichter Risold, Wilhelm Fellenberg von Hofwyl, Gerber von Wabern, Koch, Major, Imoberfteg von Boltigen, Franz Wagner, Major, von Bern, v. Ber-renschwand, Oberft, suchen um ihre Entlassung als Großräthe nach, jeder fich auf verschiedene Beweggrunde flügend. Noch bittet herr Pfarrer Rofchi, aus der großen Schultommiffion austreten ju durfen, und herr Landammann berichtet barauf den Wechsel der Mitglieder in den Departementen.

Darauf trägt fr. Staatschreiber Man den Erfolg der neuen Wahlen in den Amtsbezirfen, vor.

Simon, Landammann, redet nun die neu eingetretenen Großrathsmitglieder an, fich unabhängig, immer treu gegen die Gefammtheit zu betragen, freimuthig, furchtlos zu fprechen, und in gerechtem Stolze ihre Würde zu erkennen. Darauf verliest herr Staatsschreiber die Sidesformel und die neuen Mitglieder leiften mit lauter Stimme den Schwur.

Das diplomatische Departement reicht darauf eine Schrift ein, über die Einsprachen gegen Wahlversammlungen, und glaubt behaupten zu dürfen, daß in den Versammlungen der Bezirke Courtelary und Pruntrut Unregelmäßigkeiten vorgefallen seien. Die Wahlversammlungen hätten ihre Befugniß überschritten, Verwirrungen in die Urversammlungen gebracht und überhaupt feine Regel und Form beachtet. Das diplomatische Departement trägt darauf an, die Bablen diefer Bezirte für ungultig gu erflären, aber bas Rollegium des Regierungerathes findet das Begehren des diplomatischen Departementes ungegründet, und will die Wahlen für gültig halten. Man durfe den ganzen Amtsbezirf nicht um fein freies Wahlrecht bringen wegen etwaigen Mangels an Protofollsführung, und es fei zu hart, die Wahlen vom 20. Oktober, in Betreff dreier Grofrathsmitglieder, nicht bestätigen zu wollen.

Mehrere Napporte aus Pruntrut und Courtelarn fprechen auch von den Wahlen und deren gefetlichen Formen, und finden den Antrag des diplomatischen Departements zu hart. Daran reihten sich noch viele Vorstellungen und Gesuche der Wähler, die im Gegentheile sagen, daß die Operationen bei den Wahlen nicht legal gewesen seien und Gelegenheit zu vielen Umtrieben gegeben hätten. Sie tragen auf Kasation und Ungültigkeitserklärung der Wahlen an.

v. Lerber, Schultheiß, berichtet, daß sich die Wahlversammlungen in viele Urversammlungen gethetlt hätten. Darüber hätten sich viele beschwert, und die Theilung der Wahlversammlungen für ungesehlich erklärt. Die Förmlichkeit und Richtigkeit der Urversammlungen sei zu prüsen durch die Wahlversammlung und der Redner meint, es läge im Gesehe und im Sinne der Verfassung, daß solche Theilung der Wähler nicht stattsinde. Alle Gemeinden sollten belsen zur freien Wahl er Volksvertreter und so habe das diplomatische Departement die Sache angesehen, als es darauf antrug, sene Amtsbezirke müßten sich zu neuen Wahlen verstehen. Man könne auch die alte Wahl nicht prüsen, da die getrennten Versammlungen keine Protosolle geführt hätten, was doch hätte geschehen sollen.

Simon, Landammann. Die Wahl betrifft eigentlich den Berrn Grofrath Belrichard, er wird die beste Ausfunft geben.

Belrichard erzählt furz und flar den hergang der Wahlen und bittet, die Sache in Theft zu behandeln und auf Grundfäße zurückzuführen, daß keine Persönlichkeit ins Spiel komme.

Simon, Landammann, fellt nun in Frage:

1) ob man die Sache im Grundfage (in Thefi) behandeln, oder

2) blos diesen speziellen Fall beleuchten wolle.

v. Lerber, Schultheiß, ift nicht dafür, daß man sich erst durch Aufsuchen eines neuen Standpunktes verirre und die Verhandlung verzögere. Hier fpreche ein spezieller Fall und da brauche man nicht weithinaus zu greifen.

Jaggi, Fürsprech, will auch gleich in den Gegenstand eintreten, ebenfo Batt.

Da Niemand das Wort mehr verlangt, fo wird abgemehrt darüber, ob man in den gegebenen fpeziellen Fall fogleich eintreten wolle, und dieß mit großer Stimmenmehrheit (141 gegen 4) bejaht.

Nach Borichrift des Reglements, welches verlefen wird, wird nun über den Austritt des Grn. Belrichard entschieden, und

Efcharner, Altschultheiß, findet es nicht nöthig, daß herr Belrichard abtrete mahrend der Diskuffion, weil er nicht perfoulich dabei betheiligt fei, fondern blos als Mitglied einer großen Wahlversammlung.

Man, Staatsschreiber, will ihn nicht Theil nehmen laffen, weil er gang direft betheiligt fei.

Schnell, Professor, weiß nicht, warum Hr. Belrichard austreten foll, da es sich nicht bloß von ihm handle, sondern von ber gangen Wahlversammlung.

v. Jenner, Regierungsrath, will ihn feinen Theil nehmen laffen an ber Berathung.

Jaggi, Fürsprech, behanptet dagegen, daß fein Grund da fei jum Austritt, da es im Gegentheil im Interesse aller Wähler liege, daß hr. Belrichard bei der Verhandlung gegenwärtig sei. hier sei, wie schon hr. Escharner gesagt habe, kein perspilliches Interesse.

Weber, Oberftlieutenant. Es handle fich darum, ob herr Belrichard wohl gewählt fei oder nicht. Fände fich später feine Wahl gultig, so gehöre er in den Saal; eber fonne man von feinem Rechte, bier als Mitglied ju figen, nicht sprechen.

Beifer, Regierungerath, meint, er fonne bier bleiben.

Robler, Regierungsrath. Es ift darum zu thun, geschworne Gesetz zu handhaben. §. 63 des Reglementes läßt keine Zweifel übrig, daß Herr Belrichard austreten musse, da es ausdrücklich heiße, daß wer "bei der Wahl interessir" sei, der Verhandlung nicht beiwohnen könne.

Simon, Landammann, bittet, ja nicht vom Reglement abzuweichen, denn Gesetzlichfeit sei Liberalität und mahre Hochberzigteit. Keinerlei Rücksicht oder Freundschaft durfe bestimmen!

Abstimmung: Soll herr Belrichard im Austritt bleiben? Große Stimmenmehrheit: Sa! Doch wird er erft noch eingeladen, Erläuterungen über die Wahl zu Courtelary zu geben, weil er dabei gegenwärtig war. Mit anschaulicher Genauigkeit und bis ins einzelnste Detail vergegenwärtigt herr Belrichard die stattgehabten Scenen, kann aber in all den hin- und herreden der Wähler, in all den Versamm-lungen und Resultaten keine Ungesetlichkeit, keine Unförmlichkeit finden.

Langel, Regierungsstatthalter, hatte viele Gelegenheit, die Wähler und ihre Versammlung kennen zu lernen. Er ging selbst, so erzählte er, und schiefte bin und her, um Nachforschungen über den Sachverhalt zu bekommen, und bat die Wähler, in den Schranken und Formen zu bleiben. Der Nedner machte die Versammlung auf ihre Fehler aufmerksam, aber vergebens. Er ließ einen Verbalprozeß aufnehmen, der nachber mit völliger Wahrheit als richtig befunden wurde. Die Urversammlung war im Frethum und aus allem gebt hervor, daß viel böser Wille und Unordnung herrschte. Die Wahlen können nicht gültig sein.

Jaggi, Fürsprech. Das Geset vom 16. Jenner 1831 über die Wahlversammlung sagt deutlich, daß man die Protosole der Urversammlungen untersuchen müsse. Dieses ist keine nuplose Berordnung, sondern hat den Zweck, die Wahlmänner auszuschließen, falls etwas an ihrer Wahl und deren Verhandlung auszuschen ist. Man darf kein Splel mit den Wahlen treiben. Nur die Wahlmänner, welche sich als solche ausweisen können, sind gültig. Der Herr Regierungsstatthalter benachrichtigte die Gemeinden vorher von den Versammlungen, und doch unterließen sie es, ihre Wahlmänner förmlich zu wählen. Ich unterstütze daber den Untrag des Regierungsrathes.

Rohler, Regierungsrath. Wenn es Bedingung der Wahlen ift, daß die Protofolle derfelben anerkennt fein muffen (und das ift es laut Buchstaben, Sinn und Geist des Gesebes), so solgt daraus, daß feine Wahl gültig ist, ohne die gehörige Legitimation. Die Wahlen repräsentiren die Bevölkerung, und des Grundsabes wegen muß man strenge sein; darum halte ich fest an der gegebenen Vorschrift und erkenne die Wahl von Courtelary nicht an.

Lohner, gemef. Regierungerath, fprach mit furgen Worten in bemfelben Ginn.

Geifer, Regierungsrath, macht auf den Bericht des Herrn Langel nochmals aufmerksam. Er als Beamteter habe genaue Kunde von der Ungesetzlichkeit, und die Folgen derfelben seien nothwendig: Aufhebung der Wahl.

Fellenberg fimmt auch der Unficht des diplomatischen Departements bei.

May, Staatsschreiber. Wenn gesehlt wurde im Amt Courtelary von einer Urversammlung, so soll sie ganz die Schuld tragen. Aber das ist nicht der Fall. Die Verfassung sagt, daß die Urversammlungen sich theilen könnten, und wenn das Geset darüber unbestimmt ist, so ist diese Ungenauigkeit die Ursache des Frethums jener Gemeinden. Darum scheint es dem Redner, daß, ehe das Geset vervollständigt ist, die Villigkeit auch einigen Einstuß habe. Man kann die Wahlen wohl für ungültig erklären, aber härter darf man den Bezirk nicht strafen.

Tscharner, Altschultheiß. Man muß sich hüten, die Wahlsoperationen zu vervielfältigen, auf daß nicht der Antheil der Bewölferung an den Wahlen noch geringer werde. Die einmal einfach aufgestellten Formen sind hinreichend, aber gerade darum auch zu handhaben. Die Urversammlungen im Amt Courtelary waren unregelmäßig. Man lasse diesenigen, welche fehlten, es fühlen! Das Gesch ist nicht unvollfommen, es ist klar und unterscheidet genau zwischen den Ur -, und Wahlversammlungen; der heutige Beschluß des Großen Nathes über die Gültigkeit jener Wahlen ist von großer Bedeutung.

Schnell, Professor. Ich trete jurud von der Ansicht des diplomatischen Departements und stimme mit dem Herrn Praopinanten. Es erscheint mir jest, als handle es sich blos um Perstönlichkeiten. Ich stimme für die Gultigkeit der Wahl, denn man hatte den Gegenstand sollen in Thesi behandeln.

Blumenftein bedauert die viele Zeit, welche diese Bahlprüfung kostet. Das Geseth ift da, zu dessen Beobachtung jeder Bürger die Pflicht hat. Die Urversammlung von Tramelan war aufgefordert, sich nicht an drei verschiedenen Orten, sondern an Sinem Orte zu vereinen. Das haben sie nicht gethan. Unser Wahlgesetz ift als gültig vom Großen Rath angenommen, und wo eine Erläuterung darüber nöthig ift, da hat der Große Rath das Recht und die Pflicht dazu. Ich trage darauf an, immer nur die Schuldigen zu bestrafen, und nicht durch allgemeine Erklärungen und Ertasse des Volkes Theilnahme zu schwächen.

v. Lerber, Schultbeiß, vertheidigt die Ansicht des diplomatischen Departements in aller Schärfe. Er achtet es für heilige Pflicht, hier auf die Folgen zu sehen, und will die Unförmlichkeit dadurch geahndet wissen, daß eine neue Wahl veranstaltet würde. Nicht wolle er jenen Bezirt von aller Wahl ausschließen, aber er musse nochmals wählen.

Landammann Simon bringt nun, da Niemand mehr bas Wort begehrt, Diefen Gegenstand jur Abstimmung.

1) Der Regierungsrath will die Wahl von Courtelary beibehalten wiffen.

2) Das diplomatifche Departement erkennt eine neue Bahl für nothwendig.

Für den Antrag ber Regierung 97 Stimmen.

Für den Antrag des diplomat. Departements 45 Stimmen.

Die Wahl des herrn Belrichard ift also anerkannt.

Stodmar, Regierungsstatthalter, macht den Antrag, daß man heute noch abstimmen solle über die Gultigkeit der Wahlen von Pruntrut.

Umfrage und Abftimmung.

Auf einen Antrag des Juftigdepartements ward durch gebeime Abstimmung mit 105 Stimmen gegen 13 Stimmen dem Hrn. Fried. Aug. Chasserot von La Bourg eine Spedispensation ertheilt.

In Folge eines Bortrags der Polizeisektion des Justizdepartements wurde der Magd. Säuptli, geb. Streit, Wittme des Jakob Säuptli von Biberstein, Kanton Nargan, wohnhaft zu Oberwangen, welcher das Bürgerrecht der Gemeinde Zimmerwald zugesichert ift, die Naturalisation ertheilt.

Abftimmung durch Ballotirung.

Willfahr 105 St. *Nbschlag 5 St.

Zweite Sipung.

Dienstag, den 19. November.

Brafident: Berr Landammann Simon.

Eröffnung um 9 Uhr. Erft nach und nach füllt sich der Saal, doch fo, daß nach Verlefung der Namen alle Plage befett find. Mehrere Entschuldigungsschreiben wegen Abwesenbeit 2c.

Das Protofoll von gestern wird verlesen und genehmigt.

Lant gestrigen Beschlusses des Großen Nathes wurde die Prüfung der Wahlen zu Bruntrut auf heute verschoben, und setzt auch sogleich vorgenommen. Der Gegenstand ist der, "daß die Wahlversammlung zu Pruntrut ganz willtürlich und ohne alles Necht zwei Wahlmänner ausgeschlossen habe." Der Bericht des diplomatischen Departements und der Antrag des Kollegiums der Regierung und der Sechzehner geht dahin, die Wahlen vom 19. Oktober wegen dieser Sigenmächtigkeit für ungültig zu ertlären.

Schultheiß v. Lerber, als Präsident des diplomat. Departements, erzählt den ganzen Sergang, und meint, gerade weil die versammelten Bürger am besten über die Stimmfähigen entscheiden könnten und das Gesetz auch den Bürgern (Ortsbürgern) die Kompetenz darüber einräume, so sei die Wahl gültig, weil man in der Urversammlung mit 78 Stimmen gegen 2 für das Stimmrecht der Betheiligten entschieden habe. Alle Reklamationen über Stimmberechtigung gehören der Urversammlung; was sie nach dem Gesetz entschieden hat, ist gültig, und keine weitere Protestation kann mehr statt finden.

Nun nahm aber die Wahlversammlung des Amts Pruntrut auf die Gültigkeit der Beschlüsse der Urversammlung keine Rückssicht, sondern schloß zwei Bürger unrechtmäßig und ungesetlich aus. Daher sollen die Wahlverhandlungen der Wahlversammslung des Amts Pruntrut für ungültig erklärt und neue angeordnet werden. Das ist auch die einhellige Ansicht des ganzen Regierungsrathes, einmüthig und einstimmig mit dem diplomat. Departement; um so mehr wird der hier versammelte Große Rath ebenso entscheiden.

In demfelben Falle, wie gestern Dr. Belrichard, befindet sich heute Dr. Roffignolat, als Erwählter von Pruntrut. Er geht daher in den Austritt und

Stockmar, Regierungsflatthalter, ergreift das Wort. Er behauptet, die Uebereinstimmung der Regierung und des diplomatischen Departements fame daber, daß erstere lediglich nach dem Berichte des lettern entschieden habe, ohne nur felbft Er-tundigungen einzuziehen. Die Berichte aber seien durchaus mangelhaft, und alle Erfundigungen des diplomat. Departements ohne alle Wahrheit. Die Wahlen von Pruntrut seien gultig, weil der Ausschluß zwei Männer betroffen, welche die in der Berfaffung vorgeschriebenen Bedingungen noch nicht erfüllt batten, noch nicht zwei Sabre Burger feien. Gin Frember fonne, ohne anmagend ju fein, fich nicht in die Beurtheilungen eindrangen, noch weniger aber Sit und Stimme verlangen. Moge immerhin die Urversammlung über das Wahlrecht entschieden haben, die Wahlversammlung habe auch ein Wort über fich und ihre Bollftandigfeit ju fprechen. Die Stimmberechtigung der beiden Ausgeschlossenen sei überall bestritten, nirgends ermiefen, und von der Regierung blog vorausgesett. Das Wahlfollegium des Amts Pruntrut muffe für fich daffelbe Recht haben, mas jede Urversammlung in Anspruch nehme.

Schnell, Prof., als Mitglied des diplomat. Departements, mundert fich febr darüber, daß der Rapport des diplomatischen Departements davon nichts ermähnt, was fein Vorganger (Sr. Stockmar) gefagt. herr Schultheiß von Lerber fei oft darauf Stockmar) gesagt. aufmertfam gemacht worden, ob denn die Urversammlungen von Bruntrut nicht über Sachen entschieden hatten, die gegen die Berfassung seien. Jest frage es sich nur, was die Wahlverssammlung entschieden habe, da der Beschluß der Urversammlung Das habe fo eben Sr. Stockmar, als verfassungswidrig fei. Brafident der Wahlversammlung, auseinandergefest, und das diplomatische Departement fei in feinem Beschluß gang über diefe ungesetliche Abstimmung der Urversammlung hinausgegangen. Rein Bunder, daß dann Sinmuthigkeit in den Anträgen der Regierung und des diplomatischen Departements herrsche, daß mit Einhelligfeit etwas beschloffen werde, wenn herr Schultheiß von Berber verfaume, über Sauptumftande und vorgefallene Berfaffungswidrigfeiten Erfundigungen einzuziehen oder Antworten gu ertheilen. Darum stimme er, wie gestern, jur Guttigkeit und Unerkennung der Wahl, und nicht, wie der Bericht der Re-

Reuhaus, Regierungsrath, erwiedert dem Hrn. Professochnell in einer scharfen Explifation, wie die Unvollständigseit der Regierungsberichte nur scheinbar sei. Wahlversammlungen ftütten sich auf Urversammlungen. Ohne diese seien jene nicht da. Was in der frühern beschlossen sei, musse die spätere als gültig betrachten, und es frage sich bier einfach, ob die Wahlversammlung überhaupt existire, wenn sie Beschlüsse der Urversammlung nicht anersenne? Auf jeden Fall sei es wahr: entweder seien die Beschlüsse und Abstimmungen der Urversammlungen gültig, und dann seien sie bindend für die Wahlmänner, — oder es sinden sich Verfassungswidrigseiten in der Urversammlung, dann aber sei auch die Wahlversammlung als eine Folge von jener nicht fäbig, zu beschließen. Go sehe er, dem Hrn. Schnell gegenüber, die Sache an, und stimme mit dem Antrage des diplomatischen Departements.

Borneque, von Delsberg, opponirt dem Brn. Stodmar, und findet die Bahlen ungultig.

Watt findet es Unrecht, daß die Wahlversammlung von Bruntrut 2 Manner ausschloß.

Rafthofer fagt, es fei fein Beweis da, daß jene von Pruntrut ausgeschloffene Manner zwei Sabre Burger feien, -

übrigens aber fei es gut, wenn Regierungeftatthalter oder Mitglieder der Administration die Bahlversammlungen funftig nicht mehr prasidirten.

Rernen, Regierungsftatthalter ju Ronolfingen: Der Brafident der Wahlversammlungen foll das Reglement befolgen. If etwas dagegen, fo foll er mit der Bahlberhandlung einhalten. Das hätte auch Sr. Stockmar thun follen. Nicht die Execution fieht dem Präfidenten der Bahlversammlung gu, sondern nur die Einsprache, und es ift ein Mifgriff, daß ein Regierungsftatt-halter, als Szefutivbeamter, auch Prafident der Wahlversamm-

Rohler, Regierungerath. In einem der Beurtheilung übergebenen Falle liegt hier die Thatfache, dort das Gefen. Das Befet fagt, einer muß zwei Sabre Burger fein, che er ftimmfähig wird jur Wahlversammlung. Heber diese Thatsache bat die Urversammlung zu entscheiden, und sie hat es gethan. Riemand fpricht ihr die Rompeteng ab, und fo muffen wir ihren Ausspruch, wie jeden richterlichen, ehren. Kennt die Urver-fammlung Jemand als ftimmberechtigt an, fo muß das gelten und feinerlei Reflamationen fonnen darüber angenommen werden. Man fann nicht handlungen, die nach dem Gefete und vorschriftsmäßig beseitigt find, wieder hervorrufen. So auch fonnte die Wahlversammlung von Pruntrut nicht mehr eintreten in die schon von der Urversammlung beseitigte Sache, und ich ftimme daber fur Ungultigfeit der Wahlen der Stadt Pruntrut, nach dem Untrage des Regierungsrathes und des diplomatischen Departements.

Bautren, Regierungerath, beweist gleichfalls die Gultigfeit des Beschluffes der Urversammlung: die fast einhellige Mehrbeit von 72 gegen 2 ift bindend und verpflichtend für die Bahlversammlung von Pruntrut und folglich ihr Ausschluß zweier als mablfähig erfannter Manner ungefetlich.

(Bei der Mehrzahl der Mitglieder des Großen Rathes scheint sich das Intereffe an den Rednern und Reden über diefen Gegenfand ju verringern. Diel Flüftern, Aufstehen, Umbergeben, das Auf. und Butlappen der Thuren beweist, daß man ben Schluß dieser Distussion gerne fabe.)

Bäber, Oberfilieutenant. Es scheint ihm nicht brüderlich, bochberzig, eidgenöffisch in Pruntrut zuzugeben. Man follte wohl untersuchen, mober alle diefe Mifverftandniffe fommen und mas in jenem Amtsbezirt ein Ginverftandniß herbeiführen fonnte. Sch stimme dafür, daß die Wahlen nochmals, aber in Freundschaft und gur Berfohnung vorgenommen werden.

Blumenftein. Es ift ein Gluck für den deutschen Theil, daß folche Zwistigfeiten bei uns nicht vorfallen. Sch ftimme mit bem Regierungsrathe, benn fein Bericht ift deutlich und flar.

Beifer, Regierungsrath. Gegen den deutlichen Buchstaben und Beift des Befetes fann man nicht erfennen. Die Bablversammlung hatte über die Urversammlung nichts mehr ju fagen, fo lange diese ihre Rompeteng nicht überschritt, noch weniger aber fieht im Reglement ein Wort davon, daß die Wahlverfammlung gleich Exefutivmafregeln gegen etwaige Bestimmungen der Urversammlungen ergreifen fonne. Daber ftimmte ich mit dem Antrage des diplomatischen Departements auf Ungültigkeit der Wahlverhandlungen von Pruntrut.

(Die Bewegung in dem Saale wird großer, das Sin- und Bergeben und Sprechen der Ginzelnen immer lauter. Gin Gefühl der Ungeduld dehnt fich über die Versammlung aus.)

v. Lerber, Schultheiß, weist den ihm von einem Mitgliede gemachten Borwurf von fich ab, als habe er nicht alle Meinungen, nicht alle Ginwurfe im diplomatischen Departement Es fei folche Aeußerung ungerecht, unwürdig. gewürdigt. Rie habe er der Parteisucht ein Ohr geliehen und vorwurfsfrei fei fein Benehmen im Departement. Leicht fei ce, Anschuldigungen und Verdachtigungen hinzuwerfen, aber Beweise zu liefern, fei weniger leicht. Er durfe es laut fagen, daß er als Prafident bes biplomatifchen Departements alle Berichte und Rapporte über die Wahlverhandlungen ju Pruntrut forgfältig und unpar-teiifc mitgetheilt habe, und feine Ansicht fei durch die heutigen Erörterungen feine andere geworden. Was die Urversammlung entschieden habe, und mit folcher Mehrheit entschieden babe, ohne gegen ein Gesetz zu verstoßen, das fei richtig, gultig und

Der Fehler liege in der Wahlversammlung, denn in Kraft. jedenfalls muffe man die Urversammlungen in den ihr gesetlich guftebenden Kompetenzen laffen. Das fei gewiß, daß die Bablmanner unrechtmäßig ausgeschloffen waren, und daber mußten die Wahloperationen von neuem vorgenommen werden.

Der Regierungsstatthalter batte Jaggi, Regierungsrath. keine Kompetenz sich in die Sache zu mischen. War die Wahl zweifelhaft, so durfte die Wahlversammlung sich kein Recht usurptren. Ich stimme zum Antrag der Regierung.

Landammann Simon. Der Antrag der Regierung in diefer

Sache gebt dabin:

ndie Verhandlungen der Urversammlung find als gesetzlich zu "genehmigen, und die Wahloperationen von Pruntrut ju "verwerfen."

Ich frage Sie nun, ob Sie, nach angehörter Diskuffion beute schon darüber entscheiden wollen oder ihre Abstimmung verschieben.

Für heute: 124 Stimmen.

Der Antrag der Regierung und des diplomatischen Departements wird darauf ins Dehr gefest, und mit 106 Stimmen gegen 19 genehmigt.

Die Wahloperationen des Umts Pruntrut find also ungültig.

Simon, Landammann, zeigt nun einen Bortrag der Regierung an, der ihm in diefem Augenblicke übergeben fei, in Betreff neuer Wahlen.

(Stockmar, Regierungsstatthalter, verlangt, da diese Zuschrift in deutscher Sprache sei, eine Berdeutlichung derselben, welche ihm herr Landammann Simon auch gibt.)

Mancherlei Erörterungen, an welcher die Berren Belribard,

Wäber, Schultheiß Tscharner, Blumenstein und Andere Theil nahmen, entspinnen fich über die Frage:

nob ein wirkliches Mitglied des Großen Rathes wieder bei "neuen Wahlen in den Großen Rath gewählt werden fonne?"

Der Regierungsrath und die Gechszehner hatten in ihrem

Anzuge an den Großen Rath diefe Frage bejabt.

Blumenftein führt die &f. der Berfaffung an, welche die Bedingung und Beschräntung ber Rechte enthalten, und findet feinen Grund, ber gegen ben Antrag der Regierung fei. (§. 45. §. 4.) Abstimmung: große Mehrheit für die Unficht der Regierung.

Das Erziehungsdepartement berichtet über den Berrn Pfarrer Saraffet und seine rühmlichen Verdienste in treuer Amtserfüllung.

Der Regierungsrath empfiehlt denfelben in einem Begleitschreiben dem Großen Rath zu einer Gehaltserhöhung von jährlich 200 frang. Frank.

v. Fellenberg findet den Antrag der Regierung gut und zweckmäßig. Das Streben des Pfarrers Saraffet für Bolfsbildung fei zu belohnen.

Fetscherin. Wie oft forderten wir früherhin die Geift-lichkeit, namentlich die des Jura auf, Berichte zu erstatten über das Wefen der Schule und des Unterrichtes. Die erhielten mir neben den Rapporten fo schöne Gesinnungen von irgend einer Seite ber, als von herrn Pfarrer Saraffet, und sein unermudliches Streben, seine Liebe jur aufgeklärten Zeit, seine Freude an der jugendlichen Freiheit selbst find dem Erziehungsdepartement die schönsten Burgen fur die Alechtheit und Würdigkeit diefes Mannes. Er ift einer der Wenigen, welche nicht für pfaffisches Wefen arbeiten, fondern für mahre Religion, für Ausbildung der jugendlichen Kräfte und Belebung ihrer Gefühle. Saraffet ift ein Feind aller geiftiodtenden Formeln, ein Freund mabrer, humaner Bildung. Go lauten feine Berichte, fo alle Beugniffe über ihn. Ich empfehle ihn daber von Serzen dem hier versammelten Großen Rathe und unterftuge den Untrag der Regierung.

Watt wünscht sehr die Unterstüßung der katholischen Geistlichfeit, aber er traut dem Landfrieden nicht. Er ftimmt für die Zulage, doch so, daß sie von Jahr zu Jahr wieder bewilligt werden muffe, auf daß man jedes Jahr neuen Bericht über den Mann erhalte (freudige Zustimmung.).

herrenschwand, Regierungerath, ftimmt mit feinem Praopinanten.

(Fortsetung folgt.)

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Bern, den 22. November 1833.

(Micht offiziell.)

(Schluß der zweiten Sipung.)

Bautren, Regierungsrath, empfiehlt in lebendiger Sprache bas Wefen des Unterrichtes und die Pfleger der Bildung jeder Beachtung. Er ruhmt das Bestreben unferer Tage und schließt mit Unterftung des Antrages auf Zulage.

Meßmer nimmt das Wort eines frühern Redners auf, wo von Konsequenzen die Rede ift, vor denen man sich zu hüten habe und glaubt im Gegentheile, daß er Konsequenzen wünschen müsse. Was man nehmlich den Herrn Serasset bewiltige, solle Andere zu gleichem Fleiße, zu gleicher Pflichterfüllung anspornen. Doch wolle er nicht ein für allemal etwas bewilligen, sondern, um alle Bedenklichkeiten zu vermeiden, trage er darauf anzes der Kompetenz der Regierung anheim zu stellen, ob und wie lange sie ihm die Zulage zugestehen will.

Landammann Simon fest den Antrag der Regierung zuerst ins Mehr, nehmlich dem Pfarrer Serasset alljährlich 200 Fr. Zulage zu geben, dafür 55 Stimmen.

Der Untrag der herren Watt und Megmer, daß Geraffet fich jährlich anzumelden habe — dafür 67 Stimmen.

Landammann. Es sind also dem Herrn Pfarrer Serasset 200 franz. Fr. bewilligt, doch so, daß er jährlich drum einkomme und die Auszahlung dem Ermessen des Regierungsraths überlassen bleibt.

Das Erziehungsdepartement trägt auf Pensionirung des fatholischen Pfarrers Antoine zu Bonfol (Amt Pruntrut) an, mit 600 französischen Franken.

Watt. Fangen wir mit Pensionen an, so wird es nie ein Ende nehmen. Wenn ein Pfarrer sein Leben, seinen Saushalt gut einrichtet, so hat er doch zu leben und ich fenne viele, die reich wurden. Ohnedieß möchte dieser Fall gerade nicht der splendidesten Empfehlung würdig sein.

v. Lerber, Schultheiß, spricht die Theilnahme für denselben aus, weil er ein gar alter Mann sei. Siebenzigjähriges Alter auf dem Rücken, das mag nicht zu wenig sein, um unser Erbarmen anzusprechen. Auch der Gemeinde geschehe dadurch eine Erleichterung, ein Gefallen.

v. Fellenberg stimmt auch jum Antrage des Erziehungs-

Borneque, Regierungsftatthalter zu Delsberg, glaubt auch, daß man fich nicht entziehen könne, ibm daffelbe zu ertheilen.

Abstimmung:

Wer nach dem Antrag der Regierung die Pension bewilligt gr. Mehrh. Wer sie nicht bewilligt 23 Stim.

Dritte Gigung.

Mittwoch den 20. November.

Prafident: Berr Landammann Simon.

Zufolge der Kreis - und Sinladungsschreiben an die Mitglieder des Großen Rathes fanden heute die Ergänzungswahlen der durch die Wahlversammlung der 200 zu ernennenden Mitglieder des Großen Rathes ftatt. Es find aber nicht fieben, (wie das Arcisschreiben fagt) sondern neun Wahlen vorzunehmen, und zwar für

2 erledigte Stellen der I. Klasse (die mit dem 31, Dezbr. d. J. 5 " " II. " wieder austreten.)

5 , , , II. , wieder austretei

Laut Reglement waren die 200 Wähler bei ihrem Side aufgefordert, den heutigen Wahlen beizuwohnen. Die Entschuldigungen der abwesenden Mitglieder werden demnach auf der Kanzlei zur Sinsicht aufgelegt, um nachher der Berathung und Beurtheilung des Großen Rathes zu unterliegen.

Der Artikel 35 der Verfassung über Wahlfähigkeit zum Großen Rathsmitgliede wird verlesen, darauf der Artikel 43, wo von der Wahlart und den zu beobachtenden Formen die Rede ist. Der Herr Landammann macht darauf ausmerksam, daß falls etwa Jemand sich hier besinde, der von dem Wahlkollegtum der 200 gewählt sei, derselbe austreten folle, und fährt dann fort, die Bedeutung dieser indirekten Wahl auseinander zu seinen: "Der Verfasungsrath, sagte er, gieng von der Neberzeugung "aus, daß der Große Rath schon auf einer böhren Stufe stehen "würde, um so bedeutungsvoller aber seien auch seine Wahlen, "und um so heiliger seine Psticht, ohne alle Privatrücksichten zu wählen."

Die zwei Stellen der I. Klasse sind erledigt durch den Austritt der Herren Herrmann (Fürsprech) und Scheurer. Bei der ersten Abstimmung fam kein absolutes Mehr heraus, sondern über die Herren

Brotie, Amteschreiber in Bern mit 18 Stimmen Sinner, Artilleriemajor mit . 15 "

Balfiger, Oberft . . . 11 Borneque, Regierungsstatthalter . 14

mußte ballotirt werden, wobei herr Brötie 82 Stimmen erhielt.

Bei der zweiten Wahl erhielten die herren

und durchs Ballotiren Serr Sinner 51 Stimmen

n Balfiger . . . 28 n n Gürlet 43 n

über welche drei jest nochmals ballotirt wird, wobei abermals tein absolutes Mehr gewonnen wird, und

herr Sinner mit . . . 52 Stimmen "Gürlet " 62 "

wiederum ballotirt werden muffen:

Berr Gurlet, Amterichter ju Twann erhielt 84 Stimmen.

An die 5 Stellen der zweiten Raffe, erledigt durch den Austritt der Herren Fromm, Gerber, Graffenried, Hofmener und Im-Oberfteg, wurden wieder ermählt:

I. herr Forstinspektor Marchand mit 78 Stimmen mit ihm waren in der Wahl die herren

Major Sinner mit . . . 27 Stimmen Regierungsstatthalter Borneque . 10 "
Oberst Balfiger 10 "

Die Situng wird, ba es 1 Uhr ift, aufgehoben, und auf Nachmittag 2 Uhr ihre Wiedereröffnung angezeigt. Schließlich mahnte herr Landammann nochmals an die eidliche Verpflichtung der Mitglieder, sich zahlreich bei der Fortsetung der Wahlen einzufinden.

Nachmittags halb 3 Uhr. (Gegenwärtig: 141 Mitglieder.)

Brafibent: Berr Landammann Simon.

II. Herr Major Sinner mit . . 76 Stimmen. mit ihm waren in Wahl: (Ballotage)
Herr Herft Baliger mit . . 8 Stimmen

" Weber v. Uhenstorf . . . 26 " " Major Münger . . . 32 "

III. herr Lehrer Stähli von Burgdorf mit 77 Stimmen, mit ihm ballotirten:

herr Major Münger mit . . 37 Stimmen "Oberst Balfiger . . 15 "

IV. herr Major Münger mit . . 77 Stimmen, mit ihm ballotirt:

ihm ballotirt: herr Mefferli von Thierachern (Amt Thun) 19 Stimmen

" Weber von Upenstorf . . . 16 " Deerst Balfiger . . . 8 "

V. herr Messerli von Thierachern . 70 Stimmen, mit in der Wahl blieb nach dreimaliger Ballotage: herr Oberst Balfiger mit . . . 33 Stimmen.

In die 2 erledigten Stellen der dritten Abtheilung wurden gewählt nach mehrmaliger Ballotirung:

1. herr Weber von Ubenftorf mit . . 60 Stimmen, mit ihm ballotirten :

herr Oberft Balfiger mit 45 , Regierungsfatth, Borneque . 32 ,

2. herr Regierungsftatth. Borneque mit 88 Stimmen, mit ihm ballotirten :

herr Oberft Balfigern.

" Weber in der Wallacher.

(Die Sigung dauerte bis fpat nach 8 Uhr, und wie ermübend und anhaltend diese Wahlen auch waren, die Theilnahme der Versammlung blieb immer gleich lebhaft und ihrer Würde als Volksrepräfentanten entsprechend.)

Vierte Sipung.

Donnerstag, den 21. November.

Brafident: Berr Landammann Simon.

Die Namen der Mitglieder werden aufgerufen, mehrere Entschuldigungsschreiben wegen Abwesenheit mitgetheilt und dann zwei neue Mitglieder beeidigt:

herr Gerichtsprafident Leibundgut, " Umtsichreiber Gouvernon.

Berlefung des Protofolles vom Dienstag den 19. d. Genehmigung deffelben ohne Gegenbemerkung.

herr Landammann zeigt an, daß die Sinladungsschreiben an die gestern neu gewählten Mitglieder bereits ausgefertiget und ihnen zugefandt seinen; nur von ihnen hange jest ihr alsbaldiger Sintritt in diesen Saal ab.

Eine Borfiellung war dem Regierungsrath eingereicht, die Revision unseres Wahlgesethes betreffend, und der Antrag dem Großen Nathe mitgetheilt.

Früher, am 6. Mai, war eine Kommission niedergesetz zum Empfange und Verichte über alle Anträge, Meinungen und Gutachten, welche in Vetreff des neuen Entwurfes eines Gesetzes über die Gemeindeorganisation einlaufen würden. Diese Kommission, deren Präsident Herr Verwalter Mesmer war, zählten einem Schreiben viele Gründe auf, daß es ihr bisher nicht möglich war, den ihr gewordenen Auftrag grnügend zu erfüllen,

und trägt barauf an, ba Sr. Megmer geftorben fei, die Kommission zu ergänzen und mit der Berathung über das Organisationsgeses noch bis zur nächsten Woche zu warten.

Müller, Regierungsstatthalter, unterstügt den Antrag, da der betreffende Entwurf von den Landgemeinden noch lange nicht genug geprüft sei, und es noch gar viele Bezirke gäbe (Nydau 3. B.), die gar keine Bemerkungen eingeliefert hätten.

Rernen von Münsingen findet die Verzögerung nicht rathfam, und namentlich die Vorarbeiten der Kommission nicht so bedeutend und einflußreich auf die Verhandlungen, daß sie durchaus nothwendig seien.

Jaggi, Fürsprech, will ben Gegenstand gleich behandelt wiffen. Gei, wie Serr Müller behaupte, ber Gefegesentwurf jest noch nicht befannt, so werde er es nie.

Probft unterflüßt seinen Praopinanten: Man fonne den Entwurf nicht abermals jurudichiden, er muffe jest behandelt werden.

Grimm glaubt, daß der Große Rath durch feine früheren Beschlusse, die er respektiren muffe, gebunden sei, jest in die Berathung einzutreten. Der am 6. Mai dekretirte Termin sei abgelaufen, die Bemerkungen lägen vor, der Entwurf sei von der höchsten Wichtigkeit, darum sogleich.

Stein er, gu Rirchberg, findet gerade darin, daß nur wenig Bemerkungen eingelaufen feien, einen Beweis, daß der Entwurf gefallen habe, und eine Aufforderung, in diefer Sigung einzutreten.

Weber, Oberft. Die Opposition fommt blos von den Stadtgemeinden und wir sind gehalten, die Berathung anzufangen, denn das ganze Land fordert eine zeitgemäße Organisation.

Ziegler glaubt, die vorstehenden Ginreden der Kommission durfe man wohl bestreiten, aber der Kommission könne so wenig, wie jedem andern Mitgliede, das Necht abgesprochen werden, ihre Ansicht mitzutheilen.

v. Lerber, Schultheiß. Wir follen jest das Gefet, wie wir glauben, daß es recht und gut fei, berathen und fanktioniren, ohne weitere Berzögerung. Der Entwurf ift im Lande bin-länglich verbreitet und lag der öffentlichen Beurtheilung offen.

Umfrage: Wer auf den beutigen Tag eintreten will?
Dafür: . . 124 Stimmen.

Dagegen: . 5 "
Grimm meint, dieser Beschluß bebe einen frühern auf, und mache die Kommission überflüssig, Hr. Landammann entgegnet aber etliche Worte, welche den Redner beruhigen.

So ift die Behandlung des Organisationsgesetzes beschloffen und beginnt.

Von den Gemeindsbezirken und Gemeindsbehörden. Man, Staatsschreiber, verliest den

§. 1.

"Jeder Gemeindbezirk bildet in Betreff derjenigen Angelegenheiten, welche mit der Staatsverfassung in näherem Zusammenhange stehen, eine Einwohnergemeinde, und so viele Burgergemeinden, als in demselben abgesonderte Burgergüter vorhanden sind. In so weit die Einwohnergemeinden eines Kirchspiels ein gemeinschaftliches Interesse haben, bilden sie eine Kirchspiels meinde."

Darauf werden die biefen f. betreffenden eingelaufenen Bemerkungen von Brn. Regierungsrath Ticharner verlefen.

Müller, Regierungsstatthalter, schlägt eine ganz andere Redaktion vor, der aber die Herren Kernen von Münsingen und Kisling eifrigst widersprechen.

(Berr Muller gieht fpaterbin feinen Borfchlag gurud.)

Steiner von Kirchberg stimmt auch für den Entwurf. Er sei flar und umfassend. Kirchberg habe 11 Burgergemeinden, (abgesonderte Burgergüter), das hindere aber nicht an der Konstituirung und Abhaltung einer gemeinschaftlichen Sinwohnergemeinde.

Joneli findet, wie seine Praopinanten, den §. gang paffend und allen Interessen angemessen.

Man, Staatsschreiber, spricht dagegen; er verweist auf den früheren Entwurf und findet ihn vorzüglicher, als den jegigen.

Kohler, Regierungsrath, vertheidigt den gedruckten vorliegenden Entwurf und nennt dessen Redaktion genau, scharf, kurz und keiner Misteutung ausgesest: Jeder Gemeindsbezirk hat eine Einwohnergemeinde, die gemeinschaftlich ihre Polizei, Straßen, Bauten it. berathet. Daran nimmt jeder Einwohner Theil. Aber dadurch ist doch gewiß die Burgergemeinde nicht beschränkt, denn was sie allein bestet, ist ihr unangetastet geblieben und allein ihrer Berathung unterworfen. Nach den Einreden der Städter dürfe man nicht immer gehen, da herrsche noch Spiesbürgerthum und jene Engherzigkeit, die mit unserer Zeit nicht sehr befreundet sei.

Neuhaus, Regierungsrath, beschränft sich darauf, eine deutlichere Redaktion vorzuschlagen, ohne dem Geiste und Sinne des Entwurfes zu widersprechen. Mit der vorliegenden Eintheilung jedes Gemeindebezirks ist er zufrieden, nur möchte er die Funktionen und Kompetenzen jeder der drei in einem Gemeindebezirk möglichen Versammlungen und Gemeinden näher bestimmt wissen, und so den §. 2 zugleich mit §. 1 zusammenkassen.

Man, Staatsichreiber, ichlägt vor, die Redaktion bes §. 1 fur heute zu verschieben.

Abstimmung:

Für Aufschub 16 Stimmen. Für die Redaktion für heute . Große Mehrheit.

Simon, Landammann. Es liegen nun zwei Borfchlage da: der des Entwurfes und der des hrn. Regierungsraths Neubaus.

Frage: Wer für den gedruckten Entwurf ift?

Große Mehrheit.

Wer für den Vorschlag des Srn. Regierungsraths Neuhaus ift ? 25 Stimmen.

Der f. 1 des gedruckten Entwurfes ift alfo angenommen.

Borlefung des

§. 2.

"Die dermal in dem Kantone bestehenden Einwohner-, Burger- und Kirchgemeinden sind in ihrem jetigen Bestande aner- tannt. Auf Vereine anderer Art findet dieses Gesetz teine An- wendung, wenn sie gleich den Namen von Gemeinden tragen."

(Efcharner, Regierungsrath, tragt bie eingelangten Berichte und Abreffen por.)

Watt schlägt einen Zusat vor. Ihm scheint es nämlich nicht recht, daß nach der Anerkennung des jetigen Bestandes der Gemeinden, wie es im §. 1 heißt, nicht auch die Möglichkeit einer zufünftigen Abänderung ausgedrückt und garantirt sei. Man solle der Zukunft nicht vorgreisen, ihr auch ein Necht einräumen und sein Zusat heiße daher (nach dem ersten Punkt):

"tonnen aber fpaterbin auf geborigem Bege abgeandert "werden."

Kernen von Munfingen will eine genauere Bestimmung verschiedener Gerechtsamen, und stimmt zu der von der Gemeinde Burgdorf eingereichten Umanderung, nämlich nach dem Worte "Kirchgemeinden" noch zu sepen:

"die bürgerlichen und die Rechtsame-Korpo= "rationen."

Steiner von Rirchberg findet die gulett vorgeschlagene Redaktion überflusig und jede Besorgniß ungegründet. Der §., wie er gedruckt sei, schütze alle Gerechtsame. Die Gemeinde Rirchberg habe gewiß schwierige Berhältniffe, aber nach aller Brufung und Erkundigung sehe er in dem §. des Entwurfs feine Gefährdung. Weitläufigkeit sei aber kein Vorzug für ein Geset.

Man, Staatsschreiber, schließt sich der Ansicht des herrn Watt an. Wenn je eine Abanderung eintreten sollte, so fei es doch gut, wenn im Gesetze im Voraus etwas darüber bestimmt sei. Der Jusap, daß der Große Rath Abanderungen treffen könne, habe etwas Veruhigendes und könne nichts schaden.

Robler, Regierungsrath. Der Jusat wegen Abanderung ift überflussige. Es versteht sich von selbst, daß der geseszebende Körper (und das ift der Große Rath) Gesetze and ern darf, eben so wie neue geben. Das ist ein Zusat, der jedem Gesetze mußte angehängt werden, und bei jedem nur eine hem-

mende Schleppe wäre. Sbenso sehe er den Zusat, welcher zuerst von Burgdorf vorgeschlagen und dann von Hrn. Kernen angerathen worden sei, für unnöthig an. Der Staat nehme von einzelnen Rechtsame-Korporationen keine Notiz, das seien bloß Brivatbürgervereine, ohne Zusammenhang mit dem Staatshaushalt. Daher stimme er mit Herrn Steiner zur Annahme des §. 2, wie er gedruckt im Entwurf stehe.

Langel machte eine neue Proposition (nach dem ersten Puntte):

"aucun changement ne pourra y être apporté que par ...une loi."

Abmehrung:

Für den f. 2 des Entwurfes: Große Mehrheit.

Vorlefung des

§. 3.

"Die Angelegenheiten der Gemeinde werden beforgt :

1) Durch die Gemeindversammlung, und

2) Durch den Gemeindrath.

Die gleiche Berfon fann jum Prafidenten von beiden Be-

Das Recht des Regierungsrathes von den in diefem §. enthaltenen Bestimmungen Ausnahmen zu gestatten (Verfassung §. 94) bleibt demfelben vorbehalten."

(Ticharner, Regierungsrath, trägt die eingelaufenen Bemerkungen, Unsichten und Berichte vor.)

Steiner von Kirchberg will es nicht schön finden, daß es bier obligatorisch von den Gemeinden gefordert wird, Gemeinderäthe zu erwählen. Freilich sei dem Regierungsrath gestattet, Ausnahmen zu machen, aber das sei zu unbestimmt. Es gabe so kleine Gemeinden, die außerdem solchermaßen nahe verwandt wären, daß sie keinen Gemeinderath bilden könnten.

Der Redner will den S. fo abgefaßt wiffen, daß es jeder Gemeinde überlaffen fei, einen Gemeinderath zu bilden oder nicht.

Dagegen vertheidigen viele die Redaction des Entwurfes: Rernen, Joneli, v. Lerber.

Abstimmung:

Für den Entwurf . . Große Mehrheit. Für eine Aenderung . 9 Stimmen.

Vorlesung des

§. 4.

"Zu der Ausübung des Stimmrechts an der Gemeindverfammlung ift der Zustand der Shrenfähigkeit und des eigenen Rechts erforderlich."

Ohne Ginwendungen und Ginreden allgemein angenommen.

δ. 5.

"Die, welche nach zurückgelegtem zwanzigsten Jahre für sich oder für die Bersonen, zu deren Unterhaltung sie rechtlich verpflichtet sind, von der Gemeinde eine Armensteuer bezogen, und sich mit derselben darüber nicht abgefunden, so wie die, welchen der Richter die Besuchung der Wirthshäuser untersagt hat, können ihr Stimmrecht an der Gemeindversammlung nicht ausüben."

(Escharner verliest die eingelaufnen Bemerkungen ab.)

Man, Staatsschreiber. Man muß hier unterscheiden, daß bier nicht von denen die Rede ift, die wirklich Steuern beziehen, sondern von denen, welche sie bezogen haben. Nun begreife ich nicht, wie das zum Stimmrecht gehört. — Auch ist vorausgeseht in §. 47 des Entwurfes, daß es Bürgergemeinden gebe, welche ihre Armen allein unterhalten, ohne fremden Zuschuß, ohne Zuschuß der Sinwohnergemeinden. Wie kann nun die Sinwohnergemeinde einen von ihrer Versammlung ausschließen, der von ihr nichts bezogen hat? Wer lediglich als Mitglied der engern Bürgerversammlung Unterstühung genießt, wie kann der von der weitern Sinwohnerversammlung ausgeschlossen seine von der weitern Sinwohnerversammlung Jemanden eine erhaltene Armensteuer vorwerfen, die sie nicht ertheilte? Ja, die sie nichts angeht, von der sie eigentlich gar keine Kunde hat? Darin ist nicht bloß kein Zusammenhang, sondern sogar

von Seiten der Sinwohnergemeinde ein Singriff in die Rechte der Bürger. — So ist es auch nicht zu techtfertigen, daß ein Wirthshausverbot den Verlust des Stimmrechts nach sich ziehe. Ohne der Böllerei das Wort zu reden, kann man behaupten, daß wohl Mancher gerne trinke und doch Urtheils- und Verstandeskraft behalte.

Anechtenhofer, alterer, will als Bedingung des Aus-fchluffe auch bie Solzfrevler erwähnt wiffen.

Steiner von Kirchberg, bemerkt, daß man die Grenzen nicht allzustrenge ziehe, sonst gebe es, wie mit den Urversamm-lungen.

Blumenstein. Gerade die Trinfer und Trunkenbolde sind die Ruhefförer in den Versammlungen. Sie muffen entfernt bleiben. Viele Redner, Fürsprech Jaggi zo. schließen sich diesen Worten an

Simon, Landammann, läft nun den f. ins Mehr fetten, doch mit der fleinen Redaktionsverbesserung, welche herr Fürsprech Tagat porgeschagen batte, nämlich:

iprech Jaggi vorgeschlagen hatte, nämlich: "daß nämlich der Berluft des Stimmrechts an der Gemeinds-"versammlung in Bezug auf die, welchen der Besuch der "Wirthshäuser verboten ift, nur so lange daure, als das "Berbot in Kraft ift,"

und fo wird er mit großer Mehrheit angenommen.

§. 6.

"Jeder Gemeindangehörige ift verpflichtet die Wahl als Mitglied des Gemeindraths, des Burgerraths, oder einer Kirchgemeindbehörde anzunehmen, und die Stelle, zu der er erwählt worden, zwei Jahre lang zu bekleiden. Wer sich beharrlich weigert diese Bürgerpflicht zu erfüllen, soll von der Gemeindversammlung in feinen dürgerlichen Genüssen und in der Ausübung seines Stimmrechts in Gemeindsachen so lange eingestellt werden, als seine Widerspänstigkeit währt. Ein Mitglied einer jeden Behörden, welches zwei Jahre lang im Dienste gestanden, hat während der zwei darauf folgenden Jahre das Recht eine kernere Wahl von sich abzulehnen. Ein Gemeindangehöriger, der aus andern Gründen die auf ihn gesallene Wahl zu einem Mitgliede des Gemeindraths, des Burgerraths oder einer Kirchgemeindbehörde von sich ablehnen will, kann bei dem Regierungsrathe Veschwerde führen, wenn die Gemeinde auf ihrer Wahl beharrt.

Bon der Berpflichtung, eine Wahl in eine jener Beborden anzunehmen, find die Mitglieder der Regierungs - und der Gerichtsbehörden, und die Regierungsbeamten ausgenommen."

(Tfcharner, Regierungsrath, trägt die eingelaufenen Unträge und Berichte vor.)

Mancherlei Borichtäge über Amtsdauer der Gemeindsbehörden, die bald dieselbe ausdehnen bis auf 4 und 6 Fahre, bald sie modifiziren, werden von den Herren Joneli, Wütrich, Kernen, Kohli gemacht.

Megmer, Untersuchungerichter, wunscht die bei der Nichtannahme einer Gemeindsbeamtung angedrobte "Sinfellung und "Beschränfung in burgerlichen Nechten genauer bestimmt," auf daß nicht einer fommen fonne, wenn dann die Stelle an einen Andern vergeben sei, und auch seine Bereitwilligfeit erklären.

Jaggi, Fürsprech, meint, es verstünde fich von felbft, daß die Grafe fo lange dauern muffe, als die Amtsdauer der ausgeschlagenen Stelle gewährt hatte, und auf den Antrag des Herrn

Blumenstein, daß man doch Ruckficht auf das Lebensalter der Gemeindsangehörigen nehmen muffe, wenn man fie zur Nebernahme von Amts- und Shrenftellen verpflichte, antwortete herr Jaggi, es sei folche Bestimmung im Gefebe nicht nöthig.

sacration of the property of the state of th

lafether on recommend on his in the life of the control of the con

Doch fimmten die beiden letten Redner darin überein, daß man den f. zu neuer Redaftion den Sechszehnern überweisen fonne. Was die "Weigerung und Widerspänfligkeit" betrifft, so schlug:

Blumenftein vor, nach Analogie der Bestimmung des Bormundschaftsgefetes zu verfahren.

May, Staatsschreiber. Der Staat sei feine Zwangsanstalt, und man solle eine Sprensache und eine Pflichterfüllung nicht zum drohenden, bindenden Zwange machen. Auch sei die Ausnahme "der Regierungsbeamten" (so allgemein, wie sie hier stehe) gar nicht zu billigen; höchstens dürfe man Regierungsstatthalter und Gerichtspräsidenten ausnehmen von der allgemeinen Verpflichtung, Gerichtsstellen übernehmen zu mussen.

Kohler, Regierungsrath. Man sollte meinen, wir hätten früher in einem Ideale von Staat gelebt, weit wir auf einmal unsere Einrichtung mit "Zwangsanstalten" verglichen sehen. Solche Reden, wie ich sie eben hörte, schmecken ganz nach Ludwigsburg (nach Druck und Verlag der Nasischen Buchbandlung). — Und warum sollten wir freie Bürger eines freien Staates nicht das Necht haben, und gegenseitig bindende Verpstichtungen aufzulegen? Der ächt republikanische Geist wirkt jenen Grad von Gemeinsun, der gerne mit Andern die Lasten trägt, der gerne für Andere arbeitet, ohne Murren, ohne Missessühl,

Was ben Ausschluß der Regierungsbeamten betrift, so hat der seinen Grund schon allein darin, daß es gut ift, wenn die Leute, welche bereits durch ihre Stellung eine gewisse Abhängigseit haben und viele Aemter bekleiden, nicht die Freiheit der Gemeinde stören alle Titel und Stellen an sich reißen oder auf sich häufen lassen. Die Regierungsbeamten könnten sich vielleicht hie und da einen Sinsluß erwerben, welcher der freien Gestaltung und Entwicklung des Gemeindelebens nachtheilig würde, und darum schließt hier der Geschesentwurf sie aus.

v. Lerberg Schultheiß, fieht im der Berpflichtung gur Unnahme der Gemeindsfiellen eine Burgschaft der Ordnung und des ununterbrochnen Geschäftsganges. Doch möchte er eine Uenderung der Redaktion vorschlagen, nämlich so:

"Jeder ift verpflichtet, eine Stelle oder Beamtung in der "Gemeindsverwaltung anzunehmen."

Kifling. Nicht das Unnehmen der Stelle ift genug, sondern das Ausfüllen derfelben, das Erfüllen der Pflicht gebort dazu, daher schlage ich einem in diesem Sinne abgefaßten Zusab vor.

(Referent bedauert, den Vortrag des Hrn. Tscharner hier nicht nachtragen zu können. Seine Entfernug vom Sipe des Herrn Regierungsrathes machte es ihm unmöglich, etwas zu vernehmen.)

Abmehrung:

Wer ben §. 6 annehmen will ? . . 29 Stimmen.

Wer eine genauere Redaftion besselben will mit Beachtung ber gefallenen Meinungen und Antrage? Große Mehrheit.

Herr Landammann geht nun die einzelnen gefallenen Meinungen durch, läßt über jede derfelben abstimmen, so daß alle Propositionen, welche das Mehr erhalten, aufgezeichnet und an die Kommission der Sechszehner geschickt werden, um bei der neuen Redaktion dieses §. 6, als genauere Bestimmungen Kraft zu erhalten.

Wir werden die Nenderung des §. mittheilen, fobald als möglich.

Verhandlungen

des

Großen Nathes der Republif Bern.

Bern; den 25. November 1833.

(Micht offiziell.)

Funfte Sigung. (Ueber bas Gemeindewefen.)

Freitag den 22. November.

Brafident: herr Landammann Simon.

Nach dem gewöhnlichen Namensaufrufe und Verlefung des gestrigen Protofolls zeigte Hr. Landammann an, daß er die amtliche Unzeige von dem Sinschiede des Oberrichters Dr. Fren erbalten habe, und daß die Besetzung dieser ledigen Stelle mit den übrigen Wahlen am 9. Dezember statt finden werde. Ferner zeigt derselbe nachfolgende zwei eingelangte Vorstellungen an:

Borftellung von Jos. Graf zu Säutligen, eine Chedispen-

fation betreffend.

Borfiellung von Pierre Frédéric Nicolet von Tramelandessus.

Sierauf murde die Berathung über den Entwurf des Gemeindegefepes fortgefest.

§. 7.

"Die Mitglieder der Gemeinde und der Gemeindbehörden sollen bei der Behandlung von Geschäften den Austritt nehmen, bei denen sie selbst, oder ihre Berwandten oder Verschwägerten in auf- oder absteigender Linie, oder ihre Berwandten oder Berschwägerten in den Seitenlinien, bis und mit Inbegriff des Grades von Geschwisterkindern, betheiligt sind, und zwar abgesehen, ob die ebeliche Verbindung, von welcher die Schwägerschaft herrührt, noch bestehe, oder ob sie getrennt sei."

Babler municht den Zusat, daß wenn etwa die Sälfte einer Gemeindsbehörde in den Austritt fommen murde, welchen Fall er schon gesehen habe, der Regierungsstatthalter die nöthigen Ersammanner ernennen soll.

Muhlemann möchte vor das Wort "betheiligt" noch "perfönlich" fegen.

Herrenschwand, Regierungsrath. Der Antrag von hrn. Zahler hätte vorzüglich darin großen Nachtheil, daß dies in den vom Regierungsstatthalter entfernten Gemeinden zu großen Bögerungen Beranlassung geben und sonstige Schwierigkeiten nach sich ziehen wurde.

Jaggi, Fürsprech. Wenn der Untrag von Srn. Zahler angenommen wurde, so sollte er menigftens blos auf die Gemeindsbehörden beschränkt werden, indeffen ware es bester, denfelben gang fallen gu laffen.

Tscharner, Regierungsrath, als Rapporteur, glaubt ebenfalls, daß der Antrag des Serrn Zahler sich auf die Gemeindsbebörden beschränken muffe, und zweckmäßiger wäre es, wie im frühern Entwurfe, den Austritt durch das Reglement näher bestimmen zu laffen.

Der Paragraph wird mit der von Mühlemann vorgeschlagenen Redaktion, das Wort perfönlich vor "betheiligt" zuzufügen, mit 134 gegen 1 Stimme angenommen.

§. 8.

"Die Verhandlungen der Gemeindbehörden follen von dem Schreiber derfelben in ein eingebundenes, folitres Buch, mit

Bezeichnung des Jahres und des Tages, wann sie flatt gefunden, eingetragen werden, nachdem der Auffap von der Behörde, oder von einem Ausschusse, welchen dieselbe dazu ernannt hat, gut geheißen, und von dem Präsidenten und dem Schreiber unterschrieben worden. In dem Protosoll über die Verhandlungen des Einwohnergemeind- und des Burgerraths sind die Glieder, welche der Sipung beigewohnt, namentlich anzusühren. Ein auf diese Weise abgefaßtes Protosoll hat volle Beweistraft."

Mühlemann, Regierungsstatthalter, munscht eine dentlichere Redaktion hinsichtlich des Wortes "Auffah", weil es leicht zu Misverständnissen führen könnte.

Anechtenhofer. Ich möchte blod die Frage aufwerfen, ob eine Kommission oder vorberathende Behörde einen gefaßten Beschluß von sich aus abändern könne, wie er ein Beispiel statuiren könnte. Daher sollte eine jede solche Abanderung als eine Falsistation erklärt werden.

Romang, Gerichtspräsident. Ich glaube es sei hinlänglich, wenn der Aufsat von der Behörde geprüft ist, und kann dann füglich unter Berantwortung des Präsidenten zum Einschreiben überlassen werden. Auch könnte die Ansührung der Namen im Protokolle weggelassen werden, damit sich nicht etwa einer durch den Borwand von Abwesenheit einer Berantwortung entziehen könnte, und es ist hinlänglich, immer nur die Zahl der anwesenden Mitglieder zu bemerken.

Joneli. Um den Geschäftsgang nicht zu erschweren, so fönnte das Protofoll der einen Sigung in der nächstolgenden vorgetesen und genehmigt werden, dann ware es unnöthig, die Auffäpe aufzubewahren.

Weber, Oberstlient. Ich sinde den Artikel ganz zweckmäßig redigirt. Es ist besser, daß der Aufsaß nach jeder Sißung abgelesen und gutgeheißen werde, wo dann der Präsident für die treue Sintragung in das Protokoll, welches in der nächsten Sißung eingesehen werden kann, verantwortlich ist. Der Antrag des Hrn. Präopinanten paßt blos für große Behörden, welche sich oft versammeln.

Müller, Regierungsstatthalter. Es mare zweckmäßiger und einfacher, daß das Protofoll ohne vorherigen Auffat in einer Situng geführt, und allfällige Berichtigungen am Rande bemerkt und auch unterzeichnet werden.

Probit fragt, ob dann ein folches versudeltes Protofoll annoch Beweisfraft besite?

Jaggi, Fürsprech. Ich finde den Artifel ganz zweckmäßig und hinlänglich bezeichnend, und kann deshalb weder die Besorgnisse von Srn. Knechtenhofer, noch von Srn. Romang gegründet finden. Im Gegentheil könnten sich weit eher durch Auslassung der Namen der anwesenden Mitglieder Nachtheile erzeigen. Der Redner führt ein Beispiel an, daß der Präsident des Militärdepartements die Berhandlungen einer Situng derselben durch den Sekretär desselben habe verschreiben lassen, als ob das ganze Departement gegenwärtig wäre, welches nicht der Fall gewesen sei.

sen sei. Man, Staatsschreiber. Der Artifel ist ganz zweckmäßig, nur vermisse ich die wichtige Auslassung hinschtlich der Beweisfraft, daß nämlich das Protofoll vom Präsidenten und Sefretär unterzeichnet werden soll. Das Nähere könnte man dem Reglemente überlassen.

Straub, Gerichtsprässdent. Man hat in sehr vielen Gemeinden zwei Protofolle, nämbich ein Konzeptprotofoll, welches auch unterzeichnet wird, und dann noch eines, wo es in's Reine geschrieben ift. Ich glaube, daß der Artifel diesen Gang bin-länglich bezeichnet.

Steiner. Bon allen geaußerten Meinungen bat mir diejenige von Srn. Man am beften gefallen. Ich möchte das Wort Auffat gang weglaffen, und das nabere ben Gemeinden überlaffen.

Jaggi, Regierungerath, unterflüt diefe Meinung und möchte Die Gemeinden nicht an einen folden Auffan binden.

Geiser, Regierungsrath. Ich finde den Artifel ganz zweckmäßig, denn das Protofoll muß rein und ohne Bemerkungen und Randgloffen senn; daber ift ein vorhergehender Auffah nothwendig. Auch faun ich nicht begreifen, wie man die Austassung der Namen der anwesenden Mitglieder verlangen konnte, woraus ja sehr bose Folgen entstehen konnten.

Buf, Regierungerathen Sch betrachte diefen Artifel als einen der wichtigften im gangen Befete. Der Redner liebt das Befet über Die Urtunden ab, und zeigt, daß ein folches Brotofoll, welches volle Beweisfraft habe, nichts anders als eine Urfunde fei. Ich habe Protofolle von Gemeindebehörden gefeben, wo ich, trop ihrer großen Dickleibigfeit, das größte Bedenten getragen batte, fie anguerfennen. Die Sapung 210 fordert ungleich mehr Bedingungen jur Gultigfeit eines nur gewöhnlichen Sandbuches, und zwar drei Erforderniffe mehr, als in diefem Urtifel von einem Gemeindeprotofoll verlangt wird, nämlich : gute Ordnung, feine Ginschaltungen und feine verdächtigen Zwischen-Daber muffen wir bei Behandlung diefes Artifels mit ber größten Borficht ju Berte geben, denn ein folches Gemeindeprotofoll ift febr wichtig, befonders im Bormundschaftswefen, wo es die einzige Quelle zu Reflamationen fenn fann, so auch über Allmenten, Baldungen u. f. w. Gin solches Protofoll ift ja ohne Sidesleiftung gultig, was bei einem Sausbuche nicht der Fall ift, und fo muß daffelbe doch wenigstens die rechtsgultigen Sigenschaften eines Sausbuches besten. So muß in Frankreich fede Ginschaltung frischerdings unterzeichnet werden, wenn die Urfunde acht und gultig fenn foll, fonft wird es als eine Falfchung angefeben. In diefem Paragraphen vermiffe ich febr die Bestimmung, welche Art von Protofoll eigentlich Beweistraft haben foll. Gin Besching läßt fich auf eine fehr verschiedene Urt expediren und doch ift oft jeder Buchstabe bavon wichtig, und co muß daber, wie dieses sonft überall der Fall ift, ein Minutenbuch geführt werden, und das Expeditionenmanual foll eigentlich einzig Beweistraft haben. Dicfes muß daber in diefem Paragraphen forgfältig ausgeschieden und hinzugefügt werden, daß diefes Prototoll in guter Ordnung gehalten, teine Ginschaltungen und feine verdachtigen Zwischenraume ftattfinden follen, und jede Beranderung wieder vom Brafidenten unterzeichnet werden muß.

Der Paragraph wird mit dem Zusate, daß ein auf diese Weise abgefaßtes, von den Behörden genehmigtes Protofoll, welches nach Sahung 210 geführt ift, mit Ausschluß des Sides, volle Beweistraft haben soll, mit großer Mehrheit gegen 31 Stimmen angenommen.

§. 9.

"Jede Gemeinde soll bis auf den 1. Merz 1834 dem Regierungsrathe ein Gemeindreglement zur Bestätigung vorlegen, in welches die Bestimmungen über die Behörden und die Beamten, die ste der Besorgung ihrer Angelegenheiten nöthig erachtet, die Verpstichtungen und die Besugnisse derselben, und der Belauf ihrer allfälligen Besoldungen aufzunehmen sind, und worin die Zeit der ordentlichen Gemeindversammlungen, und die Weise anzugeben ist, wie die ordentlichen und die außerordentlichen Wersammlungen zusammenberusen werden sollen. In diesem Reglemente müssen die Verwandtschafts und die Schwägerschaftsgrade angegeben sehn, welche Personen, deren Verwandte oder Verschwägerte in einer Gemeindbehörde sien, verhindern in dieselbe gewählt zu werden.

Tscharner, Regierungsrath, glaubt, man konne den Termin ber Singabe gur Sanktionirung der Gemeindsreglemente bis 1. Oftober 1834 verlängern.

Romang, Gerichtsprafibent, schlägt das gange Sabr 1834 als Termin vor.

Blumenftein ebenfo und findet es zweckmäßig, ein Formularreglement mit bem Gefene zu vertheilen.

von Lerber, Schultheiß, wünscht den Zusap: "spätestens bis Ende."

Der Paragraph wurde mit Berlangerung des Termins bis in Oftober 1834 unverändert angenommen.

Zweiter Titel. Einwohnergemeinde. §. 10.

"Wer das Stimmrecht an der Ginwohnergemeinde ausüben will, muß eine der nachfolgenden Bedingungen nachweisen :

1) Das Eigenthumsrecht auf ein Grundstück, welches in dem Gemeindbezirfe gelegen, und wenigstens fünfhundert Franfen werth iff."

Schneider, Regierungsrath, munscht die Redaktion etwas deutlicher hinsichtlich des Beststhums, weil sich leicht Misverffändnisse ereignen könnten, indem auch Mehrere ein Grundstuck bestsen können.

Muller, Regierungsftatthalter, unterflüt biefe Meinung, befonders muffe man hierin dem Seelande Rechnung tragen.

Watt verlangt, daß es beife : das Eigenthum eines unverschuldeten Grundflices, und nicht das Eigenthumsrecht.

Kafthofer. Ich erblicke in diesem Paragraphen mehrere Dispositive, wodurch wahrlich eine große Menge der achtbariten Staatsbürger von der Berathung über ihre theneriten Interessen ausgeschlossen würden, ohichon sie hinlängliche moralische Kaution geben könnten. Warum fann denn z. B. eine Offiziersstelle mehr zum Stimmrechte qualifizieren, als ein Unterossizier oder Soldat, welcher mehr Ausgeschrung hat. Man sollte sich währbaftig büten, solche Unterschiede für die Ausübung des Stimmrechtes an der Limwohnergemeinde zu machen, denn sie müssen notwendig Viele beleidigen und machen der nenen Ordnung der Dinge abgeneigt. Golche Unterschiede und Prärogative röderen den Gemeingeist, welchen wir doch wecken sollten, und versärfen den so herrschenden Burgergeist, Oertligeist, hintersässen, so daß sie oft zulest nicht wissen, ob sie als Schweizer angeschen werden sollen.

Fellenberg unterflitt die Meining des Präopinanten. Wir follen das republikanische Leben weden und nicht erfödten. Durch so viele Forderungen wird aber der Staatsbürger in seinen bürgerlichen Forderungen, welche er mit Recht machen kann, zurückgedrängt. Jeder soll zum Wohl des Ganzen der Gemeinde mitwirken, aber so kann er es nicht. Einfacheit soll die Gesehe in einer Republik auszeichnen. Daher stimme ich für Zurücksendung dieses Urtikels, um es mit dieser Einfachheit in Uebereinstimmung zu bringen.

Simon, Landamman, glaubt, es murde den Gang der Diskussion abkurzen und vereinfachen, wenn man zuerst über den Grundsaß entschiede: daß wer zahlt, der stimmt, wer nicht zahlt, stimmt nicht.

Muller, Regierungsstatthalter. Da die Tellen nicht überall eingeführt find, fo fann dieser Grundsatz nicht allgemein stattfinden.

von Lerber, Schultheiß. Dadurch murden viele Einwohnergemeinden wegfallen, indem fie dann an vielen Orten, wo nicht getellt wird, nicht mitstimmen fonnen.

(Etwas lebhaft wollen mehrere Mitglieder zugleich das Wort nehmen, aber der Landammann ergreift das Wort und erflärt die Nothwendigkeit, daß zuerst über diesen Grundsat entschieden werde.)

Weber will den Unterschied zwischen tellenden und nicht tellenden Gemeinden aufstellen und also den Grundsatz als Zusat behandeln.

Fellenberg. Man muß den Unterschied machen, daß es mehrere Arten von Leiftungen, 3. B. perfonliche oder sachliche gibt. Das Stimmrecht muß nach dem republikanischen Sosteme erweitert und nicht, wie früher, unterdrückt werden. Daber soll Jeder mitstimmen können, welcher an einer Gemeinde beiträgt.

Mühlemann will das Stimmrecht auch erweitern und nur in einem eigenen Paragraphen die Tellversammlungen anführen.

und dann da vernünftigerweise eine Sinschränkung machen, und nur derjenige, welcher dazu beiträgt, soll Theil daran nehmen. Micharner, Altschultheiß. Die Diskussion beruht ganz auf Misverstand. Dieser Artikel handelt ja bloß von der Sinmohnergemeinde. Es wird ja einen eigenen Jusatz geben, wo dann die vorliegende Frage erörtert werden kann. Man beschränke sich daher doch auf diesen Artikel.

Watt. Man follte nie etwas beschließen, das nicht ausführbar ift, denn im Bisthum weiß man nichts von Tellen; daher möchte ich segen: "das wenigstens 500 Frk. werth oder tellpflichtig ift.

Jahler ichlägt 200 Frf. schuldfreies Eigenthum als Census vor, denn in feiner Wegend tellen felbst Arme, welche aus diefen Tellen besteuert merden.

Jaggi, Regierungsrath, stimmt Rafthofer bei. Man muffe nicht nur die Tellen, fondern auch die personlichen Leiftungen in Betrachtung ziehen, denn die hinterfaßen in einer Gemeinde helfen auch an den Straßen.

Lohner. Es wird fich zeigen, ob nun endlich die burgerlichen Bevorrechtigungen aufbören und die Ginfassen als Menschen angesehen werden sollen. Denn Burger und Ginfassen sollen wenigstens meiner Weinung nach ganz gleich gehalten werden.

Kernen. Wir muffen uns huten, denn wir sind auf glitschigem Boden. Er glaubt, daß es der einzige gerechte Grundfan fet, daß einer dazu mitstimme, wofür er bezahle. Der Redner setzt die Gemeindeverhältnisse weitläusig auseinander und zeigt durch das Gemeindereglement von Munfingen, daß dort dieser Grundsaft in Anwendung gebracht werde; daher es 3-4 Klassen von Stimmberechtigten gebe, welche ganz glücklich miteinander leben. Also wer zahlt, fimmt zu dem, wo er beiträgt.

Steiner stimmt diefer Meinung bei und glaubt, daß man porerft untersuchen muffe, mas für Gefchafte einer Einwohnergemeinde gutommen und fie diefemnach bann ehnibeiten.

Grimm opponirt gegen die von Srn. Fellenberg ausgesprochene Meinung und glaubt, daß es in beffen ausgesprochenem Grundfap liege, alles mitilimmen zu laffen, fogar die Dieniboten.

Landammann bemerkt, daß es fich blos um die Entscheibung des Grundsates handle, welcher dann als Zusap besonders berathen werde, nach vorangegangener Behandlung des §. 10.

Jaggi, Fürsprech. Wenn wir nicht den von Srn. Schultbeiß Tscharner und Andern vorgeschlagenen Weg einschlagen, so werden wir im Laufe dieses Jahres mit diesem Gesese nicht fertig. Schon bei Behandlung des frühern Entwurfes haben wir gesehen, wie schwer es ift, einen allgemeinen Grundsatz aufzustellen, und dieses Sinderniß liegt eben in den zweierlei verschiedenen Gemeindsverhältnissen. In Städten, namentlich Bern, kann der in Rede liegende Grundsatz durchaus nicht gelten, denn diese haben eigene reiche Fonds. So kann es Gegenstände geben, die die Sinwohner interespiren, so daß Jeder gerne ein Wort dazu sagt, ohne daß er gerade dafür bezahlt, z. B. Bauverordnungen. Ich halte den im Artikel aufgestellten Census allerdings für nöthig, und dann könnte man, wie Hr. Schultheiß von Lerber sagte, einen Artikel 6 machen, in welchem der Tellgrundsatz bestimmt wird

Schnell, Professor. Ich bedaure sehr die wenigen Kenntnisse, die ich in dieser Sache besitze, und ich würde das Wort nicht ergreisen, wenn nicht eine solche Konfusion der Begriffe eingetreten wäre, daß es mir, wie ein Dichter sagt, wie ein Mühlrad im Kopf herumgeht. Mir scheint es, daß zwei Hauptparreien sind, von welchen die eine die andere fürchten machen will und so einander gegenüberstehen. Allerdings giebt es zwei Arten von Gemeinden, nämlich eine, wo nicht bezahlt, und die andere, wo dagegen getellt wird. Allein deshalb kann der Grundsah doch als allgemein geltend ausgestellt werden, denn es fragt sich immer, wer muß zahlen, wo nichts mehr vorhanden ist? — Es wird doch Niemand wollen, daß Jemand ohne Sinsah zum Spiele sist. Ich kann durchaus nicht einsehen, daß diesenigen, welche jest nicht zahlen, durch die Ausstellung dieses Grundsahes an ihrem Stimmrechte verschroten würden. So müssen z. Burgdorf und Bern ihre Güter noch ausscheiden; eine sehr wichtige noch vor uns liegende Angelegenhiet, und dennoch stimmen alle mit, wenn sie school

nichts bezahlen, weil Fond genug vorhanden ift; allein diefelben mußten doch bezahlen, wenn diefe Fonds nicht mehr vorhanden find. Ich wünschte daber, daß der Grundsatz ausgesprochen wurde: "Rur derjenige fann ju den ofonomischen Angelegenheiten einer Gemeinde mitstimmen, welcher daran bezahlt oder bezahlen mußte, wenn nichts vorhanden ware." Rur pon biefem Grundfate ausgebend, gelangen wir ju einem befriedigenden Refultate. Der aufgestellte Cenfus past jedenfalls nicht fut den gangen Kanton; in Bern mare es nichts, im Oberfand und Bisthum ju viel, daber munschte ich die nabere Bestimmung den Bemeinden ju überlaffen. Es berricht eine Verwirrung und Vetwechstung zwischen dem politischen und bem Sommunalfimmrecht, wie es mir wenigstens aus Brn. Fellenbergs Rede hervorjugeben schien. Es tann doch mabrhaftig nicht die Rebe baboit fein, daß etwa ein Landwehrofftzier oder ein Schulmeifter belcher erft etwa 3 Monate in einer Gemeinde ware und nichts im Tiegel bat, mitftimmen fonnten. Wir muffen und baber mohl buren, wie Sr. Kernen richtig fagte, daß wie und auf Diefem glitschigen Boden verirren und Unrube und Ungufriedenheit etregen; daber muffen wir nicht zerfplittern, fondern einen allgemeinen Grund fat für das gange Land aufftellen.

Fellenberg möchte zurft die Kompetenz der verschiedenen Stimmrechte festeken. Freilich tragen viele Reiche und Arme nichts zu den Lasten bei, aber man muß sie eben zu bewegen suchen, daß sie dazu beitragen. Wir kommen aber nicht aus diesem Labyrintbe, sofern wir nichts voraus bestimmen. Ich wünschte daher die Zurücksendung dieses Artikels zur Umarbeitung.

Geiser, Regierungsrath. Wir sind ganz von der Bahn abgewichen. Ich fann nicht begreifen, wer da einen Stein bineingeworfen hat. Or. Landammann hat den Weg ganz richtig bezeichnet und gut eingeleitet. Juerst die Artifel 1—5 dann nachher fann man in die nähere Behandlung des Grundsapes als Zusapartikel eintreten.

Straub, Gerichtspräsident, bemerkt, daß man nun gehört babe, daß der Grundfaß nicht allgemein bestimmt werden könnes daher musse man den Grundsatz so aufstellen, daß ein Unterschied zwischen den Gemeinden wo getellt und wo nicht getellt wird, stattfinde.

Blumenstein. Ich verwundere mich über diesen Gang der Diskussion. Mir scheint die Sache nicht halb so verwirrend zu sein. Die ganze Frage ift, von was tellet man? — Bom Grundeigenthum, von der Pacht, vom Forderungsrechte, von den Beweglichkeiten u. f. w. Alles dieses ist nun im vorliegenden Paragraphen ausgesprochen, und daher sinde ich die besondere Ausstellung des Grundsatze unnötig, denn es kann ja kein anderer stimmen, als wer diese tellpstichtigen Sigenschaften besitzt. Sonft müßte man ja, wenn der Grundsatz erkennt würde, das Geseh auf einer ganz andern Grundlage umarbeiten.

Herrenschwand, Regierungsrath. Auch ich könnte nicht dazu stimmen, daß nur diesenigen an einer Einwohnergemeinde stimmen können, welche bezahlen, denn sonst könnte an vielen Orten Niemand stimmen als die Burger des Ortes. Wenn man den Grundsat erkennt, so muß man den Artifel, und was gleich viel ist, auch das Gesetz zurückschieden, und warten, bis ein Tableau von allen Gemeinden, wo getellt oder nicht getellt wird, verfertiget worden ist. Daher mussen wir bei der Berathung bleiben und fortsahren. Schon früher ist dieser Grundsat vorgeschlagen worden und hat das Glück nicht gehabt, zu gefallen und hossentich auch jest nicht, sosen wir Zufriedenheit und Eintracht erwecken wollen.

Weber erläutert seine frühere Ansicht dabin, daß er allerbings auch anerkenne, daß das Bermögen einer Gemeinde allen gehöre und daher eine eigene Bestimmung für die Gemeinden, wo nicht getellt werde, aufgenommen werden muffe.

Stockmar schließt sich der Meinung von Srn. Schnell und Blumenstein an und glaubt, daß das Prinzip im Paragraphen selbst deutlich genug ausgesprochen sei.

Robler, Regierungsrath. Man glaubte schon bei der frühern Berathung des frühern Entwurfes in der Aufstellung dieses Grundsages als allgemeine Regel den Stein der Weisen gefunden zu haben; auch ich war damals dieser Meinung, allein bei näherer Prüfung sinde ich diesen Grundsag aus folgenden Grün-

den verwerflich. Es existiren in den meiften Städten eigene Fonds, vermöge eigener Prärogative, welche den Ginwohnern, feien fie Burger oder Ausburger, gehören. Und bier wurden gerade durch die Aufftellung diefes Grundfapes die angesebenften, achtbarften Ginwohner, welche für die Wohlfarth ic. hinlängliche Garantie gaben, ihr Stimmrecht zu ihren bedeutenoften Intereffe, daß alles gut gebe, verlieren, und Andere, welche fich, ob mit Recht oder Unrecht will ich hier nicht entscheiden, sich als Eigenthumer diefer Fonds ausgeben, murden daher die Gin= wohner vom Stimmrechte ausschließen. Somit ware feine Rechtsgleichheit vorhanden und alfo mare der Grundfat ichon deswegen verwerflich. Man kann das größte Jutereffe haben mitzusprechen ichon für die Intereffen der Zukunft, denn wenn ich schon beute nicht bezahle, fo fann es doch morgen oder fpater gefcheben, und fo mochte ich nicht zufeben, wenn etwa schlecht administrirt wurde, was ja dann auch auf meinen Rucken fiele. Der Zweck fonnte erreicht werden, wenn man den Grundfag als eigenen §. 11 und in Ausnahme und Abweichung des §. 10 aufstellen würde, daß an allen denjenigen Orten, wo jest oder in Zufunft getellt wird, alle dazu mitstimmen fonnen, woran fie fontribuiren.

Rernen und Rafthofer ziehen ihre Untrage gurud.

Simon, Landammann, läßt darüber abstimmen, ob man das System des Entwurfes annehmen und also fortsahren wolle? Mit großer Mehrheit wird dieses beschlossen und also Artifel 1 von §. 10 in Distustion gesetzt.

von Lerber, Schultheiß, municht, daß man den von Srn. Watt vorgeschlagenen Ausbruck, unverschuldetes Sigenthum weglaffen möchte, indem dieses zu allzu großen Schwierigkeiten führen mußte. Auch solle man den Census heruntersepen, damit er auch auf die ärmern Berggegenden passe.

Jaggi, Fürsprech, fann dem Antrage von Srn. Watt auch nicht beiftimmen, indem einer ein artiges heimwesen besigen tonne, ohne daß es gang bezahlt fei.

Knechtenhofer. Man muß hinsichtlich des Werthes auch auf den ganzen Kanton Rücksicht nehmen und denselben daber auf 200 Franken herabsegen.

N. N. will ein Minimum von 200 und ein Magimum von 1000 Franken bestimmen und dann das Nähere den Gemeinden überlaffen.

Blumenstein. Ein solches Progressiossischem könnte zu Willfürlichkeiten und Unordnungen führen. Wer 200 Frf. tellt, hat eben so viel Interesse, als der, wo 1000 vertellt. Ich möchte daher lieber sagen, ein Eigenthum, woran wenigstens 500 Frf. abbezahlt sind.

Kohler, Regierungsrath. Das Motiv, warum man ein Eigenthum fordert, ift nicht das Vermögen, wenigstens soll es nicht sein, sondern das Interesse des Bestiges; das ist die Garantie, daß Jemand zum allgemeinen Wohl sich interessiern wird. Ich möchte den Census aus den angebrachten Gründen, vorzüglich wegen dem Oberland, bedeutend heruntersesen, da es, wie gesagt, nicht auf die Summe ankömmt, daher man vorzüglich dieseinigen mit dem Minimum im Auge haben muß. Ich wünschte daher den Werth auf die Hölfte oder 300 Frf. herunterzusesen und möchte also sagen, einen Besit von Grundeigenthum, (weil man mehrere haben kann) das wenigstens 200 oder 300 Frf. werth ist.

Belrich ard municht, daß auch die Runnicger eines Gigenthums mitftimmen fonnten.

Watt wiederholt, daß er es durchaus fur nöthig halte, daß das Sigenthum unverschuldet fei.

Steiner fiellt die Schwierigkeiten einer folchen, aus diefem Antrage hervorgehenden, Untersuchung dar, welche ju nichts führen wurde und stimmt jum Artitel.

Fellenberg simmt der Meinung von Regierungsrath Kohler bei. Es fei darum zu thun, daß der Bürger auch durch das im Schweiße seines Angesichtes Erworbene prosperiren könne. Es ift um den Charafter des Bolfes zu thun, welcher nachtheilige Folgen durch das Gehäßige solcher Untersuchungen, ob das Eigen-

thum verschuldet sei oder nicht, erleiden mußte, welches Unwahrbeiten u. f. w. erzeugen murde.

Man, Staatsschreiber, fiellt den wesentlichen Unterschied zwischen diesem Artifel und demjenigen des frühern Projeftes dar. Man ift fruber von andern Besichtspunkten ausgegangen, im Beseine vom 19. Mai 1832, wo man den Geist des Ortsburgers-wesens beibehalten hat. Allerdings sehe ich im ganzen Geseste nichts anders, als die Tendenz, und zwar im Sturmschritte, die Ortsburgerrechte zu vernichten. Ich glaube, daß jeder Orts. burger das Stimmrecht, auch ohne diese im vorliegenden Paragraphen aufgestellten Bedingungen, haben foll, wie es fruber, laut Protofoll, mit großer Majorität beschlossen wurde, sofern man auch einige Rudsicht auf die Ortsburgerschaften nehmen will und fie nicht in der That vernichten will. Sch bekenne mich gerne ju dem Spiegburgerthum, fofern man bengenigen als einen Spiefburger betrachtet, welcher dem Sufteme, die Burgerschaften gu unterdruden, nicht huldigen will. Ich will meine Berren Collegen aus dem Leberberge nur an den in den Sahren 1815 und 1816 allgemein geaußerten Bunfch des Bisthums fur die Wiederherstellung der Burgerrechte erinnern , denn fie fühlten den Unterschied ju gut , daß im benachbarten Franfreich ein Individuum, trop feines bochflingenden Ramens "Frangais" auf der Strafe verhungern fann, mahrend in unferm Ranton doch Jeder, auch in der fleinsten Gemeinde, einigen Unterhalt finden fann. 3ch schließe daber dabin, daß jeder Orteburger, mas ja bis jest schon wirklich eriffirt, ohne diefe Bedingungen an der Einwohnergemeinde ftimmen fann.

Muller, Regierungsftatthalter, will den Cenfus auf 200 Franken herunterfepen, aber das Sigenthum folle dann bezahlt fein, fonft hatte man keine Garantie.

Schnell, Professor, bedauert, daß man es nicht für gut gefunden habe, etwas Allgemeines aufzufellen, da sich nun bei jedem Artifel die Schwierigkeiten mehren würden. Ich möchte dem Uebelstande in diesem Artifel durch ein Minimum von 200 Franken vorbeugen, aber nur nicht ein Census für den ganzen Kanton. Da die Burger ihr Gut nicht auf eine folche Weise eigenthümlich besten, daß sie dasselbe theilen könnten, wie sie glauben, und welches dann noch näher zu untersuchen ist, so möchte ich auch den Grundsat des Census auf Burger und Nichtburger ausdehnen.

Kohli, Regierungsstatthalter, will nicht zu einem großen Eensus stimmen, weil dadurch viele brave und ehrliche Leute verhindert würden mitzustimmen. Ich stimme daher zum Borschlage des Regierungsraths Kohler. Auch möchte ich dann mit den Bedingungen nicht nur eine Ausnahme mit einem Offizierchen oder Schulmeister machen, sondern auch mit den Soldaten, welche weit mehr aufopfern.

Sauvin gedenkt mit der Bedingung des Cenfus auch feinen Unterschied zwischen Burger und Nichtburger zu machen.

Wyß, Regierungsrath, findet den Artifet nicht ganz deutlich. Es sollte heißen, der Best eines Grundeigenthums im Gemeindsbezirfe von wenigstens 500 Franken. Wenn die Schulden abgezogen werden, so will ich auch den Sensus herunterseten helsen. Denn es macht einen bedeutenden Unterschied, ob man die Schulden abziehen will oder nicht, um zum einen oder andern Werth stimmen zu können. Man hat bei dem Worte Grundstück wahrscheinlich immer den Bestis von Land im Auge gehabt, aber meiner Meinung nach soll es vorzüglich vom Bests von Häusern die Rede sein. Wenn die Schulden abgezogen werden sollten, so würde die daherige Untersuchung einen schleppenden Gang verursachen. Man sollte daher eine Jahl, und zwar eine höhere, ohne Abzug der Schulden, annehmen. Auch müßte ein eigener Artisel über die Nugnießungsrechte als Jusah hinzusommen, indem sehr viele solche Liegenschaften, welche bloß in den Händen von Nugnießern sind, in unserm Kanton existiern. Ein Kusnießungsrecht auf ein Grundeigenthum von wenigstens 4000 Frk. würde dann das Stimmrecht geben.

(Beschluß folgt.)

den verterkebe die trainen in den meinen Condren eige Fends dernige einense Brähmering worde die Gelesconler seins de Burger oder Sarduglur, gedong alle die Leurer grecht durch die infliktung dieses Gründsanes die angeschreunis Verhan

September and the eximments of the description of the contract of the eximments of the description of the organization of the organization of the contract of the organization of the contract of the contract

Bern, den 26. November 1833. Angele beging bes und unfe duffgrungen thea Weddington for Sameric dealer. The entries of the entries of the founcies of the founcies

(Nicht offiziell.)

(Schluß der fünften Strung.) (Ueber das Gemeindewefen.)

. 14 196 31 1961 17 11 11 11 14 15 15 16 16 17

SS. sprionitrober tiverridation raised das febbers Projektes das.

AnaradanO ind Abili me

sede un engantable unitable de sede

Beifer, Regierungsrath, ftellt die Schwierigkeiten einer folden Inventorifirung der Schulden vor. Man wurde damit den Gemeinden das größte Leid und die größte Plage anthun. Diefes Geschäft ware mit bedeutenden Unannehmlichkeiten vertnupft und konnte manchem fonft braven Manne die größten Nachtheile, besonders für deffen Kredit, zuziehen. Go mare g. B. ein Rramer in einem Dorfe, der ein artiges Bandelt hat, indeffen hat er even auch nicht alles bezahlt, obschon et sonst wohl steht, dieser hat ein lustiges Töchterli, welches er geone an ein artiges Herrli anbringen möchte, wie febr murde da eine folche Untersuchung dem Töchterli schaden können! Sch wünschte daber auch cin, Minimum und Maximum festusepenrafistarie

Tscharner, Altschultheiß, bemerkt, daß man innter dem Namen Grundstück allerdings auch Sanser verstehe. Sinsichtlich des Vorschlages, daß ein solches Sigenthum schuldenfrei sei, so wurde und dieses in ein Meer von Plakereien verserer und der Geift des Gesetze erfordert es auch nicht benn der Besit eines Sigenthums macht die Hauptfache. Ein Maximum oder Minimum wurde das Stimmrecht in die Willsuf der Gemeindsbehörden seben, und das ware wahrlich nicht gitl. Ich glaube, daß die vorgeschlagene Summe von 500 Frf. hinlänglich sei, welche ein fleißiger Mann leicht erwerben fann, und es bedarf eines gleichformigen Gefetes fur das gange Land. Man fonnte baber ben Artifel mit einer etwas dentlichern Redaftion annehmen.

Müblemann, Regierungsfatthalter, findet den Artifel deutlich und gut redigirt. Das Wort Eigenthumsrecht fiebe desmegen da, weil er Personen gebe, welche fein Eigenthum befigen und dennoch ein Besitrecht auf ein folches haben. Für die Rutz-nießer finde ich im Artifel 3 hinlänglich geforgt. Man fonnte daber diese Redaktion sein lassen, welche alles in sich begreift.

Straub, Gerichtspräsident. Ich fenne Gemeinden, wo bei biesem Census blog ein halb Dupend stimmen fonnten. Ich möchte daher dem Regierungerathe die Bestimmung des Cenfus in den verschiedenen Gemeinden übertaffen. Der Redner findet es curios, daß man ben Burgern feinen Bortheil gestatten wolle, welche doch auch besondere Obliegenheiten hätten, und hier will man denselben noch nehmen, statt geben, indem man sie vom Stimmrechte ohne diese Bedingungen andschließen will. Ich wünsche daher einen eigenen Zusab darüber. Von dem Antrage, daß ein Sigenthum schuldenfrei sein soll, mag ich nichts wiffen, denn bezahlt oder unbezahlt, so muß mas doch die Laft tragen, und auch vom Unbezahlten tellen. Warum soll denn der Soldat, welcher Pflichten gegen das Vaterland hat, und oft Monate lang fort fein muß, nicht auch Nechte wie die Offiziere haben. Ich wünsche den Census berabzusegen und alles Eigenthum, was tellt, foll als Grundeigenthum betrachtet werden.

N. N. ftinmit Straub bet, Bunfcht, daß diejenigen Burger, welche ohne Grundeigenthum find, aber Gemeindseigenthum besten, wovon sie tellen muffen, nicht ausgeschlossen bleiben, sondern auch mitstimmen durfen. Bei engern Schranken fonne man gewiß viele unangenehme Auftritte in den Gemeinden erwarten.

Joneli möchte in einem Zusatgartifel den Burgern das Stimmrecht, ohne Diefe Bedingungen, geben, wie Straub, we-

ionne crecicht needen, room man der eer nigstens wenn fie ein Bermogen verwalten. Er wünscht die Festfetung einics Minimums von 100 und eines Maximums won 700 Franken.

abuserflete Eintschaer, welche für die Wohlfarch is, fintingliche

continued from the same designed being

Children and the contract of the second second

ani 200 Frances beindirpen-

und so möchte ich nicht juschen wenn eine fich it if

Tscharner, Regierungsrath, als Rapporteur, erläutert die gemachten Vorschläge und gefallemen Meinungen und weist nach, daß dieser Artikel ein weiteres, größeres Stimmrecht gestatte, als die gemachten Antrage. Er erklärt ferner, daß gevade diese Bestimmung oder Bevorrechtung im Gejete vom 19. Mai 1832, wonach die Ortoburger ohne Census an der Ginmohnergemeinde stimmen durfen, großes Mifvergnugen im Lande verurfacht habe. Er schließt zur Annahme des Artifels mit der Redaktionsänderung, ob das Sigenthum auf Mehrere oder Sinzelne zu bezieben fei.

Der Artifel murbe mit folgenden Redaftionsanderungen angenommen:

- 1) Statt dem Ausdrucke Gigenthumsrecht, Befit auf Grund. eigenthum.
- 2) Den Cenfus ftatt auf 500, auf 300 Franken gu feten.

nes municalle de Sechste Sthung. madicioner en en en en

Samftag, den 21. November.
(Bormittags 9 Uhr.)

Präsident: herr Landammann Simon.

Berlefung des Protofolles : Auf die Frage des Srn. Landammanns, ob Jemand eine Bemerfung zu machen habe, wunsch-ten fr. von Lerber und fr. Landamuggin etliche Verdeutlichungen, die auch mit Genehmigung ins Protofoll getragen werden.

Fortsetzung der Verhandlungen von gestern über §. 10.

2) "Den Beffand eines Pachts oder einer Miethe in dem Gemeindbeziefe, für welchen er einen Jahrzins in Geld oder Naturalien von wenigstens zweihundert Franken bezahlt."

Anechtenhofer, Major. Für eine Stadt, wie Bern, mag bies bier angegebene Berhältniß von 200 Frf. Jahrzins paffen, für kleinere Land - und Munizipalftädte nicht.

Man, Staatsschreiber, beruft sich darauf, daß er schön gestern auf das Berhältnis aufmerksam machte, was zwischen verschiedenen Lokalitäten herrsche. Sat man im Ginne, nur denen eine Stimme zu geben, welche Interesse an der Sache nehmen, oder will man darauf ausgehen, die Versammlungen, obne Unterschied der Betheiligten, recht jablreich und angefüllt ju machen? Das ift eine berücksichtigungswerthe Frage, Die man nie aus dem Auge laffen follte.

Geifer, Regierungsrath, fimmt für billigere Anlagen und Bedingungen im Allgemeinen, und für Felfenung einer niedeigern Summe. Gradation brachte Schwierigkeiten und die Bestimmung der Unterschiede sei kaum auszumitteln. Er schlägt 120

Franken vor, statt 200. Für die Stadt Bern ift die Bestimmung des Entwurfs allerdings nicht zu groß, wo man ja für jedes Zimmer schon so viel bezahlt, aber fur das Land ift fie gu boch. Doch mochte, wie Gr. Regierungerath Geifer fagte, an

Unterschied nicht rathfam fein, darum fimme ich zu einem nie-

v. Lerber. Im Allgemeinen ift es gut, den Census nicht zu hoch zu fiellen, daher möchte ich auch hier heruntergeben, und am liebsten blos 100 Franken als Bedingung annehmen.

Escharner vertheidigt den Artifel, wie er da ift.

Abstimmung:

Wer noch niedriger will 40 Stimmen. Landammann. Es ift also Nr. 2 angenommen mit der Veränderung von "200 Frf." auf 120 Frf. Pacht- oder Miethzins.

3) "Gin Forderungsrecht von wenigstens fünfhundert Franken, für welches ein in dem Kantone gelegenes Grundpfand haftet."

Stein er von Kirchberg. Diefer &. ware ganz zu freichen. Da man in der vorigen Rummer den Cenfus niedriger fellte, so fann man um so mehr hier ftrenger senn. Wer vielleicht 20 bis 30 Stunden von einer Gemeinde wohnt, sie gar nicht kennt und nur Forderungen da hat, wie sollte der fitmmen können?

Mühlemann schlägt vor, nach den Worten 500 Frf. ben Zusat: "von Realwerth" ju machen, auf daß Schuldforderungen, welche fingirt seine, feine Geltung erlangten.

Straub, Gerichtspräsident, will dies Stimmrecht auf bloße Forderungen nicht zugeben: Das Grundeigenthum in der Gemeinde ist billig als Bedingung anzunehmen, aber nicht die bloße Forderung, denn sonst könnte es kommen, daß Viele auf ein einziges Grundstück ihr Stimmrecht gründen: nämlich der, welcher die Forderung hat, der, welcher es besitzt, und etwa auch noch einer, der es wieder gemiethet hat. Stimmt wie die erst gefallene Meinung.

Kohler, Regierungsrath, will entweder diese Nummer freichen, oder die Summe verdoppeln bis auf 1000 Frk. mit dem Zusat:

"daß folch Forderungerecht noch in dem eigenen Gemeinds-

Tscharner, Schultheiß, widerstreitet diese geäußerten Unsichten. Jeder ist für das allgemeine Wohl interessirt, natürlich auch derjenige, welcher Forderungen zu machen hat. Darf nach Nr. 2 sogar der Pächter und Miether stimmen, warum nicht auch nach Nr. 3 der Kapitalist. Nur derjenige soll nicht stimmen dürsen, der nichts erwerben kann, nicht aber der, welcher Ersparungen macht. Es ist eine Ausmunterung für alle Thätigkeit, für Fleiß und Händlichkeit, diese Nummer so zu lassen, wie sie im Enswurfe steht.

Langel unterflut diefe Unficht, und fchlägt eine Nenderung der Redaftion in diefem Sinne vor :

"daß ein bescheinigtes Bermögen von 500 Franken auch "jur Stimmberechtigung hinreiche."

Simon, Landammann, bedeutet hier, daß folche Propofition eigentlich und bester an den Schluß des ganzen Paragraphen gehöre, und später (nach Beendigung der Diskussion über vorliegende Artikel des Paragraphen) wieder aufgenommen werden solle.

Jaggi, Fürsprech, ift damit einverstanden, daß dieser Artifel bleibe, und den Zusat des Herrn Regierungsrath Robler findet er unzweckmäßig. Es ift durchaus genug, daß das Grundpfand im Kantone gelegen sei, wie auch herr Langel behauptet habe.

May. Wie einer 500 Franken Kapital besit, hat er nach §. 31 unserer Berfassung das Stimmrecht in Staatsangelegenheiten, aber in Gemeindssachen ift das etwas anders. Man begeht eine Ungerechtigkeit, denen eine Stimme zu geben, die keinen Wohnste, fein Lokalinteresse in und an den Gemeindssachen haben, eine Ungerechtigkeit gegen alle Gemeindseigenthümer, gegen alle anfäsigen Pächter und Miether. Ich stimme für Weglassung dieses Urtikels.

v. Lerber. Der Mann, der ein Vermögen besitt, das an den Kanton geknüpft ift, darf billigerweise nicht ausgeschlossen sein. Es kann Fälle geben, daß einer weder Eigenthümer noch Miether ist an einem Orte, und bloß aus Neigung und durch Familienbande gezogen, dort wohnt. Hat der nicht Interesse an den Sinwohnergemeindsangelegenheiten? Wir reden ja bier nicht von Burger-, sondern nur von Sinwohnergemeinden und Versammlungen; wie sollte da der nicht stimmen dürsen, welcher seinen Wohnsit da aufgeschlagen hat? Hat er nicht auch Theil an Wohl und Wehe seiner Mitbewohner? Ich stimme gegen den Präopinanten und für die Ansicht des Entwurses.

Schneider, Regierungsrath, greift die Worte des herrn Mühlemann wieder auf, und unterftupt diefelben.

Noch viele Redner traten für und wider auf, und manchem schien es wichtige Forderung, daß das Grundpfand im Gemeindsbezirke liege, wie Sr. Regierungsrath Rohler angetragen hatte, und nicht bloß im Kantone, wie der Entwurf sagt.

Landammann: Wer den Artifel will mit einem Titel-

Wer die Redaktionsverbesserung mill, wie sie Herr Mühle-; mann vorschlug, mit dem Zusah: von 500 Frk. "reeslem Wehrheit.

Wer auch noch dem Antrage des hrn. Regierungsstatthalters Langel beistimmt, nämlich: "etre propriétaire d'immeubles on d'une créance etc. . Große Mehrheit.

Landammann: Mr. 3 ift alfo angenommen, wie im Entwurfe, mit Berücksichtigung der fo eben angenommenen Redaftionsverbesferungen und Zufähen der Sh. Mühlemann und Langel.

4) "Das Sigenthum von Beweglichfeiten, die in dem Gemeindbezirfe liegen und in der schweizerischen Mobiliarversicherungsanstalt wenigstens um zweitausend Franken auf seinen Namen versichert find."

Belrich ard fieht fich veranlaft, im Interesse vieler feiner Mitbürger darauf anzutragen, daß man auch frem de (ausländische) Mobiliarversicherungsanstalten gelten lasse, doch dieser Proposition widerspricht späterbin Hr. v. Lerber, weil ausländische Institute nicht unter unserer Kontrolle ftünden, und daher keine sichere Garantie böten.

Man behauptet, man muffe bei diesem Artikel auch den Unterschied zwischen großen und kleinen Städten berücksichtigen, und eine Abstufung je nach Verhältniß der Sinwohnerzahl der Gemeinden machen. Der sei in mancher Stadt noch ein Krämer, welcher an kleineren Orten schon für einen reichen Mann gälte.

v. Lerber will den Cenfus von 2000 Franten berabgefest miffen.

5) "Ein wissenschaftlicher Beruf, den er infolg eines Patents ausübt, eine Offizierstelle in dem vaterländischen Dienste, oder eine Anstellung als öffentlicher Schullehrer."

Suggler, Regierungsftatthalter, will alle Soldaten far fimmberechtigt halten. — Dagegen :

Schupbach von Biglen. Man durfe so weit das Recht nicht ausdehnen, im Gegentheil solle man bei den Offiziersstellen noch die Beschränfung machen, daß sie auch mußten das Bersmögen besitzen, wie jeder andere Burger, denn jeder Schweizer sei Soldat.

v. Fellenberg fimmt mit dem Entwurfe, nur mit dem Busabe, daß die Offizierfielle "mit Burde" muffe bekleidet sein, denn nur wurdige Baterlandsvertheidiger erfenne man als fimmfähig an. Mit furzen Worten erwähnt er der hohen Bedeutung der Schullehrer.

Rieder trägt darauf an, den Artifel ju ftreichen.

Schnell. Was ift der Cenfus? eine Art Bersicherungspfand deffen, dem man eine Stelle anvertraut. Unter keinem Borwande, unter keiner Bedingung darf man einen Mann (und mare er der tapferste General, der gelehrteste Professor) zur Bermaltung lassen, der nachher das Fehlende nicht ersehen kann. Durch den Artifel des Entwurfs könnte die Möglichkeit eintreten, daß alle Geistlichen, Schullehrer und Offiziere einer Gemeinde alle Berwaltung in die Hände bekämen, während doch alle in der Gemeinde fremd wären. Er stimmt daher für Ausstreichung und Weglassung dieser Nummer.

Geiser, Regierungsrath. Je mehr Licht man anzündet, desto heiterer wird es! Angenommen muß doch werden, daß man gerade die fähigern und tüchtigern Männer zu den im Artikel bezeichneten Stellen wähle, wie sollte man diese ausschließen können von Versammlungen? Wer das Jutrauen des Volkes besitt in solchem Grade, daß man ihm den Unterricht der Jugend und die Anführung des Heeres übergibt, der soll doch auch mitsprechen dürfen.

Kohler, Regierungsrath. Die Bemerkung war ganz richtig, daß, wolle man die Offiziere zulassen, auch die Soldaten nicht könnten ausgeschlossen werden. So kämen wir zu immer weiteren Konsequenzen. Der Redner kann es nicht einschen, wie Leute, welche fremd sind, bei Lokalinteressen mitstimmen dürsen. Man musse immer unterscheiden, daß bier ja nicht von politischen Rechten, von staatsbürgerlicher Stellung die Rede sei — da stimme er auch für allgemeines Stimmrecht — sondern bloß von inneren, speziellen Gemeindsangelegenheiten. Für Geistliche und Schullehrer sei es ohnedieß missich, sich in die Sachen der Gemeinden zu mischen. Wären sie Bürger, wären sie Bester und Eigenthümer, so seien sie als solche nur in dieser Eigenschaft stimmfähig — sonst gebe er ihnen kein Recht und stimme daher zur Streichung dieses Artikels.

Wäber, Oberftieutenant. Es ift immer nicht gut, Ausnahmen und Bevorrechtigungen zu machen, und doch fpricht diefer Aytifel von folchen.

Ticharner, Altichiltheiß, fimmt mit feinen Braopinanten gur Weglaffung Diefer Nummer 5.

Herrenschwand, Regierungsrath, rechtfertigt und vertheidigt den Entwurf. Geistliche und Schullebrer seien durch Marheit der Begriffe und des Unterrichts ausgezeichnet, und ihr Einfluß könne heitsam sein. Was die Offiziere betreffe, so habe die Zulassung derselben ihren Hauptgrund einmal in der Last und Bürde, welche an ihr Umt geknüpft sei, und zweitens sei dieß ein Sporn für Soldaten, durch Eifer im Dienste solcher Shren sich theilhaftig zu machen. Er stimmt daher für Beibehaltung.

Jaggi, Fürsprech, unterflütt seinen Präopinanten noch mit der Ansicht, daß ja die in diesem Artifet aufgezählten Ausnahmen gerade den Gemeinden zum Vortheil gereichten. Es gäbe manche Gemeinde, wo es schwer wäre, einen Gemeindeschreiber, einen Protofollführer zu finden, wenn man den Schullehrer ausschlöße. Die Diensteistungen solcher unterrichteten Leute seinen vielen Orten unschätbar, und von hohem Werthe, ja ganz unentbehrlit. Er stimme für die Redaktion des Entwurfes.

Kernen, von Münsingen, schlägt eine Mittelmeinung vor: "Man solle es der Gemeinde überlassen, solche Männer aufzunehmen oder auszuschließen." Denn im Ganzen sei es nicht einzuschen, wie Leute, welche fein Eigenthumsrecht haben und nicht besteuert sind, sollten zur Verwaltung mitsprechen dürfen.

Steiner, von Rirchberg, municht die gangliche Streichung bes Artifels.

Andere empfehlen ihn wieder und so währt die Diskussion noch lange. Lebhaft hört man bald die Verdienste und Vorzüge der im Artikel besprochnen Veruse und Anstellungen preisen, bald mehr die Gleichheit jedes Standes hervorheben, je nachdem die Redner für Veibehaltung oder Streichung gestimmt waren. Mit aller Ausmertsamkeit hörte die Versammlung noch den Rapporten des Hen. Regierungsrathes Tscharner zu, und darauf

Abstimmung:

Wer heute will eintreten .				gr. Mehrheit.
Wer den Artifel des Entwurfs	will	•	٠	26 Stimmen.
Wer dessen Streichung will .	•	4	•	gr. Mehrheit.
Nr. 5 bleibt also weg.				

Landammann. Runftigen Montag um 9 Uhr Fortfetjung ber Sigungen.

Es wird nun noch eine Vorstellung von Seite ber Anna Schweizer, geb. Schweizer, von Steffisburg (eine Aufhebung einer dreifährigen Wartzeit begehrend) vorgelesen, worüber Herr Regierungsrath Wyß, als Prasident des Justizdepartements, rapportier.

Siebente Sipung.

Montag den 25. November.

Präsident: herr Landammann Simon.

Das Protofoll wird nach einer fleinen Bemerkung zu genauerem Ausdrucke in Betreff ber Rr. 3 angenommen. Dann wurden vier verschiedene Borträge des Regierungsrathes augezeigt und auf den Kanzleitisch gelegt.

Fortsepung über §. 10. (Erfter Nachtrag.)

"Kantonsburger, welche sich nicht durch die Eigenschaft als Grundeigenthümer (Rr. 1.), sondern durch eine der Bedingungen zu der Ausübung des Stimmrechts zu legitimiren gedenken, die unter Nr. 2, 3, 4 und 5 angegeben sind, müssen bescheinigen, daß sie seit Jahresfrist diese Bedingung haben, und eben so lang in dem Gemeindbezirke angesessen seien, und Schweizerburger aus andern Kantonen müssen, neben der erforderlichen Bedingung, noch einen Aufenthalt in dem Gemeindbezirke von wenigstens zwei Jahren nachweisen."

Man, Staatsschreiber, macht darauf aufmerksam, welcher Gesichtspunkt der richtige fei, ob der des Gegenrechtes oder der allgemeiner Begunftigung aller Kantonsfremden (Schweizer). Der Sprecher erklärt sich für den Grundsat der Reziprozität, und empsiehlt diesen Gesichtspunkt der Versammlung.

Lohner möchte anderen Rantonen mit freierem Beifpiele vorangeben, und das Stimmrecht unter den vorgefchriebenen Bedingungen allen Schweizerburgern ertheilen.

v. Lerber. Ohne irgend Nachtheile zu bringen, wird die eben ausgesprochene Unsicht und der Antrag des Entwurfes uns zur Spre gereichen. Der Würde des Menschen ift man es schuldig, dem Sinwohner auch das Sinwohnerstimmrecht nicht abzufprechen.

(Zweiter Nachtrag ju §. 10.)

"Die Sigenthumer von Grundstücken von einem Werthe von fünfhundert Franken, die in dem Gemeindbezirke liegen, können, wenn sie für ihre Person kein Stimmrecht haben, oder dasselbe nicht felbst ausüben, sich bei Gemeindversammlungen, an welchen Tellen erkennt werden, durch Beauftragte vertreten lassen. Kein Beauftragter darf mehr als eine Stimme abgeben. Sigenthumer von Grundstücken, welche unter Vormundschaft siehen, und von der Gemeinde nicht besteuert werden, durfen sich durch ihre Vormunder vertreten lassen. Die Grundeigenthumer, welche nicht in der Gemeinde wohnen, mussen, wenn sie ihr Stimmrecht aussiben wollen, in dem Bezirke derselben einen Wohnst verzeigen."

Kohler, Regierungsrath. Wer Tellen zahlt, sollte an der Sinwohnergemeinde stimmen durfen, deswegen sollten wir hier erst über den Paragraph eintreten, der von den Tellen spricht, um zu wissen, was eigentlich Tellen sind. "Wenn estum einen Tellbetrag zu thun ist, so sollten alle Betheiligten stimmen durfen." Diesen allgemeinen Vorderfat sollte man vorausschieben, und dann zur Vervollständigung binzufügen: "daß beim Nichterscheinen durfe eine Vertretung stattsinden."

Man. Der Grundsat, daß wir nach vorliegendem Entwurfe und ganz in seiner Folge und Anordnung stimmen, ist bisher beibehalten, — das mussen wir auch ferner thun, um nicht in Verwirrung zu gerathen. Können wir uns hier nicht vereinen über einen Artifel, so durfen wir ihn zur Vorberathung und neuer Redaktion der Kommission überweisen.

Roch, Oberst. Nach Nr. 1 hat jeder Eigentbümer von Grundstücken ohne Ausnahme das Stimmrecht, wenn sein Grundeigenthum 500 Franken Werth hat. Nun steht aber hier der Fall, daß es solche Eigenthümer geben könne, "die für ihre Verson kein Stimmrecht haben." — Das kann sich nur auf die durch §. 4 und 5 ausgeschlossenen beziehen. Diese Spriosen aber und Geistesschwachen oder Menschen, welche nicht sui juris sind, dürsen keine Vertreter, keine Prokurirte haben, deswegen trage ich auf Streichung des Artikels an, und nehme nur den Theil an, der sur Vervormundete, für noch nicht Wollschrige spricht. "Für diesenigen, welche unter Wormundschaft stehen, sollen ihre "Vormünder reden und stimmen dürsen." Die Spriosen aber und Züchtlinge sollen keine Stellvertreter haben dürsen.

Zwifchen den Gemeinden, wo Tellen bezogen werden und wo feine, mochte der Redner feinen Unterschied machen. Das verwickle das Gefet und fage der Ginfachheit unferes Bolfscharafters nicht zu.

Straub, Gerichtspräsident, flagt darüber, daß lediglich das Geld in Anschlag gebracht werde. Fähigkeiten, Kenntnisse habe man nicht berücksichtigt, z. B. bei den Lehrern. Dadurch werde den Aristofraten Thür und Thor geöffnet. Diese reichen, geldstolzen Grundbesitzer hätten oft Güter in 10—20 Gemeinden und durch ihr Geld großen Einsluß. Gestatte man ihnen überall Zutritt und Stimmrecht, so könnten sie herr und Meister werden in den meisten Gemeindsversammlungen. Das wolle er im Allgemeinen zu bedenken geben über den Geist und die Folgendes Geseses.

Kernen von Münsingen. Für Polizei, Arme 2c. muß der Sinwohner wie der Bürger zahlen. Das ist die einfachste Norm, daß Jeder da stimme, wohin er zahlt; daher finde ich es auch recht und billig, daß, wenn man nicht felbst gehen fann, man "Beauftragte" abordnen darf, wie der Entwurf es sagt. Es gibt Gemeinden, wo die Zahl der Armen so zunimmt, daß ihre Pflege größere Last ist, als alle Staatsabgaben; Jedem, der solche Last tragen bilft, gehört überall eine Stimme, daher unterstüge ich den Antrag des Hrn. Kohler.

Mühlemann. Der Grundfap, daß der Zahlende auch Stimmberechtigter sei, führte uns zum Widerspruche mit uns selbst, denn wir haben schon einen großen Theil der Leistenden ausgeschlossen. Sin schon lang auf der Schweiz lastendes Sprichwort: "Rein Geld — fein Schweizer" soll durch unsere Geschgebung nicht geheiligt werden. Finanzielle Rücksichten haben wir schon genug genommen und hinlängliche Garantien dafür, daher schlage ich vor, daß wir auch für die sittlichen und geistigen Interessen sorgen. Si liegt in der Würde der Gesellschaft, daß wir solchen Zusah machen.

Simon, Landammann, macht darauf aufmerksam, daß man nicht beständig neue Anträge auf einander häusen solle. Es handle sich von dem Entwurfe und nicht von dem Antrage des Hrn. Regierungsraths Kohler, und wenn man diesen Antrag des Hrn. Kohler zuerst behandeln wolle, so musse darüber erst abgestimmt sein.

Tscharner, Schultheiß. Die Frage, von der hier die Rede ift, sollte man festhalten. §. 10 sest die Stimmfähigseit fest; unser vorliegender Nachsatz bestimmt das Necht der "Beauftragungen" für solche Gemeindsversammlungen, wo es um "Tel-len" zu thun ift. Nur für solche Fälle will man die Stellvertretung zugeben.

Mun fragt es sich weiter: Wer darf durch Andere seine Stelle ersepen lassen? Sollen es die sein, welche ihr Stimm-recht verloren haben nach §. 4 u. 5? Ja wohl! Ich schließe mich an den Entwurf der Sechstehner an, eben weil es um Tellen zu thun ift. Wer Vermögen hat, soll auch für dasselbe seine Stimme dürsen abgeben lassen. — Aber natürlich anch die wegen Unmündigkeit Bevormundeten sollen sich vertreten lassen durch ihre Profurirten, denn es handelt sich bei Tellen um Gelbinteressen.

v. Lerber. "In denjenigen Gemeinden, wo Tellen ansge-fchrieben werden, haben alle Beitragenden das Stimmrecht." —

Diefer Sat follte fo, wie ihn herr Regierungsrath Kohler vorfchlug, aller Erörterung vorausgeben, und dann als Bervollftandigung hinzugefügt werden:

"Die es nicht feibst ausüben können, follen sich durfen vertreten lassen!" Das ift nöthig für Alle. Das Interesse der Familien der Zurückgebliebenen oder Verurtheilten erfordert eine Vertretung, denn die Kinder der Moralischtodten (der Verbrecher) haben eben so ein Necht für ihr Interesse, als die Waisenkinder und Wittwen.

Baber vertheidigt den Artifel, wie er dafieht, mit Ausftreichung ber Tellen.

Schnell. Die obwaltende Diskussion handelt bloß von einer Ergänzung aller der Bedingungen, die wir bisher zur Stimmfähigkeit feststellten. Das Ergänzen macht nun freilich Schwierigkeiten, weil wir nicht einen, sondern gar mancherleit ganz verschiedene Gesichtspunkte aufstellten. Wir hätten bier, weil von materiellen Gütern und Interessen die Rede ift, nichts anders sollen gelten lassen, als sinanzielle Gesichtspunkte. "Feder, der beiträgt, soll beistimmen dürsen," das ist ein Sap, den Hr. Regierungsrath Kohler richtig aufstellte, nur gebört er als Hauptsab nicht bieber in die Nachsähe und Nachträge, sondern vor den ganzen §. 10 voraus. — Unser Standpunkt darf nicht sein, Generosität vorwalten zu lassen, sondern Gerechtigkeit, indem wir keiner Gemeinde zu nahe treten dürsen, daher trete ich dem Hrn. Kohler bei.

Nach vielen Erörterungen, welche immer wieder über den Werth des Robler'schen Vorschlages eingehen, und bald den Gruudsat der Stellvertretung durch Beaustragte bestreiten, bald ihn für alle Versammlungen, bald wieder nur für Tellbezüge wollen gelten lassen, läßt endlich Hr. Landammann, um die Diskussion zu begränzen und die Gesichtspunkte nicht verlieren zu lassen, abstimmen:

Soll man fortfahren in der Diskussion, mit Vorschlägen über den Entwurf? gr. Mehrheit. Soll man zuerst eintreten auf den Antrag des Hrn. Regierungsraths Kohler 5 Stimmen.

Landammann. Wir fabren alfo fort mit der Berathung des Entwurfes.

Blumenstein findet billig und gerecht, einen Stellvertreter und Beauftragten zu gestatten, wenn man nicht selbst fommen könne oder durfe, und gibt den Rath, statt alzulanges Reden und Spezisisationen, lieber den Entwurf, der ja immer wieder einer Revision unterworfen werden könne, so anzunehmen, wie er ist.

Abstimmung:

- 1) Wer heute schon entscheiden will? entschiedene Mehrheit.
 2) Wer für den Entwurf ist, doch mit der Veränderung, die bei Nr. 1 stattgefunden, statt 500, 300 Franken, und daß der "Beaustragte" die Bedingungen, welche Nr. 4. unsers Paragraphs fordert, selbst erfüllt habe. 70 St.
- 3) Wer nach den gefallenen Meinungen stimmen will. 30 "

Watt schlägt zur Vermeidung von Diffifultäten in den Gemeindsversammlungen vor, daß alle etwaigen Anstände durch offenes Mehr, ohne Vorberathung durch die Gemeinde sogleich entschieden werden.

Blumenstein glaubt, daß dieser Zusat zu gefährlicher Willfür führe. Bloges Sandaufheben reicht nicht bin, daß ein Gemeindebeschluß auch gerecht sei. Eher könnte man bei ftreitigen Fällen den Regierungsstatthalter entscheiden laffen.

Koch, Oberft, wünscht die Vemerkung des Hrn. Watt an die Kommission des Regierungsrathes und der Sechszehner geschieft, um am gehörigen Orte dann vor- und angebracht zu werden.

Abstimmung

(Beschluß folgt.)

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Bern, den 27. November 1833.

(Micht offiziell.)

(Schluß der fiebenten Sigung.)

(Heber das Gemeindewefen.)

Robler, Regierungbrath, macht jest den Vorschlag, daß man für die Gemeindsversammlungen, in welchen getellt wird, auch eine Tage, ein Minimum fest fete, welches einer bezahlen muffe beim Telleinsammeln, wenn er das Stimmrecht haben wolle.

Man, Staatsschreiber, will Ueberweisung dieser Motion an den Regierungsrath und die Sechszehner.

Saberli verwirft den Antrag des Srn. Robler, als im Widerfpruch sichend mit den vorigen Rummern des Paragraphen.

Kernen macht den Antrag, daß man bloß den Grundfag: wer stimmen will, jahlt! anerkenne, aber nichts Bestimmtes festfete, wie viel einer gablen muffe.

Baber halt es für fehr wichtig, über diefen Bunkt noch manches auszusprechen, und zwar fogleich, damit man nicht durch Berweifung an Kommissionen nur Berzögerungen verantaffe.

Buf, von Koppigen, schließt fich an den Grundfag des Srn. Kernen an.

Tscharner, Altschultheiß, glaubt diesen wichtigen Antrag bes hrn. Kohler zur Borberathung an den Regierungsrath und die Sechszehner zu überweisen, auf daß man doch auch erft flar werden fonne über die eigentliche Absicht und den Werth jenes Antrages.

Abstimmung:

Mühlemann macht noch den Untrag, jedoch mit Redaf-

tionsvorbehalt, daß:

"Söhne, deren Räter oder Mütter, die im Gemeindsbezirfe "wohnen und ein Grundeigenthum von 4000 Franken besihen, "auch das Stimmrecht genießen, wenn sie mit ihren Eltern haus"halten."

Eine und die andere Stimme findet diesen Zusat überflüffig. Tscharner, Regierungsrath, schlägt die Ueberweisung zu gehöriger Vorberathung vor, wie auch das Reglement es vorschreibe.

Wyß, Regierungsrath, bestreitet die Vereinbarung dieses Artifels mit den bereits gepflognen Verhandlungen und angenommenen Grundsähen. Doch ju genauerer Prüfung und umfassen- derer Redaktion gehört der Vorschlag an die Kommission.

Geifer, von Langenthal, spricht gang im Sinne des Untrags. Gerade für die jüngere Bürgerschaft sei solcher Zusat von heilsamer Bedeutung.

Abstimmung:

Für Uebersendung zur Vorberathung? . . . Mehrheit.

Man, Staatsschreiber, wünscht nur das Nunnießungsrecht nicht übergangen. Es lag nämlich ein Antrag vor, der auch
alle Theilhaber an Privatgütern stimmfähig machen will: Man
habe bisher viele Leute bestimmrechtigt, die weniger Antheil an
dem Gemeindswohl nehmen, als die Auhnießungsbetheiligten nehmen würden.

Wyß, Regierungsrath, unterstüpt diese Ansicht. Habe man doch auf bloßes Forderungsrecht Rücksicht genommen, wie vielmehr musse man hierauf eingehen.

Tscharner, Regierungsrath, findet Unalogie zwischen diesem Falle und dem Untrage des Srn. Mühlemann, wünscht daber auch Ueberweisung desselben an Regierungsrath und XVI.

Schneider, Regierungsrath, stimmt nicht dazu. Das fei Waster auf die Bernermuble.

v. Berber. Sat Jemand ein Forderungsrecht, fo fann er ftimmen, aber irgend ein Antheil an Korporationsgütern enthält feine Befähigung: Es foll der Befit, den man hat, ein Privatvermögen fein, wenn er zur Stimme berechtigen will.

Abstimmung:

Ueberweisung an Regierungsrath und die XVI. Mehrheit. Bon andern, 4. B. Dienstbotenverhältnissen, welche ehemals von Berechtigung zur Stimme ausschlossen, hatte der Regierungsrath und die Sechszehner beschlossen, zu abstrahiren; der Große Rath trat auf Anrathen der Hh. Tscharner und Wäber diesen Beschlüssen bei, trop mancherlei Einwendungen des hrn. May.

Achte Sigung.

Dienstag den 26. November.

Prafident: Berr Landammann Simon.

Die Namen der Mitglieder werden aufgerufen — ungewöhnlich viele Pläte sind leer; von vielen Seiten Entschuldigungsschreiben wegen Abwesenheit. — Verlesung des Protofolles und nach einer furzen Berichtigung des Hrn. Landammanns, der auch Hr. von Lerber beistimmt, Genehmigung.

Mehrere Vorstellungen werden an den Negierungsrath gur Vorberathung und Begutachtung überwiesen.

Fortsegung über das Gemeindegefet.

§. 11.

"In jeder Gemeinde foll ein Berzeichniß der Personen geführt werden, denen an der Einwohnergemeind-Bersammlung das Stimmrecht zusommt (§§. 4, 5 und 10), in welches die Beränderungen nachzutragen sind, die sich mit den Stimmrechten ereignen. Dieses Verzeichniß soll Jedermann offen stehen, und an
den Gemeindversammlungen auf dem Tische liegen."

Jäggi, Sauptmann, bittet, nachdem mancherlei fleine Redaftionsverbefferungen vorgeschlagen wurden, nicht so in's Detail ju treten. Bieles bleibe ja dem Reglement überlaffen.

Efcharner, Regierungsrath, empfiehlt auch ben Entwurf, indem allzu viele Spezialitäten uns zu Kleinigkeiten führten.

Abstimmung:

Für den Entwurf

105 Stimmen.

§. 12.

"Die Sinwohnergemeinde wird ordentlicher Weise zu den in dem Reglement bestimmten Zeiten, und außerordentlicher Weise so oft es die Geschäfte erfordern, in der vorgeschriebenen Form zusammenberufen. Bei außerordentlichen Versammlungen muß der Gegenstand, welcher der Gemeinde vorzutragen ift, bei der Zusammenberufung angezeigt werden. Diese vorläufige Anzeige soll auch bei ordentlichen Gemeindversammlungen statt finden, wenn bei denselben wichtige Gegenstände zu behandeln sind."

Saberli municht, ba bas Wort "wichtige" am Ende bes Paragraphen ju unwichtig fei, es weggulaffen.

Romang, Gerichtsprafident, unterflüßt feinen Praopinanten, und glaubt, daß man jedesmal bei einer Ginladung gur Berfammlung die Gegenftande der Behandlung voraus anzeige.

Man, Staatsschreiber, halt diese Vorschläge für unausführbar, und böchftens bei außerordentlichen Versammlungen anwendbar. Auch ohne Vorausanzeige sen es Pflicht der Einwohner, den Versammlungen beizuwohnen.

Soneli gibt biergu feine Buftimmung.

Grimm von Burgdorf meint, man folle jedesmal bei der Sinladung eine Traftandenlifte beilegen, damit Jeder von den zu behandelnden Gegenftanden Kenntnif erhalte.

Schupbach. Traftandenlifte ift nicht möglich, einzuführen, und vorläufige Anzeige, felbst bei fogenannten wichtigen Gegenständen, eben so wenig, daher trage ich auf Weglassung ber letten Periode an: "biese vorläufige Anzeige" bis zu Ende.

Mehrere Redner, die ihre vielfachen Erfahrungen in die Bagschale legen, sprechen alle in dem Sinne, daß Umftändlichfeit und Weitschweifigkeit der größte Fehler sei.

Abstimmung:

Für den Entwurf . . . überwiegende Mehrheit. Landammann: Der f. 12. ift alfo ohne Beranderung angenommen.

§. 13.

"Zu einem gultigen Gemeindbeschlusse ift die Mehrheit der anwesenden Glieder einer förmlich zusammenberufenen Gemeindsversammlung erforderlich: bei gleichgetheilten Stimmen entscheidet der Präsident."

Ticharner, Regierungerath, empfiehlt den Paragraph in feiner gegenwärtigen Gestalt.

Koch, Oberst. In §. 18 Ar. 7 werden zu einem gültigen Beschluß zwei Drittel Stimmen erfordert, und es wäre zweckmäßiger, (legislatorischer Weise einfacher), wenn wir alle Ausnatmen, die sonst im Gesehe über Gültigseit der Gemeindsbeschlüsse vorsommen, hier schon anpasten, und daher den Paragraph so stellten, daß er alle, alle Bedingungen der Gültigseit enthielte. Auch Nr. 8 im §. 18 will hier schon hergehören. Es betrifft diese Bemerkung freilich nur das Formelle, doch ist zum Ueberblick solche Ordnung nothwendig.

Noch andere Redner sprechen den Grundsatz aus, daß hier bei Aufftellung der Regel auch die Ausnahmen sollten beigedruckt werden.

Sicharner, Regierungerath, findet folche Beränderung nicht nothwendig. Es gabe manchen Pleonasmus, und Aufhäufung von Sinerlei, wollte man alle Ausnahmen hier aufftellen: baber widerhole er feine obige Empfehlung.

Abstimmung:

Für den Entwurf mit allfälliger Redaktionsverbefferung : Mehrheit.

§. 14.

"Die Sinwohnergemeinde erwählt durch geheime Abstimmung und absolute Mehrheit ihren Präsidenten, den Präsidenten und die Mitglieder des Gemeindraths, den Gemeindschreiber und die Beamten, deren Erwählung weder durch das Geset noch durch das Reglement dem Gemeindrathe übertragen ift."

"Nach der Erwählung des Gemeindraths fieht demfelben für andere Beamtungen das Recht eines doppelten Vorschlages zu, der durch die Mitglieder der Versammlung vermehrt werden fann."

Da der §. 18 die Gegenstände mittheilt, welche die Gemeinde behandelt, worunter auch (Nr. 5) Wahlen begriffen sind, so ge ören zwei oder drei Borschläge, welche gemacht werden, nicht hieher, worauf fr. Landammann aufmerksam macht.

Roch, Oberft, glaubt es für einen Redaktionsfehler halten ju muffen, daß in dem Nachsage dieses Paragraphen noch die Worte stehen:

"für andere Beamtungen."

Fast wolle er dies fur einen Drudfehler halten, so bedeutungslos oder widersprechend schienen ihm diese drei Worte. Er stimme fur den Paragraph mit Weglassung dieser unnugen Stelle.

Wäber halt den Zusat der "anderen" Beamtung gang verftändlich. Der Gemeinderath sei auch eine Beamtung, für deffen Wahl und Ergänzung er keinen Doppelvorschlag habe, sondern nur für die "andern", für die übrigen Beamtungen.

v. Berber fiebt diefen Bufan auch fo an, wie fein Braopinant, und glaubt die Worte feineswegs ausftreichen ju burfen.

Herrenschwand, Regierungerath, will noch, namentlich mit hinblick auf §. 16, wo von "Beauftragten" die Rede ift *), hier den Zusatz beischalten, das nicht bloß der Präsident, sondern auch sein "Stellvertreter" musse gewählt sein durch die Einwohnergemeinde.

Ticharner, Regierungsrath, faßt alle bis jest geäußerten Anträge zusammen, vergleicht diesen Paragraph mit dem frühern Entwurfe von 1832 und findet ihn vorzüglicher, auch den Zusab von andern Beamtungen nothwendig, damit nicht der Gemeinderath etwa auch sich selber bei vorsommenden Fällen ergänzen könne, und empfiehlt dessen Annahme der Bersammlung.

Abstimmung:

Für den Entwurf . . entschiedene Debrheit (einbeflig).

8. 15.

"Der Prafident ber Sinwohnergemeinde, der Prafident und die Mitglieder des Gemeindraths und der Gemeindschreiber wers ben von dem Regierungsflatthalter beeidigt."

May, Staatsschreiber. Der Gid sollte eigentlich nur für wichtigere Beamtungen sein. Als Shrenmann wird Jeder schon ohnedieß seine Pflicht erfüllen, und die Vervielfältigung der Side ift nicht rathsam. Sin Gelübde wäre genug — aber —

Dieses Gelübde muß in die Sande derer gelegt werden welche wählten, nicht in die Sande der Regierung. Zudem ift solch Gelöbniß genug, da nach §. 6 ja Feder gezwungen ift, Stellen anzunehmen. Soll man zu diesem Zwang noch einen erzwungenen Eid hinzufügen? Dann auch — welche Zeit kostete es für die Regierungsflatthalter, alle Gemeinderathe zu beeidigen?

Will man abfolut auf einem Gide beharren, fo mag es genug fein, den Prafidenten zu beeidigen.

v. Lerber verweist auf die früheren Zeiten, wo man immerfort und immer wieder Jedermann mit Sidichwüren beläftigte, und verwahrt dadurch unsere Zeit vor dem Vorwurfe, als wären jest erst Beeidigungen eingeführt. — Alle Staatsbeamten leifteten ihren Sid, so sei es würdig, daß auch die allerdings hochwichtigen Beamtungen der Gemeinden solche heilige Insicherung in die Hände der Regierung legten. Er stimmt für den Entwurf.

Ticharner, Regierungsrath. Es gibt folcher Sid den Beamten mehr Ansehen, mehr Araft, Würde und Selbstständigteit und für die Verwaltung eine größere Sicherheit.

Abstimmung:

Für den Entwurf . . . entschiedenes Mehr. Für Aenderung . . . 6 Stimmen.

§. 16.

"Der Präfident der Einwohnergemeinde und derjenige des Gemeindraths follen die Aufträge, welche ihnen von Regierungsbehörden oder Beamten zu handen der Behörde ertheilt werden, die unter ihrem Präfidio fieht, derfelben mittheilen, und fie fofort in Vollziehung fegen."

"Die Vollziehung der Beschlüsse der Gemeinde und des Gemeindraths liegt den Präsidenten dieser Behörden ob, wenn diefelben nicht andere Personen damit beauftragt haben. Die Ge-

^{*) §. 16} Beile 6: "wenn biefelben nicht andere Bersonen bamit beauftragt haben:"

meinde und der Gemeindrath haben das Recht unmittelbar mit dem Regierungsftatthalter ju forrespondiren. "

Schneider, Regierungsrath. Der Schluß des Paragraphs, welcher vom Rechte der Gemeinde spricht, mit dem Regierungsstatthalter forrespondiren zu dürfen, möge wegbleiben, da §. 17 der Verfassung dieses Recht schon gewährleistet, und sich also hier ganz von selbst versteht.

Roch, Oberst. Wer sind denn die andern Personen, welche zur Vollziehung der Beschlüsse der Einwohnergemeinde beauftragt werden können? Das ist eine Frage, die ich mir nicht beantworten kann, und die doch hieher gehört, da der Paragraph davon spricht. Ich glaube die Worte (Zeile 6 und 7): "wenn dieselben nicht andere Personen damit beauftragt haben" streichen und den Paragraph an Regierungsrath und Sechszehner zurückweisen zu müssen, da hier das Wort "dieselbe" vielsache Beziehungen haben kann und schon deswegen zu Misverständnissen führt.

Mühlemann glaubt, es könnte wohl Leute geben, die es falsch versiehen murden, wenn man jest, wie hr. Regierungsrath Schneider wolle, den Schluß weglasse. Man könnte glauben, der Große Rath habe dem Bolk das Necht, was ihm der Entwurf zusichert, genommen.

Robler, Regierungsrath. Was den Einwurf des Srn. Regierungsraths Schneider betrifft gegen die überflüssige Zusicherung des Rechtes zu korrespondiren, so diene hier nur zur Berücksichtigung, daß es früherhin anders war, und namentlich damit gesagt sein soll, daß man sich nicht an den Unterstatthalter zu wenden brauche, sondern an das Büreau des Regierungsstatthalters selbst. Doch könnte der Nachsah auch wegbleiben; jedenfalls bleibt dem Einwohner das Recht des unmittelbaren Verkehrs.

Den von hrn. Oberft Koch getadelten Fehler der Undeutlichkeit des Styles habe ich auch gefunden und muß mit hrn. Roch übereinstimmen.

Abstimmung:

Der erfte Theil des Paragraphs wird durch handmehr angenommen. Ja!

Wer auch den zweiten Theil des Paragraphs annimmt, jedoch mit den Redaktionsverbesserungen, welche 1) eine Verdeutlichung des Wortes (Zeile 6): "die selben" enthalte und 2) den Nachsah über das Recht des Korrespondirens bloß auf die Geschäftsführung Beziehung solle finden lassen.

§. 17.

"Die Sinwohnergemeinde faßt die Beschluffe über die Gegenffande, deren Beseitigung weder durch das Geses, noch durch das Reglement dem Gemeindrathe oder einer andern Gemeindbeamtung zugewiesen ift."

Koch, Oberft, findet einen Zusat bei dem Worte "Beschluffe" nöthig, der diefelben mehr begranze. Die Redaktion des Entwurfes fei zu umfassend.

Ticharner fieht feinen Grund ein, hier noch hinzuseten ju muffen, daß folche Beschluffe fich auf Gemeindsverwaltung bezögen. Das verftehe fich von selbst.

Abstimmung:

Für den Entwurf

Mehrheit (durch Handaufheben.)

§. 18.

"Folgende Gegenftande muffen von ber Gemeinde felbft behanbelt, und fonnen von ibr feiner Beborde übertragen werden: "

Landammann. Die verschiedenen Unterabtheilungen bes Paragraphs erfordern jede eine abgesonderte Behandlung, daher nehmen wir hier die Nummern nach der Reihenfolge.

1) "Die Bestimmung des jährlichen Voranschlags der Ginnahmen und Ausgaben (Budget.)"

Abstimmung:

Für den Entwurf . . . Mehrheit (einhellig.)

2) "Die Ausschreibung von Tellen."

Escharner, Regierungsrath, empfiehlt die Annahme dieses Artifels. Keiner andern Behörde könne es einfallen, Tellen auszuschreiben, als der großen Gemeindsversammlung; ebenso seihr die Ausschreibung und Festftellung bestimmter Termine zum Einziehen der Telle überlaffen.

Buthrich fchlägt vor, hinzugufügen: "Die Ausschreibung und Beziehung von Tellen."

Wäber. Das Wort "Ausschreibung" foll wohl bier gleichsbedeutend fein mit dem Worte: Erfennung von Tellen. Vielsleicht mare dieß Wort deutlicher.

Abstimmung:

Für den Entwurf Mehrheit.

3) "Die Stiftung von Rirchen, Armen-, Kranken- Arbeitsund Schulbaufern."

Robler, Regierungsrath, schlägt eine Berbefferung ber Redaktion vor, nämlich ftatt "Säusern," lieber "Anftalten" ju fagen, weil man das Stiften ber Säuser bloß aufs Bauen bezie-ben könnte, die in die folgende Nummer (4) gehörte.

Joneli will ju Stiftung das Wort "neue" hinzugefett wiffen, worauf aber

Tscharner, Regierungsrath, aus dem Begriffe des Wortes "fiften" erklärt, daß hier nicht von bereits bestehenden Kirchen, Armenhäusern 2c. die Rede sein könnte, sondern lediglich von folchen, deren Aufführung etwa in Zukunft nöthig gefunden würde, und empsiehlt die Annahme dieses Artifels, mit der von Herrn Kohler vorgeschlagenen, genaueren Ausdrucksweise, statt "Häufern," Anstalten zu fagen.

Abstimmung:

Für den Entwurf mit der Redaktionsverbesserung der "Anftalten" . . . gr. Mehrheit (einhellig.)

4) " Meue Bauten. "

Romang schlägt eine andere Redaktion vor: "Solche Bauten, die mehr als 100 Franken fosten," denn unbedeutendere Sachen durfe man schon einer Behörde überlassen.

von Lerber, Schultheiß, zeigt, wie schwer es fei, da den richtigen Cenfus zu finden fur die verschiedenen Gemeinden, wenn man ein Maximum fur die Behörden bestimmen wolle, um es ihrer Verwendung zu übertaffen.

Wyf, Regierungsrath, unterstützt einen frühern Redner, um dem Gemeinderath irgendwie doch freiere Hand zu lassen über eine kleinere Summe, für etwaige kleinere, eiligere Arbeiten, Reparaturen 20. 20.

Romang Schließt fich gang seinem Praopinanten an.

Wäber macht darauf aufmerkfam, daß bei dieser Nummer die französische Uebersehung: "la construction des nouveaux batimens" nicht ganz dem deutschen Texte entspreche.

Abstimmung:

5) "Die Wahl und die Erganzung des Gemeindraths und der Gemeindbehörden."

Roch, Oberft, trägt auf genauere Bestimmung der Wahl der "Gemeindsbehörden" an, und weist dabei auf §. 14 zuruck. Abstimmung:

6) "Die Prüfung und die Gutheißung der Gemeindrechnungen." Langel findet nöthig, daß die Nechnungen durch eine Kommission sollten geprüft und von dieser über die Richtigkeit derfelben an die Gemeinde rapportirt werden.

Romang fordert auch, daß durch eine Bestimmung die Brufung der Rechnungen erleichtert fei,

Geifer, Regierungsrath, schlägt, auf die Antrage feiner Praopinanten eingehend, vor, die "endliche" Prufung ic. zu fagen.

Ticharner, Regierungerath. Alle folche Bestimmungen und Sinrichtungen von Kommissionen und öffentlicher Darlegung der Rechnungen zur Prüfung sind den Gemeinden unbenommen, aber in das Gesetz gebören sie nicht. Seen so wenig kann ich das Wort "endliche" hier an seiner Stelle finden und stimme daher für den Entwurf.

Abstimmung:

Sur den Entwurf . . Mehrheit (gegen 4 Stimmen.)

Berzeichniß der am 26. November vorgelegten Bitt-

1) Shedispensationsbegehren von Joh. Egger von Niederstolen und dessen Schwägerin Elisabeth geb. Dähler, Wittwe des Joh. Herrmann fel. von Altbreisach.

2) Borftellung des herrn Pfarrer Dittliger zu Lopwyl wegen Stimmrecht an den Zunft- und allgemeinen burgerlichen

Berfammlungen.

3) Bittichrift der Barbara Dauß geb, Grießen von Lent, Nachlag der Trauerzeit betreffend.

Meunte Sigung.

Mittwoch den 27. November.

Präsident: Berr Landammann Simon.

Nach dem Aufrufe der Namen zeigt Hr. Landammann an, daß viele Mitglieder theils durch Amts- oder Privatgeschäfte, theils durch Krantheit abgehalten sind, den Sitzungen beizuwohnen. — Das Protofoll des gestrigen Tages wird nach einer Bemerkung des Hrn. Oberst Roch durch Handmehr genehmigt.

Fortsestung von §. 18.

(Unübertragbare Befugniffe der Gemeinde.)

7) "Beräußerungen und Erwerbungen von Liegenschaften; Eingriffe in soas Kapitalvermögen der Gemeinde, und Bürgschaftsverpflichtungen und Aufnahme von Darleben auf den Namen der Gemeinde. Zu einem gültigen Beschlusse über die in dieser Nummer bezeichneten Gegenstände sind zwei Drittel Stimmen der anwesenden Gemeindglieder erforderlich, und die Beschlüsse zu Eingriffen in das Kapitalvermögen der Gemeinde bedürfen überdieß noch der Genehmigung des Regierungsraths."

Wyf von Koppigen. Der Ausbruck "Burgschaftsverpflichtungen" follte beschränkt werden durch irgend eine Beftimmung des Gemeindereglements. Man könnte überall dem Gemeinderath ein Maximum zur Verfügung überlaffen.

Roch, Oberft. Die Nothwendigfeit von "zwei Drittel Stimmen" gehört, so viel ich von Nedaktion und deren Regeln verstebe, nicht hieher, fondern als Zusah zu §. 13, weil dort von der Gultigkeit der Beschlusse gehandelt wird.

Bei ben Worten "Darleben" munichte ich ben Zusap: "wenn fie innerhalb einer bestimmten furgen Zeit (6 ober 12 Monate)

nicht wieder guruderflattet werden." Rur folche Darleben ge-

Der Hr. Rapporteur Tscharner widerspricht später diesem Vorschlag. Alle Darleben müßten zurückerstattet werden, und die Ausleiher dafür haften. Wären 6 oder 12 Monate um, und die Gemeinde betäme ihr Darleben nicht wieder, so wäre es ein mißlicher Fall für den Gemeinderath, wenn er allein und auf eigne Verantwortlichkeit das Darleben bewilligt habe. Daher könne er den Untrag des Hrn. Koch nicht billigen und bleibe beim Entwurf.

Man. Die Vegriffe über "Eingriffe in das Kapitalvermögen" sind sehr schwankend. Hat man 3. B. Kirchen und Schulten zu bauen und verwendet dazu liegende Kapitalien, so können die Meinungen darüber noch verschieden sein, ob solch eine Verwendung des Geldes ein Singriff sei oder nicht. Und was nun noch die Genehmigung des Regierungsrathes betrifft, so sinde ich diese nicht an ihrem Plat, wenigstens gehört sie nicht in diesen Paragraph.

Gegen die von einem Redner vorgeschlagene Veränderung des Ansdrucks "Eingriffe in das" in die Worte: Verminderung des Kapitalvermögens tritt Hr. Joneli auf: Das Wiederanlegen eines Kapitals sei auch eine Veränderung, aber keine Verminderung.

Fellenberg leitet aus dem hohen Werthe folcher Kapitalien und ihrem Sinfluß auf das ganze Staatswohl die Nothwendigkeit der "Beaufsichtigung des Regierungsstatthalters", wie sie bier dieser Artikel bestimmt, ab, und legt die Genehmigung des Entwurfes mit lebhafter Wärme an's Herz.

v. Lerber, Schultheiß, fucht die Ginwendungen ber beiden erften Redner (Bug und Roch) ju widerlegen. Diefer Artifel

entspreche gang unsern demofratischen Institutionen.

Schnell vermißt einen Artifel, worin dem Regierungsftatthalter die Befugniß der "Kaffation der Rechnungen 2c." geftattet wird.

Landammann macht den Redner darauf aufmerkfam, daß jur handhabung des Geschäftsganges allfällige Zusätze erft am Ende der Diskustion eines Paragraphs könnten vorgebracht werden.

Buchmüller, von Narwangen, trägt darauf an, auch die "Waldungen" bier namentlich aufzugählen, denn diefer Hauptgegenstand des Besitzthums einer Gemeinde gehöre auch immer vor das Forum der ganzen Gemeinde und unter die Aufsicht des Staates.

Abstimmung:

Wer den Artifel des Entwurfes will, einzig mit der Veränderung des Wortes "Eingriffe" in "Verminderung" des Kapitalvermögens Wehrheit (98 Stimmen.)

8) "Die Annahme, oder die Abanderung eines Gemeindreglements. Die Beschlüsse über die Annahme eines neuen, und die Abanderung eines bestehenden Gemeindreglements sind gleichfalls der Bestätigung des Regierungsraths unterworfen."

Nach furzem Vortrage des hrn. Rapporteurs Tscharner wird der Artifel ohne Diskuffion angenommen.

(Beschluß folgt.)

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Bern, den 29. November 1833.

(nicht offiziell.)

(Schluß der neunten Sipung.)

(Heber das Gemeindemefen.)

Fortsetung über §. 18.

9) "Die Führung eines Prozesses, dessen Gegenstand die Summe übersteigt, die in dem Gemeindreglemente bestimmt ist, und die Beilegung eines folchen durch Vergleich oder durch Uebertragung an Schiedrichter.

Bütrich will ftatt "Führung eines 2c." die Worte: Befchluß zur Führung eines Prozesses, denn die Gemeinden führten nicht selbst ihre Prozesse, sondern durch Beauftragte, Advofaten 2c., und fasten bloß den Beschluß dazu.

Schneider, Regierungsrath, schlägt auch zu diesem Artifel ben Zusat vor, bag zwei Drittheil der Stimmen nöthig feien, denn ein Prozeß greife oft auch in das Kapitalvermögen der Gemeinde.

Wyf von Roppigen warnt vor dem Bufate: "beffen Gegen-ftand eine Summe überfieigt", und wird barin von herrn

Jaggi, Fürsprech, unterftütt. Alle Prozesse feien von der Gemeinde zu beschließen, daß man nicht voraus wisen könne, wie lang sich ein Prozest verzögere, wie theuer er zu fiehen komme.

May beruft sich auf die anerkannte Wahrheit, daß ein Vergleich stets bester sei, als ein Prozes, und will das Necht dazu dem Verstande und der Sinsicht des jedesmaligen Gemeinderaths überlassen, ohne gerade die ganze Gemeinde zusammen berusen zu mussen.

Romang von Schwarzenburg empfiehlt die vorliegende Redaktion durch den Beisab, daß die Summe im Gemeindereglement muffe bestimmt sein, welche der Gemeinderath nicht überschreiten durfe, es sei jeder Prozes, ehe man ihn anfange, einer Prüfung unterworfen, und solch ruhiger Kostenüberschlag bewirke oft schon allein eine Versöhnung der streitenden Theile.

Escharner, Regierungsrath, empfiehlt den obigen Antrag des Srn. Wütrich auf Redaftionsverbefferung mit der Bestimmung, daß die Worte: Beschluß gur zweimal aufzunehmen, vor "Führung" und "Beilegung".

Abstimmung:

Für den Entwurf mit der vorgeschlagenen Redaktionsverbefferung . . . entschiedene Mehrheit.

10) "Die Errichtung bleibender, befoldeter Stellen, und die Be-fimmung der Befoldungen derfelben."

Wütrich bemerft, daß es wichtige Stellen in einer Gemeinde geben fonne, die feine Besoldung bezögen, daber solle man das Wort "besoldeter" etwa mit dem Ausdruck "wichtiger" ersehen.

Jäggi von Leuzigen stimmt zum Artifel mit Auslassung

(Streichung) des letten Wortes "derfelben".

Efcharner, Regierungsrath, findet diefe lette Bemerkung paffend.

Abstimmung

Für den Entwurf mit Streichung des Wortes "derfelben". Einhellig. Landammann. Jest am Schlusse diefes ganzen Paragra: phen ift es Zeit, allfällige Borichläge zu Zufägen vorzubringen.

Romang glaubt nun noch einen Zusah nöthig zu finden zu den unübertragbaren Nechten der Gemeinde, nämlich die Ernennung der Finanzbeamten.

Roch, Oberft. Im §. 14 ift schon gesagt, daß die Gemeinden alle diejenigen Beamten mablen, deren Erwählung nicht gesehlich und reglementarisch dem Gemeinderath übertragen ift.

Romang zieht feinen Antrag gurud.

Auf die Frage des hrn. Landammanns, ob noch Jemand einen Zusatzu machen habe, wiederholt herr

Schnell die schon oben erwähnte Frage, "von dem Rechte der Regierung, nöthigenfalls die Rechnungen zu fassiren", mit dem Bemerken, daß es kein Antrag sein solle, sondern nur eine Anfrage.

Roch, Oberft, glaubt, daß man folchen Bufan vielleicht anderswo einschalten fonne, doch hieber gehöre er nicht.

Man. Raffation gehört nicht vor die Regierung, fondern vor die Gemeindsversammlung. Dem Regierungsstatthalter gehört lediglich die Einsicht und die Anzeige von etwaigen Fehlern.

Romang. Die Gemeinderechnungen feien wichtiger, als Bogterechnungen, daher scheine ihm auch nöthig, irgendwo ber Kaffation zu ermähnen, und zwar von Seiten ber Regierung.

Bütrich erklärt fich jum Vortrage des hrn. Man : es bandle fich hier von der Gemeindeorganisation.

Wäber ift dafür, die Behandlung dieses Gegenstandes bis zu §. 53 zu verschieben, wo es ausdrücklich heiße, daß, wenn Unordnung in der Verwaltung des Gemeindsvermögens einschleiche, die Regierung von Amtswegen Untersuchungen verordnen musse.

Blumenftein dagegen findet jest schon eine Bestimmung nothwendig. Das Recht der Regierung oder ihrer Statthalter sei wohl nicht zu bestreiten.

Abstimmung:

Wer für das ausdrückliche Recht der "Kaffation" ift.
61 Stimmen.
Wer der Regierung nur eine "Ginsicht" gestatten will.
36 Stimmen.

Bütrich. In §. 46, wo von den unübertragbaren Befugnissen der Burgergemeinde die Rede ift, heißt es:

11) "Die Annahme neuer Bürger." Sollte es hier nicht auch bei den unübertragbaren Rechten der Einwohner noch so eine Aummer 11 geben, nach welcher die Einwohnergemeinde das Recht hat, mitzustimmen über die An-

nahme neuer Bürger.

Blumenstein findet es bedenklich, solchen Jusat im Allgemeinen zu machen, namentlich wegen des tellpflichtigen Theiles der Bewohner. Leicht könnte denen nachher die Verpflegung solcher neuen Ankömmlinge anheimfallen. Wo die Sinwohnergemeinde mittelle für Armenpflege, da fände er es billig, sonft nicht.

Noch genauere Antrage find: Diejenigen Ginwohnergemeinben, welche die Armenunterftupung durch Grundeigenthum gewährleiftet haben, follen wohl eine Stimme haben.

Andere Vorträge wollen wenigstens der Sinwohnergemeinde Das Recht der Verwerfung (veto) geben, wenn neue Burger aufgenommen werden.

Abstimmung:

Wer für einen Zusat ift, benjenigen Sinwohnergemeinden, beren Urmenpflege burch Grundeigenthum gewährleistet ift, eine Stimme zu geben über die Annahme neuer Bürger
67 Stimmen.

gegen 34

§. 19.

"Das Reglement bestimmt die Anzahl der Glieder des Gemeindraths: derselbe soll nicht aus weniger als fünf, und nicht aus mehr als fünf und zwanzig Gliedern bestehen. In den Gemeinden, in denen sich Unterabtheilungen besinden, soll jede derselben in dem Gemeindrathe so viel möglich vertreten werden. Es bleibt jedoch dem Regierungsrathe überlassen, volkreichen Gemeinden zu gestatten einen zahlreichern Gemeindrath zu erwählen, und eine eigene Verwaltungsbehörde aufzustellen (Verfassung §. 94)."

Romang von Schwarzenburg. Gut ware es, namentlich bei größern Gemeinden, "wenn der Gemeinderath sich in mehrere Verwaltungszweige (Departements) eintheilte." Diese Bestimmung gehörte dahin, wo der Regierungsrath einen zahlreicheren Gemeinderath wählt, oder eine eigene Verwaltungsbehörde aufstellt, wie es der Paragraph für besondere Fälle gestattet.

v. Lerber will die Weglassung des letzten Theiles des Paragraphen. Man brauche nicht auch noch neben einem Gemeinderath eine Verwaltungsbehörde, und 25 Personen seien überall genug. Es bleibe ja den Gemeinderäthen unbenommen, Kommissionen zu bilden.

Kernen von Münsingen fann mit seinem Präopinanten nicht übereinstimmen. Die Gemeinden wüßten am besten, was ihnen nöthig sei und wie viel Leute sie bedürften, daher könne man hier in dem allgemeinen Grundgesest nicht alle Einzelheiten vorschreiben und bestimmen wollen, aber gerade darum auch nicht durch enge Bestimmungen die Organisation beschränken.

Roch, Oberst, sindet eine Zwischenbehörde durchaus nothmendig. Es sei dies ein fonstitutioneller Grundsat, daß eine Regierung beaussichtigt sein musse. Auch der Gemeinderath bedürfe oft der Kontrolle, (namentlich bei größeren Gemeinden, wo der Ueberblick über die Verwaltung und Haushaltung nicht so leicht zu gewinnen sei), daher set eine Zwischenbehörde "Verwaltungsbehörde" durchaus nothwendig und der Paragraph des Entwurfes ganz tressend.

Wäher unterstüßt feinen Praopinanten und ermähnt ein Beifpiel aus der Verwaltung der Gemeinde Bern, wodurch er die Nothwendigkeit einer "Berwaltungsbehörde" darzuthun fucht.

Blumenstein ift derfelben Ansicht und hofft, daß diefe Verwaltungsbehörde auch durch das Reglement die eben erwähnte und auch von Hrn. Romang vorgeschlagene Bestimmung erhalte, nämlich: sich (nach Analogie des Regierungsrathes) in die Verwaltung theile.

May glaubt nur noch Weniges hinzufügen zu muffen, da feine Präopinanten, mit denen er ganz übereinstimme, den Gegenstand deutlich beleuchtet hätten. Der Vorschlag des Herrn von Lerber, daß man Kommissionen aufstellen könne, sei keines-wegs Ersaß, denn nie seien Kommissionen in der Stellung von Behörden. Schließlich wolle er dem Antrage der HH. Roch beistimmen.

Abstimmung:

Für den Entwurf . . . entschiedene Mehrheit. Für gefallene Meinungen . . 5 Stimmen,

§. 20.

"Um zu einer Stelle in dem Gemeindrathe, oder zu Gemeindbeamtungen wahlfähig zu fein, muß man die Eigenschaften haben, welche zu der Stimmfähigkeit in der Gemeindversamm-lung erforderlich sind (§. 9.), und in dem Gemeindbezirfe wohnen. Die Umtsdauer der Mitglieder des Gemeindraths und der Beamten soll böchstens auf sechs Jahre festgesest werden; jedoch sind die Austretenden wieder mählbar."

Zahler. Der §. 20 bezieht sich deutlich auf §. 10. Dieser aber erregte mancherlei Anstoß, daher wir die Betrachtung und Abstimmung über den §. 20 so lange aufschieben sollten, bis §. 10 von dem Regierungsrath und XVI. erledigt ist.

Landammann. Der vorliegende Paragraph fagt, daß alle Stimmfähige auch wahlfähig feien zu Gemeindsbeamtungen. Nun entsteht die einfache Vorfrage; ob man mit dem Grundfate des Paragraphen einverstanden ift. Ift diese Frage von Ihnen, Hab., bejaht, so wird es sich erst fragen, ob der Große Nath auf den Antrag des Hrn. Zahler eintreten und die Diskussion über §. 20 verschieben will, oder nicht.

Wäber stellt die Frage, ob die Gemeindsbeamten auch an den Versammlungen stimmen dürfen, oder nicht. Es wäre doch grundlos, den Beamteten das Stimmrecht abzusprechen, und wenn man das nicht thue, so könne man wohl den Paragraph sogleich annehmen, wie er ist, wenigstens sogleich in die Behandlung barüber eintreten.

(br. Zahler gieht feinen Untrag guruck.)

Lohner macht aufmerkfam auf einen Widerspruch dieses Paragraphen mit §. 6, wo es heiße, daß man eine Beamtung bloß auf zwei Jahre übernehmen muffe.

Watt schlägt einen Zusap vor: "daß nämlich der Austritt der Beamteten näber bestimmt werde", auf daß nicht alle Gemeindräthe auf einmal austräten.

Tscharner, Regierungsrath, sucht diese Einwürfe zu widerlegen. Die sechs Jahre, wovon der §. 20 spreche, seien nicht im Widerspruch mit §. 6, da hier von der höchsten Zeit der Umtsdauer die Rede sei, was auch das Wort "höchstens" vor den Worten: auf sechs Jahre, deutlich sage.

Abstimmung:

Für den Entwurf (jedoch mit Verbesserung des Druckfehlers ". 10" statt des angeführten §. 9 ju fepen);

entschiedene Mehrheit (einstimmig).

§. 21.

"Zu einem gultigen Beschlusse des Gemeindraths ift die Unwesenheit der Sälfte der Mitglieder desselben und des Prafidenten oder seines Stellvertreters erforderlich, und die Bestimmung der Mehrheit der Unwesenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Prafident."

Angenommen durch Sandmehr.

§. 22.

"Dem Gemeindrath liegt, neben der Beforgung der Angelegenheiten, welche ihm die Einwohnergemeinde zu übertragen gutfindet, insbefondere ob: "

1) "Die Sandhabung der Ortspolizei (§. 23), in so weit diefelbe nicht durch Gesetz und Verordnungen einer Regierungsbehörde oder Beamtung übertragen jft. Der Gemeindrath
hat tein Strafrecht: er soll die Uebertreter des Gesetzes dem
Richter anzeigen, oder sie ihm zuführen lassen, wenn sie auf
der That ergriffen werden. Die Reglemente über die Ortspolizei sollen dem Regierungsstatthalter, und wenn darin
eine Strafdrohung enthalten ist, welche die Summe von . . .
Franken oder . . . Stunden Gesangenschaft übersteigt, dem
Regierungsrathe zur Bestätigung vorgelegt werden."

Buthrich schlägt die Beränderung vor: fatt "Uebertreter" ju fagen: Uebertretungen und die Worte: "auf der That" ju ftreichen.

Man, Staatsschreiber. Der Begriff von Polizei ift einer ber schwankendften und troß aller Abhandlungen über diesen Gegenstand immer inoch unbestimmt. Es ift deutlich, daß wenn

eine Polizei keine Kompetenz hat, sie aufhört, irgend wirksam zu sein. Hat der Gemeindrath, der die Polizei handhaben soll, kein Strafrecht, so kann er nicht einmal eine Ungezogenheit bestrafen, welche einen Brunnen besudelt. Daher glaube ich, daß die Polizei nicht zum Besten ausfällt und wünsche zuerst zu fragen, ob man damit zufrieden ist, daß die Polizei keine Kompetenz habe. Ohne andere Bestimmungen und Ertäuterungen kann ich diese Nummer des Paragraphen nicht anrathen und jedenfalls wünschte ich vor das Wort "Verordnungen" den Zusap "allgemeine" zu sesen.

Roch, Oberft, tragt auf Streichung der Worte: "auf der That" an.

Fellenberg municht auch - jur Sicherung der Personen und des Sigenthums - den Gemeindsbehörden größere Kompetenz.

Romang fann nicht darin übereinstimmen, daß man den Gemeinderathen das Strafrecht ertheile. Dazu fei Richter und Rechtspflege.

Stockmar findet es fehr gefährlich, und den Geist der Berfasiung verlegend, irgendwie den Munizipalbeamten richter-liche Kompetenz einzuräumen.

Geifer, Regierungsrath, empfiehlt den Artifel, wie er ift, doch fo, daß der Große Rath die "Franken und Stunden der Gefangenschaft" bestimme und ausfülle.

Ticharner, Regierungsrath, schlägt 10 Franken vor und 24 Stunden Gefangenschaft, weist übrigens darauf hin, daß der §. 23 eine geordnete Aufgählung aller Gegenstände, welche der Volizei zu handhaben übertragen sud, enthalte und darum der Einwurf, daß der Begriff von Polizei schwankend sei, von selbst wegfalle.

Abstimmung:

Für den Entwurf (mit Berückschtigung der Vorschläge des herrn Bütrich, und der Zufäße des herrn Rapporteur Tscharner) große Mehrheit.

2) "Die Beforgung des Schulmefens."

Fellenberg municht biesen Artifel gang weg oder deffen Berathung verschoben, bis die Arbeiten der Schultommission fertig find.

May, Staatsschreiber: als Feind aller Centralisation, wie sie in Frankreich eingeführt sei und dort vielen Schaden verursacht habe, münsche er wohl die Thätigkeit vieler Kommissionen und Korporationen, doch hindere das nicht, diesen Urtikel des Paragraphen anzunehmen, denn der Gemeinde und dem Gemeinderathe lägen gewiß ihre Schulen sehr am Herzen.

Stockmar. Wohl durfe man die Thätigkeit aller Kommissionen und Schullebrerberathungen für das Wohl der Jugend anerkennen, aber leicht wäre es, beides zu vereinen: sowohl den Einfluß des Gemeinderathes als der besonderen Kommissionen oder Beborden.

Romang unterftust diese Unsicht und ichlägt daber den Bufat vor: " fo weit das Gefen dieselbe nicht ichon andern Beborben übertragen hat."

Abstimmung:

3) "Die erste nothwendige Fürsorge für bulflose Einsagen, welche durch Zufälle verunglückt worden, auf Unkosten der Gemeinde derselben, und für tranke Landesfremde und heimathlose auf Unkosten des Staats."

Ticharner, Regierungerath, findet die Bedeutung diefer Nummer in der Heiligkeit der Gefühle, welche fremdes Elend einflößen muffe, und zweifelt nicht an der Unnahme deffelben.

Baber schlägt noch einen fleinen Zusap vor, daß "die betreffenden Gemeinden mußten benachrichtigt werden," welches von Grn. Napporteur nicht widersprochen wird.

Ubstimmung:

Für den Entwurf, mit Berücksichtigung des Wäber'schen Bufapes . . angenommen durch Sandmehr. 4) "Die Verwaltung des Vermögens der Sinwohnergemeinde, mit der Verpflichtung derfelben darüber Rechnung zu legen."
Ubstimmung:

5) "In denjenigen Gemeinden, wo die Verpflegung der Armen und das Vormundschaftswesen nicht der Burgergemeinde obliegt, die Besorgung der Armen und das Vormundschaftswesen (§. 47)."

Angenommen durch Sandmehr.

Zehnte Sipung.

Donnerstag, den 28. November.

(Vormittags 9 Uhr.)

Brafident: Berr Landammann Simon.

Das Protofoll von gestern wird einstimmig genehmigt. Es wird ein Untrag des Regierungsrathes angezeigt in Betreff der Brandastellranz und einer Berlängerung des gegenwärtigen Bestandes derfelben, bis zur neuen Organisation.

Romang macht in Bezug auf die im §. 19 gestattete Befugnis des Regierungsraths ("noch eine Verwaltungsbehörde neben den Gemeinderath aufstellen zu dürfen") aufmerksam, und sindet es gefährlich, zweierlei Behörden in einer Gemeinde zu haben. Es tönne ja der Gemeinderath Kommissionen für verschiedene Arbeiten und Verwaltungszweige niedersehen, — das sei und bleibe ihm unbenommen — aber weiter dürfe man nicht gehen.

Nach geschehener Umfrage und Abstimmung ward jedoch dieser Untrag mit 108 Stimmen als unerheblich erfennt, und der §. 19 in seiner gestrigen Gestalt beibebalten.

Rernen, von Münfingen, findet einen Zusatz ju §. 22 nötbig in Betreff der Bufen. Diese follen nämlich vom Richter, wie Ar. 1 fagt, erkannt, aber dann der Gemeinde überliefert werden.

Für die Wichtigkeit dieses Zusates sprachen sich viele Redner aus (Romang, May) und nach vorgenommener Abstimmung ward er als erheblich an den Regierungsrath und Sechszehner gewiesen.

Fortsepung der Verhandlungen.

§. 23.

"Die Ortspolizei, deren Sandhabung dem Gemeindrath übertragen ift, begreift folgende Gegenftände unter fich: "

1) "Die Aufsicht über die Führung der Register des Personenftandes (Tauf-, She- und Sterberödel), des Berzeichnisses der stimmfähigen Gemeindeinwohner (§. 11), so wie der übrigen Rödel, Verzeichnisse und Kontrollen, die in der Gemeinde geführt werden sollen."

Schupbach schlägt vor, diefen Artifel bier wegguftreichen und unter die Rubrit ber Rirchgemeinden zu feten.

Romang will die "Aufsicht" den Regierungsflatthaltern übertragen und den Gemeindrathen nur die "Ginficht" gestatten.

Man, Staatsschreiber. Zufolge der Predigerordnung sind die hier aufgeführten Tauf-, She- und Sterberödel den Geistlichen übertragen. Dieselben den Gemeindebehörden überlassen, sindet der Redner unaussührbar, da eine Kirchgemeinde ja oft aus mehrern Sinwohnergemeinden bestebe. Die Geistlichen seien die hierzu bestellten, und laut der eingelausenen Bemerkungen selbst verpflichteten Beamten. Auch sei es überall so Sitte, in Holland, England, Amerika den Pfarrern dieß Geschäft zu überlassen. Seben weil in der Kirchgemeinde oft viele Sinwohnergemeinden sich vereinigten, und der Geistliche diese Kirchgemeinde vermöge seiner Stellung am leichtesten überblicke, gehöre ihm auch die Aussicht und Führung der erwähnten Register.

Moschard, Regierungsstatthalter, bestreitet ben Gemeinderäthen die gur Leitung der bier besprochenen Geschäfte nöthige Genauigfeit, ja die Möglichkeit, darüber die gehörige Aufsicht führen zu können und begründet seine Behauptung hauptsächlich auch, wie der vorhergehende Redner, auf die oft getrennten Gin-

mobnergemeinden, die nur in einer Rirchgemeinde fich vereinten. Gegen die Möglichfeit einschleichender Unordnungen schupe die jährliche Kirchenvisitation, welche eben auf die Bollständigkeit und Genauigfeit diefer Urfunden ju feben babe. Er verweise Diefen Artifel jurud an den Regierungsrath und fchlage vor, daß wohl die Pfarrer die Register führen sollten, aber eine Aufsichtsbehörde zur Bisitation nöthig fei, welche der Gemeinderath nicht übernehmen fonne.

von Lerber, Schultheiß. Die Wichtigkeit diefer hier in Frage ftebenden Registeraufsicht erfordere große Benauigkeit. Ueberlaffe man fie dem Pfarrer, fo mache er es bald gut, bald fchlecht, ohne daß die Gemeinde die nöthige Zuversicht haben fonne. In Frankreich und überall, wo die Gesetzgebung fich geordnet und vervollfommnet habe, wurden folche Bucher durch bürgerliche Behörden (Maire) geführt. Um sichersten wäre jedenfalls, daß eine Kontrolle gehalten wurde, denn es gabe Falle (wie bei Konscriptionen), wo felbit der Zag der Geburt von Bedeutung fei: "eine Kontrolle von Seiten der burgerlichen Behörden."

Rernen, von Munfingen, will den Artifel und feine Befchafte getheilt wiffen. — Bis nach dem Worte " Sterberodel" folle der betreffende Pfarrer schalten, den übrigen Theil der im Artifel 1) enthaltenen Arbeiten übertrage man den burgerlichen Gemeindsbehörden.

Escharner, Altschultheiß, macht darauf aufmerksam, daß es sich bier nicht frage, ob die Register gut geführt wurden, fondern nur davon, ob man dem Gemeinderathe irgend eine "Aufficht" über die Führung u. f. w. geben wolle. Das meine er aber, muffe man, um fonsequent zu sein, thun und daber ftimme er für Unnahme des Entwurfes.

Rüpfer, Sandelsmann, nennt es unrathsam, das Anseben der Geiftlichkeit und das Recht ihres bisherigen Wirfungsfreises ju schmälern.

Steiner, von Kirchberg, fagt, daß wenn die Gemeinde-rathe die gehörige Bildung jur Führung der Nödel hatten, er fein Bedenfen trage, dem Entwurfe beigustimmen, fo aber lebre ihn Erfahrung, daß man ben Gemeinderäthen nur, wie herr Romang vorgeschlagen habe, die "Ginsicht," aber nicht die "Aufsicht" gestatten könne. Leptere gehöre den Regierungoftattbaltern.

Roch, Dberft, beruft fich auf mancherlei Erfahrungen, aus denen er die Nothwendigteit einer Berbefferung der Regifter fol-Gegen die Unsicht, daß der Geiftliche allein folche Bucher zu führen habe, ware schon das einzuwenden, daß ja dann mit ber Zerftorung des Pfarrhauses auch alle die Register und Rodel verloren waren. Alfo fei wohl eine doppelte Führung folcher Bücher und eine Aufsicht nöthig. Nach §. 35 gebore die Füh-rung der Tauf-, She- ze. Nödel, als "fortdauernd gemeinschaft-liche Angelegenheit der Kirchgemeinde" einem Kirchgemeinderath, dagegen die übrigen Berzeichniffe durfe man dem Gemeinderath überlaffen. Wohl aber muffe man fich febr buten, die Macht des Gemeinderaths im Allgemeinen fo weit auszudehnen, daß dadurch ein Konflift mit der Gewalt, welche der Regierung gebühre, entflände. Diefer Gefichtspunft fei mohl feftzuhalten bei dem gangen Umfang des Paragraphen, denn gar umfaffend und ausgedehnt fei bier Die Stellung der Ortspolizei.

Vautrey, Regierungsrath, verweist auf Franfreich, daß dort der Maire (als Gemeinderath) gang das Recht und die Befugniß habe, welche diefer Artifel ausspreche und bezeichne, ja noch mehr, denn in Franfreich führe der Maire die Bucher und Register, hier aber rede es sich ja bloß von der "Aufsicht," welche dort dem Präfekten (Regierungsftatthalter) guftebe. Gabe man den Gemeindsbehörden nur die Aufficht, fo muffe man die Beiftlichen verpflichten, jedes Jahr oder von Zeit gu Zeit, ibre Bucher einer Bisitation ju unterwerfen, und zwar fo: daß jeder Pfarrer gehalten fei, alle Sahr fo viele Auszuge aus feinen Rirchenbuchern ju machen, als die Rirchgemeinde Ginwohnerge-meinden in fich faßt. Diese Auszuge seien dann jur Prüfung und Ginficht den betreffenden, einzelnen Gemeinden mitzutheilen.

Robler, Regierungsrath, geht auf die hinweifung des hrn. Roch ein und deutet darauf bin, daß wenn man der Orts-

polizei alles das einräume, was diefer Paragraph fage, der Regierung und ihren Statthaltern fast nichts übrig bleibe. Daber rathe er, diefen ganzen Paragraph mit allen feinen Nummern, als ju febr in Widerspruch mit der Berordnung vom 5. Nov. 1832, an den Regierungsrath und Sechszehner gurudzuschiden, um ihn eben nach Unficht jener Berordnung in feinem Umfange ju beschränfen, abzuändern oder genauer zu bestimmen.

Berrenschwand, Regierungerath, fann mit feinem Braopinanten nicht übereinstimmen. Nach §. 22 fei dem Gemeinderath die Ortspolizei übertragen, und die Regel der bisherigen Berhandlungen bringe es mit fich, daß man dem Regierungs. rath und XVI. nichts jurudichicke, was nicht disfutirt fet. Darum fonne aber diefer Paragraph mit all feinen Rummern nicht jurudgefandt werden, weil erft Rr. 1 behandelt worden fei. Wolle man diese erfte Rummer zu genauerer Abfaffung mit Beachtung der gefallenen Meinungen dem Regierungsrath und XVI. überweisen, so habe er dagegen nichts, doch mit den übrigen Theien des Paragraphen muffe man fortfahren.

Schnell will Zurückweisung des ganzen Paragraphen, theils aus ben angeführten Gründen, theils auch, weil die Artikel gut betaillirt feien, fatt allgemeine Bestimmungen zu erhalten, theils endlich noch, weil hier manches der Ortspolizei übertragen sei, was ibr nicht gebore.

Efcharner, Rapporteur, legt es mit vielen Grunden ber Berfammlung ans Berg, in der Distuffion fortgufahren. Es fei durchaus nöthig, noch dieses Jahr mit der Redaktion fertig zu werden.

Landammann bedauert den Verluft der Zeit (es ift 12 Uhr vorüber), daß jest erft darauf angetragen werde, den gangen Paragraph guruckuschicken, nachdem man bereits über drei. Stunden schon einen einzelnen Theil deffelben behandelt habe. Alls man in die erfte Rummer eingetreten fei, habe er naturlich voraussepen muffen, daß man die Behandlung des ganzen Paragraphen muniche und nur etwa bie und dort allfällige Beranderungen beliebe. Doch wolle er jest noch über die Frage entscheiden lassen:

Wer in die Behandlung des gangen Paragraphen eintreten 25 Stimmen. will? Wer den gangen Baragraphen überweifen will an Regierungsrath und XVI. ju genauerer Redaftion? Mehrheit.

§. 24.

"Der Gemeinderath ftellt die der Gemeinde geftatteten Bolizeidiener an, die von dem Regierungsftatthalter zu bestätigen und in Gelübd zu nehmen find, und er bestellt, da wo es erforberlich ift, Rachtwächter."

Anechtenhofer munscht, da man nicht von jeder fleinen Gemeinde fordern könne, Polizeidiener zu halten, daß eine gewisse Sinwohnerzahl für die Gemeinden, welche Bolizeidiener halten muffen, gefordert werde.

Rernen von Münsingen theilt nicht diese Unsicht seines Praopinanten, und will, weil es fleine Sinwohnergemeinden gabe, für jede Rirchgemein de einen Bolizeidiener fordern. Enthalte folche Kirch gemeinde noch große Einwohnergemeinden, fo sei es auch für diese obligatorisch, einen solchen Aufseher anguftellen. Rur fo merde man das Gefindet los, die Bettler und Bagabonden.

Romang und Man fuchen die Unsicht zu begrunden, daß dieser Paragraph als Anhängsel des vorhergehenden gleichfalls jurudgefandt merde.

Abstimmung:

Wer den Paragraph jest behandeln will 24 Stimmen. Zurucksendung an Regierungsrath und XVI. Mehrheit.

(Beschluß folgt.)

Berichtigung.

3m Botum des herrn Staatsschreiber Man, Sikung vom 21. Nov., Seite 334, lette Zeile lies: "Gemeindstellen" fatt "Gerichtsfellen."

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Bern, den 30. November 1833.

(Micht offiziell.)

(Schluß der zehnten Sipung.)
(Ueber das Gemeindewesen.)

Dritter Titel.

Bon den Rirchgemeind-Beborden.

I. Das Sittengericht.

§. 25.

"Für jede reformirte Kirchgemeinde des Kantons ift ein Sittengericht angeordnet, das aus fo vielen Gliedern besteht, als das Chorgericht derfelben bisher bestanden. Der Unterfatthalter führt in dem Sittengerichte den Borsis."

"Die Befugniß des Regierungsrathes, hierüber andere zweckmäßige Anordnungen zu gestatten (Verfassung §. 94) bleibt demfelben vorbehalten."

Fetscherin beruft sich auf §. 10, wo er bei Gelegenheit der Offiziere und Schullehrer nicht für einen Unterschied und eine Bevorrechtung gestimmt, um etwaigen Vorwürfen der Urt im Voraus zu begegnen, meint aber hier die Bemerkung nicht unterlassen zu können, daß der Pfarrer nothwendig Mitglied oder Beisther des Sittengerichts sein musse.

Efcharner, Rapporteur, macht den Redner darauf aufmerkfam, daß diefer Antrag ju §. 26 gehöre, wo von der Erwählung und Befehung des Sittengerichts die Rede fei.

Knechtenhofer unterstüht den Antrag des Hrn. Fetscherin und belegt seine Worte mit einem Beispiele, wo bas Sittengericht aller Ordnung, alles Anschens, ja selbst eines Sigungslokales entbehre.

May halt hier die Frage für natürlich, warum denn die Sittengerichte fich lediglich auf die reformirten Kirchgemeinden beschränkten, und nicht auch auf die katholischen?

Steiner von Kirchberg deutet darauf bin, daß im alten Geset die Zahl der Sittenrichter angegeben sei, hier vermisse er dieselbe, und doch gehöre fie hieher.

Tich arner geht auf diesen letten Vorschlag ein und glaubt die Bestimmung genügend, daß wenigstens fünf und höchstens fünfzehn Mitglieder fein sollten.

Abstimmung:

§. 26.

"Die Mitglieder des Sittengerichts werden von der Einwohnergemeinde des Kirchspiels erwählt. Bestehen in einem Kirchspiele mehrere Einwohnergemeinden, so bilden dieselben für diese Wahl eine allgemeine Wahlversammlung, die ihren Präsidenten und ihren Sekretär ernennt. Bei den Wahlen für das Sittengericht sollen so viel möglich die einzelnen Gemeindbezirke oder Ortschaften berücksichtigt werden."

Escharner findet es (im Nückblick auf die beim vorigen Paragraph gefallene Meinung) bedenklich, wenn man die Wabl des Pfarrers verbindlich machen wolke. Im Allgemeinen sei

wohl anzunehmen, daß der Pfarrer das Zutrauen habe, dann stebe es nach diesem Paragraphen der Gemeinde frei, ihn zu mählen.

Anechtenhofer halt es für absolut nothwendig, und fogar für politisch, den Pfarrer von "Umtswegen" beim Sittengerichte zuzulassen. Schon in der Verfassung habe man den Fehler gemacht, die Geistlichen, welche doch Staatsbürger seien, von der Wahl eines Mitgliedes zum Großen Nathe auszuschließen; — man solle diesen Fehler nicht durch fortwährende Wiesberholung gleichsam zu einem Grundsape machen.

Schneider, Regierungsrath, zeigt, wie nach §. 92 unferer Verfassung den Gemeinden völlig freie Wahl ihrer Gemeindsbehörden zustehe und — da man an der Verfassung halten muffe — feinerlei Ausnahmen davon gemacht werden fönnten. Beschränfung der Wahl aber sei es, den Pfarrer durch ein Geseth im Vorans einzuseten.

Blumenftein stimmt damit überein, daß dieß eben der einzige und alleinige Grund sei, warum man von der Gemeinde nicht gesehlich fordern könne, die Pfarrer ind Sittengericht zu wählen. Uebrigens habe es sich wohl ein Geistlicher selbst zuzuschreiben, wenn er nicht gewählt werde, und es sei ganz unwürdig für einen Pfarrer, sich im Voraus durchs Geseh eine Stelle, ein Umt versichern zu lassen.

Roch, Oberst, zeigt, wie ohne Kirchenzucht nicht leicht eine äußere Kirche bestehen könne, und auch überall das Bedürfniß darnach sich durch mancherlei Institutionen und Zeiten geltend gemacht habe. Nie und nirgends aber sei solche Kirchenzucht und Sitte Gegenstand des Gemeinderathes, der Gemeindeverwaltung, daher sei die Ansicht derer, welche unsern Paragraphen entworfen hätten, irrig und die Anwendung des §. 92 der Verfassung hier gar nicht statthaft.

Schon in §. 25 habe man ja erkannt, daß der Unterstatthalter das Sittengericht präsidiren solle und somit auch eine Beschränfung der Gemeindewahl statuirt. Das Sittengericht sei aber nicht als Gemeindsbeamtung (wie der Gemeinderath) anzusehen.

Der Paragraph der Verfassung von der Freiheit der Gemeindewahl bezöge sich nicht auf das Sittengericht und wie man dem Unterstatthalter den Vorsitz sicherte durch §. 25, so könne man durch §. 26 dem Pfarrer auch einen Platz sichern.

Und jedenfalls, fährt der Redner fort, liege es in der Bedeutung des Geiftlichen, in seinem Berhältnis und Einfluß auf die Moral des Bolfs, daß er Mitglied des Sittengerichtes sei. Und in diesem Sinne könnte man den Zusat machen, "daß der Geistliche Mitglied des Sittengerichtes sei, wo aber mehr als zwei Ortsgeistliche seien, solle es dem Regierungsrath freistehen, zwei zu designiren."

Schneider macht hier die Bemerkung, daß er nie gesagt, die Geiftlichen solle man vom Sittengerichte ausschließen, sondern bloß, daß man den Gemeinden keine obligatorische Berbind-lichkeiten außegen könne.

Butrich ftimmt jum Artifel, wie er ift, und folle boch ber Pfarrer herein, fo mochte man ibn jum Aftuar machen.

Babler findet auch jede Berficherung fur den Pfarrer unwurdig. Sei der Geiftliche brav, fo ermählte ihn feine Gemeinde gewiß, aber es könne ja Fälle geben, und er, ber Redner, habe Erfahrungen ber Art, daß gerade der Geiftliche zuerst vor die Schranken des Sittengerichts eitirt werden musse — wie wäre es dann? Da werde aus dem Ernste und der hohen Bedeutung solchen Gerichtes ein lächerliches Nichts, ein Spott in Aller Angen.

Fetscherin findet es so folgerichtig, daß ein Pfarrer ins Sittengericht gebore, als es natürlich sei, daß man zu Militärstommissionen Offiziere, oder zu medizinischen und Sanitätsfollegien Acrzte und Apotheter wähle. Daß man es aber gesehlich feiftellen wolle, dem Pfarrer jedenfalls die Aftwarstelle zu übertragen, dafür stimme er nicht.

Landammann fchreitet gur

Abstimmung:

Für den Entwurf 12 Stimmen. Für gefallene Meinungen . Mehrheit. Wer ihm auch die Funktionen des Aktuars vorschreiben will 46 Stimmen. Wer die Befegung der Aftuarstelle der freien Babl überlaffen will . 50 Stimmen. Wer dem Regierungsrath die Autorisation geben will, wo mehrere Pfarrer find, und doch nur ein Sittengericht, Diejenigen für das Sittengericht zu bestimmen (zu mablen) 64 Stimmen. Wer diesen Zusatz nicht will . 31 Stimmen. §. 27.

"Das Sittengericht ernennt feinen Aftuar und feinen Beibel." Steiner, von Kirchberg, fieht eine wesentliche Bestimmung vergeffen, nämlich die, wer denn eigentlich den Aftuar bezahle. Abstimmung:

Für den Entwurf .

Mehrheit.

§. 28.

"Die Mitglieder, der Aktuar und der Weibel des Sittengerichts werden von dem Regierungsftatthalter auf die vorgeschriebene Weise beeidigt."

Dbne Distuffion angenommen.

§. 29.

"Die Pflichten und die Rechte des Sittengerichts find in den §§. 12 bis und mit 17 des Gesetes über die Organifation der Gerichtsbehörden vom 3. Christmonat 1831 bestimmt."

Ohne Distuffion angenommen.

den Zusap: einstweilen zu segen.

II. Das Untergericht.

§. 30.

"In jedem dermaligen Gerichtsbezirfe des reformirten Landestheils ift ein Untergericht angeordnet, das aus fo vielen Gliedern besteht, als es bisher bestanden. Der Unterstatthalter führt in dem Untergerichte den Vorsis."

"Die Befugnif des Regierungeraths, hierüber andere zweckmäßige Unordnungen zu gestatten (Berfassung §. 94), bleibt demfelben vorbehalten."

Efcharner zeigt, wie diefer Baragraph daffelbe enthalte, was der Große Rath ichon in §. 25 angenommen habe, und daber

teiner weitern Empfehlung bedürfe. Gegen den Antrag, daß das Wort "dermalige" wegfallen . foll, seblägt der Gr. Rapporteur vor, dafür nach dem Worte "ift"

Abstimmung:

Für den Entwurf (mit diefer Redaftionsverbefferung) Mehrheit.

Während diefer Diskussion wurde es ohne Widerrede ausgesprochen, daß in dem Theile des Kantones, wo noch französische Institutionen und Gesengebung stattsinden, dieser Artikel II. vom Untergerichte sammt allen seinen Paragraphen feine Anwendung finde.

NB. Die Erwähnung des namens nomang in diefer und den vorbergebenden Sibungen bezeichnet den Gerichtsprafidenten.

Gilfte Gipung.

Freitag den 29. November.

(Bormittags 9 Uhr.)

Brafident: Berr Landammann Simon.

Nach Berlefung des gestrigen Protofolls wird daffelbe ohne Ginrede durch Sandmehr genehmigt.

Mehrere Vorstellungen werden angezeigt und dann ein Schreiben des Regierungsrathes und XVI, verlesen über die Ergänzungswahlen des Großen Nathes der Uemter Schwarzenburg, Büren und Burgdorf, welche auf den 30. Dezember angeordnet seien. Desgleichen werde die Wahlversammlung zu Pruntrut am 5. Dezember statisinden.

Fortfegung über das Gemeindegefet.

II. Das Untergericht.

§. 31.

"Die in dem §. 26 enthaltenen Bestimmungen über die Wahl der Mitglieder des Sittengerichts find auch auf die Wahl der Mitglieder des Untergerichts anzuwenden."

Schneider, Regierungsrath, bemerkt, daß jest, da man gestern zu §. 26 einen Zusaß in Betreff der Pfarrer gemacht, bier eine Beziehung auf den §. 26 nicht recht mehr passen wolle. Abstimmung:

Für den Entwurf (mit Borbehalt angemeffener Redaktion): Ungenommen (einstimmig).

§. 32.

"Der Regierungsrath wählt aus einem zweifachen Vorschlage, ben ihm das Untergericht aus der Zahl der patentirten Notare vorlegt, den Gerichtschreiber. Das Untergericht ernennt seinen Reibel."

Man, Staatsschreiber. Es möge doch besser sein, bei der bisherigen Einrichtung zu bleiben, daß nämlich das Untergericht seibst seine Sefretare wähle. So viel man auch von Freisinnigteit rede, immer bemerke er zu seinem Bedauern noch so viele Dispositive, welche die Freiheit beschränken. Bei den vielen Mühen, welche das Untergericht habe, sei solch freie Wahl eine Ausmunterung für dasselbe.

Seiler, Regierungsflatthalter, schlägt vor, eine bestimmte Zeit der Amtsdauer fur den Gerichtschreiber festzusenen, etwa vier Jahre, und eine spätere Ansicht schlägt sechs Jahre vor, nach Analogie anderer Beamtungen des Sitten- und Untergerichts.

Der herr Napporteur gibt diese lesten Bestimmungen zu, glaubt felbit, daß man auch die Amtsdauer des Weibels bestimmen könne, ohne den Paragraphen in seiner hauptsache zu verändern.

Landammann ordnet die

Abstimmung:

Roch, Oberft, macht noch die Bemerfung, daß wohl diese beiden Beamtungen, nach Verlauf von feche Jahren, wieder mahlbar seien. Darüber herrscht in der Versammlung fein Zweifel.

§. 33.

"Die Mitglieder, der Gerichtschreiber und der Weibel des Untergerichts werden von dem Regierungsstatthalter auf die vorgeschriebene Weise beeidigt."

Angenommen (ohne Ginrede).

§. 34.

"Die Pflichten und Nechte des Unterrichts find in dem Gefete vom 24. Striftmonat 1803 und in dem Civilgefetbuche bestimmt." Ungenommen (obne Ginrede).

III. Bon dem Rirchgemeindrathe.

§. 35

"Da, wo die Sinwohnergemeinden einer Kirchgemeinde fortdauernde gemeinschaftliche Ungelegenheiten haben, können sie zu der Besorgung derselben einen Kirchgemeindrath ausstellen, der aus den Ausgeschossenen der verschiedenen Gemeinden des Kirchspiels bestebt, die von den Sinwohnergemeinden selbst, oder von den Gemeindräthen zu ernennen sind."

"Der Kirchgemeindrath ermählt feinen Präsidenten und feinen Schreiber."

Butrich tadelt die befondere Erwähnung der Gemeinderäthe als Wähler und glaubt, es muffe der Kirchgemeinderath durch die gange, versammelte Kirchgemeinde gewählt werden.

Roch, Oberst, möchte eine Nenderung und Verdeutlichung der Redaktion vorschlagen, denn immer und überall gäbe es bei einer Kirchgemeinde "gemeinschaftliche Interessen", und das seize Ver Paragraph, wie er hier stehe, vorans, daß es auch Kirchgemeinden geben könne ohne gemeinschaftliches Interesse. Er meine, es wäre besser, etwa so zu sagen: Für die Besorgung der gemeinschaftlichen sirchlichen Angelegenheiten verschiedener Einwohnergemeinden wird, insoweit sie eine Kirchgemeinde ausmachen, ein Kirchgemeinderath ausgestellt.

Efcharner vertheidigt die Redaktion. Es gabe nämlich Kirchgemeinden, die nur aus einer Sinwohnergemeinde befünden, daher müßten auch die andern erwähnt fein. Was den Schluß betreffe: "oder von den Gemeinderathen zu ernennen find", fo durfte der wohl wegbleiben.

Abstimmung:

Der Vorschlag, daß die Prafibenten der Ginwohnergemeinden von Amtswegen Mitglieder des Kirchgemeinderathes sein sollten, fand feine Mehrheit.

§. 36.

"In den Airchgemeinden, wo nicht durch anerkannte Aechte etwas anderes bestimmt ift, foll jede Sinwohnergemeinde fo viel möglich im Verhältniß ihrer Beiträge zu der Bestreitung des gemeinschaftlichen Aufwandes in dem Kirchgemeindrathe vertreten werden."

Angenommen (ohne Ginrede)

§. 37.

"Die Kirchgemeinden follen dem Regierungsrathe ein Reglement jur Bestätigung vorlegen, das nach der Lorschrift des §. 8 abzufassen ift, in welchem die Gegenstände bestimmt zu bezeichnen find, die der Kirchgemeinderath zu behandeln hat."

Zuerft wird der Druckfehler gerügt, daß es nämlich fatt ". 8" heißen muffe: §. 9, und bann

angenommen (ohne Ginrede).

§. 38.

"In denjenigen Gemeinden, wo das Airchengut bisber unter einer besondern Berwaltung gestanden, fann es ferner unter dersfelben bleiben, und da wo dieses nicht der Fall war, fann der Kirchgemeinderath einen Ausschuß mit der Berwaltung desselben beauftragen. Die verwaltende Behörde steht unter der Aufsicht des Airchgemeindrathes, der die Berwaltungsrechnungen zu prüssen, und mit seinem Berichte dem Regierungsstatthalter zur Passation vorzulegen hat."

Tscharner, Altschultheiß. Die Berückschtigung und Ermähnung "einer besondern Berwaltung", wie sie der Paragraph aufstellt, hat ihren Grund in den herkömmlichen Einrichtungen mancher fatholischen Gemeinde.

Kernen von Münsingen sagt dagegen, daß wenn der Paragraph für das Bisthum passe, er auf die übrigen Theile keine Unwendung finde. Eine leichte Nenderung der Redaktion mache ihn für alle Theile passend. Etwa könnte man so sagen: "daß der Kirchgemeinderath eine eigene Verwaltungsbehörde aufzustellen habe, die dann unter seiner Aufsicht siehe 20." — Diesem Untrage widerspricht später Hr. Wütrich.

Noth von Wangen findet es unnöthig, daß der Rechnungsbericht dem Regierungsftatthalter vorgelegt werde.

Man, Staatsschreiber, bezieht sich auf den Bericht des Sru. Pfarrers Fetscherin, wo nach der Borschrift des §. 21 der Predigerordnung dem Pfarrer die Kirchenrechnungen acht Tage vor ihrer Passation zur Durchsicht übergeben werden muffen, und findet keinen Grund, die alte Ordnung abzuändern.

Koch, Oberft, beleuchtet das Recht des Kirchgemeinderaths, "einen Ausschuß" als Berwaltungsbehörde aufftellen zu dürfen, und schlägt vor, statt "Ausschuß" das Wort: Femand zu seinen so passe der Paragraph, auch ohne seinen schleppenden Anhang, auch für die katholischen Theile.

Wäber geht in die Ansicht des Hrn. Roth ein, und wünscht auch, daß die Rechnungen der ganzen Kirchengemeinde offen stehen oder wenigstens nach ihrem Abschluß derselben vorgelegt werden sollten.

Tscharner, Regierungsrath, hat gegen die allfällige Uenderung des Paragraphen, nach dem Borschlage des hrn. Koch, nichts einzuwenden. Jedenfalls müßte die altherkömmliche Uebung der katholischen Landestheile, wo das Kirchengut bisher unter besonderer Berwaltung (nicht unmittelbar unter dem Kirchenrath) gestanden, berücksichtigt werden.

Abstimmung:

Landammann. Der Paragraph ift also in dem Sinne angenommen, daß: a) der Kirchgemeinderath die Besugniß hat, "Jemand" mit der Berwaltung zu beauftragen; daß b) dieser beauftragte Jemand unter Aufsicht des Kirchgemeinderathsstehe, und daß c) die Kirchgemeinde eben so, wie der Regierungsstatthalter, das Recht der Sinsicht und Passation der Rechenungen habe.

Kernen von Munfingen bittet, diefen Abschnitt nicht als geschloffen zu betrachten, da er in dem Gesethe mehrere Attribute und Besugniffe dem Gemeinderath zugetheilt finde, die eigentlich unter diesen Abschnitt gehörten und der Kirchgemeinde oder dem Kirchgemeinderath zu ertheilen wären.

Bierter Titel.

Burgergemeinde.

39

"Die Burgergemeinde beforgt die Angelegenheiten der Ortsburgerfchaft und macht über die Berwaltung des Burgerguts." Angenommen (ohne Ginrede).

§. 40.

"Jeder Burger, welcher die Eigenschaften hat, die nach §. 4 und 5 zu der Ausübung des Stimmrechts an einer Gesmeindverfammlung erfordert werden, fann dasselbe an der Burgergemeinde ausüben."

Angenommen (ohne Ginrede).

§. 41.

"Die Burgergemeinde versammelt sich ordentlicher Weise zu den in dem Reglemente bestimmten Zeiten, und wird außerordentlicher Weise, so oft es die Geschäfte erheischen in der vorgeschriebenen Form zusammenberufen."

Grimm von Burgdorf munscht bei diesem Paragraphen diefelben Bestimmungen zu sehen, wie bei den Sinwohnergemeinden.
Auch musse er hier seinen dort gemachten Antrag von der Nothwendigkeit einer Traktandenliste für Versammlungen wiederholen.
Er verstehe darunter nicht, daß man keine neuen Anträge in
einer Versammlung machen durfe, sondern nur, daß nichts könne
abgesprochen, nichts berathen und beschlossen werden, ohne daß
es auf der Traktandenliste gestanden. Wie leicht wäre es sonst,
daß vor einer Versammlung Komplotte sich bildeten, um irgend
einen beliebigen, selbst leidenschaftlichen Antrag durchzutreiben,
wenn er nicht zur Vorberathung und Beurtheilung allen Bürgern
offen gelegen hätte!

Man, Staatsschreiber, unterftügt diesen Antrag, infoweit er fich auf außerordentliche Bersammlungen beziehe.

Abstimmung:

Mehrheit

§. 42.

"Zu einem gultigen Beschlusse ber Burgergemeinde ift die Mehrheit der anwesenden Glieder der förmlich zusammengebotenen Gemeindversammlung erforderlich: bei gleichgetheilten Stimmen entscheidet der Präsident."

Watt trägt darauf an: man follte alle die Bestimmungen, welche diefer und die folgenden Paragraphen enthalten, hier ganz weglassen und sie lediglich den Reglementen der Gemeinden, welche ja doch der Regierung zur Bestätigung müßten vorgelegt werden, überlassen. Solche Generalbestimmungen, wie sie in den vorliegenden Paragraphen enthalten sind, passen schwerlich für alle Burgergemeinden aller Landestheile.

Abstimmung:

§. 43.

"Die Burgergemeinde erwählt aus der Zahl der stimmfähigen Burger durch geheime Abstimmung und absolute Mehrheit ihren Präsidenten, den Präsidenten und die Mitglieder des Burgerraths, den Gemeindschreiber und die Beamten, deren Erwählung nicht durch das Reglement dem Burgerrathe übertragen ist."

- Tscharner, Altschultheiß, weist auf die Analogie aller dieser Paragraphen mit jenen hin, welche von den Einwohnergemeinden handeln und glaubt demnach, auch hier die Worte: "aus der Zahl der stimmfähigen Burger" weglassen zu können.

von Lerber, Schultheiß, empfichlt die Annahme des unveränderten Entwurfes als Regel. Ausnahmen gabe es überall, aber diefe ftießen die Regel nicht um.

Man, Staatsschreiber, findet es einfach und recht, daß die Burgergemeinde "ihre Präsidenten 2c." wähle aus der Zahl der stimmfähigen Burger, aber die Wahl ihres Gemeindschreibers 2c. sollte ihr doch ganz frei stehen, daher er nach dem Worte "Burgerraths" (Zeile 3) den Zusaß vorschlägt: aber durch freie Wahl den Gemeindschreiber 2c.

Abstimmung:

§. 44.

"Der Präfident und die Mitglieder des Burgerraths, der Gemeindschreiber, und die von der Burgergemeinde erwählten Beamten werden von dem Regierungsftatthalter beeidigt."

Man, Staatsschreiber, gesteht, daß dieser Artikel nicht bieher gehöre und wohl bloß aus Versehen bier stehe. Nach §. 94 der Verfassung seien Burgergüter wie Privatgüter anzusehen und es stehe nicht in der Befugniß selbst des Großen Nathes, davon eine Ausnahme zu machen. Gemeindsbeamten seinn Seatsbeamten, was solle also deren Beeidigung durch den Regierungsstattbalter.

Batt fimmt damit völlig überein.

Buß, Regierungerath, ftellt dar, daß die Burgergüter, da fie nicht bloß für den Moment feien, sondern für langere Zeit und für die Nachkommen, auch durch gute Verwaltung einer Sicherstellung bedürften, und diese finde er in der vorgeschriebenen Beeidigung, daher stimme er für ben Entwurf.

Grimm weiß nicht, warum eine Beeidigung vor dem Burgerrathe nicht fo viel Bedeutung haben folle, als eine vor dem Regierungsstatthalter.

Schnell unterflüt die Anficht des Srn. Wyß, indem durch eine Becidigung der Burgerbeamten durch die Regierung jugleich gefagt fei, daß die Burgergüter unter Bormundschaft der Regierung flünden. Für ganze Generationen seien folche Burgergüter und daber schreibe sich das Obervormundschaftsrecht.

Tscharner, Berichterstatter, zeigt, daß die von hrn. Wyf und Schnell geäußerten Unsichten auch die des Regierungsrathes und der Schszehner gewesen sein: nur um die Güter unantastbarer und unverlestlicher zu machen, sei die größere Sicherstellung durch die vorgeschriebene Beeidigung nöthig.

Abstimmuna:

(Beschluß folgt.)

Verhandlungen

bes

Großen Rathes der Republik Bern

Bern, den 5. Dezember 1833.

(nicht offiziell.)

(Schluß der eilften Sigung.)
(Ueber das Gemeindewesen.)

§. 45.

"Die Burgergemeindversammlung faßt die Beschlüsse über die Gegenstände, deren Beseitigung weder durch das Geses, noch durch das Reglement dem Burgerrathe oder einem andern Gemeindbeamten zugewiesen ist. Sie prüft die Nechnungen des Burgerraths und der Beamten, und legt sie mit ihren Bemerkungen dem Negierungsstatthalter zur Passation vor."

Tscharner, Regierungsrath, macht im Vorans darauf aufmerkfam, daß vielleicht einige Bemerkungen fallen würden über den letten Theil des Paragraphen, wo von der Passation der Rechnung durch den Regierungsstatthalter geredet werde, aber dennoch könne er nicht anders, als den Paragraph empfehlen.

May, Staatsschreiber, glaubt jest, daß es auch Pflicht sei, den Sid, welchen man vom Präsidenten, Burgerrath ic. fordert, bier in seiner Formel festyleigen. Man könne nicht nur Sides-leistungen fordern, man musse auch sagen, von welcher Art, von welchem Inhalt der Sid sein solle.

Die geforderte Passation des Regierungsstatthalters könne er nicht anders, als misbilligen. Jene despotischen Maskregeln Napoleons, die damals alle Gemüther erbittert hätten, seien hier wiederholt. Es streite solche Forderung gegen alle Freiheit, gegen alle demokratische Unabhängigkeit der Gemeinden und führe zur zerkörenden Centralisation. Ueberdieß lasse sich solche Forderung keinessalls mit der Verfassung vereinen. Wie man auch den §. 94 deuteln wolle, immer widerspreche derselbe dem Entwurf unseres Paragraphen. Uebrigens gesteht der Redner dem Regierungsstatthalter die "Einsicht" der Rechnungen zu.

Kohler, Regierungsrath, macht mancherlei Rückblicke auf die alte Berwaltung und glaubt es gerne, daß damals keine Aufsicht von Seite der Regierung auf die Gemeindsverwaltung gewesen seit, denn die Herren, welche auf den obersten Stühlen gesessen hätten, wären in dem allerliebsten Einverständnisse mit den Gemeindsvorgesetzen gewesen. Rechenschaft hätte man damals keine gesordert und habe einmal ein unparteilscher, braver, muthiger Bürger eine Einsicht verlangt, so habe man ihm solches Necht als Unmaßung und Frechbeit ausgelegt. Solche Zeiten solle man nie wieder erwähnen und nur nicht groß thun gegen die Napoleon'sche Herrschaft, die wenigstenst tausend Vorzüge vor der Tunkerzeit gehabt habe. Die Güter seien heilig, weil sie nicht uns gehörten, nicht unseren Tagen, sondern dem Laufe der Zeit und den Geschlechtern der Zukunft. Sie zu erhalten, unangetastet, und sie zu verwalten — redlich und treu — das sei Psticht und darum jede Aussicht des Staates nur vortheilhaft für die Burgergemeinden selbst.

Grimm erläutert aus der Verwaltung des Kantons Waadt, die bekanntlich ganz vortrefflich geführt werde, daß dort die Sinrichtung einer Oberaufsicht des Staates über Vürgerrechnungen die heilfamsten Folgen gehabt habe. Anfangs hätten dort die Leute auch geargwohnt, das fei eine Veschränfung ihrer Freiheit, später aber und gar bald hätten sie Ordnung, Redlichkeit und Vermehrung in ihrem Vürgerhaushalt einkehren sehen und jest priesen sie sich glücklich bei dieser Sinrichtung.

Wyß, Regierungsrath, glaubt zur Bernhigung Einiger eine Definition des Begriffes "Passation" geben zu müssen, welche dahin geht, daß Bassation ja nicht hieße, der Regierungsstatt-halter habe eine Stimme bei der Gemeindsverwaltung oder dürfe die Burgerrechnung mit aussertigen, oder irgendwie verändern oder gar oberstinstanzlich fassiren, nein! sondern es heiße nur, die schon von der Burgergemeinde und ihrem Nathe gut geheißene, schon genehmigte Rechnung dürfe der Regierungsstatthalter auch noch gutheißen, auch noch genehmigen. Der Negierungsstatthalter soll nur sehen, ob kein Kapital unterschlagen ist, keine Rechnung fälschlich unterlegt, auf daß das Wohl des ganzen Staates, welches vom Wohle der einzelnen Gemeinden abhängt, nicht gefährdet werde.

Leicht ware es ja, bier den einfachen Bufat ju machen, daß ber Gemeinde das Recht der Kaffation gesichert bleibe.

Schnell sindet den Entwurf flar und genügend und meint, man durfe doch auch den Beamten so viel zutrauen, daß ihnendieser Paragraph flar sei, auch ohne noch nähere Erläuterungen. Was die Ludwigsburger Schrift und ihren Rapporteur betreffe, so fenne Jedermann Zweck und Absicht ihrer Einwendungen. Der Redner schließt mit der Vitte, den Entwurf anzunehmen.

Koch, Oberst, zeigt aus §. 46, Nr. 6, daß die "Gutheißung" der Gemeindrechnungen ein unübertragbares Recht
der Gemeinde sei. Gutheißung sei aber Passation, und könne
daher nicht durch §. 45 dem Regierungsstatthalter übertragen
werden. Er sindet auch hier wieder einen Fehler der Nedaktion,
denn unmöglich könne der Burgergemeinde (als dem Sigenthümer)
bloß das Recht zusiehen "Bemerkungen zu machen." Gewiß hätten
auch Regierungsrath und Sechszehner den Sinn, welchen Herr
Byß, Schnell und Undere darin gefunden, gar nicht dabei gehabt,
was ja §. 46, Nr. 6 deutlich zeige. Auch sehle die besprochene
Passation des Regierungsstattbalters ganz bei den Sinwohnergemeinden, warum solle sie hier stehen? — Undezweiselt sei es, daß
der §. 94 der Verfassung ganz dem Entwurfe widerspreche. Die
Burgergemeinde sei Sigenthümer ihres Gutes und ihr gehöre allein
die Verwaltung, ihr allein die Passation (Genehmigung). Daher
schlage er vor, die Redaktion des Paragraphen zu verbessern und
ihn daher an den Regierungsrath und Sechszehner zurückzuschießen, mit der Vemerkung dieses Widerspruches gegen Versasfung (§. 94) und gegen den Entwurf selbst (§. 46, 6).

Tscharner, Regierungsrath, sagt, Passation sollte hier nichts anders enthalten, als ein: laissez passer. Es thue ihm leid, kein deutsches Wort für den Begriff Passation zu sinden, und wenn es so viel heiße, so sei doch gewiß kein Grund zur Verwerfung mehr da. Man könne ja vor "Passation" noch das Wort: "endliche" sehen, und ebenso nach "prüft" noch die Worte: "und passitet."

Roch, Oberft, erklärt fich mit diefer Beränderung befriedigt und glaubt fo ben Sinn feines Ginwurfes ausgebrückt. hierauf

Abstimmung:

Zwölfte Sipung.	Fortsetzung der Situng vom 2. Dezember.						
Bahlversammlung der Zweihundert.	(Nachmittags.)						
Montag den 2. Dezember.	5. Stimmzettel: 128. Hr. Bechaup, Amtörichter, 78 Stimmen.						
(Vormittags 9 Uhr.)	mit ihm ballotirten:						
Präsident: Serr Landammann Simon.	Here de Strict de la company d						
Die Resultate der Wahlen von Schwarzenburg, Burgdorf	" Seiler						
und Büren werden vorgelegt.	7. Stimmzettel: 154.						
Landammann bedeutet, daß an einem Tage, wie der heu- tige, wo beim Side geboten ift, ju erscheinen, feine andere als	Sr. Gürlet, Amtbrichter, 84 Stimmen. mit ihm ballotirten:						
fchriftliche Entschuldigungen angenommen werden könnten. Die nicht Unwesenden (37) batten demnach dieser Aufforderung ju	hit igni baubititen: Hr. Helg 13 "						
entsprechen, um vor der hoben Versammlung nicht ohne Recht-	"Tschabold 38 "						
fertigung zu bleiben. — Darauf werden die auf die Wahlen bezüglichen Baragraphen der Verfassung laut vorgelesen und dann	"Kernen "						
querft, weil herr Major Munger mit dankenden Ausdrücken feine	8. Stimmzettel: 145. Hr. Seiler, Altgroßrath, 75 Stimmen.						
Stelle als Grofrath abgelehnt hatte, zur Ergänzung diefer Wahl geschritten. Stimmzettel werden vertheilt: 163; absolutes Mehr	mit ihm ballotirten:						
ist demnach: 82.	Hr. Tichabold 20 "						
In zweiter Ballotage: fr. Schneider, Dr. Med. von Nidau, mit 105 Stimmen.	"Kernen 29 " "Helg 4 "						
mit ihm waren in der Wahl:	9. Stimmzettel: 143.						
Hr. Kohler von Rütte 31 " " Schärz zu Almendingen 9 "	hr. Küpfer, älter, handelsmann, . 86 Stimmen.						
Mun beginnen die Wahlen der Erfagmanner fur die dreizebn	mit ihm ballotirten:						
Stellen, welche durch verfaffungsmäßigen Austritt am 31. Dezem- ber 1833 erkedigt werden.	Sr. Selg 41 " " Weißmüller 10 "						
1. Stimmzettel wurden vertheilt: 156.	b						
In erfter Ballotage: Sr. Kohler von Rutte mit 421 Stimmen.	Dreizehnte Sigung.						
mit ihm ballotirten:	produced interview						
Hr. Ganguillet, Regierungsrath, . 18 " Hr. Jaggi, Fürsprech, . : . 5 "	Dienstag, den 3. Dezember.						
2. Stimmzettel: 152.	Präsident: Herr Landammann Simon.						
Durch Ballotirung: fr. Ganguillet, Regierungsrath, mit 83 Stimmen.	Fortse gung ber Bahlen 31. Dezember 1833						
mit ihm waren in der Wahl:	erledigt werdenden dreizehn Stellen.						
Hr. Jaggi, Fürsprech, 53 " " Vermeille, Fürsprech, 7 "	10. Stimmzettel: 155. Hr. Morlot, Dr. Med., mit 89 Stimmen.						
" Wüller, Oberstl.,	mit ihm ballotirten:						
3. Stimmzettel: 155.	hr. helg, Salzfaktor, 38 — 31 Stim.						
Durch Stimmenmehr ohne Ballotirung :	" Groschang zu Biel, 20 — 42 " " Romang, Amtsgerichtschreiber, 15 — "						
hr. Jaggi, Fürsprech, mit 84 Stimmen.	11. Stimmzettel: 151.						
4. Stimmzettel: 154.	(Nach dreimaliger Ballotage:)						
Durch Ballotage: Sr. Brotie, Amteschreiber, mit . 125 Stimmen.	Her Gr. Monard im Heimberg 68 Stimmen.						
mit ihm ballotirten:	hrt. ign baubeteten. hrt. Homang, Amtsgerichtschreiber, 29 — 54 — 51 St.						
Her, Oberstl. von Nidau, . 12 " " Bermeille, Fürsprech, 6 "	" Groschang zu Biel 26 — 31 — — " " Helg, Salzsfaktor, 20 — 11 — — "						
" Rocher, Kaufmann, 4 "							
5. Stimmzettel: 156.	12. Stimmzettel: 135. (Nach zweimaliger Ballotage:)						
Durch Ballotage: Sr. Kocher, Sandelsmann, mit . 89 Stimmen.	Sr. Groschang, Kaufmann, mit . 69 Stimmen.						
mit ihm ballotirten:	mit ihm ballotirten:						
Hr. Helg, Salzfaktor, 15 G "Gürlet, Amtsrichter zu Twann, 21 "	Here in Ortschwaben						
"Bechaux	" Helg, Salzfaftor, 4 — "						
NB, Bu den Berhandlungen über die Wahlen von Cour-	13. Stimmzettel: 139.						
telarn wird hier nachträglich bemerft, daß die Berren Geiser	hr. Bucher von Ortschwaben mit . 75 Stimmen, mit ihm ballotirten:						
(Regierungsrath), Fellenberg (von Hofwnt) und Lohner (Alt- regierungsrath) fich gleich anfangs für die Gültigkeit der Wahlen	Sr. Romang 38 — 33 Stim.						
erflarten, in Uebereinstimmung mit Regierungsrath und Geche-	" Stapfer, Rathsichreiber, . 22 — " " Stuber, Menger, 6 — "						
0-74	" Studer, viegger, 6 — "						

(Ueber das Gemeindewesen.) Bierzehnte Sinung.

Mittwoch ben 4. Dezember.

(Vormittags 9 Uhr.)

Brafident: Berr Landammann Simon.

Das Protofoll vom 29. November wird durchs Sandmehr genehmigt.

Sinige Borftellungen, Bittgesuche und Anzüge werden von herrn Landammann vorgelesen; ihren Inhalt werden wir am Schlusse der Sigung mittheilen.

Die neu eingetretenen Mitglieder Brötie, Mefferli, Sinner, Stähli und Baber von Upenftorf werden auf die vorgeschriebene Weise beeidigt und darauf mit der Behandlung des Gemeindegesetzes fortgefahren.

8. 46

"Folgende Gegenftande muffen von der Burgergemeinde felbft behandelt, und fonnen von ihr feiner Beborde übertragen werden:

1) "Die Bestimmung des jährlichen Boranschlags der Ginnahmen und Ausgaben."

Ticharner, Regierungsrath. Der §. 46 enthält ohngefähr dieselben Bestimmungen in Bezug auf die Burgergemeinde, was §. 18 für die Einwohnergemeinde, darum ift er, wie jener, anzunehmen. Einen Borschlag des hrn. Seiler, daß man sagen sollte: Folgende "rein bürgerliche" Gegenstände findet der herr Rapporteur überstüssig, da es sich hier lediglich und allein um Burgergegenstände handle.

Abstimmung:

Für den Entwurf 105 Stimmen. Für gefallene Meinungen 22 "

2) "Die Ausschreibung von Tellen."

Ticharner. Wie felten es auch der Fall fei, daß in Burgergemeinden Tellen ausgeschrieben murden, im Gefete muffe ber Fall vorausgesehen fein.

Angenommen (ohne Ginrede).

3) "Die Stiftung von Rirchen-, Armen-, Kranken-, Arbeitsund Schulhaufern."

Efcharner empfiehlt auch hier die im §. 18 angenommene Redaftionsverbefferung, ftatt "Saufer" Anftalten zu fagen, und zwar aus den ichon bort angegebenen Gründen.

Angenommen (ohne Ginrede)

4) "Neue Bauten."

Escharner weist auch hier auf die Konsequenz hin, daß: solle die Gemeinde Anstalten fiften können, so habe fie auch natürlich Bauten zu bewilligen; empfiehlt aber auch hier die im §. 18 Nr. 4 schon vorgenommene Beränderung.

Angenommen (ohne Ginrede).

5) "Die Wahl und die Ergänzung des Burgerraths und der Behörden der Burgergemeinde."

Stähli. Insofern man unter "Behörden der Burgergemeinden" auch verstehe: Schulräthe 2c., so glaube er, es sei bester, diese vom Burgerrathe wählen zu lassen, weil eine Burgerversammlung nicht die flarste Einsicht und Ruhe dazu immer haben könne. Der Redner schlägt vor, nach dem Worte "Burgerraths" den Urtifel zu schließen.

Mochard, Regierungsstatthalter, empfiehlt die Aufsicht über die Waldungen und warnt davor, sie lediglich und allein den Bestimmungen der Gemeindsversammlungen zu überlassen. Man kenne deren Sorglosigkeit.

Bautren, Regierungsrath, will die Ernennung der Behörden so motivirt wissen, daß der im §. 14 stehende Zusat; "deren Erwählung weder durch das Gesetz noch durch das Reglement dem Gemeinderath übertragen ist," auch hier eine Stelle finde.

von Lerber zeigt, daß die Berfaffung den eben geaußerten Anfichten widerstreite und die Gemeinde allein das Recht habe,

ibre Borgefesten zu ermählen. Die Gemeinde fei burch die Ber-faffung frei.

Müller, Regierungsflatthalter, flimmt mit hrn. Stählt überein und empfiehlt die Streichung der Worte: "und der Behörden der Burgergemeinde."

Serrenschwand, Regierungsrath, unterflüst die Ansicht bes Srn. von Lerber. Man durfe dem Burgerrathe nicht zu viele Gewalt in die Hände geben, sonst könne er leicht die Freibeit der Gemeinde an sich reißen; man durfe der Gemeinde das Recht freier Wahl nicht nehmen; die Verfassung sei streng zu halten und die in derselben gemährleisteten Acchte durften fein Schein werden. Der Acdner äußert das festeste Vertrauen auf den sesten, braven Sinn des Volfes und baut ganz darauf, daß die Gemeinden gute Vorgesetze, gute Vehörden wählen. Wer die Aufgabe habe, den Burgerrath zu wählen, dem durfe man auch getrost die Wahl anderer Beamtungen überlassen, etwa des Bannwarts ze. Stimmt für den Entwurf.

Koch, Oberst. Wie der §. 14 sagt, welche Bebörden die Einwohnergemeinde zu ernennen hat, und dieser Paragraph in Sarmonie gebracht wurde mit §. 18, so ist hier §. 46 Nr. 5 in Berbindung und Sinklang zu bringen mit §. 43. — Sin Beamter ist wohl zu unterscheiden von einem Bediensteten, und hier unser Artikel spricht ja bloß von Behörden. Wie Niemand eine Schildwache eine Behörde nennen kann, so ist auch ein Bannwart ze. keine Behörde. Doch wäre es wohl nöthig, weil §. 43 auch die Wahl der "Beamten" erwähnt, auf diesen Paragraphen binzuweisen zu näherer Erläuterung.

Anechtenhofer stimmt für den Entwurf. Unter den Behörden verstehe man auch vorberathende Kommissionen, z. B. Finanzkommissionen. Die Wahl derfelben könnte der Gemeinde nicht entzogen werden, ohne daß Kastengeist, Beamtendruck oder auch Schaden der Gemeinde daraus erwachsen werde.

Steiner von Kirchberg macht die Versammlung darauf aufmerksam, daß sie schon §. 18 angenommen habe und hier ja nur sich felber gleich zu bleiben habe.

Abstimmung:

Landammann. Die Nummer ift alfo angenommen, unverandert, wie im Entwurfe.

- 6) "Die Prüfung und die Gutheißung der Gemeindrechnungen." Angenommen (ohne Einrede).
- 7) "Veräußerungen und Erwerbungen von Liegenschaften; Eingriffe in das Kapitalvermögen der Gemeinde, und Bürgschaftsverpflichtungen und Aufnahme von Darlehen auf den Namen der Gemeinde. Zu einem gültigen Beschlusse über die in dieser Nummer bezeichneten Gegenstände sind zwei Drittel Stimmen der anwesenden Gemeindzlieder erforderlich, und die Beschlüsse zu Eingriffen in das Kapitalvermögen der Gemeinde bedürfen ohnedieß noch der Genehmigung des Regierungsraths."

Ticharner bittet, die Diskuffion bier zu verschieben bis nach erfolgter Unnahme der Redaktion des §. 18 Rr. 7. Die dortigen Bestimmungen könne man ja alle hier gelten laffen, und fo, ohne große Reden, viele Zeit ersparen.

Rifling, Amteschreiber, will fatt des Wortes "ohnedieß" lieber "überdieß" fepen.

von Lerber will ftatt der hier geforderten "zwei Drittel Stimmen" die absolute Mehrheit gelten laffen.

Romang, Gerichtspräftdent, glaubt, daß fur "Berminberung des Kapitalvermögens" wohl zwei Drittel Stimmen nöthig feien, nicht aber zu Beräußerungen und Erwerbungen von Liegenschaften.

Tscharner zeigt, wie nöthig hier die Konsequenz sei. Sabe man doch bei den Sinwohnergemeinden, wo beständig getellt und gesteuert werde, wo also kein großes Kapital- oder Liegenschaftsvermögen sei, zwei Drittheil gefordert für die hier aufgestellten Punkte, um wie viel mehr muffe man es thun bei den Burgeraemeinden.

Abstimmung:

Für den Entwurf (mit Vorbehalt der in §. 18 Ar. 7 vorzunehmenden Redaftion) . . entschiedenes Mehr.

Noch macht herr Landammann auf einen Druckfehler aufmerkfam. Um Ende der vierten Zeile fehlt nämlich nach "beziehneten" das Wort: Gegenstände.

8) Die Annahme und die Abanderung eines Gemeindreglements. Die Beschlusse über die Annahme eines neuen, und die Abanderung eines bestehenden Gemeindreglements find gleichfalls der Bestätigung des Regierungsraths unterworfen."

Suggler zitirt den §. 94 der Verfassung und erinnert an die Verhandlungen des Verfassungerathes, macht aufmertsam auf die Verhältnisse mancher Gemeinden, wo jede Abanderung des Reglements nicht ohne Umschweise und störende Semmungen "zur Genehmigung" vorgelegt werden könne, macht aber keinen bestimmten Antrag.

Abstimmung:

9) "Die Führung eines Prozesses, bessen Gegenstand die Summe übersteigt, die in dem Gemeindreglement bestimmt ift, und die Beilegung eines solchen durch Vergleich oder durch Uebertragung an Schiedrichter."

Tscharner empfiehlt die im §. 18 vorgeschlagene Redaktionsverbesserung, flatt "die Führung" zu sagen: "der Beschluß zur Führung ze."

Ungenommen (ohne Ginrede).

10) "Die Errichtung bleibender befoldeter Stellen, und die Beftimmung der Befoldungen derfelben."

Mit Weglaffung des Wortes "derfelben" angenommen (obne Sincede).

11) "Die Annahme neuer Burger."

Ticharner halt es für zweckmäßig, die Verhandlung über diesen Artikel aufzuschieben, weil wahrscheinlich Regierungsrath und Sechszehner zu §. 18 einen Zusaß machen würden, der den Einwohnergemeinden auch irgend eine Stimme gabe bei der Annahme neuer Bürger.

Anechtenhofer stimmt dem herrn Rapporteur bei und findet es billig, daß die Sinwohnergemeinden, welche an vielen Orten über zwei Orittel der Bevölferung ausmachten, und zu allen Tellen beitrügen, auch mit gefragt würden. Trägt auch auf Zurückweisung und Verschiebung diese Artifels an.

Roch, Oberst, sucht es begreistich zu machen, wie man den Einwohnergemeinden in Betress dieses Burgerrechtes keinen Sinfuß gestatten könne. Freilich solle man die Annahme und Erwerbung des Burgerrechtes erleichtern, denn in manchen Orten sei es so schwer zu erlangen, daß selbst der Engel Gabriel, und täme er vom Himmel, es nicht erhalten würde. Er glaube auch, daß die Frage von politischer Bedeutung sei, aber den Burgergemeinden könne keine Einsprache in ihr Necht der Annahme gemacht werden. Ohnedieß erschweren solche Einsprachen ja noch das Bürgerwerden.

Monard unterflütt die Ansicht des herrn Anechtenhofer, daß es Gemeinden gabe, wo gar wenig Burger seien und die Sinwohnergemeinden durch ihre Tellen alle Ausgaben bestritten. Ihnen durfe man nicht zu viel aufburden.

Joneli gesieht den Sinwohnergemeinden das Recht der Sinfprache zu, wenn die Burgergemeinde Leute aufnimmt, die ihr zur Laft fallen wurden, aber fein Stimmrecht bei der Annahme neuer Burger.

Steiner von Kirchberg will ben Artifel bier fireichen und ihn unter Nr. 7 fegen, damit auch bier zwei Drittel Stimmen erfordert wurden. Für Ueberweisung an Regierungsrath und Sechszehner fann er nicht flimmen.

Blumenstein bedeutet, daß am Ende des §. 18 mit großer Mehrheit ein Zusatz nöthig gefunden worden wäre. Sier könne man nichts anders thun, als noch auf jenen Zusatz des §. 18 binweisen. Die Bestimmung, welche man dort treffe, hebe diesen Artifel nicht auf, sondern begränze ihn nur. Darum genüge

es, den Entwurf anzunehmen, mit Beziehung auf den neuen (entsprechenden) Artifel des §. 18.

Abstimmung:

Landammann fragt, ob Jemand noch einen Bufan ver-

Belrich ard municht ju Rr. 7, daß auch feine "Theilung" von Liegenschaften (Gemeindsgut) vorgenommen werden könne, ohne Genehmigung der Gemeinde. Alfo nach dem Worte: Beräußerungen noch: "Theilung" ju setzen. Doch erklärt die Berfammlung diesen Zusaß nicht für erbeblich.

Schneider, Regierungsrath, findet einen Mangel des Gefetes, er vermißt feine Bestimmung darüber, wie einer fein Burgerrecht könne aufgeben. Es sei nämlich vorauszuseben, daß in verarmten Gemeinden reichere Burger wegziehen wurden, und ob dann die Verpflegung der Armen dem Staate anheim falle, oder diese wegziehenden reicheren Burger könnten gehalten senn, die Verpflegung ihrer Mitburger fortzuseben. Seine Ansicht darüber wolle er nicht mittheilen, sondern sich fragend an den herrn Rapporteur wenden.

Tscharner antwortete, daß diese Frage allerdings garter Natur sei und von großer Bedeutung, aber da im Kollegio des Regierungbraths und Sechszehner darüber nichts entworfen und distutirt sei, so habe er hier eigentlich nichts zu rapportiren. Es wären der Gründe so viele dafür und dagegen, irgend eine Bestimmung der Art zu erlassen, daß sich im Augenblicke der Stoff wohl nicht erschöpfen lasse. Er und

Efcharner, Altichnitheiß, empfehlen daber die Erheblichfeit diefes Antrages des herrn Schneider, und wollen ihn dem

Regierungsrath und Sechszehnern überweifen.

Blumenstein glaubt, daß der Antrag, so wichtig er auch sei, gar nicht hieher gehöre, sondern lieber zur Vorberathung an eine eigne, ganz unabhängige Kommission gewiesen, und als besonderer Anzug behandelt werde.

Romang, Gerichtspräfident, schlägt vor, erft die Paragraphen über das Armenwesen zu behandeln, und bann im Bufammenhange damit diesen Gegenstand zu erörtern.

Jaggi, Fürsprech, stimmt mit Herrn Blumenstein. Das Gefet und beffen Erscheinen fei nothwendig, und der Antrag boch nicht fo eigentlich und ftreng genommen, hieber gehörig.

Roch, Oberft, tritt auch nicht gerne in die Frage ein, und findet fie nicht am Plate. Gben fo

Stähli: Man konne hier keine Bestimmung der Art anpassen, so wenig, als die Frage hieher gehöre, wie viele Bürgerrechte Jemand haben durfe.

Mai, Staatsschreiber, schlieft sich an die Meinung an, daß diese Frage zur Vorberathung an Regierungsrath und Sechszehner gehöre. Werde durch die Betrachtung dieser Frage das Erscheinen des Entwurfs auch verzögert, so sei es besser, länger zu warten, als wesentliche Bestimmungen wegzulassen.

Steiner von Kirchberg fieht im Gegentheile die Frage bes herrn Schneider als nicht hieher gehörig an, fondern fie fei als befonderer Antrag allein zu behandeln.

Jaggi, Regierungsrath, ruft die Worte des herrn Stäbli wieder hervor, ob ein doppeltes Bürgerrecht zu gestatten sei, und glaubt, daß noch eine Frage zu beantworten wäre, ob man denn überhaupt Bürger sein musse, um zu einer Bürgergemeinde zu gehören? ze. Alle solche Fragen aber gehörten nicht hieher, und er stimme dafür, zu abstrahiren. So sprechen noch mehrere Redner, und auch herr Rapporteur schließt sich dieser Unssicht an.

Nach gehaltener Abstimmung ward darauf die Frage des Herrn Regierungsrath Schneider als "unerheblich" erkannt, und davon abstrahier.

(Befchluß folgt.)

Berhandlungen

Republif Bern. Großen Rathes der

Bern, den 7. Dezember 1833.

(nicht offiziell.)

(Schluß der vierzehnten Sipung.) (Ueber das Gemeindemefen.)

§. 47.

"Wo bisher der Burgergemeinde die Verpflegung der Armen und die Verwaltung des Vormundschaftswesens entweder im Gangen oder in bestimmten Abtheilungen obgelegen, liegen ihr diefe ferner fo lange ob, als sie nicht im Falle sein wird, für ihre daherigen Bedürfniffe Tellen auszuschreiben."

Nach einer gefallenen Meinung mar das lette Bort des &. ju vertauschen mit: "ju beziehen," welche Beränderung herr Rapporteur gerne jugibt. Die andere Meinung des Srn. Belrichard, nach "Berpflegung der Armen" noch ju feben: aus reinburgerlichem Bermögen, scheint Srn. Escharner nicht fo deutlich ober nothwendig.

Abstimmung:

Für den Entwurf (mit der jugegebenen Aenderung des letten große Mehrheit. Wortes)

§. 48.

"Das Reglement bestimmt die Pflichten und Rechte des Burgerrathe, und die Angahl ber Glieder beffelben, fo wie auch die Unjahl und die Pflichten und Rechte der Beamten, und die Dauer ihrer Stellen."

huggler will nach dem Worte "Rechte" (Zeile 1) noch feten: und Kompetenz, mas aber unnöthig gefunden wird.

Stähli findet es gut, daß man bier auch, gur Bermei-bung aller leicht über diefen Punkt entftebenden Zwifte und Streitigfeiten, irgend ein Minimum und Magimum ber Angabl der Glieder des Bürgerrathes festfete, worin ihm aber herr Regierungsrath Escharner widerspricht.

Abstimmung:

Für den Entwurf

entschiedene Mehrheit.

§. 49.

"Zu einem gültigen Beschlusse des Burgerraths ist die Unwesenheit der Salfte der Mitglieder und des Brafidenten oder feines Stellvertreters, und die Beistimmung der Mehrheit der Unwesenden erforderlich. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet der Prafident."

Ticharner verweist bier auf f. 21, wo von der Gultig. feit der Beschluffe des Ginwohnergemeinderathes die Rede ift, und fchließt mit der Borausfegung, daß man den Entwurf, wie er ift, annehmen werde.

Angenommen (ohne Ginrede).

Fünfter Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

"Wenn Gemeindgenossen Grund zu haben glauben, sich über einen Beschluß der Gemeindversammlung, oder des Gemeindraths zu beklagen, der ein allgemeines Interesse der Gemeinde, oder einer Abtheilung dersetben zum Gegenstande hat, wie die Ber-

letung einer gesetlichen oder reglementarischen Borschrift bei der Fällung eines Beschlusses oder bei einer Babl, den Beschluß über die Anhebung eines Prozesses oder über einen andern die Gemeinde, oder eine Abtheilung derfelben betreffenden Gegenftand ic., fo muffen fie ihre Beschwerde schriftlich dem Regierungs-ftatthalter einreichen, welcher trachten foll den Anstand gu beben. Bleibt dieser Bersuch ohne Erfolg, so soll der Regierungsstatt-halter feinen Bericht über die Sache mit den Aften dem Regie-rungsrathe einsenden, der, nach Untersuchung der Sache und Eingiebung der nothwendigen Berichte, einen endlichen Befchluß faßt."

Belrich ard findet den Ausdruck, daß man feine Beschwerde anbringen "muffe", unpassend, ju obligatorisch, und schlägt vor, statt dessen ju seten, so "können" sie ihre Beschwerben zc., welche Aenderung der Herr Rapporteur der Redaktion überlaffen will.

Batt fchlägt vor, am Ende des &., nach dem Borte "Berichte" einzuschalten: im Sinne Diefes Gefetes, was aber Hr. Tscharner für überflüssig, ja felbst unpassend findet.

Spater wird das Wort "muffen" noch fo gerechtfertigt, daß es beife: Wollen die Leute flagen, fo muffen fie diefen vorgeschriebenen Weg einschlagen.

Abstimmung:

Für unveränderte Annahme . entschiedene Mehrheit.

"Wenn Gemeindgenoffen Grund zu haben glauben, fich über einen Beschluß der Gemeindversammlung, oder des Gemeindraths wegen Verlegung gefetlich jugesicherter Privatrechte ju beflagen, fo muffen fie ihre Klage, je nach der Natur der Sache, bei dem Civil - oder bei dem Administrativ=Richter anbringen."

Angenommen (ohne Ginrede).

Berzeichniß der am 4. Dezember vorgelegten Bittfchriften und Anguge.

Bittschriften.

- 1) Zehntbezirke und Partifularen des Amts Konolfingen.
 2) Beamte des Amts Pruntrut Aufftellung von Friedensrichtern.
 - 3) Begnadigungsbegehren von J. S. Quelog von St. Braig.

4) Bubler, Anton, auf dem Reld ju Reichenbach - wegen Geldanleiben aus der Standesfaffe ju 2 %.

5) Sauptmann Beat von Lerber — wegen Abschaffung der Baren und Ginziehung des daberigen Guts jum allgemeinen Beften.

6) Mehrere Burger des Amis Konolfingen, wegen Aufftellung

Friedensgerichten.
7) Geschwister Gruner von Walliswyl, Kaffation von obergerichtlichen Urtheilen gegen Amtschreiber Stettler begehrend.

Ungüge.

1) Des hrn. Prof. Schnell über Austheilung von Bahl- liften bei den Bahlversammlungen;

2) ebendeffelben ju Abstellung der militarischen Shrenbegen-

gungen für den Großen Rath;
3) des herrn Schnyder-Dufresne megen Ginführung von Sandelsgefegen.

Funfzehnte Sigung.

Donnerstag, den 5. Dezember.

(Bormittags 9 Uhr.)

Prafident: Berr Landammann Simon.

Das Protofoll des gestrigen Tages wird verlesen und nach einer Berichtigung des herrn Landammanns mit handmehr genehmigt.

Gine Borftellung in Betreff des eidgenöffisch zu errichtenden Berfaffungsrathes wird angezeigt und darauf das nen eingetretene Mitglied, herr Gerichtsprafident Müller von Oberhaste, nach Borfchrift beeidigt.

Sr. Man, Staatsschreiber, verliest einen Anzug des Srn. Regierungsstatthalters Müller, in Betreff des unterm 8. März 1832 berabgesetten Ohmgeldes für ausländische gebrannte Wasser, woriu der Berfasser durch mancherlei Gründe und Erfahrungen die Schädlichkeit dieser Herabsehung zu beweisen such, auf Zurücknahme obigen Gesetzes vom 8. März und bedeutende Erhöhung anträat.

Noch wird ein Anjug des hen. Watt mitgetheilt, des Inbalts, daß es im Interesse unseres Gesammtwohles, im Geiste unserer Verfassung liege, das Misverhältnis des bestehenden Ronfordats mit dem Papste aufzuheben, und gleich dem Kantone Luzern, den Kanton St. Gallen in seinen bischöflichen Angelegenheiten zu unterfüßen. Der Verfasser will, daß der Große. Rath darüber dem Regierungsrathe die betreffenden Vollmachten oder Instructionen gebe.

Fortfegung der Berbandlungen.

6. 52.

"Der Ertrag der Gemeindgüter soll von der kompetenten Bebörde seiner ursprünglichen Bestimmung gemäß insoweit zu den öffentlichen Zwecken verwendet werden, als es bisher geschehen. Reine Gemeinde soll zu der Ausschreibung von Tellen schreiten, so lange dieser Betrag zu der Bestreitung des Auswandes ausreicht, den seine Zwecke erfordern. Die Streitigkeiten, welche zwischen der Einwohner- und Burgergemeinde über die Bestimmung des Betrags eines Capitals, und über die Art der Berwendung desselben oder über andere Anstände entstehen, sind von der Administrativbehörde zu beurtheilen."

Ticharner, Regierungsrath, vertheidigt den Entwurf in feinen einzelnen Theilen und ftimmt fur deffen Unnahme.

Geifer, Regierungsrath, glaubt, daß in den drei ersten Linien funf Worte gu ftreichen feien, nämlich: "in soweit", und: "als es bisher geschehen." Nach "werden" mußte dann ftatt bes Komma's ein Punftum gemacht werden.

Man, Staatsichreiber, greift den letten Theil des Paragraphen an, wo von dem Schlichten der Zwiftigfeiten durch die "Udministrativbeborde" die Rede ift, und fagt, daß namentlich Die Worte: "über andere Anftande" ju allgemein feien und allem Streite Thur und Thor öffneten. Ohnedieß entstünden die meiften Brozeffe über Mein und Dein, und bei der jegigen Stimmung mancher Gemeinden, wo die Ginwohnergemeinden viele neue Anfprüche machten, scien taufend Zwistigkeiten vorauszu-Sabe man da feine ficherstellende Beborde, wo Urtheile feben. und Entscheid gegeben werde, fo schwebe alles titelfeste Eigenthum in Gefahr. Der Civilrichter halte fich an feste Formen in feinen Aussprüchen und fei an bestehende Gefete gebunden, dagegen fonne die Administrativbehorde von allerlei nabern oder entfernten Rucfichten fich leiten laffen. Auch verbiete folch Berfahren die Berfaffung, welche Trennung der Gewalten vorschreibe, und so wohlmeinend dieser Paragraph konne entworfen fein, er errege mit Recht Beforgniffe, wie auch die eingelangten Berichte Der Redner Schlägt schlieflich vor, den Paragraphen ju neuer, angemeffener Redaktion juruckzuschicken, namentlich den letten Theil deffelben; benn ju allgemein feien die Ausdrucke beffelben über "Bestimmung des Betrags eines Rapitals." Das Recht der Oberaufsicht gebore mobl dem Staat, aber fein Entscheid über fragliches Eigenthumsrecht über Mein und Dein.

Belrichard unterstütt die Ansicht seines Praopinanten, denn nicht befriedige ihn die jetige Redaktion, auch nicht die rechtfertigende Vertbeidigung des hrn. Napporteur. Die Verwendung der Gemeindegüter ju öffentlichen Zwecken könne zu dem Schlusse fübren, daß da, wo die Gemeindsgüter insbesondere "Burgergüter" seien, sie auch alle zu öffentlichen Gesammtzwecken der ganzen Gemeinde verwendet werden dürften. Darum fände er nöthig, den hrn. Napporteur um eine Erklärung und Deutung des Sinnes zu bitten.

Tscharner verwahrt sich dagegen, als musse er immer die Gesinnung des Regierungsrathes und der Sechszehner fennen, wiederholt das schon früher Gesagte, daß dieser Paragraph' Niemanden etwas entziehen, nehmen wolle, aber auch Niemanden etwas geben und wundert sich, wie gerade aus dem Leberberge, wo doch erst seit 1815 schweizerische Institutionen wären, solche schüßende Aengstlichseit für Burgergüter berkäme.

Mofchard meint, daß fo wenig, wie die Abministration Streitigkeiten zwischen Sinzelnen und ganzen Gemeinden ausmitteln könne, so wenig könne sie Zwistigkeiten der Burgergemeinde mit den Sinwohnergemeinden schlichten. Ausnahmsgerichte seien nie flatthaft und Sivilgerichte über freitiges Sigenthum hinreichend.

Romang, Gerichtspräsident, schlägt einen Mittelweg vor, der wohl alle Forderungen befriedige, nämlich: man solle hier denselben Grundsap, wie in §. 51, vorwalten laffen.

Rernen von Münsingen nimmt den Entwurf, wie er da ift, in Schuß. In Streitigfeiten der Gemeinden sei versöhnende Bermittelung nothwendig. Werde doch jest der Streit über die Staatsgüter des Kantons Bafel auch durch Schiedsrichter entschieden, und wohl gewiß so gut, wie durch Sivilrichter.

Steiner von Airchberg glaubt den Sauptgedanken des Paragraphen darin zu finden, daß bier das Vermögen von Einwohner- und Burgergemeinden auszuscheiden sei. Der Sivilrichter aber spreche nach gegebenen Titeln, Buchstaben und Formen, der Administrativrichter aber nach Billigkeit.

Anechtenhofer unterflüt diefe Anficht und vertheidigt diefelbe.

Jaggi, Fürsprech, schließt sich an herrn Regierungerath Geifer an, und belegt seine Unsicht mit einem Beispiele, wo die bisherige Berwendung eines Kapitals gang feiner "ursprünglichen Bestimmung" zuwider verwendet werde. Das könne nur zu Kollisionen führen.

Die Beurtheilung der Gemeindsstreitigkeiten durch den Administrativrichter vertheidigt der Redner aus schon oben angegebenen Gründen und trägt auf Annahme des Artitels an, wie er ist, nur mit Weglassung der Worte: "insoweit — als es bisher geschehen."

Sauvin spricht gegen den Artikel und municht deffen Zurucksendung, indem unmöglich die Administrativbehörde, die nichts ertheile zur Pflege und Erhaltung der Gemeinden, ein Endurtheil, einen Entscheid haben durfe. Sei die Gemeinde arm oder reich, immer gehöre die Verwendung ihres Gutes ihr selbst und die Ausscheidung keineswegs dem Regierungsstatthalter.

Joneli glaubt, daß es sich hier davon handle, wer die Armen verpflegen muffe, denn darauf beziehe sich die "hauptsächlichste Verwendung der Güter." Aber ein Administrativrichter solle darüber keinen Entscheid haben und daher schließe sich der Redner an Hrn. Gerichtspräsidenten Romang an, mit Unwendung des Grundsaßes von §. 51.

Grimm von Burgdorf spricht ganz im Sinne der einge- laufenen Bemerkungen, gegen den Entwurf. Die Besorgnis vor Entstehung und civilrichterlicher Schlichtung der Prozesse theile er nicht in dem Grade, als mehrere verehrliche Mitglieder sie geäußert hätten. Im Gegentheile entstünden die bedenklichsten Folgen aus der Bestimmung, daß "feine Gemeinde zur Aussichreibung von Tellen schreiten könne, so lange — it." So dächten Alle, an Allem mitgenießen zu können, auch daran, woran sie fein Recht hätten. Der Redner trägt auf Jurückweifung des Artikels an.

Roch, Oberft, nennt diefen Paragraphen den Prob- und Schlufifein des gangen Gefetes. Der Grund, auf dem dieß

Befet berube, fei fein anderer, ale der, daß in altester Beit Ortogut und Burgergut gang eine und daffelbe gemefen fei. Später sei mit der Ariftofratie jugleich der Städtligeist und die Ortsbevorrechtung erwacht, bis jur Zeit der erften frangofischen Revolution ein neuer Befichtspunkt gestellt worden fei. Damals aber fei die helvetische Regierung in taufend Berlegenheiten getommen mit den Munizipalitäten und Lofalitäten, und in gleiche Berlegenheiten mußten wir, mas Gott verhuten wolle, wieder fommen. Unfer Problem hier nämlich mare, eine Theilung der Orts., Burger. und Stiftsguter vorzunehmen, - aber die Ausscheidung sei sehr schwierig, denn die Güter lägen oft in gemeinschaftlichem Seckel und die Grundsäpe und der Maßstab solcher Theilung seien noch nicht aufgestellt. Indessen müßten folder Theilung seien noch nicht aufgestellt. Indeffen mußten wir doch vorwärts und aus dem Gewirre beraus, und zwar nach Unleitung unferer bisherigen Legislation. Run gabe es Begenftande, die zu eng mit dem Staatsintereffe zusammenhingen, und über welche die Administration das umfassendste Urtheil babe. Berade folche Gegennande feien aber die vorfommenden Theilungsgeschäfte. Diese fonnten nicht nach durren Buchftaben des Civilgerichtes geordnet werden, da überdief der Civilrichter dabei ohne alle Richtschnur, ohne alle Norm mare. Db er nun mohl der Administrativbehörde ein Urtheil über Trennungswesen jugeftebe, fo ftimme er doch nicht ju dem Entwurfe, wie er vorliege, fondern schlage eine Beränderung vor, analog dem §. 51. Man folle nämlich im zweiten Theile diefes Artifels nach dem Worte "Burgergemeinde" fegen: über die Trennung und über die Bestimmung des Betrages. Und am Ende folle man benn ftatt "Administrativbehörde" sagen : fom petente Behörde. Go geborte denn das etwa bie und da vorzunehmende Trennungsgeschäft vor die Administration, anderer Streit aber vor das Civilgericht.

Noch beleuchtet der Medner den Vorschlag des Srn. Regierungerath Geiser und kann ihn nicht genehmigen, da die "ursprüngliche" Bestimmung des Ertrages der Gemeindgüter doch eben gar ferne liege und schließt mit Zurücksendung dieses Paragraphen an Regierungsrath und Sechszehner.

Schnell, Professor, vertheidigt den Entwurf, denn handlesse sich bier über die Schlichtung etwaiger Streitigkeiten durch die Administrativbeborde, so beträfe der Streit moralische Personen, d. h. Güter, die zu gewissen Zwecken bestimmt, unter Obervormundschaft der Regierung ftünden. Wem anders, als dem Obervormund fäme ein Entscheid zu, da namentlich die Gemeinden nicht die Eigenthümer seien, sondern bloß die zeitigen Verwalter und Vögte, über welche die Regierung Obervogt sei? Fedenfalls sei dieß der klare Sinn des Paragraphen und so empsehle er dessen Annahme.

Helg, Gerichtspräsident, liest auch eine andere Redaftion vor und reicht dieselbe dem Präsidium ein. Sie betrifft ein Ausscheiden der Gegenflände, je nachdem sie vor den Sivilrichter oder die Administrativbehörde gehören.

Tscharner, Regierungsrath, fann die Ansicht des herrn Roch nicht theilen, denn zu wie weitläufigen Bestimmungen muffe es führen, wolle man bier bestimmen und einzeln angeben, vor welches Forum dieser oder jener Streit gehöre. Auch theile er die Berufung auf §. 51 nicht, indem dort von den Streitigkeiten der Brivaten gegen Korporationen die Rede sei, hier aber die Zwiste der Korporationen gegen einander besprochen wären.

Grimm von Burgdorf gieht nach diefer Grörterung feinen Untrag gurud.

Landammann ficht die Streitfrage dadurch gelost, daß man am Ende des Paragraphen die Worte: "über andere Gegenftände" weglaffe, und schreitet darauf zur

Abstimmung:

Der §. 52 ift angenommen, wie er ift.

Steiner von Kirchberg wunscht nun einen fleinen Zusap. Es fei nämlich hier vom Schlichten der Gemeindöftreitigkeiten die Rede, diese aber entstünden sehr oft über Grenz. und Markbestimmungen. Furchtbare Summen kosteten solche Prozesse den Gemeinden, und um diesem verzehrenden Uebel zu wehren, schlage er (der Redner) vor: zur Schlichtung von Mark-fireitigkeiten scien Schiedsgerichte aufzustellen. Nur die Auftellung und Aussprechung dieses Grundsapes genüge zur Sebung von vielen Uebeln. Gegen die Verfassung streite der Antrag nicht.

Jaggi, Fürsprech, zitirt die Sapung 402 und folgende des Sachenrechtes, wo schon genügende Bestimmungen und Borschriften enthalten wären. Gegen Aufstellung von Schiedsgerichten erklärt sich der Redner und führt ein Beispiel an, wo sich Leute, die in Prozessen betbeiligt waren, weigerten, Schiedsrichter zu wählen, obgleich sie es kontrakt. und akkordmäßig gekonnt und gesollt hätten. Der Redner will von dem sonst gutgemeinten Anzug dre herrn Steiner abstrahten, oder eine Bestimmung mit hinweisung auf die erwähnten Sapungen 402 und folgende aufnehmen.

Blumenftein findet auch fehr nöthig, neue Vorschriften über Markftreitigkeiten aufzustellen und unterftust den Antrag des herrn Steiner insoweit, als man einen eignen, von diesem Entwurfe unabhängigen Anzug daraus machen wolle.

Rohler, Regierungsrath, will abstrabiren von dem Anzuge, als nicht zum Gemeindsorganismus gehörig.

Ticharner, Rapporteur, fpricht ebenfo.

Abstimmung:

Für die Erheblichfeit . Wer abstrahiren will .

entschiedene Mehrheit.

δ 53

"Alle Gemeinden stehen unter der Oberaufsicht der Regierung, welche dieselbe durch das Dapartement des Innern und die Regierungsstatthalter ausüben läßt. Wenn die eine oder die andere dieser Behörden Unordentlichkeiten in der Verwaltung des Gemeindvermögens, oder andere Unregelmäßigkeiten in der Behandlung der Gemeindangelegenheiten wahrnimmt; so soll sie von Amtswegen die nöthigen Untersuchungen anordnen, und den Fall dem Regierungsrathe zu Beschließung der erforderlichen Maßnahmen portragen."

Angenommen (mit Sandmehr).

§. 54.

"Der Regierungsrath soll insbesondere darauf achten, daß ohne seine Genehmigung weder die Einwohnergemeind, noch die Burgergüter dem Kapital nach angegriffen, oder daß Kapitale, welche in einzelnen Gemeinden zu besondern Zwecken bestimmt sind, und hisher abgesondert verwaltet worden, zu andern Zwecken bestimmt, oder mit anderm Vermögen vermischt werden."

Tich arner, Rapporteur. Die §. 18 und 46 ichon angenommenen Grundfage find bloß bier naber angewendet und ausgeführt, daber werde man diefen Paragraphen wohl nicht bestreiten.

May, Staatsschreiber. Diefer Paragraph betreffe meder Organisation noch Geschäftsführung; wie er hieher fomme in diesen Gefenesentwurf, sei unbegreiflich.

Romang, Gerichtspräfident, findet die Redaktion auffallend, daß "der Regierungsrath darauf achten" folle, daß ze. Der Genehmigung des Regierungsrathes bedürfe es wohl, aber wenn er nun nicht darauf achte, wie siehe es dann?

Die Herren Woß (Regierungsrath) und Jaggi (Fürsprech) unterstüßen diese Redaktionsveränderung und schlagen Jeder eine Aenderung vor. Jaggi findet es eigen, hier dem Regierungsrath die Verpflichtung aufzuerlegen, auf etwas zu achten, ohne ihm die Mittel zur Verhütung zc. an die Hand zu geben.

Efcharner gibt eine genauere Bestimmung und Stellung ber Worte gu.

Abstimmung:

§. 55.

"Der Regierungsrath hat das Recht, unfähige und pflichtvergeffene Gemeindbeamte durch einen motivirten Beschluß einzuftellen, oder abzuberufen und, wenn sich die Gemeindversammlung widerspänstig zeigen sollte, die abberufenen Beamten durch neue Wahlen zu ersetzen, die nothwendigen Maßregeln anzuordnen, daß bis zu der Ersetzung derselben das Interesse der Gemeinde nicht gefährdet werde."

Man findet eine Ungenauigkeit in der französischen Ueberfetung dieses Sentwurfes, welchen späterbin Sr. Regierungsrath Tscharner gleichfalls der Verbesserung empfiehtt, greift die Worte an, "unfähige und pflichtvergessene" Beamte, dann aber ist ihm der Fall undenkbar, wo solche Beamte abgesett wären und doch die Gemeindeversammlung sich widerspenstig zeige. Er trägt auf Streichung des §. an von dem Worte "abzuberusen."

Jaggi, Fürsprech, vertheidigt den Entwurf. Es gabe Beispiele und Fälle, wo Gemeinden protestirten und sich weigerten gegen Borschriften der ganzen Gesetzebung, da muffe der Regierung als Exefutivbehörde das Recht zustehen, die Beobachtung der Gesetz zu fordern und Maßregeln gegen Widerspenstigfeit zu ergreifen.

Wyß, Regierungsrath, weist auf das Vormundschaftsgefet hin, wo dem Regierungsrath ganz analog eine Vorschrift
gegeben sei, wie man gegen pflichtvergessene Beamte einzuschreiten habe. Man musse den Beamten zeigen, was und wieviel
an ihrer Tüchtigkeit oder Pflichtvergessenheit hänge, und daber
auch bier eine derartige Bestimmung nicht fehlen lassen. Namentlich gehöre der Gemeindsrechner auch unter diese Bestimmung, denn an seiner Fähigkeit und Pflichttreue hänge viel.
Man solle hier geradezu die Bestimmung aufnehmen, daß die
Regierung im nöthigen Falle Kommissarien ausstellen dürfe.

Roch, Oberft, schlägt einen Zusat vor, nach "pflichtvergeffene Gemeindbeamte" noch ju seten: und Mitglieder der Gemeindsbehörden, worauf ihm Sr. Rapporteur

Efcharner wohl zugibt, daß dies im Sinne und Beifte bes Regierungsraths und Sechszehner gelegen habe.

Landammann glaubt, diese Beränderung sei wesentlich, betreffe nicht blos die Redaktion, und er muffe den Artikel daber unverändert ins Mehr seben.

Abstimmung:

•••	1	<i>3</i>	
Für ben Entwurf .			2 Stimmen.
Für gefallene Meinungen	١		Mehrheit.
Für den Grundfat der S	Ubberufung	der Gemein	dsbehörden:
			Mehrheit.
Wer die abberufenen Be	amten erst	will abhören	
			Einstimmig.
Wer den Nachsat nach	dem Worte	"abberufen"	
will			3 Stimmen.
Wer ihn annehmen will		~~ ' · · · ·	Mehrheit.
Wer nach dem Borfchlag	des Hrn.	Wyk, uber	Rechnungswe-
fen und nöthigenfa	us eine Ai	utstellung vo	
fommissäre will			Mehrheit.

§. 56.

"Der Regierungsflatthalter bat das Recht, und wenn es ibm geboten wird, die Pflicht, der Versammlung der Gemein-

den, der Gemeindräthe und der Verwaltungsbehörden beizuwohnen, und, im Fall es nothwendig fein follte, zu handhabung der Gesehe und der guten Ordnung amtlich einzuschreiten."

Sin Antragsteller wollte diesen Artifel gang streichen, ein zweiter ging dabin, die Rechte und Pflichten dieses & auch auf den Unterstatthalter auszudehnen, aber der Hr. Rapporteur erwähnte, man solle hier nicht zu weit greifen, nicht zu viel einräumen.

Jaggi, Fürsprech, schlägt vor, zu seinen: "und wenn es nöthig ift, oder ihm geboten wird, die Pflicht re." Es könne nämlich Fälle geben, wo dem Regierungsftatthalter nicht erft geboten werden könne, und doch die Umftände seine Gegenwart zur Handhabung der Geseite te. erbeischten.

Anechtenhofer unterstütt diesen Antrag seines Präopinanten, und glaubt selbst, daß den Regierungsstatthaltern hie und da (vielleicht schon bald), in Betresf der Annahme dieses Entwurses, solche Bollmacht und Pflichten gut zu Statten kämen. So seie lettverstossenen Montag in Thun eine außerordentliche Bürgergemeinde abgehalten worden, in welcher es sich um nichts weniger handelte, als Rechtsverwahrungen, Protestationen 2c. 2c. gegen das vorliegende Gemeindsgeseh dem Großen Nathe einzureichen. Bei diesen kürmischen Diskussionen seien sogen gewisse freisinnige Männer der Stadt Thun, die ihren Siden getreu, das Wohl des Vaterlandes und der Republik im Auge hätten, verblümte Redensarten von "hohen Bäumen" und "Laternenpfählen" ausgestoßen worden, und manche hätten geradezu gesagt und geschworen, sie ließen sich in ihren bürgerlichen Gemeindssachen von keiner Behörde etwas vorschreiben.

Romang will den Artifel so gestellt wissen, daß der Regierungsstatthalter "das Recht" habe, den Versammlungen beizuwohnen, und "die Pflicht", zur Handhabung der Gesetze ze. nöthigenfalls einzuschreiten.

Geifer, Regierungsrath, will hier noch fonstatiren und feststellen, daß dem Regierungsftatthalter das Recht zufomme, felbft das Präfidium zu übernehmen.

Kernen von Münfingen wollte eigentlich nicht fprechen, ba ihm ber §. ganz recht fei, aber mit dem Herrn Regierungsrath Geifer fonne er nicht übereinstimmen. Solch Recht des Regierungsstatthalters fei gefährlich.

Jaggi, Regierungerath, glaubt auch, es fei gar nicht liberal, dem Regierungestatthalter folch Recht in den Gemeinden zu geben; felbst der vorgeschlagene Zusat des herrn Jaggi, Fürsprech, sei schon fast zu viel.

Blumen ftein empfiehlt ben Entwurf, wie er ift, und will etwaige Aenderung ber Zufunft anbeim ftellen.

v. Lerber findet gleichfalls den g. hinteichend und flar, und

Tscharner, Regierungsrath, macht schließlich auf Maaß und Ziel aufmerksam, welches dieser & nicht überschreiten durfe, zeigt bei allen gefallenen Meinungen, wie sie allzuscharf nur verleten könnten, und empsiehlt die Annahme.

Abstimmung:

Für den Entwurf . . . entschiedene Mehrheit. (Befchluß folgt.)

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Bern, den 7. Dezember 1833.

(nicht offiziell.)

(Schluß der fünfzehnten Sipung.) (Ueber das Gemeindewefen.)

§. 57.

"Durch dieses Gesetz wird das einstweilige Defret über die Ernenerung der Gemeindbehörden vom 19. Mai 1832 aufgehoben. Der Regierungsrath ift mit seiner Vollziehung beauftragt, und ermächtigt, die hiezu nötbigen Verordnungen und Reglemente in dem Geiste desselben zu erlassen. Dieses Gesetz soll in beiden Sprachen gedruckt, durch die Austheilung an die Behörden und die Gemeinden bekannt gemacht, und in die Sammlung der Gesetz und Defrete aufgenommen werden."

Jaggi wunscht, um Migverständniffe zu vermeiden, die Austassung der Worte: "und ermächtigt ze. bis erlassen." Es könne sonft scheinen, als sei der Regierungsrath zu irgend einer Gefetzebung ermächtigt.

Viele Stimmen erheben sich nun dafür, daß bier wohl eine Abstimmung bergebore, wie es zu halten sei mit den bis jest gewählten Gemeindsbeamten. Indem bier nämtich durch dieses Gefet das Defret vom 19. Mai 1832 aufgehoben sei, könne es scheinen, als seien auch alle Wahlen aus jener Zeit ungültig.

Andere wollen noch einen Termin bestimmt wissen, innert bessen dies Geset promulgirt und angewendet sein muffe, und wie lange dessen Bestand gelten sollte bis zu seiner ersten Revision.

Ubstimmung:

Für	ben @	čutw	urf		•			٠	21 (Stimm	en.
Für	gefall	ene	Mein	ung				•		rheit.	
Daß	dieser	ý.	das S	Defret	vom	19.	Mai	aufheb	t und	der S	Re-
	gierur	igsra	th mi	t der	Bollzi	ehung	g beau	ftragt	ist:	Mehrh	eit.
Wer	dem	Regi	erung	grath	die	Ermä	chtigi	ing zu	Berg	rdnun	gen
	geben	will		•		•	•		52	Stimm	ien.
Wer	fie ni	icht (zeben	will	•	•	•	•	58	Stimm	en.
Wer	die 3	Frage	weg	en all	fällig	er E1	rneuer	ung b	er bis	jest	ge=
	wählt	en, l	estebe	enden !	Geme	indsb	ebörd	en, der	n Re	gierun	g 5 =
	rath	und	Sed	szehne	rn 31	ur Ui	ntersu	chung	und !	Berich	ter=
	fattui	ıg ü	berlaf	fen wi	a.				Ei	nftimn	iig.
										er Reg	
	rung	und	Sech	zehner	n übe	rlaffe	n wi	\mathfrak{a} .	al I	Mehrh	eit.

Auf die Frage des hen. Landammann, ob Jemand noch Bufabe muniche, machte herr

Megmer, Untersuchungerichter, einen Antrag auf Deffentlichkeit der Sipungen des Burger - und Gemeinderathes, jedoch mit gewissen reglementarischen Bestimmungen.

Roch, Oberft, widerspricht aus den Gründen, weil der Gemeinderath eine Verwaltungsbehörde sei, die sich hauptsächlich mit Rechnungen, Vormundschaftswesen und Steuern abgabe.

v. Lerber dagegen unterflütt diefen Antrag aufs lebhaftefte. Es gabe Leute, die an Gemeindsverhandlungen das größte Intereffe nahmen, und Deffentlichkeit paffe für unfere freiere Zeit.

Joneli befreitet nicht den Grundfat der Deffentlichkeit, und gibt in Thest die Wahrheit des Antrages zu, aber in der Anwendung auf Gemeindsbehörden sei er nicht ausführbar.

Jaggi, Fürsprech, unterflütt feine Praopinanten. Die Gemeindsversammlungen feien öffentlich und für Jedermann, aber der Gemeinderath fei in seinen Sitzungen und Geschäften, wie der Regierungsrath: eine Verwaltungsbehörde.

Romang, Gerichtspräsident, möchte auch abstrahiren. Diefe Oeffentlichkeit fei unthunlich und zweckwidrig, fore die Berathungen, und werde mifbraucht werden zu Ginschüchterungen aller Urt.

Tfcharner, Regierungerath, gibt auch den Rath, von diefem Anguge abgusteben.

Abstimmung:

Wer diefen Zusat auf Deffentlichkeit will erheblich finden:
44 Stimmen.
Wer abstrahiren will 66 Stimmen.

Mai, Staatsschreiber, nimmt einen, bei einer früheren Sitzung geäußerten Antrag wieder auf, daß: "die im Entwurfe erwähnten, und im Laufe der Diskussionen angenommenen Beeidigungen, für Gemeindsbeamte auch ein bestimmtes Sidesformular nothwendig machten, sowohl für die Beamten des Bürgerrathes als des Gemeinderathes, daher Regierungsrath und Sechszehner zu bitten seien, solche Sidesformeln zugleich mit der Redaktionsverbesserung dem Gr. Nathe zuzusenden."

Abstimmung:

Angenommen (ohne Ginrede).

Landammann wendet sich nun am Schlusse dieser Berbandlungen über das Gemeindegeset an hrn. v. Lerber mit der Frage, ob wohl recht bald die Redaktionsverbesserungen vom Regierungsrath und Sechszehner vorgelegt werden könnten, worauf hr. Schultheiß v. Lerber die große Mühe und den erforderlichen Zeitauswand anschlägt, und damit schließt, daß bei den täglichen Sipungen des Gr. Rathes, der Regierungsrath und Sechszehner nicht sobald fertig werden könnten. — So wurde denn beschlossen, künftigen Samstag den 7. Dezember kink Sipung des Gr. Rathes zu halten, damit man schon in nächster Woche die Aenderungen des behandelten Entwurfs wieder vornehmen könnte.

Sechszehnte Situng.

Freitag den 6. Dezember.

(Vormittags 9 Uhr.)

Prafident: Berr Landammann Simon.

Nach dem Namensaufruse werden von Herrn Landammann die Entschuldigungsschreiben der abwesenden Mitglieder angezeigt, das Protosoll des gestrigen Tages verlesen und nach einer berichtigenden Bemerkung des Herrn Landammanns durchs Handmehr gutgeheißen.

Mehrere jungsthin vorgenommenen Wahlen werden durch ein Schreiben des Regierungsrathes und Sechszehner als gültig bestätigt und darauf von dem Präsidium bemerkt, daß das Verzeichniß der Mitglieder des Großen Rathes, wie es vom 1. Januar 1834 in Kraft trete, leider noch nicht vollständig vorgelegt wer-

den fonne, da manche der Gewählten die erforderliche Legitimation ihrer Wahlfähigfeit noch nicht eingereicht, also auch von Regierungsrath und Sechszehnern noch feine Bestätigung erhalten bätten.

Nach der Anzeige, daß der Gegenftand der heutigen Ber-

Gefese entwurf über die Brandversicherungsanstalt fein sollte, reichte der Regierungsrath ein Schreiben ein, des Inhalts, daß der Große Rath eine Bestimmung treffen wolle über eine einstweilige Fortdauer der im Jahre 1807 errichteten und durch ein Defret bis zu 1. Januar 1834 verlängerten Brandversicherungsanstalt.

von Berber, Schultheiß, fügte diesem Schreiben noch die Erklärung bei, daß es jest fast unmöglich sei, auf diesen Entwurf einzutreten, da noch so viele Geschäfte, die unstreitig dringender wären, zur Bearbeitung vorlägen. Jedenfalls müßte der neue Entwurf eine neue, freisinnigere Einrichtung der Brandverssicherungsanstalt hervorbringen, und das erfordere doch viele Zeit. Daher möge eine hohe Versammlung dem Schreiben des Negierungsrathes entsprechen, die Behandlung des fraglichen Entwurfes noch verschieben und das Defret über Fortdauer der bisherigen Brandasseturanz noch etwa für den Lauf des nächten Fahres bestätigen.

Landammann läßt darüber abstimmen, ob man die Bebandlung des Entwurfes jest verschieben wolle und das wird mit einem Sandmehr genehmigt.

von Lerber. Da aber das Bestehen der bisherigen Anstalt nur bis jum 1. Januar dauere, so musse doch bis dabin eine Bestimmung da sein, die hohe Bersammlung sich darum bestimmt dahin erklären, daß für das nächste Jahr der bisherige Bestand der Anstalt noch fortdaure.

Landammann. Da Niemand das Wort ergreift gegen das Begehren des Negierungsrathes, so möge die Versammlung durchs Handmehr es genehmigen. Sinstimmig.

Auf der Traftandenlifte ficht nun :

Das Gesuch der Basel-Landschaft um ein Anleben von 300,000 Franken.

v. Jenner, Negierungsrath, als Präfident des Finangdepartements, ergreift das Wort, und gibt in einem Schreiben die näheren Bedingungen, die Grundlagen an, auf welche hin man das Gesuch wohl bewilligen fönne *).

Mai glaubt, daß zu den Bedingungen, welche das Finanzdepartement aufgestellt habe, noch hinzugefügt werde, daß etliche
Privathandelshäuser oder sonk Partifulters eine Garantie leineten. Denn welche Mittel habe man in Sänden, Basellandschaft
zu zwingen, wenn es, wie in größern Staaten schon oft geschehen sei, seine Zahlungen der Interessen suspendiren wolle?
Wohl sei Basellandschaft ein anerkannter, souveräner Stand,
aber das sei nicht genügend, wie viele Beispiele aus der Geschichte zeigten.

von Lerber dagegen unterführt das Ansuchen der Basellandschaft. Sben weil eine anerkannte, bei der Tagsahung aktiedidirte Kantonalregierung dort sei, so flünde um so weniger entgegen. Es sei erfreulich, seinen Berbünderen einen Dienst zu leisten, und man muse nicht immer alles Bose vorausseigen. Wir wüsten ja, wer und wo Basellandschaft ift, und bester sei es, sein Geld in der Schweiz zu haben, als anderswo.

Ranhofer wendet sich an Hrn. Staatsschreiber Mai, und glaubt ibm fagen zu muffen, daß er scheine sich mit den Männern der Landschaft Basel nicht so bestreundet zu fühlen, als mit dem Könige beider Sizilien. Denn als einmal von Geldverwendungen an dortigen Höfen sei die Rede gewesen, habe er, der Herr Staatsschreiber, nichts von den Vorsichtsmaßregeln, deren er so eben erwähnt babe, wissen wollen, und doch babe man gegen den König von Neapel nicht Ursache, vertrauensvolzler zu senn, als gegen Miteidgenossen.

Die Basellandschaft sei ein Brudertheil des schweizerischen Bolfes, und auf ihre Treue und Shrlichfeit zu bauen. Finanzielle Garantie sei genug da, da Basellandschaft souveran sei, und jest seinen Theil des Staatsgutes erhalte, also in dieser Hinsicht alle Besorgniß entfernt. Aber auch Dankbarkeit verpflichte uns, diesen tapfern Männern und Schweizerbrüdern, die in den jüngsten Tagen unser Land durch ihr Blut gerettet, ihr Begehren zu willfahren.

Belrichard unterflütt ebenfo.

Abstimmung:

Wer willfahren will

135 Stimmen.

Das Entlassungsbegehren des hrn. Oberft v. herrenschwand, als Mitglied des diplomatischen Departements, wird unter Bezengung des Dankes fur bisher geleistete Dienste einstimmig und ohne Einrede genehmigt.

Folgende Vorträge des Juftigdepartements wurden durch herrn Staatsichreiber vorgetragen, welche alle hr. Regierungs-rath Wyf, als Prafident diefes Departements, mit erläuternden Bemertungen begleitet.

I. Raffationsbegehren eines obergerichtlichen Urtheils von Seiten des Abraham Senften von Adelboden, Rorporal bei der Standesfompagnie in Bern.

Wyß, Regierungsrath, als Präsident des Justizdepartements, hatte in dieser Sache den Bortrag, und zeigte der Berfammlung, wie eigentlich grundlos das ganze Gesuch des Petenten sei. Dieser Sensten sei einer von jenen Menschen, die nie aufhörten, zu appelliren und von Behörde zu Behörde zu lausen, ohne auch nur zu überlegen, vor welches Forum seine Angelegen, beit gehöre. — Diese Sache hier sei ganz einistrichterlicher Natur, sei bereits oberstinstanzlich entschieden; der Petent weise auch keinen Fehler in der Form des Urtheils, keine Berlezung des Nechtsganges nach, und doch wolle er das Urtheil kasen. Wie in aller Welt ginge das an? Der Große Nathfihrt der Nedner sort, möchte bedenken, wilche Folgen das haben würde, wenn er hier eintreten und richterliche Kompetenzen übernehmen wolle.

Schon aus diefen Grunden fei der Petent abzuweisen.

Abstimmung:

Wer den Antrag des Juftigdepartements annehmen und das Begehren abweisen will?

II. Dispensationsbegehren, um fich wieder verehlichen ju durfen, von Seiten des Satob Schup von Diemtigen.

Wyf weist in dem hier vorliegenden Falle nach, daß das Gefen deutlich und ausdrücklich die Dispenfation verbiete, weil der Petent früher auf gröbliche Weife die Sittlichkeit verlent, und — während er felbst verehlicht gewesen — ein unehliches Kind erzeugt habe.

Abstimmung:

Für Abweifung : Ginftimmig (ohne Ginrede).

III. Gefuch um Begnadigung oder Milberung einer Gefängnigfrafe von Seiten des Udam Schlupp, Stephan Mullet und Johann Lehmann.

Nach dem Rapporte des herrn Whß erzählte herr hauptmann Fäggi von Leuzingen, in dessen Wohnort die Vergehen
vorgefallen waren, wie auf der Seite dieser Verurtheilten unmöglich so viel Schuld lasten könne. Nachdem er alle Einzelheiten erzählt und Veweise von Tüchtigkeit dieser Leute angeführt,
kemerkte der Redner noch, wie unbedeutend eigentlich und unabsichtlich der ganze Vorfall gewesen (eine Prügelei mit einem
Landjäger aus dem Solothurn'schen) und wie für solchen unglücklichen Augenblick die Eingekerkerten und in alle Kosten (an 3000
Franken) Verurtheilten schon genug gebüßt.

von Lerber und Jaggi, Fürsprech, empfehlen Beide gu völliger Begnadigung, auch Roth von Wangen nimmt fich

ber Berurtheilten an und fo:

Abstimmung:

Wer den Petenten die ganze Strafe nachtaffen will? Große Mehrheit. (Dagegen 4 Stimmen.)

^{*)} Den Bortrag des Bufligbepartements werden wir in der nächsten Nummer pollftändig mittheilen.

IV. Gefuch um Anstellung eines Stellvertreters (Abjunkten) für den Staatsanwalt, mit Berufung auf das Geseh vom 11. April 1832, über Organisation des Obergerichts, 5ter Artifel.

Diefes Gefuch ward von der Juftigseftion empfohlen und bem Regierungsrathe und Sechszehnern unterfüßt

mit einer Befoldung von 1600 Franken und einer Probe-

Byß, Regierungsrath, legt dem Großen Nathe die Beweise vor, wie es bet den überhäuften Arbeiten nicht möglich
sei für einen einzelnen Mann, damit fertig zu werden. Alle
Gerechtigkeitspflege müste leiden, wenn eine angefangene Prozedur nicht ohne Zögerung und in ununterbrochenem Fortgange
bleibe. Auch sei ja der Staatsanwalt allerlei menschlichen Zufällen von Krantheit 2c. unterworfen, und schon deswegen ein
von 1600 Franken betreffe, so könne diese wohl nicht zu hoch
scheinen, da man einen Mann haben müsse von Studien, bestimmten Kenntnissen, Fleiß und Gewissenktigkeit.

Anechtenhofer, älter, flagt über die bedauerlichen Fälle von Langsamfeit bei der Justig und dem Prozesigange und glaubt, daß der Staat gewiß das, was er dem Stellvertreter an Gehalt geben muffe, reichlich erspare an Prozes, und Gefängnißkosten, weil dadurch mehr Beförderung in die Ariminaljusiz fomme.

Jaggi, Fürsprech, führt ein Beispiel an, wo eine einzige Prozedur 12,000 Seiten fart fei. Auch der gewandtefte Jurift brauche doch wohl langere Zeit ju folchen Aftenflößen, wie aber folle er fertig werden ohne Adjunkt? — Was die Wahl betreffe, fo glaube er, daß dieje nicht vom Regierungsrathe ausgeben fonne, fondern dem Großen Rathe überlaffen bleiben muffe. Er fage dieß nicht aus Mißtrauen gegen die Regierung, sondern fcbließe fich damit nur der Verfaffung an, welche deutlich fage, daß alle Beamten, doren Wirksamfeit fich auf den gangen Kanton erftrecke, von dem Großen Rathe gewählt werden mußten. Was nun den Staatsanwalt oder feinen Adjunften betreffe, fo fonne fein Zweifel darüber walten, daß fie in diefe Rlaffe der Beamten geborten. Auch scheine es ihm im Widerspruche mit dem Grundfage der Trennung der Bewalten, wenn die vollziehende Bewalt den Anwalt, der im Justigfache arbeite, mablen durfe.

von Lerber, Schultheiß, sieht die Stellung des Staatsanwaltes von einer andern Seite an, als sein Präopinant. Das, was der Regierung oft noch fehle, aber ohne ihre Schuld, nämlich: eine Kenntniß vom Gange der Prozesse, vom Grunde ihrer Berzögerung, von der Berzweigung der Angeklagten, der Entsternung der Mitschuldigen ze., eben das solle ihr der Staatsanwalt ersegen. Deutlich sage darum das Organisationsgeseh des Obergerichtes, daß der Staatsanwalt (und sein Stellvertreter) unter dem Justigdepartement stünden, also dorthin zu rapportiren hätten, und daraus glande er (der Redner) schließen zu dürsen, daß dem Regierungsrath die Wahl gebühre. So sei es überall der Fall, wo man diese Institutionen eingeführt habe, im Kanton Waadt, in Frankreich der procureur general ze.

Stähli von Burgdorf findet es dagegen in der Berfaffung begründet, daß der Große Rath die fraglichen Wahlen vornehme. Sei dies auch eben fein Borgug der Berfassung, fo sei es doch eine Borfchrift berfelben, Die man nicht überschreiten burfe. Freilich fonne ber Große Rath eigentlich nicht gut die Stellen befegen, für welche man Manner von besondern Fachtenntniffen und spezielleren Fakultätestudien bedürfe, weil der Große Rath feine Prüfungen anstellen konnte, aber noch wolle es die Berfaffung. — Die Anstellung eines Abjunften fur den Staatsanwalt findet der Redner dringlich. Wenn man auch weiter feinen Grund habe, als den der allgemeinen Rlage, daß Inquifiten allzulange in Untersuchung blieben, und in fteter Ungewißheit im Befängnisse schmachteten, fo sei dies eben ein Grund der Menschlichfeit, und folglich Grund genug. — Den Gehalt von 1600 Fr. findet der Redner zu gering. Man brauche einen Mann von Kenntniffen, Geist und Karafter — ja Karafter, was der Gang politischer Prozesse binlänglich beweise! — Und wolle man nicht schülerhafte Subjefte oder Leute, die fich nur immer wieder nach andern Stellen umsehen, so feien 1800 Franken nicht gu viel.

Landammann entscheidet, nach dem Organisationsgesete vom 11. April, daß der Große Nath die Stelle zu beseten habe, und schreitet zur

Abstimmung:

Wer in das Gefuch eintreten und die Stelle	eines Adjunkten
besetzen will .	. Einstimmig.
Wer nach Antrag des Regierungsraths und (. 32 Stimmen.
Für gefallene Meinungen	. Mebrbeit.
Wer dem Regierungsrath die Wahl überlaffen w Wer den Großen Rath will mählen laffen .	61
Wer 1600 Fr. Gehalt bestimmen will .	70 ,,
Wer 1800 Fr. Gehalt bestimmen will	
Wer ein Jahr Probezeit festsett	Einstimmig.

V. Auszahlungsgefuch der ihm vom Großen Rathe unterm 12. Juli 1833 bewilligten Entschädigungssumme von 269 Fr. 95 Rp., von Seiten des Samuel Roch von Thun.,

Der Bericht des Juftizdepartements eröffnete zuerst den Sachverhalt der erlittenen Berfolgungen des Herrn Roch, als eines
bei den Oberländer-Unruhen (1814) Betheiligten, und machte
dann darauf aufmerkfam, wie die ihm bewilligte Entschädigung
jest von seinen Gläubigern angesprochen werde. Allerdings
schienen mancherlei Gründe des positiven Rechtes für diese Lesteren zu sprechen, doch sei dieser Fall von so besonderer Art,
daß er wohl von einem höheren Gesichtspunkte aus betrachtet
werden könne. Darum habe die Justizsestion,

in Betracht des §. 50, Art. 1 der Berfaffung, der dem Großen Rathe das Recht gibt, feine Beschluffe felbst zu erläutern,

für gut gefunden, den Entscheid der obwaltenden Streitfragen dem Großen Rathe ju überlaffen.

hürner von Thun glaubt, es laffe fich die Sache nur dann auflöfen, wenn erft ausgemacht fei, ob herr Koch wirklich feine Prozes, und Gefängniftoften ze, felbst bezahlt habe. In diefem Falle gebore ihm personlich die Entschädigung, sonft nicht.

Anechtenhofer, älter, findet solche Untersuchung nicht nöthig; es sei hinreichend, daß Hr. Roch im Gefängniß geschmachtet habe. Wer sich die Behandlung vorstellen könnte, welche diese Opfer der Aristofratie damals erdulden mußten, wer es wise, daß sie in den tieffien Löchern gejammert, und nicht, wie die Reaktionsmänner des vergangenen Jahres, in köstlichen Zimmern geschmaust hätten, dem könne kein Zweifel obwalten, daß herr Roch eigenhändig und persönlich die Entschädigung empfangen müßte.

Robler, Regierungsrath, spricht in demfelben Sinne. Gin Ehrengeschent habe der Große Rath diesen Märtyrern bewilligt, das gehöre ihnen also personlich.

Jaggi, Fürsprech, stimmt im Gegentheile mit Srn. Surner. Er fonne die Sache nicht als ein Geschent ausehen, da man bis auf den Seller berechnet habe, was einer verloren habe

von Lerber antwortete seinem Praopinanten, daß diese Ausmittelung des Verlustes des Betheiligten blos einen Maßstab für die Entschädigungen hatte abgeben sollen, und schließt sich der Unsicht der Sh. Knechtenhofer und Kohler au.

Abstimmung:

Wer auf den Gegenstand heute schon eintreten will:
entschiedene Mehrheit.
Wer die Summe dem Herrn Koch will persönlich zusommen lassen entschiedene Mehrheit.

VI. Entschädigungsgesuch wegen langer Flucht und crlittenen Ungemaches in Folge der Oberländer Unruhen (1814), von Seiten des Notar Seiler von Interlaken.

Der Antrag des Regierungsrathes und Justizdepartements empsiehlt den Bittsteller für eine Entschädigung von 1200 Franken, und zur genaueren Einsicht der Verhältnisse wird (auf Antrag
des Herrs Lohner, Altregierungsrath) die Schrift des Petenten
felbst vorgelesen. Daraus geht denn hervor, daß Hr. Seiler,
empört über den Vaterlandsverrath von 1814, das Volk um sich
versammelt und eine Protestation entworsen habe, in Folge deren

er sich den ganzen Saß der damaligen Gewaltherren aufgeladen, und deswegen am 30. August 1814 sein theures Vaterland verlassen mußte. Nach 17 Jahren habe er den freien Voden seiner Väter zuerst wieder betreten, aber das in der fremden Welt erlittene Elend habe ihn vor der Zeit gebeugt und der Mittel eines bessern Fortsommens beraubt u. s. w.

Jaggi, Fürsprech, trägt darauf an, die vorgeschlagene Entschädigungssumme bis auf 2000 Franken zu erhöhen. Seilers Streben sei immer patriotisch, immer nach Freiheit gewesen, und noch neulich, als die Sarnerumtriebe von Basel und Schwyz auch an andern Orten ähnliche Mordversuche hätten vermuthen lassen, sei er auf der Stelle nach Bern gekommen, ungerusen und freiwillig, um mit Leib und Leben die neuerwordenen Güter vertheidigen zu helsen.

Stähli von Burgdorf erinnert zur Unterstützung des Gesuches an die harte, gefühllose Zeit der Berfolgungen. Er (der Redner) habe vor sechs Jahren den Hrn. Seiler im Auslande gesehen und gesprochen, und damals sei dessen Lage kümmerlich gewesen. Immer habe der Landesstüchtige in ungewisser Angst geschwebt, ob er wohl gar noch einmal verrathen und den Händen seiner Feinden überliefert würde. Bor der Gnade der gyädigen Herren sei ihm bange gewesen, und das könne man dem nicht misseuten, der eben nicht viele Beispiele der Milde und Berzeihung von den abgetretenen Herren von Bern zu erzählen wisse. Nachdem ihn seine Liebe zur Freiheit ins Elend getrieben, habe natürlich auf der Lebensbahn des Unglücklichen seine Glückssonne geschienen, da er aber ein fähiger, sleißiger Mann sei, so müsse man ihm helsen durch Unterstützung und passende Beschäftigung.

Abstimmung:

Für eine Entschädigungsbewilligung von 1200 Frf. Mehrheit.
""""""""2000 Frf. 20 Stim.

Siu Vortrag des Finanzdepartements in Betreff der Natifikation eines Vertrags zwischen der Negierung und herrn von Wattenwyl, als dem Kollator der Pfarrei Diesbach, findet mancherlei Widerstand.

Eggimann gibt Erflärungen über den Urfprung dieses Kollatur- (Patronat-) rechtes, denen jusolge der Kollator viel böhere Verbindlichkeiten übernehmen muffe, als dieser Vertrag von ihm fordere, und stimmt gegen jede Natistation. Sbenso

von Lerber. Er findet das Anerbieten des Rollators in feinem Berhältniffe gu den Bortheilen, welche ihm die Rollatur abwerfe, und will nicht eintreten.

Tscharner, Altschultheiß, und Blumenstein finden die bier vorliegenden Papiere nicht vollständig. Schon im Christmonat 1830 sei ein Beschluß gefaßt worden, der hier gar nicht vorliege, und doch jur Einsicht in die Sache nothwendig sei. Ueberhaupt sollten die Atten noch eine Zeitlang auf dem Kanzleitische liegen. Beide simmen für Aufschub, und sollte — meinte Blumenstein — die Gemeinde Diesbach oder die Helferei auf dem Buchholderberg durch diesen Aufsschaft leiden, so könne man ja dem Finanzdepartement eine Autorisation geben für einstweilige Vorschüsse. So wie er da liege, könne der Vertrag nich ratisszirt werden.

Abstimmung:

Verhandlunge

des

Großen Rathes der Republif

Bern, den 11. Dezember 1833.

(nicht offiziell.)

Siebenzehnte Sipung.

Montag den 9. Dezember.

(Bormittags 9 Uhr.)

Prafident: herr Landammann Simon.

Das Protofoll der Sipung von Freitag den 6. Dezember wird gut gebeißen. — Herr Großrath Tillier bittet in einem Schreiben um Entlassung feiner Stelle als Mitglied des Erziehungsdepartements, indem wichtige Geschäfte ihn zu einer größern Reise veranlaßten. Dem Begebren wird durchs Handmehr entsprochen. — Herr Gürlet, Amtsrichter von Twann, wird nach Vorschrift als Mitglied des Großen Nathes beeidigt, und darauf beginnen die

Wahlen

nach der in dem Berufungsschreiben des Großen Rathes angezeigten Reihenfolge:

I. Wahl eines Landammannes.

(Bergl. §. 47 ber Berfaffung.)

Stimmzettel werden ausgetheilt: 208 — absolutes Mehr: 105. In Borichlag fommen:

	D			
Hr.	herrmann, Oberrichter, .	•	4	Stimmen.
"	*) Roch, Oberst,	•	65	"
22	Fellenberg, Vater,	٠	53	"
"	Tillier, Anton,	٠	35	2)
22	Megmer, Untersuchungsrichter	•	3	"
"	Schnell, Hans, Prof., .	٠	3	"
2)	Isenschmid, Dr. Med., Prof.	٠	8	2)
"	Simon, Oberfilieut., Grofrath,	•	3	"
17	Kafthofer, Forstmeister, .	٠	3	"
"	Morlot, Dr. Med., Großrath,	٠	3	27
27	Lohner, Altregierungsrath,	٠,	2	22
"	Anechtenhofer, Major, .	٠	3	"
79	Wäber, Oberstlieut	٠	4))
"	Schnell, Regierungsstatthalter,	٠	1	?)
77	Fetscherin	٠	4	"
"	Schöni von Biel, Großrath,	٠	1	"
"	Sybold	٠	1))
33	Hofmann von Tromwyl .	٠	1	"

Roch, Oberst, bittet ums Wort, und legt der Versammlung die Frage zum Entscheid vor, ob er wablfähig sei. Der Nedner selbst hält es mit der Verfassung nicht vereinbar, daß er Stimmen erhalte, indem S. 47 deutlich sage: der Landammann wird durch das geheime und absolute Stimmenmehr von dem Großen Nathe aus seiner Mitte, jedoch mit Ausschluß der Glieder des Negierungsrathes, gewählt.

Landammann sieht die Sache anders an. Hr. Koch gehöre zu den Mitgliedern des Regierungsrathes, welche am 1. Januar 1834 austreten, die heutige Wahl aber besomme erst im neuen Jahre (also wenn Hr. Koch schon nicht mehr Regierungsrath sei) Kraft, und daher sei er wohl wählbar. Uebrigens könne die Versammlung wohl schwerlich darüber sogleich einen Entscheid sassen, da diese Frage ohne Vorberathung sei, und daher möchten die Wahlen ununterbrochen bleiben.

Die Versammlung fährt so in ihren Wahloperationen fort,

Die Versammlung fabrt so in ihren Wahloperationen fort, und schreitet zur Ballotirung, den Entscheid der Frage zur Borberathung dem Regierungsrath und Sechszehnern überlaffend.

Zur	Bal	lotage	fommen	die	4	höchsten	Numn	aern :	:
	Sr.	Roch						82	0

5"	Roch						89	Stimmen.
٠ ما ليد		•	•	•	•	•	04	Ottimmen.
22	Tillier	•	•	•	•		37	77
"	Fellenber		•		٠		77	"
••	Rienichn	ıid					4	**

Da fein abfolutes Mehr fich berausstellte, fo fommen die 3 bochften Rummern gur zweiten Ballotoge:

Hr.	Roch		•	•	+	•	85	Stimmen
22	Fellenberg		•	• .	•	•	85	"
77	Tillier	•	•	•	•	•	30	22

Da jum absoluten Mehr 105 Stimmen nothwendig find, fo mird jum britten Male ballotirt, und zwar tritt wieder die niedrigfte Nummer aus:

. . 105 Stimmen. Sr. Fellenberg " Koch

Somit ift Berr Emanuel Fellenberg jum Landammann ber Republit Bern ermählt für das Jahr 1834.

. II. Babl eines Bizepräfidenten.

(Bergl. S. 47 ber Berfaffung.)

Stimmzettel: 208 - absolutes Mehr: 105.

Бr.	Simon, Landammann,	•		134	Stimmen
"	Isenschmid, Professor,	•	•	24	¥
77	Megmer, Untersuchungsrich		٠	6	"
22	Stockmar, Regierungsstatt		/	1	"
22	Schnell, Regierungsstattha	lter,	•	1	22
10	Wäber, Oberstlieut.,	•	٠	6	22
27	Wütrich	•	٠	1	>>
"	Steinhauer, Amtsgerichtsch	reiber	1	1	"
"	Simon, Oberstlieut.,	•	٠	3	22
77	Schnell, Professor, .		٠	4	"
22	Blumenstein	•	٠	1	22
27	Roch, Oberst,	•	٠	3	"
"	Bigler, Gerichtspräsident,	•	٠	1	22
"	Anechtenhofer, Major,		٠	1	73
10	Tillier	٠	•	5	>>
22	Steiner von Niederösch	•	٠	1	>>
22	Waltert, Großrath, .	•	٠	1	22
22	Sybold, Großrath, .	•	٠	1	27
22	Durbeim, Großrath, .			1	22

Landammann bittet die Versammlung, zu einer andern Wahl zu schreiten. Mit wie vielem Danke er auch diese neue, ehrenvolle Wahl anerkenne, und wie lieb es ihm fei, folche nachfichtige Beurtheilung feiner bisherigen Dienstleiftungen zu finden, fo durfe er doch die Bemerfung nicht unterdrücken, daß die Ber-faffung mit weiser Borsicht die Amtsdauer eines Landammannes nur auf ein Jahr bestimmt habe. Wähle man ihn nun, der eben dieses Amt niederlege, zum Vizepräsidenten, so könne es leicht kommen, daß die effektive Ausübung des Präsidiums für den größten Theil der Sitzungen ihm wieder zufalle, und das eben widerstreite dem Geifte der Verfaffung. Mit Offenheit wolle er gesteben, daß wohl in seinen schwachen Sanden die langere Dauer folcher Stelle nicht zu über fartem, gefährlichem Ginfiusse

benutt werde, aber man durfe kein Beispiel geben, auf welches vielleicht später ein Mann von mehr Geift, Kraft und hochauffrebendem Willen sich berufen könnte, um zu einer drobenden Diftatur hinaufzusteigen. Darum muffe er, treu dem Geiste der Berfassung, ibr zu Shren und im Interesse der Freiheit die hohe Berfamlung bitten, zu neuer Wahl zu schreiten.

Ohne Ginrede werden jur dermaligen Babl eines Bigeprafidenten neue

poenten neue	
Stimmzettel ausgetheilt: 198, — absolutes	
hr. Steiner von Niederösch	1 Stimmen.
" Bucher, Kriegskommiffar,	4 "
" Tillier, Großrath,	8 "
" Stähli von Burgdorf	13 "
" Megmer, Untersuchungsrichter,	25 "
" Roch, Oberst,	9 "
" Isenschmid	53 "
" Wäber, Oberstlieut.,	15 "
" Fetscherin	5 "
" Simon, Oberstlieut.,	10 "
" Lohner, Altregierungsrath, .	10 ,,
" Durheim, Grofrath,	1 ,,
" Blumenstein	5 "
"Kasthofer	5 "
" Zimmermann	1 "
" Jaggi, Fürsprech,	1 "
" Wyk von Koppigen	1 "
" Kohler, Regierungsrath,	1 "
" Stranb :	1 "
" Tscharner	1 "
" Bucher von Ortschwaben	1 "
" Grimm von Burgdorf	1 ,,
" Schnell, Professor,	4 "
Bur Ballotage die vier bochften Nummern :	
Br. Isenschmid, Dr. Med.,	80 Stimmen.
" Megmer, Untersuchungerichter, .	63 "
" Wäher, Oberftlieut.,	9 "
" Stähli von Burgdorf	29 "
Bur gweiten Ballotage (die niedrigfte Rumi	mer fällt weg):
Sr. Ifenschmid	77 Stimmen.
" Meßmer	67 "
" Stäbli	32 "
Bur dritten Ballotage (die niedrigste Numm	
Hr. Ffenschmid	66 "
" Meßmer	102 "
Bizepräsident des Großen Rathes ift alfo Sr.	Untersuchungs=
richter Megmer.	

Montag ben 9. Dezember. (Nachmittags von 3 bis 8 1/2 Uhr.)

Landammann eröffnet, daß Hr. Megmer erst am morgenden Tage über die Annahme der auf ihn gefallenen Wahl eines Bizepräsidenten entscheiden könne, und gibt dann einem mehrfach unterstützten Anzug des Herrn Jagui (Fürfprech) Folge: von der Traftandenliste abzuweichen, und statt der Wahl eines Stellvertreters zuerft die von der Berfassung vorgeschriebenen Wahlen vorzunehmen. Man beginnt daber mit ber

Wahl der Regierung fräthe.

(Bergl. S. 58 u. 59 ber Berfaffung.)

. ලt	immzettel: 182, — abfolutes	Mehr	: 9	5.
Hr.	Roch, Oberst,		75	Stimmen.
77	Schnell, Regierungbftatthalter	! =	95	"
"	Herrenschwand,		6	"
27	Kohler, Regierungsrath, .	•	6	7)
27	Romang, Gerichtspräsident,	•	1	27 e
"	Roichi, Regierungsftatthalter,		1	"
"	Fetscherin, Großrath, .		2	22
"	Ganguillet , Regierungerath,		1	27
"	Oth, Regierungsrath, .	•	1	77

Somit ift Br. Rarl Schnell, Regierungsftatthalter in Burgdorf, ohne Ballotirung durch's geheime, absolute Mehr der Stimmzettel jum Regierungsrath erwählt.

II. E	stimmzettel:	198, —	- abso	lutes	Met	r: 1	00.
	Roch , Dber						Stimmen.
"	Fetscherin,	Großra	th,			11	"
"	Ganguillet,	Regieri	ungsr	ath,	•	4	"
"	Robler, Re	gierungs	grath,		٠,	14 79	77
, ,	Serrenschwa Stockmar,	Mogieru	noch	iyəru	ter.	19)7 19
"	Kohler von	Mütte	ngopie	,		ī	`.))
"	Moreau, R	egierung	Bstatt	halte	r, .	1	"
"	Oth, Regie	rungsra	th,		•	3	77
Die vier	böchsten Nu	ımmern	ballot	irten	:		
Hr.						86	Stimmen.
"	Herrenschwe	and.	•	٠	•	100	"
"	Rohler .		•	•	,•	4	17
27	Fetscherin .		•	•	٠		"
111 6	Yaimmaaasay .	004	466	'AY 11 4 A	a ma	Ku. 1	03
3.	timmzettel:		- avi	diute	o wie		
r.		rit, .		•	•	79 96	Stimmen.
. 27	Robler, Re Ganguillet,				•	90	"
"	Oth, Regie	erunagra	th,	mry /	:	4	"
"	Fetscherin,	Großra		•	•	11	"
22	Kohler von	Mütte		•	•	1	"
. "	Moreau .	•	•	•	•	1	17
Ballotiri	ing der vier	höchsten	Nun	ımern	1:		
Hr.		•	•	•	•	115	"
"	Roch .	•	•	•	•	74	79
".	Fetscherin Ganguillet	•	•	•	•	6 2	n
2)	Sungututt		•	. •	•	د	"
IV. ©	timmzettel :	199, —	- abso	lutes	met	br: 1	100.
Hr.						18	
٠, الريد	Roch, Ober		•	•	•	85	"
"	Feticherin ,	Großra	th,			38	"
)) .	Simon, La	ndamma	nu,		• *	2	"
່າາ	Rernen von Dib, Regie) •	•	7	"
"	Ganguillet,	Regieri	u dan	ath.	•	17	, ,,
"	Watt, Gro	Brath, .		•	•	32	"
Ballotiru	ng ber vier	böchsten	Num	mern	:		
	Roch .					91	Stimmen.
27	Fetscherin .					81	77
>>	Watt .	m#	•	•	٠	18	17
"	Kohler von		•	•	•	3	n
Abermali Mangel einer	ge Ballotiru absoluten M			höch	sten	Num	mern aus
Hr.	Roch		• .				Stimmen.
"	Fetscherin	•	•	•	•	92	. ,,
"	Watt .	•	٠	•	•	7	"
Dritte B	allotirung:						
Hr.	Roch .	•	٠	•	•		Stimmen.
"	Fetscherin			•		97	"
Herr Do	irst Roch ist	10mit d	uras	reța	tive ?	viegr	gewahlt.
v. 6	timmzettel :	200 —	absol	utes	Mebr	: 10	1.
	Oth, Regie						Stimmen.
بارچ.	Ganquillet,	Regiery	ingsr	ıth	•	38	"
27	Rohler von	Rütte	•			14	n
27	Watt, Groß	rath,	•	•	٠	42	29
*) Ungültig fassung S	, weil er aus	dem Gro	sen N	tathe	ausge	treten	ift. Ver=

Hr. Simon, Landammann, "Fetscherin, Großrath, "Morlot "Waltert, Großrath, "Geißbühler, Großrath "Nomang, Gerichtspräsiden	61 " 2 " 1 " 1 " 1 "
Ballotirung der 4 höchsten: Her Fetscherin Batt Bauguillet Hohe Dth	. 87 Stimmen. . 43 " . 33 " . 30 "
Ballotirung der 3 höchsten Numme Hr. Fetscherin " Watt " Ganguillet	ern: 99 Stimmen 42 " 42 "
Ballotirung der 2 höchsten Rummer Sr. Fetscherin " Batt (durchs Loos) Somit sind die Bahlen der erled rungsrath beendigt. Die Beeidigung wird etwas später erfolgen.	116 Stimmen. 44 , igten Stellen im Regie-

Babl des Schultheißen.

Stimmzettel: 188 - abfolutes Mehr: 95.

Hr.	Tscharner: Altschultheiß,	147	Stimmen.
"	v. Tavel, Regierungsrath,	18	"
12	Rart Schnell, Regierungsftatthalte	r, 13	"
22	von Jenner, Regierungsrath, .	1	"
"	Roch, Oberst,	3	22
"	Escharner, Regierungsrath, .	2	22

Für diesen wiederholten Beweis der Sochachtung und des Bertrauens fagt Sr. Schult beiß der hoben Bersammlung allen Dant: Die Liebe zur neuen Verfassung habe seine Kräfte erhöht, und wenn ihm Der noch Stärfe verleihen wolle, ohne dessen alles menschliche Streben erfolglos bliebe, so übernehme er mit Freuden ein Amt, aus dessen redlicher Verwaltung dem Lande uur heil ersprießen könne.

Landammann erstattet nun im Namen des Großen Rathes der Republif dem Neuerwählten seinen Glückwunsch: In den drohendsten Zeiten habe Hr. Tscharner mit der Weisheit eines Staatsmannes das Präsidium des Regierungsrathes geführt, — seien aber auch jest mit Gottes Hülfe jene Gefahren vorüber, so bedürfe das Land darum nicht weniger einen Mann, dem unsere neue Institutionen heilig seien. In diesem Sinne wiederbole er seinen Glückwunsch, und fordere den Neuerwählten auf, hier vor der Versammlung und im Angesichte des Höchsten seinen Sid zu leisten.

Nach Vorschrift wurde herr Schultheiß auch auf der Stelle becidigt, und so war die heutige Sigung geschlossen $8\frac{1}{2}$ Uhr.

Achtzehnte Sipung.

Dienstag den 10. Dezember.

(Vormittags 9 Ubr.)

Brafident: Berr Landammann Simon.

Nach der Genehmigung des gestrigen Protofolls zeigt herr Landammann an, daß die Aften in Sachen der Kollatur Diesbach (in Betreff eines zwischen Regierung und herrn Wattenwyl zu schließenden Kontraktes) jest vollftändig auf dem Kanzleitische zur Einsicht vorlägen. Darauf

Wahl eines Bicepräsidenten des Regierungsrathes.
(Bergl. Berfassung §. 62.)

Stimmzettel murden vertheilt: 171 - abfolutes Mehr: 86.

Here von Lavel, Regierungsrath, . 62 Stimmen.

5r. "" "" "" "" "" "" "" "" "" "" ""	Geifbüll Stapfer Koch, L Wyß, L Lohner, von Fer Wäber, Tscharn Kohler, Herrense	hler, Na Oberfi Regie Altr iner, Obe cr, R Reg thwan	Ober tthssa, rungs egieru Megi rftl., egieru ierung d, R	ft, reiberath, ngsr erung ngsr ngsr gsrat egier	ath, gorath, ath,	•	32 	"
5r. "	öchsten zu Karl S von Eav von Lert Koch, O	chnell el der berst,	•	:	•	•	71 43 29 14	Stimmen. " " " "
Бr. " "	höchsten Schnell v. Tavel Lerber i höchsten	•	•	:	• •	:	78 57 21	Stimmen.
Hr. Reg	Schnell v. Tavel ierungsra	11h S	: chneU	ift 1			66	Stimmen. "ives Stim-

Wahl eines Mitgliedes des Obergerichtes.

Stimmzettel: 173 - abfolutes Mehr: 87.

Unter den vielen, welche in Borschlag famen, gelangten gur Ballotirung:

Serr Leibundgut ift fomit gum Oberrichter ermählt, wird aber feinen Entschluß erft fpater mittheilen.

Wahl eines Ersammannes (Suppleanten) für das Obergericht.

(Bergl. Berfaffung §. 73.)

Stimmgettel: 141 - absolutes Debr: 72.

Hr. Gerffer, Notar (Bater) mit . . . 84 Stimm. (ohne Ballotage.)

Wahl der zwei Ammänner.

I. Stimmzettel: 121, - abfolutes Mehr: 61.

Sr. Sengi, Grofrath, . . . 68 Stimmen.

II. Stimmzettel: 128, — absolutes Mehr: 64.

Bur Ballotage gelangten :

Sr. Tscharner, Albr. Fr., mit . 50 — 71 Stimm.

"Schunder-Dufresne . . 34 — 12 "

"Anechtenhofer . . . 9 — 21 "

"Randolt 8 — 3 "

Ein Schreiben von herrn Landammann Fellenberg zeigt an, daß er fich nächstens im Großen Nathe perfönlich über die ehrenvolle Wahl erklären werde.

Wahlen für die Departemente.

Simon, Landammann, macht auf die Verfassung aufmertsam, welcher zufolge alle die im §. 63 angeführten Verwandschaftsgrade auch hier die Wählbarkeit ausschließen, verliest den §. 69, welcher von dem Geschäftskreise der Sechstehner handelt, zeigt nach §. 66, daß alle ins diplomatische Departement jest zu Wählende keine Mitglieder des Regierungsrathes sein dürften, weil die Mehrzahl eines Departements nie aus dem Regierungs-

rathe gusammengesett fein burfte. Noch erwähnte das Prafidium eines spätern Defretes vom 16. Dezember 1832, welches auch Die Regierungsftatthalter und Gerichtspräfidenten von allen diefen Departementsstellen ausschließt.

A. Diplomatisches Departement : drei vafante Stellen.

84 Stimmen. 71

1. Hr. Kafthofer, mit . . . 2. " Schnell, Joh., Prof., . 3. " Simon, Landammann, . " . 102

Das diplomatische Departement für das Landammann. Jahr 1834 gablt daber die herren

Tscharner, Schultheiß, Neuhaus, Regierungsrath, v. Ernft, Großrath, Grimm,

Rafthofer,

77 Schnell,

Simon,

Rapport des Finanzdepartements über das

Unlehen der Basel-Landschaft an den Großen Rath.

Die Regierung von Bafel-Landschaft bewirbt fich bei Ihnen, Tit., um ein Staatsanlehen von 300,000 Frf. Da Bafel-Land. schaft als felbstftandiges Gemeinwesen allgemein anerkannt ift, und seine Gulfsmittel, wie es dem Finanzdepartement scheint, für 300,000 Frf. genugsame Sicherheit darbiete, so nimmt das Departement feinen Anftand, das Begehren jur Entsprechung ju empfehlen.

Bas die verschiedenen Bedingungen betrifft, fo muffen fie naturlich einer weitern Regociation vorbehalten bleiben, deren Grundlagen aber von Sochdenselben vorher ju bestimmen find.

Das Departement schlägt Ihnen daber, Tit., folgende Grundlagen ju diefem Unleben vor:

Als Zinsfuß das 4% ju verlangen.

Die Verzinsung halbiährig zu bedingen.

Den Geldfuß durch Berschreibung des Kapitals in frangof. Fünffrank.-Thalern festzusegen.

Die Ruckzahlung in 6 - 10 gleichen Stößen, in gleichen Zwischenräumen von 1 à 2 Jahren und der erste Stoß 6 à 10 Jahre nach dem Abschluß des Anlebens zu ftipuliren.

Die Rapital - und Zinszahlungen betreffend, ju bestimmen, daß Bafel-Landschaft das Geld in Bern in Empfang nehmen, und ebenso Kapital und Zins auch franco ju Bern zahlen solle.

Abgaben, Abzüge oder Beschwerden sollen feinerlei Art auf diefes Unleben fallen fonnen.

Die Form betreffend, so möchte das Rapital in Obligationen jede von taufend Stud französische Fünffrank. Thalern verschrieben und defimegen auch das anzuleihende Gesammtfapital auf 86000 Stude folder Thaler, in 86 gleichstarten Obligatio. nen vertheilt, bestimmt werden, wenn man nicht auf 90,000 Stucke geben will.

Jede Obligation ganz rückzahlbar auf einen einzigen, darin su bestimmenden Tag, fo daß nach vorstehenden Ablösungsgedingen die einen diefer Obligationen früher, die andern fpater gur Ablösung flipulirt werden müßten.

Alles dieß, damit unfere Regierung beliebigen Falles die einzelnen Obligationen veräußern fonne.

Dem Finanzdepartement mare die Abschließung dieses Anübertragen.

Bern, den 12. Nov. 1833.

Mit ausgezeichneter Sochachtung,

sig. 2. v. Jenner, Prafident. Der zweite Gefretar: DieBi.

Von dem Regierungerath ift vorstehender Untrag genehmigt und dem Großen Rathe empfehlend zugewiesen.

Bern, den 21. Nov. 1833.

Namens des Regierungsrathes: der erfte Rathsschreiber : Burftem berger.

Berhandlungen

Großen Rathes Republif der

Bern, den 14. Dezember 1833.

(Micht offiziell.)

Meunzehnte Sigung.

Mittwoch, den 11. Dezember.

Prafident: herr Landammann Simon.

Das gestrige Protofoll wurde ohne Ginrede gutgeheißen.

Befuch der megen Reaftionsversuchen gefänglich Gingezogenen um Urtheil oder Freilaffung. — Entlaffungsbegehren des hrn. Pfarrers Robler in Worb aus der Landschulkommission. — Der neuerwählte Serr Ammann Efcharner erflärt fich, die ibm aufs Neue übertragene Stelle nicht annehmen zu können, gleich-falls danke er für das bisherige Zutrauen als Mitglied des Justig- und Polizeidepartements: Unmöglich könne er, im Falle einer allfälligen Wiederermählung, die Stelle annehmen, da er fie mit dem Amte eines Amtbrichters, welches er übernommen, unverträglich finde.

Angug von etlichen 80 Mitgliedern des Großen Rathes, betreffend die Schleifung der Festungswerke der Stadt Bern:

Angug.

In Erwägung,

- 1) daß die Restungemerke der Stadt Bern und die Thore an den Gingangen berfelben ju ihrer Sicherheit feineswegs nothig find;
- 2) daß ihr Anblick an die unglücklichen Zeiten der ausgebildeten Aristofratie und der Unfreiheit des Landvolfes erinnert;
- 3) daß fie fur die Stadt und gegen das Land errichtet und gerichtet find;
- 4) daß fie in bewegten Zeiten dem Feinde unferer Freiheit dienen und den Beschüpern derfelben unnüben Schaden jufügen fönnen;
 - 5) daß in denselben ein todtes Rapital liegt;
- 6) daß ihr Unterhalt dem Staate überdies unnöthige Roften verurfacht;
- 7) daß der Plat, ju Bauftellen benutt, Geminn bringen müßte -

tragen die Unterzeichneten ehrerbietig darauf an, der Große Nath möchte etwa folgenden Beschluß fassen:

- I. Die Festungswerke der Stadt Bern follen, mit Ausnahme der fleinen Schanze, abgetragen, die Braben aufgefüllt, die Thore ausgehängt und die Sauptstadt ein offener Ort werden.
- II. Der Regierungsrath ift beauftragt, dem Großen Rathe noch in diefer Winterfigung Plane deshalb vorzulegen.

(Folgen die Unterschriften von etlichen 80 Mitgliedern des Großen Rathes.)

Fortsegung der Departementswahlen.

Landammann liest nochmals ben §. 66 der Berfaffung vor, demaufolge die Mehrzahl eines Departements nie aus Mitgliedern des Regierungsrathes bestehen durfe, zeigt ferner aus demfelben Baragraph, wie der Brafident und Biceprafident der Departemente aus der Mitte des Regierungsraths gemablt merden mußten, und begründet darauf die Anficht, diese lettere Stelle für alle Departemente querft qu ergangen. Nach furger Debatte stimmt die bobe Versammlung mit 135 gegen 16 Stimmen diefer Unficht bei, der Regierungsrath befindet fich im Austrittsfalle, und man mablt nun gum

- a) Vicepräsidenten des Departements des Innern. Sr. Geifer, Regierungsrath, mit 97 Stimmen.
 - b) Präsident der Polizeisektion. Sr. Robler, Regierungsrath, mit 87 Stimmen.
 - c) Prafident des Militardepartements. Sr. von Tavel . 97 Stimmen.
 - d) Bicepräsident des Baudepartements. hr. herrenschwand . 77 Stimmen.

(Die neuerwählten Regierungsrathe werden nach Borschrift beeidigt — herr Karl Schnell noch insbesondere als Vice-Schultheiß.)

B. Departement des Innern: 3 erledigte Stellen.

Mitglieder :

Berr Fetscherin, Regierungsrath. Otth, Altregierungerath. Morlot, Dr. Med.

C. Juftig - und Polizeidepartement: 1 erledigte Stelle.

Herr Jaggi, Fürsprech, (an die Stelle des herrn Ticharner, Albr. Fr., Ammann.)

D. Finangdepartement:

2 erledigte Stellen.

Herr Karl Schnell, Regierungsrath. " Robler von Rutte.

E. Ergiebungsbepartement.

NB. Auf Anrathen der herren Simon, Jaggi und Tscharner ward einstimmig beschlossen, ohne neue Wahl den herrn Fetschein boi dem Erziehungsfache zu lassen, da erstens die Beriode keines Austrittes noch nicht gefommen, und zweitens die Zahl der in diessem Departemente zulässigen Negierungsräthe noch nicht (verfassungswidrig) die Anzahl der Großräthe übersteige. — hans Schnell, Prof., bittet sehr, daß man ihn bei der neuen Wahl verschone, und is kömmt an seine Stelle

Berr Stähli, Großrath.

Zwanzigste Situng.

Donnerftag, ben 12. Dezember. (Bormittags 9 Uhr.)

Präsident: Berr Landammann Simon.

Protofollgenehmigung — ein Begnadigungsgefuch der Unna Wegmüller von Walfringen. Dem früher angezeigten Entlaf-fungsbegehren des herrn Tillier aus dem Erziehungsbepartement wird entsprochen, und an feine Stelle gewählt:

Sr. Otth, Altregierungerath.

F. Militardepartement: Eine vafante Stelle. Sr. Rüpfer, Major (wieder erwählt.)

G. Bandepartement: Erledigte Stellen.

herr von Lerber, Regierungsrath — bisheriger Schultheiß.

Imboof von Burgdorf (wiedererwählt).

Lüthard, Fr. (wiederermählt).

Dem Entlaffungsgefuch des hrn. Ammann Tscharner wird entsprochen, und statt seiner neu erwählt:

herr Stempfli von Sabstetten.

Sr. Oberft Roch, der geftern bei der Beeidigung der Regierungerathe abmefend mar, leiftete beute den Gid; darauf die beiden Ammänner.

Für Beförderung der Wahl der Sechszehner (vergl. Verf. 6. 69) murden gedruckte Namenolisten aller mablfähigen Großrathe ausgetheilt, und dann dem Brafidium einstimmig die Wahl einer Rommiffion zur Erlefung diefer Stimmzettel überlaffen. Morgen das Ergebniß.

Bittschriften-Rommiffion.

Nach Borfchrift durch offnes, absolutes Stimmenmehr gu mahlen, vorschlagsweise. Die anwesenden Mitglieder werden jedesmal gezählt und daraus das absolute Dehr bestimmt :

> Präsident: der jezeitige Landammann. Mitglieder :

Sr. Schnell, Regierungerath.

Berrenschwand.

Bucher, Kriegskommiffar. Saberli, Grofrath.

Belrichard, Grofrath.

Staatswirthschaftskommission.

Diefelbe Wahlvorschrift wie bei der Bittschriftenkommission. Präfident: der jezeitige Landammann.

Mitalieder :

Sr. von Lerber, austretender Schultheif.

Stempfli von Sabstetten.

Anechtenhofer, junger.

Miescher, Sandelsmann.

Ein Vortrag des Erziehungsrathes, betreffend die bisherige Einrichtung der (großen) Landschulkommission wird verlesen, woraus hervorgeht, daß die Mitglieder diefer Rommiffion für ihre Sigungen im Anfang diefes Winters ein Entschädigungs. geld, nach dem Maafftabe der Großrathe, erhalten follten.

Reubaus, Regierungerath, unterfügt biefen Antrag und

findet die Entschädigung bochft billig.

Belrich ard widerfpricht nicht dem Grundfage. Auch ihm ift es recht, daß diese Manner nicht ohne Entschädigung bleiben, aber nur fei der angegebene Maafftab nicht eben überall

anzunehmen, fondern nur etwa auf die Mitglieder auszudehnen, welche 800 Frf. Gehalt beziehen, und in dem Berhaltniß fort.

Abstimmung:

Für den Vortrag des Erziehungsdepartements . Mehrheit.

Ein Gefuch um Befoldungserhöhung für den fatholischen Pfarrer Friche zu Courchapoix, mit einem empfehlenden Berichte der kathol. Kirchenkommission. Die Herren Neuhaus und Mochard erkennen ebensowohl die Berdienste, als die Bedürfnisse dieses Mannes — und so erkennt ihm die Versammlung eine Zulage von 200 franz. Frk. zu: einstimmig.

Ein gleiches Gesuch des Pfarrers hierme von Boncourt um die gleiche Summe wird unterftust von Srn. Stockmar. Der Mann fei 74 Sabre alt und ju schwach ju anstrengendem Dienste, er muffe wohl einen Bifar halten, nicht aus Bequemlichkeit, fondern weil ibn felber die Kräfte allmählich verließen.

Watt spricht eifrig gegen folch Begehren. Der Mann habe bereits schon 1200 Frt. Gehalt; es gabe Pfarrer, die nicht die Salfte hatten und doch zufrieden maren. Man folle fo etwas nicht anfangen. Gehe man in dieß Gefuch ein, weil der Mann 74 Sahr alt fei, fo fame morgen ein Dreiundsiebenziger, übermorgen ein Siebenziger und verlange auch Erhöhung des Behaltes. Go etwas nehme dann gar fein Ende, und wo wolle man dann aufhören, wenn man fo eben dem Pfarrer Friche 200 Frf. bewilligt habe, der bloß 800 Frf. Befoldung beziehe, und jest auch wieder diesem hierme, der doch bereits 1200 Frf. babe? -

Man, Staatsschreiber, meint auch, es fei zu viel, dem Manne zu geben, was man fo eben einem andern bewilligt habe, der faum 800 Frf. Befoldung babe. Jedenfalls fet das Begehren bes orn. Sierme zu boch, wenn man ihm auch etwas geben wolle, etwa 100 frang. Frf.

Meubaus, Regierungerath, erflärt die Berschiedenheit des Gehaltes aus der je größern oder geringeren Beschwerlichkeit des Dienstes und den weniger oder mehr Sporteln und Accidenzien, welche manche Stelle abwerfe, und empfiehlt auf's Neue ben Betenten. Es fei bier nur von frang. Franken die Rede.

Abstimmung:

Für	den Antrag				•	34 Stimmen,
	gefallene Meinun			•		66 "
	ihm erwas (100		Frf.)	geben	will	Mehrheit.
Wer	nichts geben wil	Į.				33 Stimmen.

Entlaffungsbegehren des hrn. Major Jaquet aus dem Militardienfte.

Roch, Oberft, rühmt die Verdienste des Mannes und weist jugleich barauf bin, wie der herr Major feine Dienfte mehr thun tonne, laut chirurgifcher Zeugniffe.

Unter Bezeugung alles Danfes wird herr Major in allen Ehren entlaffen.

Einundzwanzigste Sipung.

Freitag den 13. Dezember.

(Vormittags 9 Uhr.)

Prafident: herr Landammann Simon.

Genehmigung des Protofolles - Beeidigung des neu eingetretenen Mitgliedes Gatherat von Pruntrut.

Ein Anzug des Srn. Jaggi, Fürsprech: "die gesetlichen Beschränkungen der Zahl der Advokaten beider Klassen — der Fürsprecher und Profuratoren — aufzuheben, dagegen aber bie Brufungen berfelben in Bufunft ftrenger und schärfer ju halten", ward verlefen. Der Berfaffer ging von der Unficht aus, daß der fühlbare Mangel an Juriften auf der Landschaft hauptfachlich aus diefer Beschränfung berrühre, indem durch diefelbe jede Aussicht sicheren Erwerbes und felbständiger Thätigkeit in diefem Fache für junge, hoffnungsvolle Leute zurücktrete. Die daraus entstehende geistige Abhängigkeit der Landschaft von der Stadt widerstrebe ganz jeder Forderung und Stimmung unserer Bewohner 2c.

Polensache.

Das diplomatische Departement rapportirt über die mit den polnischen Flüchtlingen gepflogenen Unterhandlungen. Man habe ihnen durch die Herren Oberstlieutenants Lutstorf und v. Büren die Eröffnung des franz. Gesandten, wieder nach Frankreich zurücksehren zu dürsen, gemacht; die Polen aber hätten erklärt, nicht eher wieder nach Frankreich zurückzusehren, die erstens das Ausnahmsgesetz gegen sie zurückgenommen wäre, zweiten sie die Verscherung hätten, nicht nach Algier, Egypten oder Portugal transportiet zu werden, oder drittens ihnen die Aufnahme in England garantirt sei. Auf alle Subsidien der Regierung von Bern wollten sie dankbar verzichten, und nur um ein Alzi bitten, um sich durch ihrer Hände Arbeit und Privatsfreunde ernähren zu können. — Das diplomatische Departement glaubt auf diese Bedingungen nicht eingehen zu können, in Betracht der Lasten für den Staat — und trägt darauf an:

- 1) fammtliche Bolen, welche feine Legitimationofchriften baben, aus dem Gebiete der Republit zu entfernen;
- 2) die bisherigen Subsidien von 6 Bp. per Tag nur bis zum 21. Dezember fortdauern zu lassen;
- 3) von da an alle gurudgebtiebenen Polen in die Rlaffe aller anderen Fremden gu ftellen.

Das Gutachten des Regierungsrathes stimmt mit diesem Untrage überein, und empfiehlt zu diesem Zwecke (bis zum 20. Dezember) einen Kredit von 6000 Fr., welchen der Gr. Rath verwilligen möge.

Herrenschwand findet es noch sehr nötbig, daß auch die hieber gehörigen Schreiben der französischen Regierung verlesen werden, aus welchen hervorgeht, daß den Polen allerdings der Durchvaß durch Frankreich freistehe, um nach Algier, Egypten 2c. zu reisen, und daß zu diesem Zwecke das französische Gouvernement ihnen einen Zeitraum bestimmt habe, innert dessen sie von dieser Erlaubniß Gebrauch machen müßten, oder auf immer ausgeschlossen blieben.

von Lerber erinnert an die schon in der Sommersitzung gegebenen Erklärungen, daß die 480 Polen auf die unerwartefte Art den Boden des Kantons beireten hatten, an die Unterhand-lungen mit allen schweizerischen Mitftanden. Darauf habe man Alles gethan, um ihre Entfernung zu erhalten, aber vergebens. Ihr Aufenthalt daure nun schon lange, aber nicht Alle hätten sich auf die vorsichtigste Weise betragen. In allen ihren Petitionen und Zeitungsartifeln hätten sie höchst unzart von der französischen Regierung, die doch im befreundeten Nachbarlande wohne, gesprochen, und so sei est immer unvortheithafter gewefen, fie langer zu behalten. — Roften habe der Staat schon viele gehabt, aber ohne die Buichuffe von Genf, Burich, Baadt, St. Gallen und Luzern mare es unmöglich gewesen, sie nur so lange zu erhalten. Die Zuschuffe aber hörten jest auf. Freilich hatten bis-ber Privatsomite's viele Polen allein unterflüst; 3. B. babe das Umt Courtelary und die Stadt Burgdorf keine Unterflüsung für diefelben von der Regierung erhalten, aber welche Laft lafte dadurch auf einzelnen Gemeinden? Darum habe man von Meuem Berfuche gemacht, mit Franfreich und andern Staaten wegen der Nückfehr der Polen zu unterhandeln. Nach vielen gewechfelten Roten habe man endlich bas in obigem Rapporte ermähnte Resultat erhalten, und Franfreich benehme fich dabei febr freundschaftlich, indem es neben dem ehrenvollen Durchpaß ihnen auch noch die Reife nach England, Egypten ze. bezahlen wolle. In England murde gewiß ihr Aufenthalt ohne hinderniß fein, da fie ja bereits viele Unterftüpungen von dorther erhalten hatten.

Da der Große Rath unterm 15. Junt d. J. den Beschluß gefaßt habe, die Regierung solle auf Mittel und Wege sehen, diesen Unglücklichen einen ehrenvollen Ausweg und Rücksehr zu verschaffen, so könne jeho dieser Erfolg dem Großen Rathe nicht unerwünscht sein, und er daher dem Rapporte und Vortrage des

diplomatischen Departements und Regierungerathe seine Zuftimmung nicht verfagen.

Wolle der Große Nath etwas Anderes bestimmen, so siehe ihm dazu alle Vollmacht zu, aber der Regierungsrath in seiner verantwortlichen Stellung dürfe nichts Anderes beschließen, nichts Anderes anrathen. In Wahrheit müsse er (der Redner) gestehen, daß die Gemeinden, welche schon viel für die Polen gethan, jeht nicht mehr so geneigt seien zur Freigebigseit, als Anfangs; ja hier und dort klage man schon über die vielen Opfer, welche man dem Komité gebracht. Das sei auch erksärlich, und ziehe und nicht den Vorwurf der Hartherzigseit zu, denn Beweise von Großmuch gegen diese Flüchtlinge seien genug da. — Fedenfalls sei ein Entschluß zu kassen, der zum Zwecke führt, und die jeht von Frankreich dargebotene Gelegenheit gewähre alle Vortbeile. Die Polen würden das gewiß selbst einsehen; denn unmöglich würden sie länger da bleiben wollen, wo sie die Unmöglichseit sähen, sie länger zu beherbergen; wo für sie, wie für die Sinswohner, nur eine allgemeinere Noth hervorginge.

Noch wurde auch der frühern Unterhandlungen mit dem Frankfurter Bundestag erwähnt, und darauf ein Kreisschreiben verlesen.

Schnell, Prof., als Mitglied des diplomatischen Departements, beschwert fich über den Rapport, weil er die im Departement gefallenen Meinungen jum Theil gar nicht enthalte, jum Theil fogar gerade das aufgenommen habe, was die Mehrheit nicht gewünscht. Die Mitglieder, welche jener Gigung beigewohnt, feien gegenwärtig, außer dem Srn. von Lerber nämlich noch Sr. von Ernft, Rafthofer und Grimm. - Dft schon fei es der Fall gemefen, daß man Gegenstände höchster Wichtigfeit nicht vors Bolf gebracht habe, fo z. B. fei im diplomatischen Departement ausdrucklich erwähnt worden, daß jene Regierungsaufforderung an die Polen zuerft und vorher dem Großen Rathe vorgelegt werde. Das fei nicht geschehen, und Anderes mehr. Der Redner will von den Polen felbft nicht fprechen, auch dem nicht widersprechen, daß fie oft ungart gehandelt hatten; aber anders fonne man auf die Polen nicht wirken, als moralisch: burch Bureden, Borftellungen. Dafür fei die Mehrheit im diplomatischen Departement auch gewesen, daß folches Berfahren die beften Gindrucke auf die Polen machen werde, aber der Rapport, den Gr. von Lerber vertheidigt habe, ermahne nichts davon, fci im Gegentheil gang anders, daher er wicht damit und nicht dagu fimmen fonne. -Bas fame auch dabei heraus, wenn wir bei bem Rapporte des diplomatischen Departementes blieben? Wenn fie nun doch nicht fortgingen, wolle man fie dann mit Gewalt vertreiben? Und das muffe man doch, wenn man dem Rapporte juftimme. Wer aber mage es, das Bisthum damit gu beauftragen? — Darum fage er nochmale, man folle Borftellungen ma-chen ftatt Drohungen. Richt als halte er biefen Weg fur schön, für bochherzig, sondern nur für eine Rothhülfe. Ach! alle diefe Berfolgungen und Drangfale famen ja von den nordischen Sofen und von der chriftichen Gesinnung feiner allerchriftichften Majeftat ber. Die Chre, die Freiheit spreche darin nicht, nicht einmal die Menschlichkeit, und wie konne eine Ration ohne Diefe Tugenden bestehen. Und Schweizer habe man fruber oft blos für niedrigen Mammon, für den Bagen erziehen wollen; diefe Beit fei vorüber, und man folle die Chre der Nation in die Bagschale legen.

Daher trage der Nedner darauf an, nochmals mit Frantreich zu unterhandeln, um erft die strenge Jahredzeit vorübergeben zu lassen; inzwischen aber den Bolen Vorstellungen zu
machen, und sie namentlich auch auf die Stimmung der Bewohner selbst hinzuweisen. Von selbst würden sie dann sinden, was
Ehre und Dankbarkeit auch von ihnen erheische. Bestimmtere
Anträge würden wohl von Andern gemacht werden, diesen wolle
sich der Redner anschließen.

Renhans, Regierungsrath, geht in die Ansicht seines Praopinanten ein, und zeigt, wie unedel jede Drohung ware, wie ungerecht jede Answeisung, aber auch zugleich, wie man von den Privatburgern, von den Sinwohnern des Kantones nicht fordern könne, sie zu erhalten. Er gesteht zu, daß die bisberigen Kosten groß waren, aber man durfe frühere Großmuth mit späterer harte nicht ergänzen. Die Nationalehre erfordere

anderes Benehmen, folches, welches nicht im Widerspruche ftände mit früheren Beschlüssen, daher schlage er vor, die Napporte des diplomatischen Departements anders abzufassen, etwa so:

- 1) die polnischen Flüchtlinge in Bern, die feine Legitimationspapiere haben, werden im Namen des Großen Rathes aufgefordert, die von Frankreich angebotene Erlaubniß des Durchpasses zu benußen, und den Boden der Republik zu räumen;
- 2) die polnischen Flüchtlinge, die keine Legitimationsschriften haben, dürfen unter der Bedingung bleiben, als sie entweder sich selbst zu erhalten im Stande sind, oder eine gehörige Bürgschaft eines Staatsbürgers für ihren Unterhalt bringen.

Da man somit den Aufenthalt der Polen lediglich als einen vereinzelten Privataufenthalt betrachte, so könnten wohl die Kantonalunterstützungen aufhören und man also sagen:

3) die monatlichen Beiträge, die bisher aus der Staatskasse fkalamäßig bezahlt wurden, sollen kunftig aus der Kasse eines polnischen Centralkomitte's bezahlt werden.

Frankreich werde fo schnell nicht die Thore schließen, und baju solle überdieß

- 4) der Regierungsrath beauftragt werden, Unterhandlungen mit Frankreich zu eröffnen über und für eine Verlängerung der Zeit des Durchpasses und der Darreichung der Reisegesder;
- 5) Frankreich felbft um Subsidien gu bitten, ju Sanden des Centralfomitte's.
- 6) Auf den Fall jedoch, daß Frankreich auf Nr. 4 nicht eingehen wolle, so solle der Regierungsrath sogleich darüber an den Großen Rath berichten.

Nur so werde die Ehre, die Menschlichkeit nicht verlett, und das sei etwa im Ginzelnen, was hr. Schnell im Allgemeinen gesagt habe.

von Lerber glaubt, die Vorwürfe, welche ihm vorher ein Redner gemacht, von sich abweisen zu können. Treu, gerecht und unparteiisch führe er sein Amt, und der Sekretair verzeichne alle Vota, aus denen dann der Napport gemacht würde. Dafür sei das Protokoll Zeuge.

Zahler findet neue Anträge und Vorstellungen für überflüsig; die Polen hätten sich schon erklätt, sie wollten nicht fort, — das sei genug. Run müßte der Kanton vorwärts und weitere Schritte thun. Die Stimmung des Landes sei ganz gegen die Männer, die als ungläckliche Flüchtlinge besser und flotter gelebt hätten, als selbst Regierungsräthe. Schon hätte der längere Aufenthalt derfelben Murren gegen die Regierung hervorgebracht, neue Unterhandlungen seien daher nicht rathsam, seien verderblich, und er stimme zum Rapporte.

Sinner, Major, unterflütt gleichfalls die Regierung in ihren Antragen. Die Polen, als fie aus Polen gefommen feien, habe man aufgenommen und mit Recht, denn fie feien damals vom Schlachtfelde gefommen; diese aber jest hatten ungezwungen und freiwillig Frankreich verlaffen.

Fetscher in zeigt aus der Geschichte des Vaterlandes, wie in früherer Zeit der Voden der Schweiz ein heiliges Afyl für Verfolgte gewesen wäre. Die Regungen der Gastlichkeit seien dem Herzen der Altvordern theuer, und der Fremde, sobald er das Land betreten, unantastbar gewesen. Jest seien zu uns, in unserer Zeit, jene Trümmer eines Heldenvolkes gekommen, die einst Europa vor der Varbarei gerettet, sollte man diese barbarisch behandeln, und fremde Varbarei erneuern? — Die Schweiz, jenes Land der Telle und Winkelriede, jenes Land,

das Blut und Wunden nicht geschent, solle sich das sett der Engherzigseit hingeben? Der von den Vätern überlieferte Ruhm, solle er schnöde vergeudet werden? — Einen neuen Adelsbrief solle man unsern Kindern und Enkeln hinterlassen, einen Freibrief für alle Welten und zu den fühlenden Herzen aller Nationen: dieser Freibrief sei die Menschlichseit, bewiesen am Unglücke, dieser Freibrief sei die Theilnahme für das blutende Herz der einst großen, jest armen, vaterlandslosen Nation. Der Nedner schließt sich an Hrn. Neuhaus an.

Stähli von Burgdorf will den Antrag der Regierung nicht schelten, doch glaube er, daß nicht der rechte Gesichtspunkt darin liege. Mit der Diplomatie habe man sich eingelassen, und diese wolle uns fompromittiren, wolle unsere durch die Sommerstung erworbene Shre bestecken, und darum mache sie solche Forderungen an uns. Bern, dessen Namen einen schönen Klang habe im Schweizerlande, wolle man verdumpfen, darum suche man es zu solchen Maßregeln zu verleiten. Nimmermehr! das dürse man nicht — jest noch viel weniger, als früher, denn jest hätten diejenigen Polen, welche Gelegenheit gehabt, mit unsern Rettern in der Landschaft Kasel zu fämpfen, mit ihrem Muthe und Blute unsere Freundschaft sich erkauft. Jene Stimme aus dem Simmenthale spreche wohl ganz so, wie man oft Leute höre, aber es gäbe auch noch andere Neden über das Betragen jener Männer, welche auch das Gegentheil sagten. Der Redner trägt darauf an, eine Kommission aus der Mitte des Großen Nathes zu ernennen, die erst Anträge und Gutachten vor die Versammlung bringe.

Romang, Gerichtsprafident, stimmt für alsbaldige Entwerfung einer Aufforderung, im Sinne der herren Schnell und Neuhaus.

Anechtenhofer warnt vor dem Napporte des Regierungsrathes und diplomatischen Departements, weil man sonft in ihrem Weigerungsfalle zu Gewaltmaßregeln gegen sie schreiten muffe, was eben nicht so leicht aussührbar wäre, und stimmt mit Hrn. Stähli für eine Kommission, welche die Vorschläge des Hrn. Neuhaus prüfe.

Herrenschwand, Regierungsrath, zweifelt, daß die Polen durch einen längern Aufenthalt bei uns etwas profitirten. Je länger sie bieben, desto schwieriger würde ihre Lage, daher simme er nicht für Verzögerung, nicht für neue Unterbandlungen. Woher sollte denn den Polen ein größeres Glückkommen? Herzlich gönne er ihnen allen Segen, aber in der Schweiz blühten ihnen keine Rosen. Daß sie nicht gerne von hier fortgingen, lasse sich begreifen, aber hier sei ja auch ihre Heimath nicht.

An die Besorgniß, daß die Polen den Beschlüssen der Negierung sich widersetten, könne er unmöglich glauben; bereits hätten sich ja schon Hunderte unterschrieben für einen Abmarsch nach Frankreich, und was man mit den Widersetzlichen anfange, diese Frage sei gelöst. Wie viele Schweizer mit Weib und Kind hätten schon auswandern müssen, ohne bier das Bedauern erregt zu haben, die Polen aber seien jung und in den besten Jahren. Solche Leute würden überall etwas sinden. Wir hier hätten selbst viele Arme, daher sei diese Erleichterung des Kantones zu wünschen, und er simme zum Antrage des Regierungsrathes. Die Schre des Kantons werde dadurch nicht besteckt; denn hielte es die ganze Schweiz für so ehrenhaft, Polen zu haben, so hätte man auch in allen Kantonen sie aufgenommen. — Auch meinten es die diplomatischen Agenten nicht schlimm mit der Schweiz, wie vorher sei geäußert worden.

(Beschluß folgt.)

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Bern, den 16. Dezember 1833.

(Micht offiziell.)

(Schluß der einundzwanzigften Sitzung.)

Polensach e.

von Tavel. Es war ein Sauptehrenpunft der Schweiz, felbit noch in den dunkleren Zeiten un eres Baterlandes, ein Zufluchtsort, eine Sulfestätte für Berfolgte zu fein. Die Bolen waren Rampfer fur Freiheit und Baterland, und, da Uebermacht dieses Bolk vernichtet hatte, kommen fie zu uns, bittend um das Recht der Wohnung, bittend um das Recht, leben gu durfen. Wir nahmen fie auf und — jest können wir fie fo nicht fortschicken, wie der Rapport will. Wir durfen es mit Stoly fagen, daß Bern die Shre der Schweiz retrete, um fo größere Aufgabe baben wir , fie nicht zu bestecken. Männer ohne Baterland , ohne Fleck auf Erden , wollen wir nach Algier schicken, wo fie Mufelmanner werden mußten. - Rein! nein! Diefe Gunde durfe der Große Rath nicht begeben. Auch in England und Algier feien diefe Unglücklichen bulftos, bulflofer als hier, und durfe fie nicht ins Etend flogen. -Stimme des Bolfes berufe fich bald der und bald der, aber er (der Redner) muffe darauf aufmertfam machen, daß hier im Lande keine Landsgemeinden feien, sondern eine Repräsentation des Bolfes, und daber fet es die bochfte Pflicht des Großen Rathes, hier oder dort durch edlere Befchluffe den Sdelmuth Des Bolfes ju beben. Bor bem gottlichen Richter mußten mir fteben fonnen, ibm fei unfer Wandel verantwortlich, nach feinen Geboten fei unfer Benehmen, und Gott gebiete Menschenliebe. Wie? und wenn wir felbit in gleiche Lage tamen, wenn der Tag des Unglückes uns zugleich als rachender Sag der ftrafenden Gottbeit, als Tag der Vergeltung erschiene? — Der Redner schließt fich an Brn. Stähli's Untrag jur Errichtung einer Rommiffion.

Jaggi, Fürsprech, zeigte, wie die Polen einen andern Rampf gefämpft hätten, als wir. Bon Russen angegriffen, von seindseligen Monarchen umgeben, sei ihr Kampf ein drei fa cher gewesen. So seien sie unglücklich worden. — Nach der Diplomatie, nach den Fürsten brauche man nicht zu fragen, sonst werde es bald aus sein mit unserer Freiheit. Ihre Kriegsheere habe man noch weniger zu fürchten. — Was die Persönlichseit der Polen betresse, auf die ein Mitglied der Versammlung bingewiesen, so sei es bekannt, wie sie alle auf Ehre und Aussand bielten; und die er näher habe kennen lernen, seien Männer von Zartgefühl und Vildung. Sie ausweisen, sei eine Mishandlung; er simme daher ganz gegen den Antrag des Regierungsraths. — 36,000 Fr. seien eben noch nicht so viel, wenigstens noch nicht zu viel für die Polen, welche Europa vor den nordischen Mächten behütet, und auch unsere neue Freiheit mit beschützt hätten.

Wir Alle, so fährt der Redner fort, wir Alle, die wir jeht hier sien als Repräsentanten und Volksredner, wären nicht hier versammelt, es gäbe kein freies Land, ohne das Blut, das bei Warschau gestossen. Wie viel hat uns unsere kleine Revolution gekostet, und nun wollten wir die Rossen scheuen für unsere Vorfechter? oder gar Rückschten nehmen auf unsere Feinde?" — Schließlich stimmt Herr Jaggi zu einer Kommisson, wie Hr. Stählt.

von Jenner findet die Reden für das Unglud schön und berzergreifend; aber leichter fei es, durch folche Wärme fich Bei-

fall erwerben, als eine Unterstühung dieses Unglückes mit seinen Amtspflichten vereinen. Es frage sich einfach, ob die Polen sich selbst ernähren könnten oder möchten; das ginge aber aus ihrer Zuschrift an den Großen Rath nicht bervor. Auch habe die hohe Versammlung schon öfter selbst erklärt, daß man die Polen nicht ohne Pflege lassen könnte, weil sie selbst nichts hätten. Nun frage er, wer sie jest versorgen solle oder wolle, oder könne? Die Staatskasse habe bereits 36,000 Fr. gegeben; nur bis auf kurze Zeit bedürfe es wieder 6000 Fr.; und die Sympathie des Volkes, die öffentliche Meinung sei nicht zu überschen. Er wisse von Niemanden, auch von allen Polenfreunden nicht, daß sie stäat fonne nichts mehr thun. Es sei also Pflicht für und, die Polen seint sollen nichts mehr thun. Es sei also Pflicht für und, die Polen seint soften siehe offen sebe. Im Interesse der Polen selbst liege es, diese Gelegenheit zu benusen. — Und endlich noch habe man auch Pflichten gegen die Eidgenossenschaft, welche durch das Kreisschreiben des Vororts deren Entsernung verlange. Wer von den Anwesenden wolle die Verantwortlichseit übernehmen, wenn der Schweiz von dem Aussenthalte der Polen Unglück erwachse?

Bor allem follte man diejenigen Bolen, welche bie andern als comité directeur leiten, fortschaffen.

Dann follte man die Polen, die Hulfsmittel haben, toleriren.

Die Regierung Bollmadt haben, diefe Befchluffe ju erequiren. Das feien feine Antrage, ehrerbietigft.

Jäggi zu Leuzigen wundert sich, daß Hr. von Jenner auf einmal auf die Boltsstimme höre. Er, der Redner, wolle die Bersammlung fragen, ob Hr. Jenner auch auf diese Stimme gehört, als es sich von Zehnten und Bodenzinsen gehandelt? Und dann sei es im Ganzen gar nicht wahr, daß der Landmann gegen die Bolen sei. Unfangs, als man sie in den Birthshäusern gebalten, sei ihr Unterhalt theuer und manchem empsindlich gewesen; das sei aber jest nicht mehr so. — Gewalt dürse man ohnebin keine gegen die Polen gebrauchen, und auch nicht auf der Stelle ihnen die Unterstützung entziehen; übrigens könne man ja wohl ihre Pflege, wie Herr Neuhaus meine, einem Privattomite übertragen, und da auch drauf sehen, wer von den Polen, ob die arbeitsamen ze. die Pflege bekämen, oder wer sonst.

Tscharner, Schultheiß, unterflüt gleichfalls den Antrag auf Untersuchung durch eine Kommission. Bereits sei schön und beredt über den Gegenstand gesprochen, und wahr sei es, er möchte nicht den Enkeln ein Blatt in den Büchern unserer Geschichte überlassen, worauf von unserer Kaltherzigkeit, oder gar von einer Gewaltthat gegen Wehrlose geschrieben stände. So hätten unsere Väter nicht gehandelt gegen die flüchtigen Hugenotten, gegen die flüchtigen Griechen, und hätten die Polen vielleicht weniger für Freiheit geglübt und geblutet, als jene ersteren? Der Sinn unseres Volkes könne so klein nicht worden sein, und dem Volke bleibe ihre Unterstühung überlassen. Es solle nur der Staat seine Unterstühung zurückziehen, und dann würden die Polen selber sinden, wie es hier stände. Nur keine Gewaltsmaßregeln.

Jaggi, Regierungerath, ftimmt mit feinem Praopinanten, und follte ber Antrag Stabli's von einer Kommiffion durchgeben,

fo wunsche er, daß bei den Verhandlungen über die allfälligen Unträge des Komite's dem Großen Rathe bei feinem Side geboten murde, sich einzusinden.

Sauvin. Nach mehreren Ausfällen auf Hrn. Stähli und einer Vertheidigung der Baseler, bei welchen Hr. Landammann bemerkt, daß sie nicht zur Sache gehörten, fährt der Nedner wiederholt fort mit mancherlei fremdartigen Anspielungen, bis ihm das Präsidium nochmals und zum drittenmale solche Ausschweifungen verweist.

Bon den Polen, sagte darauf der Redner, wisse er auch, daß sie unglücklich wären, aber länger zu tragen seien sie nicht. Urm und unglücklich, ja brodlos seien viele Familien, das seien aber die Polen nicht, namentlich wenn sie arbeiten wollten.

v. Lerber, Schultheiß, geht nochmals auf den Antrag des Diplomat. Departements ein und findet ihn nicht zu hart gegen das Unglud. Der Borschlag war einfach, daß man den Bolen anzeige, Franfreich ftebe jest ihnen wieder offen, und fie batten von jest an nichts mehr ju boffen von Unterflügung. Diefer Borschlag fei die gang natürliche Folge der zu Baris, Frankfurt und Solland gepflogenen Unterhandlungen, und jugleich fei er ben eignen Beschluffen und Auftragen des Großen Rathes vom 27. Juni diefes Jahres entsprechend. Damals nämlich habe man den Regierungerath beauftragt, den Polen fur einen Ausweg ju forgen, und der fei jest fur fie da, und zwar durch die Großmuth und Gefälligfeit Frankreichs ein fehr ehrenvoller. Was verlange denn der Große Rath noch mehr? Gewiß werde ber Regierungsrath alle Diejenige Schonung eintreten laffen, welche die Erreichung des Zwedes erlaube. Schlieflich bittet ber Redner, doch ja beute noch einen bestimmten Befchluß ju faffen.

Rafthofer gibt die im Anfange von Srn. Schnell angcregte Erflärung ju, daß wirklich die Antrage des diplomatischen Departements nicht fo gang übereinstimmten mit der Debrheit ber dort gefallenen Meinungen, denn im diplomatifchen Departement sei die Mehrheit deutlich gegen alle Gewaltmaß-regeln gewesen. Auch sei der Untrag des Regierungsrathes nicht in Uebereinstimmung mit dem frühern Beschlusse des Gro-fen Rathes, denn ehrenvoll habe Frankreich eben nicht gegen die Volen gehandelt. Sie hätten sich in heißen Todeskampf geworfen, um Europa vor dem Norden zu retten — und dafür habe fie das Jufte- Milieu verlassen. Wie- follten fie jest da chrenvoll leben fonnen? - Die Unterhandlungen mit dem Frankfurter Bundestag hatten noch ein traurigeres Resultat gehabt. Den dort Berfammelten schlage nämlich das Bewiffen fo, daß fie fich vor waffenlosen Leuten fürchteten, trop ihrer hunderttaufende von Bajonetten, und der Bundestag fabe es felbit gern, wenn man diese Selden mit Gewalt mighandelte. Aber Die Schweizer feien nicht die Bened'armen von Europa, und liegen fich feine Befehle geben. Die Ghre, die beilige Religion der Gaftlichfeit feien tief in unferer Bruft, und unaustilgbar.

Was die Erwähnung des Vorortes betreffe, so habe dieser und die Tagsabung in der Polensache keinertei Insinuationen, keinertei Zumuthungen zu machen, denn die Tagsabung habe nie die Polensache zu einer eidgenöfsischen machen wollen.

Und Gewalt — das sci ein furchtbar fträslich Wort! Wie ständen wir wohl an Frankreichs Granze, mit welchem Antlit, wenn wir die Polen geknebelt in ihre Sände lieferten? — D der Schande!

Das Volf — es kenne die Polen nicht, wo es gegen sie schelte. Im Jura stehe Niemand gegen dieselben auf, im Jura sei man weniger hart, weil dort kein so Schandblatt erschiene, das das Volk verderbe und aushehe, als im deutschen Theile, nämlich die allgemeine Schweizerzeitung. Und am Großen Nathe sei es, durch seine Beschlüsse und durch sein Beispiel voranzuleuchten, im treuen Gesühle der Pflicht zu stimmen. Der Gegenstand sei äußerst wichtig, ernst und groß, und wenn man ihn leicht und schnell behandle, so komme zu dem ersten Flecken (der Auslieserung Meurons) noch ein zweiter. Er stimme zur Kommission, zur Vorberathung.

Tscharner, Regierungsrath, gibt erst eine Erklärung über die Sitzungen des Regierungsrathes, und findet es dann doch nicht so natürlich, ganz unbedingte Sympathie mit den Polen zu haben. Auch sei es ein wahres Wort, daß, wer nicht arbeite, auch nicht effen solle. Das sei nicht Unbarmherzigseit, das sei Gerechtigseit, wenn er so spreche. — Man musse noch besonders darauf sehen, nicht zu viele Fremde in den Kanton zu bekommen, und namentlich habe der Regierungsrath, als vollziehende Behörde, auf die Beobachtung der Geset, also auch des bestehenden Fremdengesetzt zu sehen.

Ueberdieß gable Franfreich 200,000 Frf. Reisekosten. Ließe man die Frist vorübergeben, wer wolle dann später diese Gelder vorstrecken, denn immer könnten die Polen doch nicht bleiben? Wolle man sie aber nicht fortschieken, sondern sie hier behalten, so sei es auch Pflicht, sie zu erhalten, und das möge der Große Rath bedenken. Daher unterstütze er, statt aller schönen Worte und alles Bedauerns, den Antrag des Regierungsrathes, der mit großer Majorität gefaßt sei.

Blumenstein glaubt zwei Gesichtspunkte angeben zu muffen den sinanziellen und den polizeilichen. Finanziell betrachtet, so musse wohl die Unterstühung aus der Staatskasse bald aufbören, aber es gäbe Polen, die reich wären — nun die verzehrten ja ihr Geld; — es seien auch wissenschaftliche Männer unter ihnen — diese wurden sich schon Wirtungskreise verschaffen, sich selbst ernähren, und Wenige, die sonst noch blieben, alt und krank, für solche sei das Mitseid in und außer der Schweiz noch da. Polizeilich betrachtet, so dürsten wohl die bisherigen Fremdengesetze in Betress der Polen eine kleine Modistation erleiden, und daher die bestellte Kommission auch darauf eingehen. Noch stimme er mit Herrn Regierungsrath Jaggi, daß alle Mitglieder des Großen Nathes beim Side aufgefordert würden, zu erscheinen, sobald diese Kommission rapportirte.

Landammann überblickt die gefallenen Meinungen, findet die Anwendung der bestehenden Fremdengefege unftatthaft, jede Androhung von Gewaltmafregeln unwürdig, die Ansichten des diplomatischen Departements und Regierungsrathes freng und allzuscharf, und wenn er auch zugeben muffe, daß die Mittel der Staatskaffe nicht langer ausreichten, fo fei doch damit die Brivatbulfe nicht ausgeschlossen und der Weg zu neuen Unter-handlungen nicht abgegraben. Was aber den Vorschlag betreffe, ftatt formliche Befehle blos Aufforderungen an die Polen gu erlaffen, fo fonne er auch dazu nicht ftimmen, denn die oberfte Landesbehörde (der Große Rath) durfe fich nicht Salbheiten und Unentschiedenheit zu Schulden fommen laffen. Jedenfalls mußten Ghre und humanitat über allen andern Ruchfichten feben, und weil der Fall allerdings wichtig fei, fo stimme er auch zu einer Kommiffion, welche alle gefallene Meinungen gusammen. ftelle, neue Rapporte prufe und recht balo dem Großen Rathe Berichte und Borfcblage bringe.

Abstimmung:

Das Prafidium ift mit der Bahl der Kommiffionsmitglieder beauftragt.

Zweiundzwanzigfte Sigung.

Samstag den 14. Dezember.

(Vormittags 9 Uhr.)

Präfident: herr Landammann Simon.

Das Protofoll von gestern wird genehmigt, mehrere Vorstellungen und Bittgesuche werden angezeigt, und ein Schreiben des Regierungsraths und Sechszehner über Bahllegitimation victer Großräthe verlesen.

Landammann eröffnet, daß er in der Polensache die gewunschte Kommisson ernannt, die aber aus sich selbst ihren Prafidenten und Rapporteur ju mablen habe, bestehend aus den herren

> Blumenstein, Polizeidirektor. Lutftorf, Oberftl. Moschard, Regierungsstatthalter. Romang, Gerichtsprästent. Wäber, Oberftlieutenant.

Die Rommiffion gur Erlefung der Stimmzettel berichtete

die Wahl der Sechszehner:

br. Jaggi, Fürsprech.

" Simon , Landammann.

- " Rifli.
- " Brotie.
- " Lohner , Altregierungsrath.
- " Batichelet.
- 3 Soneli.
- Banguillet.
- " Schüpbach.
- " Robler von Rutte.
- " Bengi.
- " Miescher.
- " Otth.
- " Bourgignon.
- " Schöni von Biel.
- " Megmer , Untersuchungerichter.

Bemeindegefet.

Nach ben Abanderungen und neuen Borfchtägen bes Regierungsrathe und Sechegehner.

Landammann schlägt jur Abfürzung der Berathung vor, die Paragraphe nicht abzulefen, die vom Großen Rathe früher unverändert angenommen worden find. Darum

§. 5. (neue Ausgabe)

angenommen, ohne Ginrede.

§. 6.

"Feder Gemeindangehörige, der von der Gemeindversammlung in eine Gemeindbehörde oder zu einer Gemeindbeamtung, oder zu einer Stelle in dem Sittengerichte oder in dem Untergerichte gewählt wird, ist verpflichtet die Stelle, zu der er gewählt worden, zwei Jahre lang zu befleiden; es sei denn, daß er einen hinreichenden Entschuldigungsgrund anzuführen habe."

§. 7.

"Dergleichen Entschuldigungsgründe sind: 1) öffentliche Beamtungen, welche der Gewählte wirklich bekleidet, namentlich die Stellen des Landammanns, des Regierungsraths, des Obergerichts, des Regierungsstathalters, des Gerichtsprästenten, des Pfarrers und des Pfarrhelfers; 2) das Alter von sechzig Jahren, und 3) Gesundheitsumstände und Verhältnisse, welche es dem Gewählten unmöglich machen, öffentliche Geschäfte zu beforgen."

"Wer zwei Jahre lang eine Gemeindbeamtung, oder eine Stelle in dem Sittengerichte bekleidet, hat während der zwei folgenden Jahre das Nicht eine fernere Wahl zu einer Beamtung, oder zu einer Stelle in dem Sittengerichte von sich abzulehnen."

§. 8.

"Wenn die Gemeindversammlung, oder an ihrer Stelle der Gemeindrath, die Entschuldigungsgründe, aus denen Jemand eine Wahl abzulehnen gedenkt, nicht hinlänglich findet: so kann der Gewählte binnen der Nothfrist von vierzehn Tagen, von dem Tage an zu zählen, wo ihm dieses bekannt gemacht worden, bei dem Regierungsstatthalter, und wenn auch dieser die Enschuldigungsgründe nicht zureichend findet, von der Eröffnung des Beschulsse hinweg, binnen der Nothfrist von vierzehn Tagen bei dem Regierungsrathe Beschwerde führen."

§. 9.

"Wer sich weigert eine Gemeindbeamtung, oder eine Stelle in dem Sittengerichte oder in dem Untergerichte, zu welcher er erwählt worden, zwei Jahre laug zu bekleiden, ohne von der Annahme der Wahl losgesprochen worden zu sein, soll wie ein widerspänstiger Bogt bestraft werden. (E. 251.)

Mus §. 6 des alten Entwurfes wurde in der neuen Redaktion in vier Paragraphen getheilt, nämlich 6, 7, 8, 9, weil er sonst geworden wäre.

Schneider will fiatt "Gemeindangehörige" lieber das Wort "Gemeindgenoffen" fepen; einmal, um keinen falschen Sinn zu erwecken, zweitens, weil man schon die analoge Wortbildung babe in Sidgenoffen, Bundesgenoffen, und drittens, um in dem Gesche selbst Sinheit des Ausdruckes zu bekommen; denn in §. 54 und 55 siehe schon das Wort: Gemeindgenoffen.

Mühlemann will, daß es in §. 7 nicht heiße, wer zwei Jahre Beamter war, fann dann alle Stellen ablehnen, fondern-nur, daß er die Wiedererwählung für die felbe Stelle ausfchlagen durfe.

Moschard beschwert sich bei §. 7 über den Entschuldigungsgrund, welchen eine Pfarrbeamtung geben sollte für die Nichtannahme einer Stelle als Sittenrichter. Regierungsrath und Sechstehner hätten dazu keinen Auftrag gehabt, im Gegentheil sei beschloffen worden, die Pfarrer "von Amtswegen" zum Sittengericht zu thun.

Ticharner, Rapporteur, bittet den Redner, die Deliberation über diesen Bunkt zu verschieben bis zu dem Paragraphen, welcher vom Sittengerichte handele. Dort hätten es nämlich Regierungsrath und Sechszehner nicht zuläsig erfannt und gegen die Verfassung, wenn man die Wahlfreiheit der Gemeindenbeschränkte, und dem Pfarrer im Voraus eine Stelle sicherte. §. 29 werde das näher beleuchtet.

Blumenfiein antwortet dem Grn. Mochard, daß Regierungsrath und Sechszehner allerdings das Recht hatten, neue Unträge und Veränderungen vorzuschlagen.

May, Staatsschreiber, sagt, daß der §. 6, wie er hier sei, nicht auf den Leberberg passe, da dort noch keine Sittengerichte seien. Im §. 7 tadelt der Redner in Nummer 3 die Worte "öffentliche Geschäfte" als zu allgemein. Jemand könne doch Nachtwächter, Bannwart werden, als solcher besorge er öffentliche Geschäfte, und doch könne ein solcher in Verbältnissen leben, die ihm eine Wahlannahme unmöglich machten. Auch seien noch Ungenauigkeiten in der Redaktion der §§. 6, 7, 9, denn die in einem Paragraphen angenommene Aufzählung der Beamtungen sei in dem andern lückenhaft und unvollständig.

Nomang, Gerichtspräsident, findet in §. 7. das Alter von 60 Jahren nicht passend als Entschuldigungsgrund, und wünscht diese Nummer wegzulassen, dafür in Nummer 3 statt "unmöglich machen", zu sagen: erschweren.

Wütrich fragt, wie man denn alle die nöthigen Beamtungen besein wolle, wenn es jedem nach zwei Jahren erlaubt sei, alle Nemter auszuschlagen. Er schließe sich daher an orn. Mühlemann an.

Abstimmung:

 Heber §. 7.

Wer die Deliberation, wie sie herr Mochard anregte, verschieben will bis zum Sitttengericht? . einstimmig. Wer Nummer 3 so ändern will, daß es nach "Verhältnisse" beist: welche den Gewählten verhindern, die Geschäfte der betreffenden Stelle zu besorgen. . Mehrheit. Wer das Ausschlagungsrecht nach Mühlemanns Vorschlag auf ein und dieselbe Stelle beschränken will? . Mehrheit.

§. 8. 9.

Angenommen (ohne Ginrede).

§. 10.

Bor das Wort "betheiligt" noch "perfonlich" zu feten, ward als Pleonasmus erfannt, ohne Einrede.

§. 11.

Rnechtenhofer vermift, daß das Protofoll "an demfelben Tage" folle gutgeheißen werden.

Zahler glaubt, daß diefer Bufat in vielen Gemeinden unausführbar mare, fchon megen etwaiger Redaftionsverbefferung.

Mublemann findet es nicht gut, wenn im Protofolle "Einschaltungen" gestattet find. Sabe man etwas vergessen, so fonne man Nachtrage machen, denn ein Protofoll sei fein bloges Konzept, sondern es habe Beweiskraft.

Man findet es unmöglich, das Protofoll gleich in der Sigung auszufertigen, und tadelt die Redaktion, insofern das "eingebundene, folitrte Buch" das eigentliche Protofoll sein follte, dagegen das Wort "Protofoll" (Zeile 5) heißen sollte: der Aufsatz oder das Konzept.

Schnell sieht die Sache gerade umgekehrt an. Das Protokoll sei das erfte Niedergeschriebene, sei eben das Konzept, dieses sei von der Behörde zu genehmigen, und darauf in ein eingebundenes, folitres Buch einzutragen. Das sei so deutlich, daß es ibm leid thue, den Herrn Staatsschreiber der Nepublik darüber zurechtweisen zu muffen.

Tscharner, Rapporteur, stimmt mit seinem Praopinanten und erklärt daraus auch, daß Einschaltungen allerdings statthaft seien, indem eben jedes Konzept, jeder Auffaß Verbesserungen erleiden könne. Nur sei alle Einschaltung 2c. auch, wie es der Paragraph erfordere, zu unterschreiben.

Anechtenhofer nimmt feinen obigen Antrag zuruck. Er habe, fagte er, nicht vermuthen können, daß es Gemeinden gebe, wo man etwas langfam und behutfam arbeite: Natürlich gerade in dem Grade langfamer, als man länger in Wirthshäufern fiße. Angenommen (nach dem Entwurf).

§. 12.

Watt wunscht, daß die Gemeindsreglemente fich ausfprechen, wer denn eigentlich die Burgergüter zu genießen habe, ob bloß Männer, oder auch die Weiber, oder bloß die eigenes Hauswesen haben, und wie die Genusse zu beziehen seien ze.

Ticharner widerspricht bier, denn es feien bier feine Beftimmungen zu fanktioniren, die das Eigenthumsrecht berühren. Angenommen (mit Sandmehr).

Berhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Bern, den 18. Dezember 1833.

(nicht offiziell.)

Dreiundzwanzigfte Sigung.

Montag, den 16. Dezember.

Präfident: herr Landammann Simon.

Genehmigung des Protolles vom Samstage.

Johannes Egger, Shedispensationsbegehren; ein Schreiben bes frn. Lüthard lehnt die ihm übertragene Stelle im Baudepartement ab.

Gemeindegeseth (neue Ausgabe). Zweiter Titel. Sinwohnergemeinde.

N. 13

"Wer das Stimmrecht an der Einwohnergemeinde ansüben will, muß eine der nachfolgenden Bedingungen nachweisen:

- 1) Gin Grundeigenthum, welches in dem Gemeindbezirfe gelegen, und wenigsfens breihundert Franken werth ift.
- 2) Den Bestand eines Pachts oder einer Miethe in dem Gemeindbezirke, für welche er einen Jahrszins in Geld oder in Naturalien von wenigstens einhundert und zwanzig Franken bezahlt, oder ein Ausnießungsreckt, das auf einem Privateigenthume haftet, von diesem Ertrage.
- 3) Ein Forderungsrecht von wenigstens fünfhundert Franken, für welches ein in dem Kantone gelegenes Grundpfand haftet, oder ein in dem Staatsgebiete gelegenes, bezahltes Grundeigenthum von diesem Werthe.
- 4) Das Sigenthum von Beweglichkeiten, die in dem Gemeindbezirke liegen, und in der schweizerischen Mobiliarversicherungsanstalt wenigstens um zweitausend Franken auf seinen Namen versichert sind.

Ueberdies fonnen an der Ginwohnergemeinde das Stimmrecht ausüben :

- 5) Unabgetheilte Söhne von Aeltern, welche in dem Gemeindbezirfe ein Grundeigenthum von einem Werthe von viertaufend Franken besithen, die bei ihren Aeltern wohnen, und die in dem §. 4 angegebenen Sigenschaften haben.
- 6) Diejenigen, von denen nach den bestebenden Gesehen Telsien gefordert werden, in Betreff der Ausschreibung dieser Tellen, und alles dessen, was sich darauf bezieht."

Mühlemann bemerkt bei No. 3, daß der Zusat von einem "in dem Staatsgebiete gelegnen, bezahlten Grundeigenthum", am besten wegfallen solle, und versucht zu zeigen, daß No. 6 gar nicht ausstührbar wäre, da alle, die nur den geringsten Besit in einer Gemeinde hätten, in gewissen Fällen wohl tellpstichtig wären, aber dadurch unmöglich dürften stimmfähig werden, wenn sie nicht auch Sinwohner wären, daher ein Zusat der Art durchaus nöthig. In §. 15 tadelt der Redner, daß ed von Bevormundschafteren heiße: dürfen sich vertreten lassen, statt: müssen vertreten werden. — An der ganzen Redattion tadelt Hr. Mühlemann, daß sie nicht recht zu leichtem Ueberblick sühre, und man eine bessere Klassisstation der Stimmfähigen ausstellen könnte durch Sintheilung derselben in Kantonsbürger

und sonft noch anderweitig Berechtigte. Aus §. 13, 14, 15 benft der Redner zwei zu machen.

Landammann ftellt nun die Frage, ob man nach dem Borfchlage des hrn. Mühlemann oder nach dem neuen Entwurfe abstimmen folle.

von Lerber, Schultheiß, findet es im allgemeinen Intereffe, daß dieß Gefet jest bald erscheine und bittet, mit der Behandlung des Entwurfes fortzufahren, auf daß nicht neue Verzögerungen einträten.

Nach geschehener Umfrage und Abstimmung ergab sich, daß eine Mehrheit von 84 Stimmen für die Behandlung des Entwurfes war, dagegen nur 14 Stimmen für die vorgeschlagene Eintheilung des herrn Mühlemann.

Der Eingang und Nr. 1 und 2 bes §. 13 ward fo mit dem Sandmehr angenommen.

In Nr. 3 greift Hr. Belrichard das Wort "bezahmes" an, als nicht ganz der franz. Nebersetung entsprechend, und meint, ob es wohl heißen solle: schuldenfreies.

Mühlemann knüpft an dieselben Worte die Semerkung, daß wenn es schuldenfrei heißen solle, man unterscheiden müsse zwischen Eigenthum, woran schon 500 Franken abbezahlt seien, und solchem, was ganz frei wäre, und etwa bloß 500 Franken werth.

von Leeber, Schultheiß, findet folche Unterscheidung unftatthaft und vertheidigt die Redaktion.

Wäber, Oberstlieut., ist auch des kleinlichen Veränderns müde. Man könne nicht für Jedermann eine eigene Redaktion machen und der Entwurf sei klar. Habe Jemand ein Grundeigenthum von 100,000 Franken, und auch erst 500 Franken daran bezahlt, so sei sein Grundstück nicht schuldenfrei, und der Bester doch stimmfähig.

Abstimmung:

Für den Entwurf, mit der Redaftionsverbesferung, ju fageu: "ein im Staatsgebiete gelegenes. Grundstück, an deffen "Rauffumme 500 Frk. abbezahlt find." Ginfimmig.

Mr. 4 ward angenommen ohne Einrede.

Nr. 5 ift ganz neu, und wird von Srn. Zahler angegrif, fen, weil man nach §. 4 "eignen Rechtes" fein muffe, unabgetheilte Söhne aber gewöhnlich noch unter den Eltern und teren Obhut feien. Man folle daber hier eine Bestimmung und Erflärung geben über den Begriff.

Wyß, Regierungsrath, zeigt, wie klar jeder Gemeinde das in diefer Nummer angegebene Verhältniß sei. Man solle nur nicht immer buchstabiren und glauben, daß man in den Landgemeinden auch lesen und verstehen könne. Vieles mache sich leicht und ganz von selbst, daher er den Entwurf anrathe.

Abstimmung:

Für den Entwurf . . . entschiedene Mehrheit. Für gefallene Meinungen . . . 14 Stimmen.

Ar. 6. Hier wird der Antrag des Hrn. Müblemann wieder hervorgehoben, daß nur folche bei Tellversammlungen stimmen dürften, die wirklich in der Gemeinde wohnen, und herr Mühlemann will diese Aummer nach "werden" schtießen, und den andern Theil "in Betreff der Ausschreibung der Tellen" zu

§. 15 feten, wo am Ende gefagt fei, daß man nicht in der Gemeinde zu wohnen brauche.

Abstimmung:

Für diesen Antrag, mit folgender Redaktion der Ar. 6: "diejenigen, welche in der Gemeinde wohnen, von denen ze." und nach werden ein Punkt. große Mehrheit.

§. 14.

"Kantonsburger, welche sich nicht durch die Eigenschaft als Grundeigenthümer (§. 13 Rr. 1 und 5), oder als Tellpstichtige (§. 13 Rr. 6), sondern durch eine der Bedingungen zu der Ausübung des Stimmrechtes zu legitimiren gedenken, die unter Rr. 2, 3 und 4 des §. 13 angegeben sind, mussen bescheinigen, daß sie seit Jahresfrist diese Bedingung haben, und eben so lang in dem Gemeindbezirke angesessen seien, und Schweizerburger aus andern Kantonen mussen, neben der erforderlichen Bedingung, noch einen Aufenthalt in dem Gemeindbezirke von wenigstens zwei Jahren nachweisen."

May, Staatsschreiber, bemerkt in Sinsicht der in diesem Paragraphen erwähnten Sinweisung auf die Ar. 2, 3 und 4 des §. 13, daß man nur immer schwer ermitteln könne, wie lange einer diese Bedingungen habe, wie lange einer Pacht oder Miethe bezahle, wie lange einer ein Forderungsrecht habe u. J. w. Daher sei es nicht einzusehen, warum hier gefordert werde, man "müsse bescheinigen", daß man seit Jahresfrist diese geforderten Bedingungen habe, sondern es sei hinreichend, zu bescheinigen, daß man seit Jahresfrist "in dem Gemeindsbezirke angesessen sei."

Jaggi, Regierungerath, widerspricht feinem Praopinanten und besieht auf dem Entwurfe, weil gerade in der fraglichen Bedingung eine nothwendige Burgschaft liege.

Landammann macht darauf aufmerkfam, wie jeht die Worte: "oder als Tellpflichtige (§. 13 Nr. 6)" wegkallen mußten, weil diese hier von der Bedingung des Wohnshes ausgenommen seien, und wir in Nr. 6 des §. 13 gerade so eben die Bedingung des Wohnshes an die Stimmfähigteit der Tellpflichtigen geknüpft hätten.

Abstimmung:

§. 15.

"Die Eigenthümer von Grundstücken von einem Werthe von dreihundert Franken, die in dem Gemeindbezirke liegen, können, wenn sie des Stimmrecht nicht felbst ausüben, sich bei Gemeindversammlungen, an welchen Tellen erkannt werden, durch Beauftragte vertreten lassen, welche die in dem §. 4 angegebenen Eigenschaften haben. Rein Beauftragter darf mehr als eine Trimme abgeben. Eigenthümer von Grundstücken, welche unter Vormundschaft siehen, und von der Gemeinde nicht besteuert werden, dürfen sich durch ihre Vormünder vertreten lassen. Die Grundeigenthümer, welche nicht in der Gemeinde wohnen, müffen, wenn sie ihr Stimmrecht ausüben wollen, in dem Bezirke derselben einen Wohnst vorzeigen."

Mühlemann wünscht nachdrücklich, daß hier für die Bevormunderen und deren Vertretung durch eine bestere Bestimmung gesorgt werde, als durch das bloße Wort: dürfen sich vertreten lassen. — Dann wünscht der Redner, daß bei den Tellgemeindversammlungen nur solche simmen dürfen, welche Tellen zahlen. Diesen solle dann auch, wenn sie, wie §. 13 N. 6 vorschreibe, in der Gemeinde wohnten, Rechnungen, Vücher und Alles offen siehen. In diesem Sinne schlage er daher eine Acnderung der Redaktion vor.

Serrenschwand, Regierungsrath, vertheidigt den Entwurf und wünscht nicht, daß die Vertretung durch Vormünder obligatorisch werde, doch gibt er zu, daß, wenn es sich um Tellen handle, nur die Tellenden mitstimmen dürfen, alle andern ausgeschlossen seien.

Buß, Regierungerath, zeigt, wie das Gefen ichon zwei Bedingungen fordere, nämlich den Wohnfin und bas Grupdeigen-

thum, nun könne man nicht noch eine dritte Forderung machen. Und nun gar ein Unterschied zwischen solchen Gemeindversammlungen, wo Tellen erkannt werden und andern, das führe zu Verwirrung. Wie viele Gemeinden wolle man denn auffiellen in einer Gemeinde? Der §. 13 handle von der Stimmberechtigung, dieser Paragraph aber von dem Rechte, Undere zu beauftragen. Von nichts Underm könne hier die Rede sein, und eigne Tellversammlungen seien als unstatthaft erwiesen. Daher will hier der Redner keine andere Underung aufftellen, als, daß nicht bloß Sigenthümer von Grundstücken 2c. sich können vertreten lassen, sondern alle in §. 13 Erwähnte.

May, Staatsschreiber, vermißt hier das allgemeine Geset, welches die Tellpflichtigen bestimme. Vorher, che von Stimmberechtigung für Tellbezüge könne die Rede sein, müßten wir eine Verordnung über alle die haben, welche im Falle seien, zu tellen. Es sei aber bis jest noch nichts darüber statuirt, es feble ein allgemeines Tellgeset.

Jaggt, Regierungsrath, meint, daß die Sinwohnergemeinde, wo sie die Pflicht habe, für die Versorgung der Armen
zu sorgen, auch zu Tellen schreiten dürfe. Sin neues Geset werde bald das Tellwesen auf neue Weise ordnen und dieses Gemeindsgesetz dann nicht mehr in Ungewisheit sein, wer telle, wovon man telle re., da die Tellbestimmungen viel allgemeiner werden würden. Jedenfalls sei es recht, daß, wo Tellen erkannt würden, alle Tellpflichtigen entweder selbst oder durch Beauftragte stimmen dürften.

Abstimmung:

Wer die Ansschließung der Nichtbeitragenden will 7 Stimmen. Wer abstrahren will . . . entschied. Mehrheit. Wer das Vertretungsrecht allen Stimmfähigen geben will : Mehrbeit.

Landammann zeigt nun, wie die Bestimmung über die Stimmberechtigung für die außerhalb der Gemeinde wohnenden Tellpstichtigen eigentlich zu Nr. 6 des §. 13 gehöre, und deswegen als neuer Beschluß vor Regierungsrath und Sechszehner gehöre, was auch einstimmig angenommen wird.

So ift in diesem Paragraphen nichts verändert, als, daß bas Bertretungsrecht auf alle Stimmfähige ausgebehnt ift.

§. 16, 17, 18, 19, 20, 21.

Angenommen ohne Ginrede.

§. 22.

"Die Sinwohnergemeinde faßt die Beschlüsse über die Gegenftände der Gemeindverwaltung, deren Beseitigung weder durch das Geset, noch durch das Reglement dem Gemeindrathe oder einer andern Gemeindbeamtung zugewiesen ift. Sie prüft die Rechnungen des Gemeindraths und der Beamten, und legt sie mit ihrer Genehmigung oder ihren allfälligen Bemerkungen dem Regierungsstatthalter zur Passation vor."

Zahler will ftatt des Wortes "Paffation" lieber feten :

Bur Ausübung der der Regierung verfassungsmäßig zukommenden Besugnisse oder Oberaufsicht, denn eine Passation sei Genehmigung, und diese musse die Gemeinde haben. Ohnehin habe der Regierungsstatthalter zur Prüfung und Passation keine Zeit.

Schneider, Regierungsrath, findet wohl Paffation nöthig, da es namentlich Gemeinden gabe, was auch Hr. Watt bestätigt, die Rechnungen vorlegten, welche gar nicht exissiren. Wohl wäre Untersuchung der Rechnungen nöthig, und wolle man diese dem Regierungsstatthalter nicht gestatten, so habe er, bemerkte Blumenstein, bester gar nichts damit zu thun, denn ein bloses Namensunterschreiben sei thöricht leere Zeitvergendung. Abstimmung:

§. 23.

"Folgende Gegenftande muffen von der Gemeinde felbft be-

- 1) Die Bestimmung des jährlichen Boranschlags der Ginnahmen und Ausnahmen (Budget).
- 2) Die Ausschreibung von Tellen.
- 3) Die Stiftung von Kirchen-, Armen-, Kranken-, Arbeitsund Schulanstalten.
- 4) Bauten, deren Roften die in dem Gemeindreglemente gu be- ftimmende Summe überfteigen.
- 5) Die Wahl und die Ergänzung des Gemeindraths und der Gemeindbehörden, deren Wahl der Gemeinde zufommt. (§. 19.)
- 6) Die Prüfung und die Gutheißung der Gemeindrechnungen.
- 7) Veräußerungen und Erwerbungen von Liegenschaften; Verminderung des Kapitalvermögens der Gemeinde, und Bürgschaftsverpflichtungen und Aufnahme von Darlehn auf den Namen der Gemeinde. Zu einem gültigen Veschlusse über die in dieser Nummer bezeichneten Gegenstände sind zwei Drittel Stimmen der anwesenden Gemeindglieder erforderlich, und die Beschlüsse zu Verminderung des Kapitalvermögens der Gemeinde bedürfen überdies noch der Genehmigung des Regierungsraths.
- 8) Die Annahme oder die Abanderung eines Gemeindreglements. Die Beschlüffe über die Annahme eines neuen, und die Abanderung eines bestehenden Gemeindreglements find gleichfalls der Bestätigung des Regierungsraths unterworfen.
- 9) Der Beschluß zu der Führung eines Prozesses, dessen Gegenfand die Summe übersteigt, die in dem Gemeindreglemente bestimmt ift, und der Beschluß zu der Beilegung eines solchen durch Vergleich oder durch Uebertragung an Schiedrichter.
- 10) Die Errichtung bleibender befoldeter Stellen, und die Beftimmung von Befoldungen.
- 11) In denjenigen Gemeinden, wo Armentellen erhoben werden, die Entscheidung der Frage: ob gegen eine Burgerannahme bei dem Regierungsrath Einspruch gethan werden solle (§. 50, Nr. 11)?"

Eine Bemerkung des hrn. Mai, daß es in Nr. 7 nicht beißen durfe "Darlehn", sondern Unleben, ward richtig befunden, und mit dieser Nenderung der Artifel

angenommen.

Noch wird bei Rr. 11 ein Zufat erwähnt vom Grn. Rapporteur, der blos aus Gile vergeffen worden fei.

"Dies Sinspruchsrecht bleibt in Kraft 90 Tage von dem Tage der amtlichen Bekanntmachung der Aufnahme eines neuen Bürgers an gerechnet."

Wüthrich will bei Rr. 11 nur feten: die Unnahme neuer Burger, denn es gabe Gemeinden, wo die sogenannten Sinterfaffen fast alle Urmenpflege übernehmen mußten, und da sei so ein weitläufiges, fostspieliges Recht des Ginspruchs, solch ein Beto nicht genug. Die Sinwohner mußten bei Burgerannahmen gleiche Stimmberechtigung haben, wie die Burger.

Abstimmung:

Für den Entwurf (mit dem Zufan des herrn Rapporteurs) Mehrheit.

§. 24, 25, 26.

(Angenommen ohne Ginrede.)

§. 27.

"Dem Gemeindrathe liegt, neben der Beforgung der Angelegenheiten, welche ihm die Sinwohnergemeinde zu übertragen gut findet, indbefondere ob:

- 1) Die Handhabung der Ortspolizei, in so weit dieselbe nicht durch Gesetze und Verordnungen einer Regierungsbehörde oder Beamtung übertragen ist. Es ist dem Regierungsrathe überlassen, die daherigen Rechte den einzelnen Gemeinden nach den in ihrem Reglement enthaltenen Verlimmungen, innerhalb der Gränzen der Verordnung vom 12. Wintermonat 1832 seitzusehen. Diese Verordnung, welche einstweilen für die Stadtgemeinden in Kraft bleibt, soll diesem Gesetze beigedruckt werden.
- 2) Die Beforgung des Schulmefens, infomeit dasfelbe nicht andern Stellen übertragen ift.
- 3) Die erste nothwendige Fürsorge für bulflose Einsagen, welche durch Zufälle verunglückt sind, auf Untoften der Gemeinde derfelben, und für franke Landesfremde und Heimathlose auf Untoften des Staats, mit der Verpflichtung, den Vorfall den betreffenden Behörden ohne Säumnis anzuzeigen.
- 4) Die Bermaltung des Bermögens der Ginwohnergemeinde, mit der Berpflichtung, berfelben darüber Rechnung ju legen.
- 5) In denjenigen Gemeinden, wo die Verpflegung der Armen und das Vormundschaftswesen nicht der Burgergemeinde obliegt, die Vesorgung der Armen und das Vormundschaftswesen (§. 51).
- 6) Die Borkehrungen zu der Leiftung der Militärlaften, Ginquartirungen, Fuhrungen und Lieferungen anderer Art, welche der Gemeinde obliegen."

Buß, Regierungsrath, findet in diesem Geset feine Norm für die Beamten, feine Bestimmung des Umfangs der Ortspotizei, teine spezielle Angabe der Leistungen derfelben, darum wünscht der Redner, den §. 9 zu neuer Redaktion zurückzusenden. Der Entwurf entspreche gar nicht den im Großen Rathe gefallenen Meinungen, und Regierungsrath und Sechszehner hätten gar feine Rücksicht genommen auf die ihnen gegebenen Aufträge.

Mühlemann findet den Entwurf ganz gegen Erwartung. Jene Verordnung vom 12. November 1832 bezöge sich blos auf größere Städte, und sei demnach nicht allgemein ausführbar. Den Regierungsstatthaltern könne man die Ortspolizei nicht aufbürden, und eben so wenig den Gemeinderäthen sie entziehen. Viel leichter beforgte die Gemeinde die Polizei selbst, und viel bester und williger würde Alles von Statten geben.

von Lerber, Schultheiß, weist auf die Verschiedenheit der Gemeinden hin, und schließt daraus, daß man kein allgemeines Reglement und Polizeigesch für alle zugleich entwersen könne. Darum habe man sich hier zu diesem Paragraph vereinigt, der zum Zwecke habe, nicht in Widersprüche zu fallen. Je nach den Lokalitäten solle nun die für Vern bearbeitete Polizeiverordnung ausgedehnt oder eingerichtet werden; das sei der Sinn des Paragraphen. — Dem Großen Rathe bleibe ja unbenommen, zu jeder Zeit die Polizeiordnung zu ändern, und hier komme es nur drauf an, nicht zu viel zu bestimmen. Die bereits getrossene Organisation habe sich wohl bewährt, darum stimme er zum Entwurf mit einer kleinen Redaktionsverbesseung, nämlich statt: "nach den in ihrem Reglement enthaltenen Bestimmungen," lieber zu sagen: nach den in ihr Reglement aufzunchmenden Bestimmungen.

Bantren, Regierungsrath, sagt, daß dieses Polizeigeset von hoher Bedeutung sei, und eine wichtige Stelle einnehme in dem ganzen Gemeindegeset. In dem älteren Entwurfe seien viele einzelne Bestimmungen der Ortspolizei angegeben gewesen, und jest hätten wir blos und allein eine Berordnung, lediglich eine Ordonnanz als Grundvorschrift für die ganze Polizei. Das sei nicht annehmbar. Wir bedürften ein ganz detaillirtes, ins Einzelne geheudes Polizeigeset, um den ganzen Umfang der Polizei für Jedermann zu zeigen. Die einzelnen polizeisiehen Gegenstände müßten, soweit Gemeindsbehörden sie besorgten, hier wesentlich enthalten sein, und zene erwähnte Verordnung der Regierung könne nicht ein neues Geseh unnöthig machen, denn sonst bliebe dem Gemeinderath nichts übrig, und Alles wäre dem Ermessen des Regierungsstatthalters überlassen.

Schnell, Prof., warnt vor unnöthiger Verzögernna. Gerade feine Specialitäten gehörten hieber, fondern das muffe dem Ortsreglemente vorbehalten bleiben. Ueberhaupt durfe man dem Gemeinderath hierbei nicht zu viel aufburden, und jede Oberaufficht der Regierung sei zu loben. Es sei die Polizei immer die schwache Seite der Gemeinderathe gewesen, und selten wisse man von ganz unparteiischer, tattsester Ortopolizei zu reden.

Stählt von Burgdorf schlägt vor, statt zu fagen: "Es ift dem Regierungsrathe überlassen", lieber zu sagen: der Regierungsrath ift beauftragt; und am Ende der Nr. 1, statt "einstweilen", zu sagen: bis zur Erscheinung eines vollständigen Polizeigesches. — Ein solches Gesetz gehörte aber nie in diese Gemeindeverfassung, so wenig als das Schulgesch, Bormundschaftsgesch ze., sondern nur und allein eine allgemeine Bestimmung und Hinweisung auf das Gesetz.

Säberli findet eine Aufgählung aller polizeilichen Gegenftände nöthig, denn wie Hr. Bautren meine, fei dem Regierungsstatthalter nichts oder nur wenig der Art zu überlaffen. Man muffe doch wissen, was Polizei sei und ihren Umfang kennen, die Grenzen mußten doch angegeben sein, innert deren sich die Ortspolizei bewege.

Man, Staatsschreiber, zeigt, wie nöthig es sei, die hier angezogene Verordnung doch erst vorzulegen, da grade diese Verordnung die Gegenstände bestimmen solle, welche Polizeigegenstände seien. Man dürfe doch keine Verordnung aufnehmen, die man nicht kenne, die so umfangreich sei, und doch nie einer Diskussion unterlegen habe. Wolle man der Regierung ganz freie Gewalt geben und allein ihrem Gutdünken alle Vesugnisse übergeben, so lade man sich eine hobe Verantwortlichkeit auf. Noch viel besser sei es dann, den krübern Entwurf auszunehmen und durchzugehen, als dier so eine Verordnung ungeprüft annehmen. Aus Allem gehe hervor, daß Negierungsrath und Sechszehner ihrem Austrage nicht entsprochen hätten, denn jedenfalls müsse das Gesch sagen, welche Artistel die Ortspolizei berührten. Daher stimme er zur Zurücksendung des Paragraphen.

Jaggi, Regierungsrath, flimmt mit herrn Regierungsrath Buß gleichfalls zu neuer Bearbeitung. Es fei schon das nicht recht, daß hier einmal gesagt sei, die Verordnung bleibe für Stadtgemeinden in Kraft, denn aller Unterschied höre auf zwischen Stadt- und Landgemeinden.

Tscharner, Rapporteur, bedauert, daß die Diskussion schon wieder solche Wendung nehme; noch zehn Jahre könne man so fortfahren und doch zu keinem Ziele kommen, wenn man bier ein ganz spezifizirtes Polizeigesetz verlange. — Und das Mißtrauen gegen die Regierung, sie möchte etwa ihre Gewalt mißbrauchen, das sei doch gewiß grundlos und in dem bisherigen Vetragen der Regierung nicht der Grund dazu.

Abstimmung:

Für Rr. 1 des Entwurfes . . . 54 Stimmen. Für gefallene Meinungen . . . 33 "

herr Leibundgut lehnt seine Wahl als Oberrichter in einem Schreiben an ben Großen Rath ab.

Vierundzwanzigste Sigung.

Dienstag, den 17. Dezember.

Prafident: herr Landammann Simon.

Das Protofoll von gestern wird mit handmehr genchmigt. — Ein Angug des Großrathes und Rechtsagenten herrn huner von Thun, wegen Erleichterung des beschwerenden und für Staatsbürger zu kostbaren Prozestganges. Darauf wird mit dem

Gemeindegefen, §. 27

fortgefahren, trop einiger Sinwendungen der Herren Stähli und Jäggi: daß die Nummer 1 des §. 27 doch unmöglich fo, wie fie dastebe, fönne angenommen sein, sondern bloß mit Redastionsvorbehalt. Das Präsidium beruft sich auf die Abstimmung und so:

Mr. 2, 3, 4, 5, 6.
Schneider, Regierungsrath, tadelt in Nr. 2 den Ausdruck "Stellen", da diese Bezeichnung irgend einzelne Privatangeitellte zu betreffen scheine, während doch auch Behörden, wie das Erzichungsdepartement und der Regierungsstatthalter, eine Aussicht über das Schulwesen hätten, daher er dier vorschlage: insoweit dasselbe nicht andern Behörden und Beamten gesehlich übertragen ist.

Stähli pflichtet diefem Untrage bei.

Saberli bemerkt bei Mr. 3, daß es den Schein habe, als feien Burger gang hulftos, aber

Efcarner, Rapporteur, erweist aus Rr. 5, daß diefer Einwurf ohne Grund fet.

Abstimmung über Mr. 2.

Für den unveranderten Entwurf . . . 15 Stimmen. Für die von frn. Schneider vorgeschlagene Berbefferung :

85 Stimmen.

Ticharner bemerkt, daß diefe Berbefferung gewiß feine Bollftändigfeit habe, da Richtburger (Fremde) auch Stellen befleiden fonnten, aber feine Beborden abgeben durften.

Abstimmung über Mr. 3, 4, 5, 6.

Angenommen mit Mehrheit.

§: 28.

"Der Gemeindrath stellt die der Gemeinde gestatteten Polizieidiener an, die von dem Regierungsstatthalter zu bestätigen und in Gelübd zu nehmen sind, und er bestellt, da wo es erforderlich ist, Nachtwächter."

Belrichard bittet, durch unnöthige Bemerfungen die Zeit nicht zu vergeuden.

Jaggi, Regierungerath, findet Diefen Baragraphen gu freichen, da §. 27 Rr. 1 darüber Bestimmungen habe.

Tscharner, Rapporteur, nennt es nach einer Aeußerung des Hrn. Mühlemann höchlichst zu verwundern, daß Mitglieder der Sechszehner hier ihre Bemerkungen machten, und doch bei den Sipungen des Kollegiums geschwiegen oder gutgeheißen hateten. Warum nehme man hier so viele, theure Zeit in Anspruch?

Abstimmung:

Für don Entwurf .

Mehrheit.

(Beschluß folgt.)

Berhandlungen

des

Großen Rathes Republit Bern. der

Bern, den 19. Dezember 1833.

(Nicht offiziell.)

(Schluß der vierundzwanzigsten Sinung.) Ueber das Gemeindegefen (neue Ausgabe).

Dritter Titel.

Bon den Kirchgemeind. Behörden.

Angenommen ohne Ginrede.

§. 30.

"Die Mitglieder des Sittengerichts merden von der Einmob. nergemeinde des Kirchfpiels erwählt. Bestehen in einem Rirch-fpiele mehrere Ginwohnergemeinden : fo bilden dieselben fur diese Wahl eine allgemeine Wahlverfammlung, die ihren Prafidenten und ihren Sefretar ernennt. Bei den Bahlen für das Sitten-gericht follen so viel möglich die einzelnen Gemeindbezirke oder Ortschaften berücksichtigt werden."

Ticharner, Rapporteur, zeigt, wie es gegen Verfassung und freie Wahl fei, den Pfarrer "von Amtowegen" jum Git. tengericht zu bestellen. Freilich habe dieß früher der Große Rath beschloffen, aber Regierungerath und Sechezehner hatten eine genauere und gründliche Untersuchung über diese Frage gepflogen und fich nicht damit vereinen tonnen. Namentlich fei es auch ehrenvoller fur den Pfarrer und feine Stellung im Sittengerichte gewichtvoller, wenn er frei gemählt werde.

Buß von Koppigen will dem Pfarrer nur dann die Stelle jufichern, wenn er jugleich die Aftuareftelle damit befleiden wolle.

Roth von Wangen ftimmt ju feinem Praopinanten. Schon das, daß bezahlte Aftuareftellen zu viel foften murden, mare Grund dafür, aber noch besonders murden es die Leute gar übel nehmen, und glauben, es ware feine Religion im Lande, wenn Die Pfarrer nicht beim Gittengerichte fagen.

Fetscherin nennt den Stand ehrwurdig, warnt davor, bas Miftrauen, was man mit Recht Einzelnen gebe, nicht auf den gangen Stand ju übertragen. Unfere junge Beiftlichfeit zeige bessern Geift, und schon mare die Zeit nicht mehr fern, wo wieder eine edlere Burde diesen Stand umgeben werde. Der Beifpiele feien schon viele, welche fur feine Neugerungen fprächen, er ftimme daber mit Berrn Wof.

Fäggi von Leuzigen kann sich, auch wenn er den Reden feines Vorgängers alle Rechnung trage, nicht mit der Idee befreunden, den Pfarrer "von Amtswegen" ind Sittengericht gu thun. Er stimme fur den Entwurf, der ja nicht fage, daß der Pfarrer ausgeschloffen set, sondern nur, daß er feine Borrechte babe.

Saggi, Regierungerath, will auch die Pfarrer von Amts. wegen in's Sittengericht mit bem Bufat ; fofern fie nicht vom Regierungsrath dispensirt find.

Man, Staatsschreiber, macht auf das Protofoll aufmertfam, wo mit großer Mehrheit beschloffen fei, dem Pfarrer die Stelle gu fichern, und

Steiner von Kirchberg, als Mitglied der Sechszehner, wahrt fich auch gegen den neuen Antrag, und schließt sich gang der Unsicht des herrn Roth von Wangen an. Stählt glaubt, daß viele Sittengerichte gang ihren Zweck verfehlten, wenn fein Pfarrer dabei fei. Laffe man es den Gemeinden frei, den Geiftlichen zu mablen, fo gabe das eine große Miffimmung, wenn man ihn nicht mable und felbst Gemeinden wurden irre werden an ihrem Pfarrer oder an der Regierung. Mit Serrn Regierungerath Jaggi tonne er nicht fimmen, da jebe Dispensation eines Pfarrers vom Sittengerichte auch eben fo gut eine Dispenfation vom gangen Pfarramte jur Folge haben fonnte.

Babler unterfüßt und vertheidigt dagegen den Untrag des Herrn Jaggi. Richt Unwürdigfeit sei bier ber Grund, einen Pfarrer vom Sittengerichte ju dispensiren, (benn Unwürdigfeit schließe freilich vom ganzen Amte aus), sondern andere Grunde und des Pfarrers eigenes Ansuchen könnten die Dispensation herbeiführen. Doch wolle auch er den Pfarrer jum Aftuar des Sittengerichtes machen.

Belrichard zeigt die Grunde des Regierungerathes und Sechszehner. Es wäre ja unwürdig für den Pfarrer, ihm in Boraus eine Stelle zu fichern, und folch Borrecht fei unftatthaft.

Bütrich schließt fich an herrn Jäggi von Leuzigen an. Man kompromittire die Geiftlichen durch folche Privilegien. Be- fagen die Pfarrer kein Zutrauen, fo verdienten fie keines. Was früber Berr Dberft Roch gefagt habe, bas fei freilich recht scharf gewesen, aber nicht gang richtig. Der §. 94 der Verfassung sei gu deutlich.

Watt ift gang gegen diesen Titel. Nach f. 31 der Berfafsung bore dieses Gericht auf, und bochstens gabe es noch eine Sittenpolizei. (§. 34.)

Abstimmung:

Gur den Entwurf 45 Stimmen. Für gefallene Meinungen . 61 Wer den Pfarrer "von Amtswegen" jum erften Mitglied des Sittengerichts machen will . . . 63 Stimmen. 40 Wer abstrahiren will Wer den Pfarrer von Amtswegen auch jum Aftuar machen 70 Stimmen. Wer diese Bestimmung nicht will 33

Alfo ift der Pfarrer "von Amtswegen" erftes Mitglied und Aftuar des Sittengerichtes.

Wer dem Regierungsrath das Recht geben will, den Pfarrer von diefen Obliegenheiten ju dispenfiren 20 Stimmen. von diefen Obliegenheiten ju dispensiren Wer nicht will . Mehrbeit.

Mit diesen Veränderungen ist der Paragraph an Regiemingsrath und Sechszehner zurückgewiesen.

§. 31.

"Das Sittengericht ernennt seinen Aftuar und feinen Weisbel. Die Amtsdauer derfelben ift auf fechs Jahre gefett, nachberen Ablauf sie wieder wählhar find."

Landammann macht nun auf die Aenderung aufmerkfam, die diefer Paragraph schon durch die Annahme des vorigen erslitten habe. Das Wort "Aktuar" falle weg u. f. w.

Romang, Gerichtsprafident, will die Amtedauer von feche Jahren auf alle Mitglieder ausgedehnt wissen, nicht bloß auf ben Weibel, giebt aber fpater, auf eine Bemerfung bes herrn Mapporteur, feinen Untrag gurud.

Batt zeigt nochmals, daß die Benennung " Sittengericht" unffotthaft fei, worauf

Landammann Diefen Untrag gur

Abstimmung bringt:

Wer diefen Titel zu verfassungsgemäßer Benennung an Regierungsrath und Sechszehner senden will . Einstimmig. Wer sonst für den Entwurf dieses Paragraphen ift: Einstimmig.

§. 32, 33, 34 und 35.

Angenommen ohne Ginrede.

§. 36.

"Der Regierungsrath wählt aus einem zweifachen Vorschlage, den ihm das Untergericht aus der Zahl der patentirten Notare vorlegt, den Gerichtschreiber. Das Untergericht ernennt seinen Weibel. Die Amtsdauer des Gerichtschreibers und des Weibels ift auf sechs Jahre gesetzt, noch derm Ablauf sie wieder wählbar sind."

Ein Vorschlag des Regierungsraths und Sechstehner sucht seine vorgenommene Aenderung dieses Paragraphen zu rechtfertigen. Früher hatte nämlich der Große Rath beschlossen, den Gerichtsschreiber auch durch das Untergericht wählen zu lassen.

Jaggi, Regierungerath, geht von der Ansicht aus, ben Gerichten die Wahl zu überlaffen, und kann dem Grundsate der Abhängigkeit eines Aktuars von der Regierung nicht huldigen. Dieser Grundsat sei in früheren Zeiten aufgestellt worden, weit die alte Regierung gerne manche Söhne aus der Stadt hier und dorthin angestellt habe. Daber rathe er dem Großen Rathe, bei seinem früheren Beschlusse zu bleiben.

Stähli pon Burgdorf ist derselben Unsicht. Die Wahl der Gerichtsschreiber sei ja ohnedies schon beschränkt, da sie aus der Zahl der patentirten Notare sein musse. Mache man nun lauter gute Notare, so salle die Wahl der Temeinden natürlich auch gut aus. — Und welche Freude mache es einer Gemeinde, einen bei ihr durch langjährige Dienste geprüften und tüchtigen Mann anstellen zu können. Diese Satisfaktion, einen Posten vergeben zu können, gebühre den Gemeinden.

Anechtenhofer dagegen fürchtet die zu große Abhängig- feit folcher Gerichtsschreiber vom Gerichte, wenn die Gemeinde sie mählen und absehen fann.

Romang, Gerichtspräsident, theilt diese Beforgnif nicht, denn aus dem ganzen Geschäftstreise solcher Gerichtsschreiber gebe fein solches Unterthänigkeitsverhältnif bervor. Daber stimme er gegen den nenen Enywurf, gegen die Abanderung des Regierungsraths und Sechszehner.

Tscharner, Napporteur, tritt hier von der Vertheidigung des Entwurfes zurück. Auch seine Privatansicht finde es natürlich, daß das Untergericht selbst die Wahl habe, namentlich, da solche Stelle etwas eintrage.

Abstimmung:

§. 37.

Ungenommen ohne Ginrede.

§. 38.

"Die Pflichten und Nechte des Untergerichts find in dem Gefege vom 24. Christmonat 1803 und in dem Civilgesesbuche bestimmt."

Diefer Baragraph wird jur Vervollfiändigung der in denfelsten einschlagenden Gesehe, wie Hr. Regierungsrath Jaggi und Hr. Staatsschreiber Man vorschlagen, an Regierungsrath und Echszehner jurucgeschickt.

§. 39, 40 und 41,

Ungenommen ohne Ginrede.

§. 42.

"Der Kirchgemeindrath kann Jemand mit der Verwaltung des Kirchenguts beauftragen. Die verwaltende Beborde sieht unter der Aufsicht des Kirchgemeindrathes, der die Verwaltungsrechnungen den Sinwohnergemeinden zur Genehmigung mitteilt, und sie mit den allfälligen Vemerkungen derfelben und mit feinem Verichte dem Regierungsstatthalter zur Passation zustellt.

Der Kirchgemeindrath hat das Recht, die Register des Perfonenstandes, welche von dem Pfarrer geführt werden, in dem Pfarrhause einzusehen."

Herrenschwand, Regierungsrath, kann es nicht billigen, daß nur der Kirchgemeinderath das Necht der Einsicht in die Register habe, und wünscht dieses Necht auch den Mitgliedern des Gemeinderathes gesichert.

Wh f von Roppigen geht noch weiter, und will dem Rirche und Sinwohnergemeinderath nicht blos das Recht, fondern fogar die Pflicht geben, und das Recht " Federmann."

Bütrich tadelt die bisherigen ichlechten Buchhaltungen vieler Geistlichen, ift mit der gegebnen "Sinsicht" nicht zufrieden, sondern verlangt eine Auflicht; zeigt ferner, wie dieser Theil des Paragraphen zu §. 27 als Nr. 7 gehöre, indem es eigentlich eine Sache des Gemeinderathes set, solche Bücher zu beaufsichtigen. Es sei immer schwer, hier in der Versammlung etwas über die Pfarrer zu sagen, da eine große Mehrheit sie für beilige Personen zu halten scheine, aber Menschen seien sie immer, und Geschöpfe wie andere Erdentinder, also des Jrrthums fähig und der Schwachheit unterworfen, daher müßten sie, wie alle Beamten, unter Aussicht stehen. Wo sei denn nur irgend ein Grund für das Gegentheil zu sinden?

Abstimmung:

(Der erfte Theil des Paragraphen ift angenommen ohne Ginrede.)

Bierter Titel. Burgergemeinde,

§. 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49.

Angenommen obne Ginrede.

50.

"Folgende Gegenstände muffen von der Burgergemeinde felbft behandelt, und fonnen von ihr feiner Beborde übertragen werden.

- 1) Die Bestimmung des alliäbrlichen Boranschlags der Ginnahmen und Ausgaben (Budget).
- 2) Die Ausschreibung von Tellen.
- 3) Die Stiftung von Rirchen ., Armen ., Rranten ., Arbeits- und Schulanftalten.
- 4) Bauten, deren Roften die in dem Gemeindreglemente gu bestimmende Summe überfleigen.
- 5) Die Bahl und die Ergänzung des Burgerraths und der Behörden der Burgergemeinde.
- 6) Die Prüfung und die Gutheißung der Gemeindrechnungen.
- 7) Beränferungen und Erwerbungen von Liegenschaften; Berminderungen des Kapitalvermögens der Gemeinde, und Bürgschaftsverpflichtungen und Aufnahme von Darlehn auf den Namen der Gemeinde. Zu einem gültigen Beschlusse über die in dieser Nummer bezeichneten Gegenstände sind zwei Orittel Stimmen der anwesenden Gemeindglieder erforderlich, und die Beschlüsse zu der Berminderung des Kapitalvermögens der Gemeinde bedürfen überdies noch der Genehmigung des Regierungsraths.
- 8) Die Annahme und die Abanderung eines Gemeindreglements. Die Beschlüsse über die Annahme eines neuen, und die Abanderung eines bestehenden Gemeindreglements find gleichsalls der Bestätigung des Regierungsrathes unterworfen,

- 9) Der Beschluß zu der Führung eines Prozesses, deffen Gegenstand die Summe überseigt, die in dem Gemeindreglemente bestimmt ift, und der Beschluß zu der Beilegung eines solchen durch Bergleich oder durch Uebertragung an Schiedrichter.
- 10) Die Errichtung bleibender befoldeter Stellen, und die Be-
- 11) Die Annahme neuer Burger in benjenigen Gemeinden, wo Armentellen entrichtet werden, unter Borbehalt des Einfpruchsrechts der Einwohnergemeinde. (§. 23, Nr. 11.)

Stähli greift das Zweidrittel-Spftem an in Nr. 7, und glaubt, daß Stimmenmehrheit immer hinreichend sei für die Gültigfeit der Beschlüsse. Doch geht die hohe Versammlung nicht darauf ein, und bleibt beim Entwurf.

Bei Nr. 3 findet der Redner das Wort "Kirchen" überflüssig. Kirchenanstalten seien Sachen der Sinwohnergemeinden, denn es gäbe keine eigne Religion für Burger, kein eignes Sakrament, keine eigne Burgerandacht; wozu eigne, befondere Burgerkirchen? Oder glaube man etwa, die Burger würden im Interesse der Religion Kirchen stiften, ihr Geld hergeben für allgemeine, Allen gehörige Erbauungsorte?

Ticharner, Rapporteur, widerspricht in beiden Bunften, und gibt nur in Rr. 7 die Menderung des Druckfehlers zu, fatt "Darleben": Unleben.

May, Staatsschreiber, tadelt bei Ar. 10, daß man ihn verändert habe, da er früher unverändert sei augenommen worden. hier stände es gar allgemein, daß alle Besoldungen von der Burgergemeinde müßten bestimmt sein, und das ginge nicht an. Stelle man z. B. nur auf acht oder vierzehn Tage einen Arbeiter an, so musse für dessen Besoldung schon eine Gemeindsversammlung gehalten werden. Das sei doch unmöglich der Sinn des Negierungsrathes und Sechszehner. — Doch wird die Nummer unverändert angenommen.

Ar. 11 gibt herr Rapporteur ju, daß er etwas undeutlich redigirt fei und eilig abgefaßt. Die Ziffer sage zweierlei: 1) die Annahme neuer Burger, und 2) die Beschränfung da, wo Armentellen erkannt werden; daher könne man fie in diesem Sinne ändern.

Simon, Landammann, schlägt vor, nach "Burger" ein Bunft zu feten. Dann eine neue Reihe anfangen zu laffen, mit Einschiebung bes Wörtchens: Jedoch.

Abstimmung:

Für den Entwurf des gangen Paragraphen, mit der einzigen Alenderung dieser Rebaktionsverbesserung von Rr. 11 und des Druckfehlers in Rr. 7 (Darlehn)

§§. 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58 und 59.

Bei §. 59 bemerkte Hr. Kikling, daß der Ausbruck "widerspänstig" zu hart klinge, und man ein gewählteres Wortsegen solle; doch geht die Versammlung nicht darauf ein, und alle diese Paragraphen wurden mit Handmehr unverändert angenommen.

§. 60.

"Wenn ein Gemeindbeamter, der eine Verwaltung führt, zu der Zeit, wo er Rechnung über dieselbe legen soll, weder Rechnung legt, noch seine Unterlassung genügend entschuldigt, so soll der Gemeindrath bei seiner Verantwortlichkeit ihn auffordern, binnen der Frist von sechs Wochen Nechnung zu legen."

Tscharner, Rapporteur. Diefer Paragraph ift ganz neu. Da der Gemeindrath die Pflicht hat, die Beamten zu beaufsichtigen, so wird er bei seiner Berantwortlichkeit aufgefordert, in dem hier vorliegenden Fall, die Rechnung abzufordern.

Einstimmig.

§. 61.

"Läßt ber Beamte diefe Frift verstreichen, ohne ber Aufforberung zu entsprechen, fo foll der Gengeindrath den Borfall dem Regierungöstattbalter anzeigen, und geffen den Beamten das Berfahren eingeleitet werden, welches nach Sap. 293 bis und mit

Sah. 295 gegen fäumige Bögte ftatt findet. Der Regierungs, rath wird die Unordnung treffen, daß die Berwaltungsrechnung durch Sachkundige zu Stande gebracht werde, wenn der Beamte dieses nicht felbst thun kann."

Efcharner, Rapporteur, zeigt, wie diefer Paragraph gang ben Forderungen des Großen Nathes entspreche und die früher von fen. Regierungsrath Wyß angeregten Bestimmungen enthalte.

Rifling findet nöthig, bier noch am Ende gufegen gu muffen: oder nicht will, benn es fonnten Falle geben, wo nur der Eigensinn, die Böswilligfeit der Beamten fich weigerte. Abstimmung:

Für unveränderten Entwurf .

Mehrheit.

§. 62.

"Gegen einen Gemeindbeamten, der Gelder oder Effeften, die ihm von der Gemeinde anvertraut worden, nicht auf die erfte Aufforderung von Seite des Gemeindraths ausliefert, findet das Verfahren flatt, welches durch die Sah. 296 und 297 gegen den Vogt angeordnet ift, der fich in diesem Falle befindet."

Auch diefer Paragraph ist neu, aber auch ganz nach Ana-logie der beiden vorhergehenden.

Abstimmung: .

Einstimmig.

Ohne Ginrede.

§. 64.

§. 63.

"Nach der Einführung dieses Gesetes wird jede Gemeinde bei der erften ordentlichen Bersammlung derselben bestimmen: ob sie die dermaligen Gemeindräthe und Gemeindbeamten, mit Alfsnahme der Mitglieder des Sittengerichts und des Untergerichts, für die in dem Reglement zu bestimmende Amtsdauer bestätigen, oder ob sie zu neuen Wahlen schreiten wolle? wozu sie das Recht hat."

Ift wieder neu, und provozirt durch eine frühere Diskussion über das Fortbestehen der bisherigen Beamten. Der Hr. Rapporteur zeigt, wie man bei Abschaffung desselben Rücksicht genommen habe auf alle gefallenen Meinungen, auf die, welche neue Beamte wollen und die, welche zufrieden seien, denn die Erneuerung sei-der ersten ordentlichen Versammlung anheim und freigestellt.

Tscharner, Schultheiß, zeigt, wie dieser &. im Widerspruch siehe mit dem Gesetz vom 19. Mai 1832, §. 6, denn dort sei die Amtsdauer der bisherigen Gemeindsbeamten schon festgestellt. Der Geschgeber durfe sich nicht widersprechen, man möge daber diesen Paragraphen zu neuer Nedaktion, mit Berücksichtigung des Maigeses, zurücksenden.

Jäggi, von Leuzigen, sieht davon die Nothwendigfeit nicht ein, denn der §. 65 eben unseres Gemeindgesepes bebe ja das Gefen vom 19. Mai 1832 auf.

Mofchard fieht ebenso unfern Baragraph gang allen Bedurfniffen entsprechend, indem da, wo die Mehrheit zu neuen , Wahlen schreiten wolle, fie es könne.

Tscharner, Rapporteur, findet den Sinwurf wegen eines etwaigen Widerspruchs mit dem Gesehe vom 19. Mai unstatthaft, da man schon in mehrern Paragraphen dieses Gesehes neue Bestimmungen getroffen habe und empstehlt nochmals die Annahme des Entwurfes, da er alle Rücksicht nehme, weder Alles untereinanderwerfe, noch etwaige Erneuerungen verbiete.

Abstimmung:

Für unveränderten Entwurf .

Mehrheit.

§. 65.

"Durch dieses Geset, welches am 1. Jänner 1834 in Kraft tritt, wird das einstweilige Defret über die Erneuerung der Gemeindbehörden vom 19. Mai 1832 aufgehoben. Der Regierungsrath ift mit seiner Bollziehung beauftragt. Dasselbe soll in beiden Sprachen gedruckt, durch die Austheilung an die Behörden und die Gemeinden bekannt gemacht, und in die Sammlung der Gesetz und Defrete aufgenommen werden."

Man, Staatsschreiber, meint, da wir heute am 17. Dez. noch das Gesetz behandelten, in etlichen Tagen erft die Beränsderungen vom Regierungsrath und Sechstehner bekämen, dann gedruckt und versendet werden musse; noch Niemand kenne es und doch solle es schon am 1. Jänner in Kraft treten, das sei nicht möglich und gegen alle Uebung. Es wäre schon sehr frühe, wenn es am 1. Hornung vollzogen würde.

Ticharner zieht vor, beim ersten Janner zu bleiben. Die Möglichkeit ber Leistungen sei da, daß man bis nächsten Samstag ober Sonntag mit allem Druck und Versenden fertig werde, wozu daher Verzögerung?

Abstimmung:

Für den Entwurf . . . 61 Stimmen.

Heber die verlangten Gidesformeln morgen.

Funfundzwanzigste Sigung.

Mittwoch, den 18. Dezember.

(Vormittags 9 Uhr.)

Brafident: herr Landammann Simon.

Die Entwürfe zu einer Wegeverbesserung zwischen den Dörfern Buig und Boncourt, und zu einer neuen Straße von Undervelier über Sornetan und Chetelat nach Bellelan, ersterer Durch den Weg- und Brückeninspettor herrn Lapaire, der andere durch den Großrath Watt ausgefertigt, sind in dem Saale ausgehängt.

Das Protofoll wird mit handmehr genehmigt, ein Anzug über Aufstellung von Friedensgerichten (Verf. §. 89) wird verlesen und darauf herr Doftor Schnyder von Nidau als neu eingetretenes Mitglied nach Vorschrift beeidigt.

Fünf Gidesformein.

Die für die Mitglieder des Sittengerichtes, Untergerichtes und die Gemeindbeamten (§. 20, 32, 37 und 48 des Gemeindegesets) vorgeschriebenen Sidesformeln, welche vom Regierungsräthe unterm 6. August beschlossen wurden, find in Umfrage.

Der Gid des Sittengerichtes wird bestätigt und angenommen; der des Untergerichtes findet Widerspruch. Romang, Gerichtspräsident, glaubt nicht, daß man die Mitglieder des Untergerichtes "persönlich verantwortlich" machen fonne wegen alfällig unrichtiger "Schahungen".

Berrmann, Oberrichter, vertheidigt dagegen die zu fordernde Berantwortlichfeit, weil sie sich ja bloß auf "Erene und Gewiffenhaftigkit" beziehe, nicht auf allfällige Frrthumer.

May, Staatsschreiber, findet es nicht richtig, daß die Berantwortlichkeit in der Eidesformel stebe, sie gehöre in Gesetze und Reglemente; und dann musse man ja auch den Grad der Berantwortlichkeit durch das Gesetz bestimmen. Nach gehaltener Abstimmung ergeben sich jedoch

3. Der Sid des Gemeindevorstehers, sagte herr Stähli, sollte auch etwas auf §. 48 des Gemeindegesetzes, nämlich den Burgerrath betreffend, enthalten, dagegen der herr Rapporteur bemerkt, daß der Burgerrath ja auch nur ein Gemeindevorsteher sei und daher auch der Sid für ihn genüge. Er und das Präsidium empsehlen die Formel mit der einsigen Aenderung, daß "Gemeindangehörige" besser: Gemeindgenoffen zu sagen. Ohne weitere Sinrede wird die Formel

angenommen.

4. Bei dem Side der Mitglieder des Gemeinderaths bemerte Gr. Rapporteur Tscharner, daß die Ueberschrift besser beißen murde: der Gemeinderathe, da sich der Sid dann auf alle verschiedenen (Burger- und Sinwohner-) Gemeinderathe bezöge.

Angenommen ohne Ginrede.

5. Gegen den Sid des Gemeindeschreibers fagt fr. Butrich, daß man von dem Gemeindeschreiber nicht fordern könne, "die allfälligen Auszuge aus dem Gemeindebuch durch den Borsteber unterschreiben zu laffen". Dafür hätten die Parteien zu sorgen und nicht der Gemeindeschreiber.

Man, Staatsschreiber, zeigt, wie wenig Sinbeit in den Ausdrücken (der Terminologie) des Gesetzes und der Side liege. Im Gesetze heiße es bald Manual, bald foliirtes Buch, bald Konzept und bald Protokoll (vergl. §. 11), hier aber siehe nun wieder ein neues Wort: Gemeindebuch. Was denn das sei, fragt der Nedner.

Efcharner, Rapporteur, gibt eine mit §. 11 des Gefetes harmonirende Anderung ju und fo wird auch dieser Paragraph angenommen.

Stockmar ergreift das Wort für die Bundesverfaffung. Es scheine, als bliebe der Große Rath nur bis zum
Freitag oder Samstag beieinander. Die Gegenstände für diese
Tage seien schon angezeigt, aber wie stünde es denn mit der
Bundesrevision, zu der ja selbst ein-Schreiben des Vorortes
eintade. Wolle man nach fünswochenlanger Sizung und mancherlei Debatten über diese Nationalfrage nichts entscheiden. Er
schlage vor, noch diese Woche darüber ehrenvolle Beschlüsse zu
fassen.

v. Tavel unterflüt den Redner. Es sei die Hauptfrage bei allen gebildeten Eidgenossen, wie es mit der Bundesversafung flünde. Der Borort, die öffentlichen Blätter nennten diesen Gegenstand den wichtigsten, weil das Wohl oder Webe des Gesammtvaterlandes von der Lösung dieser Lebensfrage abhänge. Bern dürfe nicht zurückbleiben hinter andern Ständen, dürfe und könne die Stimme des schweizerischen Bolkes nicht überhören, er unterflüse daher den Autrag des Herrn Stockmar zu aller Beförderung. Da auf Donnerstag dem Großen Nath beim Side geboten sei, zu erscheinen, so könne man ihm an dem Tage eröffnen, daß er für den folgenden Tag (Freitag) gleichfalls (bei seinem Side) versammelt bleiben müsse.

Schnell, Hans, Prof. Gegenstände, auf welche die ganze Schweizernation warte, seien wohl wichtig genug, daß man sie sobald behandle, wichtiger als Sidesformeln. Aber es sei einmal bei allen Regierungen der Fall, daß sie für die höchsten, idealen Güter keine Zeit fänden, so scheine es auch hier zu gehen. Gerne hätte er der Regierung von Bern die Shre gegönnt, hier als Behörde voranzugehen allen Gidgenossen und mit dem Verlangen des Volkes zu fraternisten, aber die Regierung scheine zu zögern. Gut! So werde denn auch diese Sache, wie alles Große und Heilbringende, unmittelbar vom Volke ausgehen müssen. Schon seilen von allen Seiten Aussorderungen und Sinladungen erschienen, schon werde sich das Volk versammeln und das begonnene Werk segensvoll allein vollbringen.

Landammann bittet, diesen Gegenstand, als einen unvorbereiteten, beute fallen zu lassen. Er wolle nicht faumen, die Regierung aufzufordern, etwa fünftigen Freitag oder Samstag ibre Anträge zu bringen, ohne welche vorberathene Borschäge die Bersammlung reglementarisch nicht eintreten könne.

(Tscharner, Altschultbeiß, gibt später, am Schluffe der Sihung, die Erflärung, daß mahrscheinlich funftigen Samstag die betreffenden Vorträge der Regierung erscheinen wurden.)

(Beschluß folgt.)

Verhandlungen

des

Großen Nathes der Republif Bern.

Bern, den 20. Dezember 1833.

(Richt offiziell.)

(Schluß der fünfundzwanzigsten Situng.)

Bablen.

Für die durch die Ablehnung des Hrn. Leibundgut aufs neue erledigte Stelle eines Oberrichters, schlug die Regierung die Herren Stapfer und Marti vor. Durch Ballotirung siel die Wahl auf

Brn. Grofrath Marti mit 63 Stimmen.

Gr wurde fogleich beeidigt, und dann zur Wahl eines Mitgliedes des Baudepartements geschritten, da herr Großrath Lüthard seine Erwählung ausgeschlagen hatte. Durch Ballotirung ermählt

Sr. Landammann Simon mit 57 Stimmen.

Ein Antrag des Regierungsrathes, Napporteur herr Regierungsrath Schneider, geht dabin, dem hrn. Pfarrer Roschi zu Wahlern seine verlangte Entlassung aus der großen Schultommission nicht zu ertheilen, da er einer der tüchtigsten Männer im Schulsache sei, und seine Stelle schwer zu ersehen wäre. Die h. Versammlung genehmigt den Antrag des Regierungsrathes einstimmig, und es ergeht an den hrn. Pfarrer Roschi das Gesuch, seine treuen Dienste wie bisher der Kommission zu widmen.

Brückenprojeft am Altenberg.

Ein Vortrag des Baudepartements um eine neue Areditverwilligung von 4000 Fr. zu einem schon in der Sommersitzung erkannten Brückenbau am Altenberg über die Nar bei Bern. Der Regierungsrath war in die Unsichten des Baudepartements nicht eingegangen, sondern bei dem Gr. Nathsbeschluß geblieben.

Tscharner, alt Schultbeiß, als Prästent des Baudepartements: In der Sommersigung dieses Jahres (19. Brachmonat) habe der Große Rath erfannt, eine Summe von 4000 Fr. zu einer Brücke für Fußgänger über die Nar zu verwenden. Später liesen viele Ansichten und Bitschriften ein, die Brücke so einzurichten, daß auch Feuersprizen darüber wegfahren könnten. Dazu war keine Summe bestimmt, und das Bandepartement hätte dazu wenigstens 7900 Fr. nöthig gehabt. Nun frage es sich hier einsach, ob der Große Nath diese größere Summe bewilligen wolle, oder einen Weg für Fußgänger hinreichend finde. Zweckmäßig sindet es der Redner, das Baudepartement zu unterzüßen, und die Brücke für den Fall der Noth solider zu machen. Der Regierungsrath meine freilich, man könne sich mit einer fleineren Brücke begnügen, und Andere schlügen eine Drahtbrücke vor, aber lestere käme mit allen Kosten gewiß auf 12,000 Fr.; und eine Brücke, die nicht auch für Fenersprizen sahrbar wäre, sei von weniger Interesse.

Kohler von Rütte unterflüst diesen Antrag. Nicht blod im Interesse dortiger Ginwohner, sondern auch im Interesse der Brandversicherungbanftalt sei es, eine ffartere Brücke zu machen.

Jäggi von Leuzigen konnte sich schon in der Sommersitzung nicht überzeugen, daß folche große Anstalten dort nöthig feien. Es sei doch viel einfacher, eine oder mehrere Feuerspritzen an den fraglichen Ort selbst zu bringen, als eine Brücke für allfällig zu Hülfe eilende zu bauen. Die Bewohner an der Nar

hätten alle Schiffe nöthig und Sinrichtungen von Fährgeländen; fein Mensch dächte daran, sie vom Staate errichten zu lassen. In Genf und anderen Orten würden solche Lokalunternehmungen immer von Privatleuten geleitet und gedeckt.

Watt widerspricht seinem Präopinanten. Was man an den Ufern der Nar bisher noch nicht gethan oder versäumet, das allenthalben zu unterlassen, sehe er keinen Grund. Frgendwo muffe man anfangen, mit den Mitteln des Staates große Gegenden zu unterstüßen.

herrenschwand findet den Ort gar nicht paffend für eine große Fahrbrücke; eine folche muffe man viel weiter unten anlegen, wo fie auch dem großen Publifum diene. Er stimme daber für den Antrag des Regierungsrathes, der nur eine Brücke für Fußgänger bestimme, und rathe feine weitere Bewilligung an.

Abstimmung:

Landammann macht drauf aufmerkfam, daß man aber unmöglich für 4000 Fr. auch nur eine schmale, hölzerne Brücke bauen könne, und daber der verwilligte Kredit doch nicht hinreiche.

Fäggi von Lenzigen fann dies nicht begreifen. Er erinnere sich noch gar wohl daran, wie herr Regierungsrath Wys
in der Sommerstung gefagt habe, es sei ein Plan da, nach
welchem ein Steg nur 2000 Fr. foste. Damals habe man diese Summe zu klein gefunden, und deswegen der Große Rath noch
von sich aus 2000 Fr. zugelegt. Was verlange man weiter?

Nach vielen Erörterungen, die mit mancherlei Stellen aus dem Sommerprotofolle belegt wurden, läßt herr Landammann abstimmen:

So ist für den Bau einer Fußgängerbrücke über die Nar dem Baudepartement ein Kredit von 6000 Fr. bewilligt.

Der eidgenöffische Ariegsrath

ersucht den Stand Bern, bei der Tagsahung dabin zu wirken, daß, in Betracht der fritischen europäischen Berhältnisse, und der Nothwendigkeit tüchtiger, geübter Militärs:

"eine allgemeine Instruktion des ganzen eidgenössischen Mili-"tärs angeordnet, und dazu ein Kredit von 260,000 Fr. be-"willigt, der durch skalamäßige Zuschüsse der verschiedenen "eidgenössischen Stände geliefert werde."

Das Militärdepartement gibt die Nothwendigfeit der Ausbildung aller Zweige des Militars ju, und Gr.

von Ernft, Viceprasident und Napporteur des Militärdepartements, zeigt, wie heut zu Tage im Kriege Alles auf Strategie und Taktik ankomme, wie nothwendig daher eine Justruktion sei, und wie auch Vern sich bereit erklären muse, Alles zu leisten, was man von seinem Verhältnisse zum Vaterlande fordern könne.

Der Regierung frath ift gang bamit einverftanden.

von Tavel halt es fur Pflicht der reicheren Stande, in diesem Puntte die armeren ju unterftugen, da der Gegenftand das Seil und die Unabhängigkeit des ganzen Baterlandes angebe. Bereits hatten die Stande Zurich, Luzern u. f. w. schon ihre Einwilligung gegeben, und da die eidgenöffische Rriegsfaffe einen Rredit habe von 124,000 Franken, so bleibe nur eine Summe von 136,000 Franken übrig, welche die Stände unter fich gu theilen bätten.

Imer, Major, von Neuenstadt, sieht in diesem Antrage des eibgenöffischen Kriegsrathes neben der militärischen Seite noch den politischen Bortheil , daß , wenn bei allgemein schweizerischen Infruktions - und Uebungsanstalten alle Militärs sich vereint einfänden, Patriotismus und Nationalehre viel glübender erwachen würden.

Abstimmung:

Angenommen ohne Ginrede (gang nach dem Antrage des Regierungsrathes).

Departementalgefet.

·Ein Anjug des Herrn Regierungsrathes Otth über die Verlangerung ber Defrete vom Nov. 1831 und Guli 1832 über Die Ginrichtung ber verschiedenen Departemente, ward vom Regierungerathe dem Großen Rathe jur Genehmigung empfohlen. Der Unbragfteller trug barauf an, Die Berlangerung fur zwei Sabre feftgufeben, bagegen die Anficht des Regierungsrathes mar, eine Berlangerung auf unbestimmte Beit vorzuziehen. Es fei immer Beit ju verbeffern, fobald man Fehler in der bisberigen Ginrichtung finde.

Stockmar erläutert die bisherige Organisation der Departemente und findet fie ichleppend und fur die neue Ordnung der Dinge allzuhemmend. Was die Zahl der Mitglieder betreffe, fo fei ihre Zahl allzugroß, denn funf waren hinreichend, um den Geschäftsgang zu beschleunigen. Es fei schrecklich, wie lange man auf Erledigung eines Gegenstandes marten muffe.

Rafthofer unterftust seinen Praopinanten und fügt noch bei, daß nicht bloß die Babt, sondern auch die Kompetenzen der Departemente allzu hinderlich seien. Auch er trage auf Berminderung der Mitglieder an, und wolle die Regierung gebeten baben, in der nächsten Sommerfitung ein verfaffungsgemäßes Departementalgefet ju bringen.

von Tavel findet es auch nöthig, die Kompetenz der Departemente auszudehnen und ihnen wenigstens noch das Petitions., das Klagerecht u. f. w. zu geben. Der Beranderungen feien nicht so viele und so schwierige, daber man wohl in der nachften Sommerfigung ein revidirtes Befegesprojeft vorlegen tonne.

Watt findet weniger nothwendig, eine Abanderung der Zahl ber Mitglieder vorzuschlagen, als das schleppende tollegialische Wefen in jeder Behandlung anzugreifen.

Escharner, Regierungsrath, will, wie nöthig auch Departementalverbefferungen feien, boch ben Termin bis gur nach. ften herbifipung ausgedehnt wiffen, es feien der Geschäfte und Gegenstände fo viele, daß auch der regste Fleiß sie nicht fo bald erledigen fonnte.

Ticharner, Alticultheiß, meint nicht, den Departementen mehr Rompetenz geben zu fonnen, fouft mache man fieben Regierungsrathe, fatt einen. Das Schleppende fame baber, bag oft die finenden Mitglieder die Zeit nicht ju fchaben wußten und Geder gerne Antrage machte, Bortrage bielte, auch wenn die Sache schon erschöpft fei. Was Undere schon weitläufig gefagt, murbe von Andern noch weitläufiger wiederholt, und das hemme und fperre den Lauf der Geschäfte.

Abstimmung:

Wer feinen Termin jur Verlängerung des Departementalgefeges will 12 Stimmen. Wer einen Berlängerungstermin von einem Jahr bestimmen Mebrheit.

Wer dem Regierungsrath und Sechszehnern den Auftrag geben will, in funftiger Winterfigung einen neuen Entwurf diefes Gefețes vorzulegen Mehrheit.

Sechsundzwanzigste Sipung.

Donnerstag, den 19. Dezember.

Präsident: herr Landammann Simon.

Die Wahlversammlung der Zweihundert ift einberufen, um die durch die Wahlablehnung des hrn. Kocher, Sandelsmanns, erledigte Stelle der Bierziger ju ergangen. (Berfaff. §. 43 und §. 24 des Uebergangsgefeges.)

Stimmzettel: 153 — absolutes Mehr: 77.

Bur Ballotage:

helg, Salzfaktor . 47 — 50 — 56 — 58 Stim. Kernen von Münsingen 25 — 49 — 62 — 80 "
Romang, Amtsgerichtschr. 20 — 33 — 25 — "
Herrenschwand, Hauptm. 17 — 10 — " Hr. Helg, Salzfaktor

herr Kernen von Münfingen ift somit durch das Rollegium der Zweihundert ermablt. Die übrigen Mitglieder des Großen Rathes, benen heute auch beim Gibe geboten mar, treten in den Saal ein. Das gestrige Protofoll wird verlefen und — ohngeachtet einer Bemerfung des Grn. Morell, die aber mehr die gestrigen Befchluffe megen des Bruckenbaues, als bas Protofoll betrafen - genehmigt.

Mehrere Borftellungen werden angezeigt und auf den Kangleitisch gelegt. Br. hofner von Buren, als nen eingetretenes Mitglied, wird beeidigt. Der für 1834 neuerwählte Berr Land-ammann Fellenberg eröffnet der Versammlung Die Gefühle, welche ihn ergriffen, die Gesinnungen, welche ihn befeelten, als ibm die Shre folchen Butranens der Reprasentanten der Republif zu Theil ward. Vorwärts mit rafcher Kraft, fei fein Wahlspruch, und die Realistrung des Gedankens der Republit fei sein innigstes Bestreben gewesen während seiner gangen Laufbahn feit 40 Jahren. Schließlich macht der Redner auf eine Erflärung aufmertfam, die er als Befenntniß feiner Gefinnung habe drucken laffen, und welche er den Mitgliedern des Großen Rathes auszutheilen fich erlauben werde.

Darauf wird der neue herr Landammann verfaffungemäßig

Der neue Viceprafident des Großen Rathes, Gr. Megmer, dankt gleichfalls verbindlichft, wagt es nicht, die bobe Berfammlung durch eine größere Rede aufzuhalten, da die Zeit theuer und der heutige Tag schon feine Bestimmung babe, und bittet um Nachficht und Mithulfe, wenn im Drange der Befchafte die Laft allzusehr fich baufen wolle, allzuschwer zu werden drobe. Mach feiner Beeidigung

Polenfache.

Die Bortrage des diplomatischen Departements und Regierungsrathes werden abermals verlefen. (Wir werden fie am Schluffe der Sigung mittheilen.)

Die jur Prüfung der Polenangelegenheit am 14. Dezember von herrn Landammann niedergefette Kommiffion ertheilte beute bem Großen Rathe ein Gutachten, beffen Inhalt im Wesentlichen also lautet :

- 1) Bum Behufe des Unterhaltes der im Kanton befindlichen Polenflüchtlinge (bis zum 1. Januar 1834) wird aus der Staatsfaffe noch ein Buschuf von 6000 Franken bewilligt, worans jedoch alle bis dabin fur jene Bolen von Seite des biefigen Staates eingegangenen Berpflichtungen erfüllt werden follen.
- 2) Vom 1. Januar 1834 an follen die Unterftützungen für die Polen aus der Bern'schen Staatstaffe aufhoren.
- 3) Der Regierungerath mird angewiesen, diefen Befchluß ben Polen befannt gu machen und fie alles Ernftes auffordern gu laffen, die ihnen jest durch die frangofische Regierung angebotene Belegenheit ju benupen und die Schweiz ju verlaffen.
- 4) Fernere Duldung in dem hiefigen Rantone wird nur denjenigen, jest in demfelben fich befindlichen, polnischen Flüchtlingen gestattet, welche aus eignen Mitteln oder aus freiwilligen Privatunterftugungen für ihren Unterhalt forgen fonnen, ohne dem Publifum läftig zu werden, und so lange diefelben auf feine Beife die öffentliche Sicherheit gefährden. Goll-

ten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so fallen die Widerhandelnden unter die Verfügungen der besiehenden allgemeinen Gesetze "über den Aufenthalt der Fremden" im Kanton Bern.

Bern, den 17. Dez. 1833.

Unterz.: Wäber, Präsident. Blumenstein, Moschard, Mitglieder. Lutstorf, Romang, Aftuar.

Un diefes Gutachten ichloß fich eine

Borftellung des Einwohnergemeinderaths der Stadt Biel,

worin mit Verufung auf das Geset vom 21. Dez. 1816 über den Aufenthalt der Fremden an den Regierungsrath die Vitte gestellt wird, den Polen, falls man ihnen einen ferneren Aufenthalt gestatten wolle, Aufenthaltsbewilligungen oder aber den betreffenden Gemeinden Autorisation zur Duldung derselben zu ertheilen. Fenes Geset nämlich mache (§. 26) die Gemeinden für alle Fremden, welche ohne Autorisation sich in' denselben aufhalten, verantwortlich, ja bestimme noch insonderheit (§. 37), daß solche Fremde, wenn sie ihr Heimathsrecht versoren haben, den betreffenden Gemeinden zur Duldung und Versorgung anheim fallen. Eine solche Verantwortlichseit könne aber der Gemeinderath von Viel nicht übernehmen.

Biel, den 16. Deg. 1833.

Namens des Gemeinderaths, der Bizepräftdent: (sig.) Huber Berdan; der Sefretär: (sig.) Fried. Moll.

In Abwesenheit des herrn Schultheißen und Präsidenten bes diplomatischen Departements, von Lerber, rapportirt herr

Tscharner, Altischultheiß: Dem Regierungsrath habe in seiner großen Mehrheit der fernere Aufentbalt der Bolen bedentlich geschienen, eine längere Unterstühung aus der Staatskasse unmöglich, für das Publikum allzutästig, und darum habe er den Beschluß gefaßt, nach Anhörung des Vortrags vom diplomatischen Departement, dem Großen Rathe diejenigen Anträge darüber zu machen, welche bereits bei der ersten Behandlung seinen mitgetheilt worden. Der Regierungsrath habe dies, in Betracht der außerordentlichen Umfände, für seine Pflicht gehalten, um aller Verantwortlichseit überhoben zu sein. — Schließlich bemerst der Redner, daß er im Regierungsrathe zur Minorität gehört habe, und auch diese seine Privatansichten, welche anders wären, als der Antrag der Regierung, mittheilen wolle, wenn er es im Laufe der Diskussion erforderlich fände.

Blumenstein, als Napporteur der Spezialkommission in der Polensache, sagt, daß die Kommission sich alle Mühe gegeben babe, alle gefallenen Meinungen des Großen Rathes zu prüfen, aber über die Schwieriakeit der Sache nicht ganz habe binauskommen können: Die Spre des Kantons und die Hülfsbedürftigkeit der Polen auf der einen, und die Last der Staatskasse auf der andern Seite. — Wobl wäre es zu wünschen, daß Vern bei seiner Großmuth auch größere Mittel hätte, denn Sympathie fordere uns auf zur Hülfe, aber der Kanton selbst zähle bei 40.000 Arme, für welche der Staat kast nichts thun könne. Nun habe man aber für die Haus- und Staatsgenosen die nächste, die natürlichste Pflicht, und so lange deren Noth noch nicht gehoben sei, könne man für Fremde nichts thun. Das habe die Kommission überlegt, sie babe es aber auch nicht außer Acht gelassen, welche Männer die Polen seien, welche Krümmer eines kämpfenden Volkes, und darum könne sie zu seiner Gewalt aurathen. In diesem Sinne trage die Kommission darauf an, die Polen so lange und überall zu dulden, als und wo sie nicht läsig würden. In und außer der Schweiz sei die Toeilnahme sür das Unglück dieser Nation noch nicht erstorben, und wenn das Privatsomité, wie bisher mit Sister und Liebe sich der Sache angenommen, in seinen Bestebungen sortsahre, so würden immer für Einzelne Zuschüssen.

Sinner, Major, verlangt vor Allem Aufschluß darüber, ob man den Polen (denn das ginge aus ihrer Zuschrift hervor), Versprechungen gemacht. Sei das der Fall, so verlange er eine Untersuchung.

Tich arner, Altschnltheiß, gibt die Berficherung, daß von Seite der Regierung nichts der Art geschehen fei.

Kafthofer. Ihm erscheine das Wort der Polen von "Ber-sprechung" nicht so fremd, denn nicht die Regierung, wohl aber der Große Rath habe den Polen versprochen, für einen ehrenvollen Ausweg zu sorgen. Auf dieses gegebene Wort des Großen Rathes beziehe sich wahrscheinlich jene von Hrn. Sinner erwähnte Stelle in der Polenzuschrift.

Wäber ergänzt den Rapport des Hrn. Blumenstein. In Bezug nämlich auf den letzten Theil des Kommissionalantrages, der von Unwendung der Fremdengesetze spreche, habe die ganze Kommission einstimmig geglaubt, daß solch trauriger Fall nicht eintreten werde. Nachdem sie bei und alle Uchtung und Liebe gefunden, und nur unsere Kasse ihren längeren Aufenthalt nicht ertrage, so werde gewiß Keiner derselben sich so betragen, daß er ehrlos oder undankbar erscheine.

Tscharner, Altschultheiß, erklärt sich für die Anträge der Kommission, namentlich für die drei ersten Artikel derfelben. Der geforderte Kredit sei nicht zu groß, daher unterstüße er von Herzen die Anträge; ein längerer Termin sei ihnen auch zu gestatten, so wie gleichfalls für Alle, die ihren Unterhalt nachwiesen, auch die polizeiliche Autorisation des Aufenthaltes.

Gemiß habe bisher der Regierungsrath chriftlich und gaftfreundlich gehandelt und werde eben so wenig der Stimme der Menschlichkeit und Vernunft fur's Kunftige sein Ohr verschließen. Die drei ersten Artifel der Kommission möge man daher annehmen und den vierten, der von bestehenden Gesetzen spricht, dem Regierungsrathe überlassen.

Fellenberg. Als man die Polen aufgenommen, nicht wie Fremde, nein! wie Freunde und Brüder, da habe man wohl gedacht, daß ihre eigne Einsicht ihnen später sagen würde, die Schweiz sei selbst dürftig und habe der eignen Armen so viele. — Soweit dürfe ja die Gastreundschaft nicht gehen, daß man Tausende und Tausende des eignen Bolkes verderben lasse, bloß um Fremde zu pflegen. Wir seien nicht werth, Gastlichkeit zu üben, wenn wir sie so üben. Pflicht der ersten Staatsbehörde sei s, zu erklären, wir könnten nichts mehr thun, unsere Kräfte seien erschöpft. Aber die Freiheit der Polen dürsten wir nicht beschränken, weder durch Jureden noch durch Drohen, weder durch Himweisen noch durch Bestechung, sondern ihrer Wahl und ihrem Selmuthe sei ihr Ziel und ihre Bestimmung überlassen. Daher stimme er gegen alle Gewalt, stimme für nichts weiter, als daß sie unter den Gesehen, Einrichtungen und Ordnungen des Landes stünden, und zwar unter denselben Geschen, wie jeder Andere. Darum solle man die Ausnahmsgesehe, die zu ihren Gunsten gemacht seien, zurückziehen, Alles von ihnen fordern, was man von Jedermann fordere, und so würden die Polen gewiß eine neue, ehren - und segensvolle Lausbahn sinden.

Müller, Regierungsstatthalter, meint, man dürfe es nicht fakultativ machen für die Polen, ob sie dableiben wollten oder nicht. Wir wüßten aus den Erklärungen der Polen selbst, daß sie nicht fort wollten, daß sie sich auf Privatunterstügungen beriesen. Wie aber nun, wenn diese später aushörten oder nicht mehr ausreichten? Nein, beschließe man, so müsse der Beschluß verbindliche Kraft haben, darum unterstüge er den Antrag des Regierungsratbes, bloß mit dem Unterschiede, den Termin bis Ende dieses Monats auszudehnen. Läuger sei es nicht möglich, denn 36,000 Franken und noch 6000 seien wahrlich nicht wenig. Das sorgsam ersparte Geld des Staates müsse man behutsam und nicht zu fremden Zwecken gebrauchen.

Jaggi, Fürsprech, fühlt sich zu der Frage gezogen, ob, als man Abgaben ausschrieb für den Unterhalt der Deftreicher, auch dieselben Stimmen sich geäußert hätten? Und welches Recht hätten denn diese Destreicher an unsere Theilnahme gehabt?

Was den Unterhalt der Polen betreffe, fo habe er nie bafur gestimmt, daß fie aus der Staatstaffe erhalten werden fou-

ten. Die Privattheilnahme ware viel allgemeiner und fraftiger geworden, die Bolen hatten fich auch mehr mit der Bolfsstimme befannt gemacht, wenn man fie bloß den Privatleuten überlaffen hatte. Daher stimme er zum Kommissionalantrage in Bezug auf diesen Punkt.

Was aber Nr. 4 betreffe, so will ihn der Redner so modifizitt wissen, daß auch die noch geduldet würden, die z. B. frank würden, und sich also nicht mehr ernähren könnten, d. h. die "ohne ihre Schuld" Andern zur Laft fallen muffen.

Mit Sen. Altschultheiß Tscharner könne er insoweit nicht stimmen, als jener gemeint habe, die Anwendung der Nummer 4 (der Gesetz) solle dem Regierungsrathe überlassen bleiben. Das gebe nicht an, denn die Versassung verlange vom Regierungsrathe Vollziehung der Gesetz, und habe der Große Nath nichts in besondern Fällen verfügt, so dürfe die Regierung keine Ausnahme machen. Die Kommission habe Necht gehabt, darüber eine Vestimmung zu tressen, und nur solle man die obige Erläuterung: "ohne Schuld" noch hinzufügen.

Herrenschwand, Regierungsrath, wirft den Polen vor, ohne Grund ihre Waffenbrüder in Frankreich verlassen zu haben. Nicht die Politik habe sie vertrieben, sondern ihre eigene Unruhe. In Frankreich seien sie großmüthig aufgenommen und behandelt gewesen. Jeht lebten sie hier von unserm Schweiße, weil sie nicht arbeiten wollten. Es seien das gar nicht Leute, welche für die Freiheit Europa's gekämpst hätten, denn habe man je gehört, daß sie ihrem Lande eine freie Verfassung zugefagt hätten? Sie hätten nur selbst Herren sein wollen, und darum seien sie mit ihren Bauern gegen die Russen aufgestanden u. f. w.

Von dem Beschlusse des Regierungsrathes, den der Redner anzunehmen empsiehtt, damit die Polen selbst nicht noch in eine trauriaere Lage kämen, könne man überdieß sagen, daß er mit Ausnahme weniger Stimmen einhellig gesaßt sei. Man dürfe es wirklich nicht übersehen, daß ohne Hilfe der Staatskasse die Polen in Verzweislung kämen. Diese Hüsse sei unmöglich, und zu welchem Ausgange werde es sühren, wenn sie nichts mehr bätten? Vom ersten Augenblicke an habe er es sich vorgestellt, daß es so kommen werde, aber je länger man zögere, je unbestimmter man haudle, um so ärger und bedenklicher werde der Fall. Sein Sid als Regierungsrath und als Mitglied dieser hohen Versammlung, seine Psicht als Bürger erlaube ihm nicht, anders zu sprechen und zu handeln.

Morlot, Dr., will nur mit furzen Worten der humanität auch nicht vergessen haben. Gine einzige falsche, harte Maßregel könne Bern um alle seine Shre bringen, und Rechnungen seien nicht das einzige Regierungsgeschäft.

Kasthofer verliest eine Bittschrift zu Gunsten der Polen, welche die Sinwohnergemeinde von Biel dem diplomatischen Departement eingereicht hatte, und geht dann auf den Rapport des diplomatischen Departements über. Der sage, die Polen könnten sich nicht ernähren — nun frage er, wer denn den Versuch gemacht habe, ihnen Arbeit zu geben? — Er sinde ferner die Fremdengesetze erwähnt und von den Polen Legitimationsschriften gefordert, aber man habe ja die Gesetze schon übertreten zu Gunsten der Polen; es sein diese Unglücklichen ja schon über sechs Monate im Lande. Und Papiere — woher sollten diese

fommen? Bon den Ruffen — das werde doch Niemand glauben. Man kenne deren Zartgefühl.

Das Härteste aber in den Anträgen der Regierung seien die Gewaltmaßregeln. Schon einmal würde Franfreich das nicht zugeben, daß man die Polen über die Grenze wider ihren Willen transportirte, aber noch weniger das Gewissen der Redlichen. Und sollte er (der Redner) sich selber tödten lassen, so thäte er das eher, als daß er einen Gast mit Gewalt aus seinem Hause treiben ließe. Solch Blut musse schwer brennen und in jeder ernsten Lebensstunde der Geist des Mißhandelten als Gespenst durch unsere Gedanken, selbst durch unsere Träume schreiten und die Nächte schlassos machen.

Außerdem sei es nicht so, wie Gr. Regierungsrath herrenschwand gesagt habe, daß die Polen nicht für Freiheit gestritten, oder noch keine Verfassung gegeben hätten. Im Jahre 1792 sei die polnische Verfassung die freisinnigste gewesen, und nur eben jene Sünder, welche dieses Volk zerfüsselt und zerriffen hätten, hätten gleichfalls jene Verfassung, jene Freiheit umgebracht. Der Redner gesteht, daß alle seine Gefühle sich empörten, wenn man dieses Volk, welches als Opfer geblutet habe, vertreibe; er schlage daher einen andern Antrag vor:

- 1) Die bisher gereichte Gabe aus ber Staatstaffe bis jum 31. Januar 1834 auszudehnen.
- 2) Den Regierungsrath gu beauftragen, den Bolen Aufenthalt und Obdach (etwa in Staatsgebauden) gu verschaffen.
- 3) Aufforderung an das Schweizervolf und Empfehlung zu Unterflügung erlassen.
- 4) Franfreich zu bitten um Beiträge und zugleich um einen langeren Durchmarschtermin für bie Polen.
- 5) Den Regierungsrath zu beauftragen, alle nöthigen Staatsund Nationalarbeiten fogleich anfangen zu laffen, und außer den arbeitsfähigen Eingebornen besonders Polen anzustellen.
- 6) Zu diesem Arbeitszwecke einen Aredit von 100,000 Fr. zu eröffnen, und mit dieser Summe auch die Armen jener Gemeinden zu unterflüßen, die am meiften für die Polen gethan.

Zahler glaubt, es würde die Diskussion bedeutend abkürzen, wenn man jest die Frage stellen wolle, ob der Große Rath persönlich alle die Folgen übernehmen wolle, die dem Staate und den Gemeinden aus einem längeren Ausentbalte erwüchsen. Er für sein Theil könne und wolle das nicht, und er müsse an seine Pflichten denken, wie auch herr Regierungsrath herrenschwand gesagt habe. Der Staatsschaß geböre nicht dem Großen Rathe, und die versammelte Bebörde habe die Pflicht, über ihm zu wachen. Und viele Familien seien bis jest noch schlimmer angestellt, als die Polen? Zu dem somme, daß Niemand die Polen mehr wolle, daß das Land ihrer überdrüßig sei, daher müßten bis zum 1. Jenner alle Unterstühungen aufbören. Der Rommissionalantrag sei so mild, daß er sich noch vorbehalte, ob er nicht lieber zum Antrage der Regierung simmen wolle.

Biegler fprach gu leife.

Berhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern

Bern, den 21. Dezember 1833.

(Micht offiziell.)

(Schluß der sechsundzwanzigsten Sipung.) Bolensache.

Schnell, Sans, lobt die Arbeiten der Kommission, und meint blod im vierten Artifel etwas Anftöfiges ju finden. Sollten nämlich die Polen nicht fortgeben, so schien es ihm, als fielen fie den betreffenden Gemeinden anheim, als befamen Die Gemeinden alle Berantwortlichfeit. Und fei das der Sinn der Mr. 4, so sei er dagegen, und wolle statt dessen die Erklärung, daß die Gemeinden aller Verantwortlichkeit überhoben seien. So sei der Antrag human und annehmbar. — Diejenigen, welche freilich das Wolf wieder einsochen wollten, suchten bald die Polen zu verdächtigen, bald ihr Sintreten in den Kanton zu mißdeuten, aber folche Leute, selbst wenn sie im Großen Rathe fäßen, möge der himmel je eber, je lieber zu sich nehmen. Um die gefallene Meinung, ale habe man die Bolen "mit Bersprechungen gelockt", zu widerlegen, bemerkt der Redner, daß die alte Regierung sich so betragen babe, daß man gegen sie keine Söldner brauche, denn die Meinung des Volkes habe sie hinlänglich gestürzt. Ueberhaupt sollten die Leute, welche jest noch die alte Regierung lobten, unter die Erde sich verkriechen, benn man fenne deren Erfparniffe, deren Saushalt mit ber Staatstaffe. Gin einziger Ball fur Ge. Maj., den Raifer aller Reußen, habe der Staatstaffe mehr gefoftet, als bisber alle Polen; und alle die goldnen Dofen und brillanten Leuchter, welche die Ariftofraten diefer und jener Durchlaucht verehrt, fosteten mehr, als wir Sabrelang brauchten, für alle Thranen gu trocknen. Sa, aus den Seckeln, die den Staat bestohlen, und fremde, schnöde Hofgunst sich erkauft hatten, follte man das Geld nehmen für alle Dürftigen, auch für die Polen. Es wurde schon einmal Luft geben, es wurde nicht ewig die Eprannei der Könige bleiben, und nicht immer die Sitte dauern, vor dem Bilde eines Königs Abbitte ju thun. Gabe es da einmal Luft, fo anderte fich auch das Loos der Polen. — Algier fet denn doch ein furchtbares Schickfal, zu welchem er nicht stimmen könne, daber ein Fortjagen nach Frankreich hart und unmenschlich. Der Staat, habe er fein Geld, fo habe er doch Dbdach, das fonne er geben. Privatunterstützungen wurden nicht fehlen, und fo stimme er jum Kommissionalantrage, mit einer ausdrucklichen Erklärung von Mr. 4, daß die Gemeinden feine Berantwortlichfeit bätten.

Kohler, Regierungsrath, glaubt, daß die Regierung nicht habe anders handeln können, als sie gethan, denn der Buchstabe des Gesets sei da. Habe ja doch schon ansangs, als die Polen angesommen wären, der Regierungsrath dem Gesetse der höheren Nothwendigkeit Rechnung getragen, und nicht die positiven Fremdengesetse angewandt; aber in der Sommersinung habe der Gr. Nath dem Regierungsrathe den ausdrücklichen Auftrag gegeben (der Redner verliest jenen Beschluß): diese Fremdlinge auf irgend eine Weise über die Grenze zu bringen. Das sei jest so weit geschehen, daß ihnen der Durchpaß durch Frankreich offen stehe. Nun helse kein Verstecken, kein Ausweichen und keine Phrasen, sondern der Große Rath müsse Eins von Beiden erklären, entweder: die Polen müssen fort, oder: der Staat soll sie erhalten. Alles Andere führe zu nichts, und gebe der Sache seine Wendung. Feder Großrath kenne seine Pflichten, und solle darnach stimmen; aber so wie die Sache jest siehe, habe der

Regierungsrath fein Recht, die Kräfte des Landes für Fremde auszugeben Der Große Rath muffe fich bald entschließen, denn schließe Frankreich feine Grenzen, fo feien die Polen bei und eingesperrt, und dann: wohin mit ihnen? Ueberhaupt, was habe man gegen ihren Aufenthalt in England? Und frage man, ob die Polen dort aufgenommen würden, so antworte er, die Polen hatten ja auch nicht gefragt, ob man fie in der Schweis aufnehmen wolle. — Budem fet wohl zu unterscheiden zwischen einzelnen Polen und der polnischen Nation, und nicht jedem Gingelnen fomme der Ruhm gu, welcher dem gangen Bolfe gebühre. Sest die Polen nochmals aufzufordern, fet überflüssig, denn es fei bereits geschehen. 8 — 9 Monate habe der Staat und Privatleute alle Opfer gebracht, und Barmherzigfeit habe auch ihre Grengen. Der Ehre Berns und der Lage der Polen trete man durch die Beschlusse der Regierung nicht zu nabe; und wenn der Große Rath dies nur ausspreche, daß fie fort mußten, so ware Gewalt - und Zwangsmaßregel nicht nöthig. Auch fonne man Dem Regierungerathe fo viel Bertrauen fchenken, daß er nie unmenschlich bandeln, nie durch Barbarei die Ehre Berns beflecken werde. Es sei nicht von Fesseln, Augeln und Kartätschen die Rede; und da der Regierungsrath die exekutive Gewalt habe, werde er schon Mittel finden. Daber sei er gegen den Antrag der Rommiffion, weil er den Zwed nicht erreiche. Der Zeitpunkt fei foftbar.

von Ernft, Regierungsrath, ift derfelben Unsicht. Die Hoffnungen auf heimfehr, welche fich die Polen machten, feien eitel, und leider fei Rufland ftarter als je. In Algier oder Egypten fände ihr Muth ein neues, weites Feld.

von Tavel, Regierungsrath, warnt davor, den Kopf allein sprechen zu lassen, und das Herz dem Mittelde zu verschließen. St habe Herr Regierungsrath Kohler wohl sehr beredt davon gesprochen, daß die Polen fort müßten, scheine auch zu glauben, daß sie auf die erste Austorderung gehen würden, aber bedacht habe er wohl nicht, wozu Verzweislung treibe; und wie stünde man denn? Nein! die Ansichten und Anträge der Kommission seien gut, dis auf Nr. 4. Da geböre wirklich ein Zusah hin, wie ihn Hr. Pros. Schnell verlangt habe, auf daß die Gemeinden keine Verantwortlichseit mehr hätten. — Sine abermalige Ausstorderung sei doch nicht unnüh, und namentlich sei zu Gunsken dieser Unglücklichen noch lange nicht genug geschehen, um die Shre der Nepublik unbesieckt zu erhalten. Sanz gegen seine Gesühle sei gesagt, die Last noch lange tragen, als zu solcher Waßregel rathen. Die, welche kein Vaterland hätten, in die ferne, fremde Welt hinaussosen, das sei kalt, kälter und gesühlloser, als er sein könne und sich zu sein erlaube. Darum stimme er zur Kommission mit Aenderung von No. 4.

von Wattenwyl spricht, wie schon frühere Redner, hauptfächlich gegen halbe Maßregeln, schreibt die Unfolgsamkeit der Polen dem Comité d'honneur zu, welches deren freie Wahl gefangen halte, sindet es jedoch gut, sie nochmals und zwar auf Geheiß des Großen Nathes auffordern zu lassen. Der Kommissionalantrag sei gut, denn wohl verdiente ein Unglück, wie es die Polen verfolge, solche zarte Behandlung, solche Schonung. Aber das eigne Wohl der Polen erfordere ihre Entfernung, und daber solle der Große Nath eine ernste, würdige und lehte Extlärung erlaffen. Daß das Wolf die Polen nicht wolle, wenigstens der deutsche Theil nicht, das mußten die Polen selbst fühlen, denn sonft wären fie ja vertheilt, und nicht allein in Burgdorf.

Geiser, Regierungsrath, munscht innigft, keinen Beschluß zu fassen, der nicht vollzogen werde. In diesen Fall aber könne man kommen, wenn man ein so nah gelegenes Datum bestimme für die Entsernung der Polen. Gewiß werde der Regierungs-rath alles thun, was Ehre und Gefühl erheischt.

(Wegen der ju großen Entfernung und des vielen Geräusches im Saale war es dem Redakteur nicht möglich, den Redner gang zu versteben.)

Schließlich stimmt der Redner ju Brn. v. Tavel.

May, Staatsschreiber, erwähnt als einen Gegenstand von großer Wichtigkeit des vorörtlichen Schreibens und verliest den Schust desselben, wornach aller und jeder Vorwurf von der Eidgenossenschaft weg = und auf den Kanton falle, wenn allstiger Schaden aus dem längern Aufenthalt der Polen erwachse. Dier im Saale sei freilich eine Stimme gefallen, daß die Tagsfahung in dieser Sache nus nichts zu sagen habe, ja daß dadurch, daß sie die polnische Sache nicht zu einer eidgenössischen gemacht, das Schweizervolf infamiert worden sei, aber solche unverständige Acuserung sollte nicht ungerügt in diesem Saale verhallen. Darum trete er hier mit dagegen auf.

Grimm von Burgdorf appellirt an den Selfinn der Polen selbst, daß sie die Schweiz mit Europa in feinen Konflift bringen möchten. Es könne die Polensache vielleicht noch die schweizerische politische Existenz gefährden und uns in einen gefahrvollen Krieg verwickeln. — Das Comité d'honneur habe mancherlei Vorwürfe verdient, ja selbst mit den Zuschüsen sei es nicht auf unpartheiische Weise versahren, daher sei dieses zuerst aufzulösen, dann die Subsidien zurüczuziehen und sie auf Frankreichs ehrenvolles Anerbieten aufmerksam zu machen, so wie es die Kommission meine.

Saag tadelt die Polen, daß fie gegen Franfreich undantbar gewesen seien, fiudet gleichfalls die Mittel des Staates ju gering und stimmt jum Antrage des Regierungsrathes.

Küpfer, alter, möchte darin kein Lob suchen, die abgetretene Regierung, die jeht todt sei, so über alle Maßen herabzusehen. Was aber die Polen betreffe, so stimme er zu dem Antrage der Regierung, doch sei möglichste Schonung zu empfehlen.

Blumenstein zieht aus all den gefallenen Meinungen, daß wohl die Mehrheit für die Kommissionalanträge war, nur habe der Artistel 4 etlichen Anstoß gegeben. Als Rapporteur glaube er daher noch einen Zusaß vorschlagen zu können, nämlich: der Regierungsrath (dem er, wie er jest zusammengesett sei, alles Zutrauen schenke) solle beauftragt sein, wegen solcher Polen, die ohne Schuld dablieben, (gezwungen wären, dableiben zu müssen), in Bezug auf Legitimationsschriften eine Ausnahme zu machen.

Stähli von Burgdorf stimmt zu den drei ersten Rummern der Rommission, und schlägt fatt der Rummer 4 zwei Alenderungen vor:

- 4) Die Gemeinden follten aller Verantwortlichkeit überhoben fein wegen etwaigen Mangels der erforderlichen Papiere bei den Polen, und
- 5) der Regierungsrath ift beauftragt, jur Jannerstung neue Antrage ju bringen.

Tscharner, Regierungsrath, sindet alle andern Anträge unstatthaft und bleibt bei den Borschlägen der Regierung. Es seich die Polen lang genug da, und er habe voraus geschen, daß es so kommen werde. Jest aber wolle keine Gemeinde sie mehr, daher könne man sie nicht einkaferniren, wie ein Redner geglaubt habe, beschäftigen aber noch viel weniger. Frankreich reiche ihnen 200/000 Franken, und soviel könne Bern ihnen nicht bieten. Und da doch Niemand saaen könne, was denn die Polen bei uns wollten, so sei kein Grund da, sie zu verpflegen. Aus der Staatskasse Geld nehmen, das dürse man nicht, denn diese Tasche gehöre den Kantonsbedürfnissen.

(Mehrere ber lettern Redner fonnte Referent theils wegen bes Geräusches nicht verstehen, theils wegen schon eingetretener Dämmerung (es ift halb fünf Uhr vorüber) die Worte berselben nicht mehr aufzeichnen.)

Landammann ordnet die Abstimmung auf folgende Art:

- 1) Wer heute schon (nach dem Antrage der Regierung) einen Befehl an die Polen erlassen will . 51 Stimmen.
- 2) Wer nicht will 126 "
- 4) Wer die bisherigen Subsidien auch ferner noch fortsetzen will bis zu einem bestimmten Termin . Mehrheit.
- 5) Wer (nach dem Antrage der Regierung) schon am 20. Dez. aufhören will 3 Stimmen.
- 7) Wer bis jum 31. Janner will . . 24 Stimmen.
- 8) Wer zu diesem Bebufe dem Regierungsrath einen Aredit von 6000 Frt. eröffnen will
- 6) Wer bei diefen Beschlüssen vorläufig stehen bleiben und weiter nichts beschließen will . . . große Mehrheit.

Vortrag des diplomatischen Departements über die Polenangelegenheit,

in den Sigungen vom 14. und 19. Dezember.

Git

Wie die Angelegenheiten der polnischen Flüchtlinge in den letten fünf Monaten sich gestaltet, welche Folgen namentlich in diplomatischer wie in sinanzieller Rücksicht der Großrathsbeschlinß vom 27. Juni I. J. gehabt hat, das ist Euer Tit. am 20. November vom diplomatischen Departement in einem umständlichen Berichte entwickelt worden. Seiner Erstärung gemäß bleibt ibm jest noch übrig, von dem Resultate der Sendung zweier Regierungsfommissarien in sämmtliche Kantonemente der Polen, um sie nach der Eröffnung des französischen Gesandten vom 11. Nov. zur Räumung des Kantons und der Sidgenossenschaft aufzusordern, Meldung zu thun, und Ihnen dann diesenigen Schlußanträge zu eröffnen, welche die Lage der Dinge gebieterisch zu fordern scheint.

Um 20. November reisten, wie bereits gemeldet, die Herren Oberstlieut. Lutstorf und von Büren als Regierungskommissarien nach den verschiedenen Depots der Polen ab, versammelten dieselben überall in Gegenwart der Regierungskatthalter oder Amtoverweser, und wo Polenkomité's existirten, der Mitglieder derselben, gaben ihnen von der Mittbeilung des französischen Botschafters und der an sie gerichteten Aussorderung des Regierungsrathes Kunde, und drangen in sie daß sie in Berückschrigung der durch ihr Eindringen in die Schweiz dem Kanton Bern verursachten Last, wie ihrer eignen fritischen Lage, sich entschließen möchten, von dem Anerbieten Frankreichs, das, einmal verscherzt, niemals erneuert werden dürste, Gebrauch zu machen, und auf dessen Kosten die Reise nach England, Portugal, Alzier oder Aegypten zu unternehmen.

Diese Eröffnung ward an den meisten Orten durch eine Gegenrede beantwortet, welches jedoch nirgends durch einen Ebef oder ältern Polen geschah, sondern durch einen der jüngsten diefer Flüchtlinge. Das Ergebniß sämmtlicher, leider nicht immer mit Unstand gegebenen Antworten, war Folgendes:

- 1) Früher schon hätten sie sich gegen einen abgesandten Regierungskommister ausgesprochen, daß sie nicht nach Frankreich zurücktehren könnten, bis das Ausnahmsgesen zurückgezogen sei, was bei der nächsten Bersammlung der beiden Kammern vorgetragen und durchgesetzt werden dürfte.
- 2) Erflärten sie, nicht nach Algier oder Aegypten ziehen zu wollen, eben so wenig nach Portugal, wo man sie nicht begehre.

- 3) Verlangten fie die Zusicherung zu haben, daß fie in England aufgenommen wurden, da fie Die Bermuthung vom Begentheile befäßen.
- 4) Wollen fie gerne auf alle Subsidien der Regierung versichten, wenn man ihnen nur das Ufpl gestatte; Freunde, auf die fie gabiten, und die Arbeit ihrer Sande wurden ihre Erifteng fichern.

Die Bemühungen der Kommiffarien, die Polen von diesem Entschluffe guruckzubringen, maren fruchtlos; von vierhundert und einigen dreifig, welche fich noch im Ranton befinden, zeigten nur zwanzig fich geneigt, abzureifen, und zwar die Mebraabl derfelben, nicht um nach einem der vier genannten Bestimmungs. orte fich zu verfügen, sondern lediglich, um nach Frankreich zuruckzufehren. Wir haben also auf der einen Seite entschiedene Abneigung, ja fogar Beigerung der Polen, Bern und die Schweiz ju verlaffen; mas bietet die andere dar?

In feinem Berichte vom 20. November batte das Departement die Shre, Ibnen anzuzeigen, daß auf den 30. November feine, für die Berpflegung der polnischen Flüchtlinge eingegangenen und noch eingebenden Gelder fo werden erschöpft fein, daß die Kasse eine Passiv-Restanz von Frk. 1402 Rp. 16 darbieten werde. Der 30. November ift nun vorüber, und zur Deckung dieses Ausstandes, wie für den Unterhalt von mehr als vierbundert jener Unglücklichen bleiben bloß noch die vom Polenfomité gefammelten Steuern jur Disposition übrig. Ausfichten auf Beiträge von andern Ständen find leider feine mehr vorhanden. Burich hat auf die Note des frangofischen Botschafters vom 11. November bin auf's bestimmteste erklärt, daß es feine Subsidien mehr den Polen reichen werde. Bon Waadt und Genf hat deren Berabfolgung bereits feit dem 1. November aufgebort. Lugern ift die namliche Berpflichtung blog unter der Bedingung eingegangen, daß sie nicht länger dauern folle, als bis den Polen die Möglichfeit, das Gebiet der Schweis auf ehrenvolle Beife gu verlaffen, gegeben fein werde; diefer Fall ift eingetreten, und es werden von nun an auch feine Gubfidien ausbleiben. Ueber Frf. 2500 monatliche Betträge unserer Miteidgenossen fallen somit unwiderbringlich weg.

Mun bedarf das Departement bloß für die Berpflegung von 330 Polen à 6 Bp. per Mann und Tag, - denn etwa hundert find jest noch gratis verpflegt, und einige wenige bereits abgereist, — nabe an Fr. 6000 monatlich, ju deren Berbeischaf-fung es einzig auf den skalamäßigen Zuschuß Berns von eiwa Frf. 1500 per Monat, lund die Steuern des Centralfomite's, das in den funf Monaten feiner Erifteng bochftens die Summe von 8 - 10000 Frt. jufammenraffen fonnte, beschräntt ift. Bei folcher Sachlage und seinem Defizit von Frk. 1402 Mp. 16 darf es mabrlich nicht magen, den Quartiergebern der Polen auch nur für einen Tag über ben 30. November hinaus Die Buficherung

der Bergutung von 6 Bh. per Mann ju erneuern.

Diefe Flüchtlinge erflaren aber, wird man fagen, daß fie bereit find, auf alle Unterftupung von Scite der Regierung Bergicht zu leiften, und ihren Unterhalt durch Arbeit felbst zu er-werben. Sochgeachtete Herren, wie wenig Gewicht auf diese Erflärung ju legen ift, geht unzweideutig aus einer gedruckten Bittschrift hervor, worin fie die Regierung nicht nur um Gefattung des Afple, fondern um Fortfetung der ihnen bis dahin gereichten Steuern (also je nachdem mehr oder weniger gratis verpflegt werden, um Berabfolgung monatlicher Subsidien von 6, 7 bis 8000 Franken) ersuchen. Der Fall, die 430 Polen aus eignen Mittein ihren Unterhalt bestreiten gu feben, gränzt also nach des Departements Erachten an's Undenfbare.

Eben so verschwindet die lette Soffnung, den einen oder andern nach und nach wieder Aufnahme in Frankreich zu verschaffen. Wie bekannt, haben hundert und einige sich entschlosfen, den Ronig in chrerbietiger Bittichrift um Erlaubnig jur Rücktehr anzufiehen. Mit der wohlwollendften Empfehlung des Botschafters versehen, ift diese Petition vor einiger Zeit abgegangen; alles ließ auf einen gunftigen Erfolg hoffen. Allein bas Blatt hat fich anders gewendet; ber König hat durch feine Befandtichaft der Regierung Berns eröffnen laffen, daß den in der Schweiz befindlichen Polen nicht nur der Biedereintritt in Frankreich unwiderruflich unterfagt fet, sondern daß er fogar

großen Werth darauf lege, die Durchreise derselben nach einem der vorgeschlagenen Länder möglichst beschleunigt zu seben.

Wie dringend dies nun auch im Intereffe ber gefammten Sidgenoffenschaft der Borort verlangt, beweist ein Rreisschreiben deffelben an die Stande, vom 12. November, und eine befondere Buschrift an Bern, vom gleichen Tage, worin er, nach Erschöpfung aller Grunde, welche für die Entfernung der polnischen Flüchtlinge aus der Schweiz sprechen mögen, den hiefigen Stand zulett für alle aus einer Nichtvollziehung dieser Maßregel entstehenden Folgen verantwortlich macht.

Nach gemiffenhafter Ermägung aller diefer Thatfachen bat demnach das diplomatische Departement, in besonderer Betrach. tung: daß in Folge der Zuschrift des frangofischen Botschafters vom 11. November d. 3. der im Grofrathsbeschluffe vom 27. Juni Art. 3 vorhergesehene Fall eingetreten, und fammtlichen in der Schweiz befindlichen Bolen ein ehrenvoller Ausweg eröffnet ift, der, wenn er jest und alfobald nicht benust werden follte, nimmer fich darbieten durfte;

daß die gange oder theilweise Berpflegung derfelben auf Kosten des Staates die Kräfte der Republit übersteigt, und die Privatmildthätigfeit bei weitem nicht hinreicht, ihren fernern

Unterhalt zu fichern;

daß fie anerkannter und geftändigermaßen außer Stande find, fich aus eigenen Mitteln zu erhalten, und defhalb zunächst den Gemeinden, in welchen fie fantonnirt find, und dann dem gan-

gen Lande jur Laft ju fallen droben;

daß bei folcher Aussicht die Regierung, ohne eine schwere Berantwortlichkeit gegen das bernische Bolf auf fich zu laden, die einzige Gelegenheit, diefer Unglücklichen von allen Gubfiftengmitteln entblößten Flüchtlinge los zu werden, nicht unbenutt von der Sand weisen fann und foll,

fich mit Mehrheit der Stimmen entschloffen, folgende Antrage ju empfehlender Ueberweifung an den Großen Rath Ihnen vor-

zulegen :

- 1) Sammtliche ohne Legitimationsschriften im Ranton befindlichen Polen follen nun nach Mitgabe des Grofrathsbeschlusfes vom 27. Juni 1833 den durch Frankreich eröffneten Durchpaß benuten, mit Beschleunigung bas Gebiet der Republit Bern, und somit die Sidgenossenschaft verlassen.
- 2) Bu dem Ende werden ihnen, nach dem bisherigen Dagstabe von 6 Bh. per Mann, nur noch bis zum 20sten dieses Monats Dezember Subfidien verabreicht, wofur der Große Rath dem Regierungsrathe einen Kredit von 4000 Franken eröffnet.
- 3) Von diesem Tage an treten diejenigen Polen, welche ben Ranton noch nicht verlaffen haben werden, bis zu ihrer Abreise gleich den übrigen Fremden, nach §. 27 des Departementalgefepes und Art. 10 des Gefepes vom 20. Juni 1833, unter die Oberaufsicht des Justig - und Polizeidepartements.

Alles aber u. f. w.

Bern, den 5. Dezember 1833.

Namens des diplomat. Departements, der Gefretär:

(sig.) Moris von Stürler.

Vortrag des Regierungsrathes.

Tit.

Aus den in beigebogenem Bortrage des diplomat. Departements ausführlich dargestellten Grunden, befonders aber in Erwägung der Nothwendigfeit, die Antrage Franfreichs in Bezug auf den, den polnischen Flüchtlingen gestatteten freien Durchpaß, während des anberaumten Termins zu benugen, um das Land einer Laft ju entladen, die es in die Lange nicht zu ertragen permochte:

in Erwägung, daß diefen Flüchtlingen nunmehr ein ehrenvoller und ficherer Ausweg, die Schweiz zu verlaffen, offen fiebt, und daß die ihnen vom Großen Rathe unterm 27. Juni laufenden Sahres bewilligte Unterftupung durch das Sintreten dieses Um-

ftandes bedingt ift!

hat der Regierungsrath in theilweifer Abmeichung von den Schlufantragen des diplomat. Departements, Ihnen, Sochgeachtete herren, Folgendes anzurathen beschloffen :

1) Sammtliche ohne Legitimationsschriften im Ranton befindlichen Bolen follen nach Mitgabe bes Grofrathebeschluffes vom 27. Juni 1833 den von Seite Franfreiche eröffneten Durchpaß benugend, bis jum 20. Dezember nächstfünftig das Gebiet der Republik Bern verlaffen;

2) Bu ihrer Verpflegung bis jum 20. Dezember, nach dem Mafitabe ju 6 Bp. täglich per Mann, wird dem Regierungs-

rath ein Kredit von fechstaufend Franken eröffnet:
3) Der Regierungsrath foll für die Vollziehung diefes Beschluffes mit allen ihm ju Gebote ftebenden Mitteln forgen. Alles aber it. ic.

Bern, ben 7. Dezember 1833.

Namens des Regierungsrathes, der zweite Rathsschreiber: J. F. Stapfer.

Siebenundzwanzigste Sigung.

Freitag den 20. Dezember. (Vormittags 9 Uhr.)

Präfident: herr Landammann Simon.

Protofollgenehmigung. Gin Vortrag des Regierungsrathes über die bisberige Ginrichtung der Untergerichte, und ein anderer über die Berurtheilung eines gemiffen Steiner, werden auf den Kanzleitisch gelegt.

Jaggi, Fürsprech, legt dem Großen Rathe das bekannte Stettleriche Urtheil des Obergerichtes (Testamentefälfchung betreffend), nebft den hieher geborigen Gefegesftellen und einer Rritit des erfteren im Drucke vor, und ftellt schließlich folgenden

"Daß entweder der jum Zwecke der Untersuchung des oberge-"richtlichen Geschäftsganges bereits bestehenden Kommission, "ober aber einer befonders dazu zu ernennenden der Auftrag "werde:

"auszumitteln, welche Mitglieder des Obergerichtes zu dem "Stettler'ichen Urtheile mitgewirft haben, und daß dann "dieselben von ihren Stellen abberufen werden."

Der Antragsteller geht von der Ansicht aus, daß durch die Stellung, in welche fich das Obergericht durch diefes Urtheil gegen die Falfcher öffentlicher Urfunden gestellt habe, der öffentliche Rredit in unserer Republit aufs bochfte gefährdet fei.

Das Gemeindegefet

fommt heute ju feiner letten Berathung von Regierungerath und Sechszehner jurud. Die vorgenommenen Beränderungen und neuen Redaftionen erregten weiter feine neue Debatten. Bei §. 13. Nr. 6 ließ man den gemachten Zufat von der Bedingung der Einwohnerschaft weg. §. 14 nahm man "die Tellpflichtigen" wieder auf. §. 23, Nr. 7 ließ man das frühere Wort "Darsleben" stehen. Die Benennung: Sittengericht, statt der vorgeschlagenen "Sittenpolizei" behielt man bei. §. 38 steht nicht mehr: Civilgesesbuch, sondern: Civilgesetze. — Dies Alles, fammt den übrigen Paragraphen, wurde mit dem Sandmehr genehmigt, und die Rubrit der Gide alfo festgefest :

Eidesformel für die Mitglieder des Sittengerichtes, Untergegerichtes, der Gemeindbehörden und Beamten, der Kirchen-,

Einwohner - und Burgergemeinden.

Bei dem Gide des Gemeindschreibers wurde noch eine Berufung auf §. 11 des Gemeindegesetzes nöthig erachtet und auch angenommen.

So ift das Gemeindegefet fertig, und deffen alsbaldiger Druck beschloffen.

Verfassung von Schwyz und Bafel.

Ein Vortrag des Biplomatischen Departements eröffnet eine vorörtliche Ginladung über Garantie der Berfaffungen in Schmyt, und Bafelftadttheil und Landschaft, und beschloß in feiner Mehrbeit, diefer Ginladung ju entsprechen, da diefe brei Staats. grundgefege nichts gegen den allgemeinen Bundesvertrag enthielten. Der Regierungerath unterflutte gleichfalls diefes Begehren, dagegen eine Minderheit des diplomatischen Departements nicht eintreten zu fonnen glaubt, weil einmal Schwyz und Bafelftadt unfere Berfaffung noch nicht garantirt hatten, und zweitens folche Garantie überhaupt nach der jesigen Bundesverfaffung feine eigentliche Bedeutung habe.

Tscharner, Altschultheiß, sett die Ansichten der Regierung noch weiter auseinander. Der Regierungsrath habe nicht weiter prüfen wollen, welchen Umfang und Berbindlichfeit folche Garantie enthalte, fondern habe fich von dem bisherigen Berfahren bestimmen laffen. Bereits feien die neuen Berfaffungen vieler Kantone garantirt, dasselbe sei man auch den noch übrigen schuldig, so lange thre Verfassung nichts bundeswidriges enthalte.

Rafthofer, als Mitglied des diplomatischen Departements, ift dagegen auf der Seite der Minderheit, und will die Garantie nicht geben. Noch fenne man den Begriff der Garantie nicht, noch wisse man nicht, was jest eine folche Garantie fordere; man werde es auch nicht eber wiffen, bis eine neue Bundesurfunde darüber neue Bestimmungen festgestellt habe, und mit Berfprechungen und gegebenem Worte folle man fein leeres, eitles Spiel treiben.

von Tavel erfennt wohl den Werth der Grunde des Brn. Kasthofer, glaubt aber doch, daß so gut Bern noch in diesem Fahre von andern Ständen eine Garantie seiner Verfaffung begehrt und erhalten, man jest auch den übrigen eine folche schuldig sei.

Noch fprechen die herren Stettler und Fellenberg für den Antrag des Regierungsrathes: Nicht, als folle folche Garantie uns binden, und uns hindern, weiter vorwärts zu gehen, sondern blos, weil diese neue Verfassungen uns einen sichern Voden, eine freiere Bahn zu Fortschritten eröffneten; nur darum sei dem Begehren des Vorortes zu entsprechen. Das fei der beste Weg, jenes Stanzerverkommnig von 1814 unwirksam und völlig bedeutungslos ju machen, und fo werde die Nothwendigkeit einer neuen Urfunde nur um fo gemiffer und fcneller berbeigeführt.

Abstimmung:

Wer die Garantie ertheilen will . Einstimmig.

Wa h l

eines Stellvertreters (Erfagmannes) für das Präfidium des Großen Rathes.

Stimmzettel: 123 - absolutes Mehr: 62,

Bur Ballotage :

 Knechtenhofer, Major
 26
 38
 30
 —

 Faggi, Fürsprech
 17
 31
 32
 42

 Simon, Oberstlieutenant
 10
 27
 37
 58

 Wäher, Oberstlieut
 8
 8
 —

 br. Anechtenhofer, Major . - Stim.

Sr. Oberfilient. Simon ift demnach durch relatives Stimmenmehr gewählt.

Wah t

eines Mitgliedes des Erziehungsdepartementes an die Stelle des austretenden Srn. Fellenberg : Berr Stapfer, Rathsschreiber.

Ein Bortrag der Juftigsektion, betreffend das Chedispensations. gesuch des Abraham und der Elisabeth Blatter aus Sabfern.

Durch Ballotirung: willfahrt mit 94 Stimmen.

Ein zweiter Vortrag der Justizsektion empfiehlt gleichfalls das Begehren des noch nicht 18 Jahr alten Chrift. Schindler aus Röthenbach, wohnhaft auf der Kapfen in Erig, fich verchlichen gu durfen mit Unna Muller in Grig.

In Betracht nämlich, daß Beide jest schon ein Kind mit einander erzeugt :

Durch Ballotte: willfahrt mit 70 Stimmen.

Berhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Bern, den 23. Dezember 1833.

(nicht offiziell.)

Achtundzwanzigfte Sigung.

Samstag, den 21. Dezember.

Prafident: Berr Landammann Simon.

Protofollgenehmigung. — Beeidigung des Statthalters, des

Bigeprafidenten des Großen Rathes.

Borlesung einer gedruckten Mahnung des herrn Fellenberg — Unterbrechung derselben und dann, der Kürze wegen, mündlicher Bortrag des herrn Fellenberg über dieselbe Sache, betreffend nämlich die Normalschule des herrn Langhans und die Bedeutung des Schul- und Erziehungswesens überhaupt. Der Redner trägt wiederholt darauf an, eine Untersuchung über diese vielbesprochene Sache zu veranstalten, verweist die hohe Bersammlung auf seine Druckschrift, und schließt mit einer scharfen Rüge gegen das Erziehungsbepartement.

Landammann. Die Disfuffion über die Erheblichkeit biefes Gegenftandes ift eröffnet.

Schnell, Prof., feigt erft, wie menige Mitglieder des Erziehungsdepartements da feien, und wie er allein vielleicht den Gegenstand nicht so aufgefaßt babe, als seine Berren Rollegen, aber er fonne nicht umbin, bier zu erklären, daß ihm als Arzt der gange Streit nur wie eine fige Idee erscheine. Moge ihn immerhin der vorhin geschleuderte Bannftrahl des herrn Fellenberg treffen, (in feiner republifanischen Demuth muffe er Alles tragen), er konne nicht anders, als den herrn Langhans nicht verdammen, denn es fet gewiß und von hundert Geiten beftatigt, daß herr Langhans die beften Zeugniffe für feine padago. gifchen Bestrebungen und Leistungen habe. So habe doch das Erziehungsdepartement über herrn Langhans geurtheilt; und So habe doch das was den Beren Fellenberg betreffe, fo habe er (der Redner muffe das mit Leid gestehen!) immer mehr gelähmt, als die Berathungen des Departements gefördert. Solche Lähmung trete auch jest in die Geschäfte des Großen Rathes, da Srn. Fellenberg's Druckschrift und sein mundlicher Kommentar alle Zeit wegreiße. Das sei nicht der schnurgrade, rasche Gang, welchen der neue Berr Landammann gestern erft versprochen habe. und die Untersuchung derselben gehöre gar nicht zunächst vor den Großen Rath, sondern vor das Erziehungsdepartement. Wolle man diefer Beborde das Bertrauen nehmen, fo moge man in Gottes Namen den herrn Fellenberg jum Minifter der Erzie-bung machen, man möge ibm gang allein die Leitung aller Badagogit überlaffen, aber eine Kommission aus allen vier Welttheilen zusammenzublasen, eine Schullebrersynagoge aufzustellen zur Untersuchung der Frage, ob in Hofwyl oder Münchenbuchfee am besten Unterricht ertheilt wurde, ju diefem Untrage fonne er fo lange nicht ftimmen, als es ein Erziehungsdepartement gabe.

Abstimmung:

Für Erheblichkeit des Fellenberg'fden Antrages 18 Stimmen. Für Richterheblichkeit 92 "

Ein Antrag des Hrn. Sauvin über Errichtung einer neuen Strafe von Münster nach dem Solothurner Gebiet über Gänsebrunnen, wozu eine Summe von 25 000 Frf. erfordert werde, wird an den Regierungsrath überwiesen.

Un der Tagebordnung ift nun der vorgestern ichon erwähnte Gegenftand über bas vorörtliche Schreiben, betreffend

die Bundesrevision. *)

May verliest aus dem Reglemente des Großen Rathes die Stelle, wo es vorgeschrieben wird, daß jeder Antrag von Wichtigkeit immer wenigstens zwei Tage vorher auf dem Kanzleitische zur Einsicht liegen musse. Das sei aber mit dem hieher gehörigen Antrage des diplomatischen Departements nicht der Fall, denn er sei erst gestern Abend in der Situng des Regierungsrathes beschlossen und abgefaßt worden. — Wohl wisse er, daß man=ihm wieder den Vorwurf machen werde, als wolle er, daß mange der Berathungen einen Hemmschuh anlegen, aber daruf antworte er im Voraus, daß noch Niemand durch den Gebrauch eines Hemmschuhes unglücklich worden sei, wohl aber schon durch zu rasche Sile seinen Sturz beschleunigt habe.

Landammann glaubt dagegen, daß die Versammlung wohl eintreten könne. Schon vor etlichen Tagen sei von der Wichtigfeit dieses Gegenstandes gesprochen, und die Vehandlung desselben von hrn. Altschultheiß Tscharner auf heute angezeigt worden. Er sei daher nicht mehr fremd.

Tscharner, Altschultheiß, empfiehlt gleichfalls das heutige Eintreten, und dieser Unsicht tritt die Versammlung mit großer Mehrheit (gegen 4 Stimmen) bei.

Es wurde nun zuerst der Beschluß der Tagsatung verlesen, nach welchem jeder Stand seine Anträge einschiefen, und diese dann wieder allen zur Einsicht und Berathung mitgetheilt werden sollten; darauf das Kreisschreiben des Borortes vom 16. Nov. mitgetheilt (siehe Beilage Nr. 1), in welchem vier Wege vorgeschlagen werden, zu einer Berfassungsrevision zu gelangen. Das diplomatische Departement wählte den eines Verfassungen. Das diplomatische Departement wählte den eines Verfassungen. Der Bevölferung, Theil nehmen solle; und der Regierungsrath stimmte kast einstimmig dem Vorschlage des diplomatischen Departementes bei. Eine Minderheit wollte die kleine Modisstation pa eine Repräsentation nach der Vevölkerung vielleicht mehr Widerspruch sinden würde, daß Vern nur das Vegehren stellte, so viele Stimmen zu haben, als der größte Kanton nach Vern (z. V.

von Tavel, Regierungsrath, glaubt, daß die hohe Berfammlung wohl über die Nothwendigkeit einer Revision einig sei. Die Bundesverfassung von 1815, was enthalte sie alles für Urtikel? Er wolle nicht davon sprechen, was diesem Bertrag fehle, sondern blos was er Trauriges enthalte. So stehe im Urt. 1, daß alle Verfassungen der Kantone garantirt werden müßten, ohne daß der Begriff und Umfang dieses Wortes bestimmt wäre.

Der Art. 7 mache die Ausübung politischer Rechte zu einem ausschließlichen Privilegium, und das widerstrebe allen neuern Verfassungen, das widerspreche der Nechtsgleichheit.

Der Art. 8 heiße mit Recht der elastische, denn er ließe der Willführ Thur und Thor offen, indem dort gesagt sei, die Tagsangn könne nach Gutbefinden Maßregeln treffen 2c.

^{*)} Das vorörtliche Schreiben und den Antrag des diplomat. Departements werden wir ihrem Hauptinhalte nach als Beilage Nr. I. und II. am Schlusse dieser Sigung mittheilen.

Der Urt. 9 und 10 rede vom Vororte und verweise auf beffen altere Befugniffe, die aber Niemand fenne.

Der Art. 12 garantire fogar die Klöster, und folche Garantie sei Eingriff in die Menschen - und Bildungsrechte. Was wir bei uns vor 300 Jahren thaten, dürften wir heute unsern Brüdern nicht wehren.

So fonne man noch vieles erwähnen, aber gewiß fei die hohe Versammlung über die Nothwendigkeit einer Revision einig, und es handle fich hier blos von dem Wege, welchen man bagu einschlagen wolle. Der Redner geht nun die vier vom Vororte gemachten Propositionen durch, findet den Weg durch Infirutitionen an die Sagfanung fur gang schlecht, den einer theilweisen Berathung und partiellen Berbefferung des alten Bundes fur ungenügend und höchst nachtheilig. Bern fonne in feine andere Berathung eintreten, als in folche, wo es auch mahrhaft repräfentirt fet. Daber fet ein Berfaffungsrath nach Seelenzahl das wunfchenswerthefte. Aber was wurden die andern Kantone bagu fagen? Bern habe 380,000 Geelen, glfo bereits ein Funftel der gangen schweizerischen Bevolferung - natürlich murden alle Rantone fürchten und argwohnen und schelten, wir wollten alle unterdrücken, wir wollten alle beherrschen. Darum muffe Bern, um folchem Miftrauen ju begegnen, ein Opfer bringen, und Das liege in dem Borschlage und Zusapartifel der Minderheit, nämlich auf Seelenzahl ju verzichten und feine größere Reprafentation ju verlangen, als der größte Kanton nach Bern, etwa Zurich. Der Große Rath von Bern mit feinem großarcigen Schweizersinn werde diefes Opfer gewiß bringen; und wenn unfer ganges Schweizervolt einft und bald ju neuer, fraftiger Einheit gelangt fei, so werde Bern sich dann fagen können, daß es durch fein Beifpiel und Opfer nicht wenig jum Gedeihen und Erfolg beigetragen. Un folchem Berfaffungerathe werde man denn nicht erscheinen als Zurcher, St. Galler, Baster oder Berner, fondern folche Befandte feien Reprafentanten bes gangen Schweizervolfes.

Fellenberg hält diesen rein schweizerischen Weg auch für den besten. Ein solcher Verfassungsrath vereine uns Schweizer aufs nene als Bundesbrüder ohne alles Kantonalinteresse; und erwähle man dazu, wie er nicht zweise, den Kern der Bildung und Vaterlandsliebe, den Kern der Einsicht und Kraft, so würden die Verhandlungen dieses Nathes die böchste Theilnahme des ganzen Volkes, und seine Bestimmungen allgemeine Anerkennung sinden. Darum schließe er sich an Hrn. von Tavel an, mit dem ausdrücklichen Jusake, daß die Veschlüsse des Großen Nathes darüber der Publizität im weitesten Sinne des Wortes übergeben würden.

Man, Staatsschreiber, glaubt freilich, daß man dem Bororte Dant wiffen muffe fur feine gemachten Antrage, aber auf der andern Seite fei es auch wahr, daß jeder Stand auch für fich das Recht habe, noch andere Antrage ju machen. Suten muffe man fich, den bisberigen Vertrag wegzuwerfen, ebe man einen beffern Saltpunkt habe. Der Unsicht fei er auch immer gemefen, daß die Tagfapung fein Recht habe zu einer Revision, denn die Bundesbehörde ftebe unter dem bestehenden Bunde, weil fie erft durch ihn bestehe. Aber mit dem Borschlage eines Berfassungsrathes, der aus unmittelbaren Volkswahlen hervorgebe, fonne er fich noch weniger vereinen. Man habe ein Beispiel solcher Behörde an der assemblée constituante in der französi= schen Revolution gehabt, und aus ihr feien die Schreckenstribunale bervorgegangen. Solche Beborden famen leicht dazu, ibre Bollmachten ju überschreiten und über alle Regierungen fich ju übererheben, fich zu Richtern aller Angelegenheiten aufzuwerfen und das folle man ja bedenten. - Und was fei die Aufgabe eines folchen Berfaffungerathes? Darüber babe fich noch Niemand ausgesprochen. Gefest, folch ein Verfassungerath beschließe eine Einheiteregierung nach Urt der helvetischen Republit, wie ftunde es dann mit den neuen, beschwornen Kantonsverfaffungen? Und welche Kantonbregierung könne einem folchen Verfassungbrathe Schranken feben? Und wenn fie es verfuche, feinen Befchluffen fich ju widerfegen, wohin fomme man aledann? Bum Burgerfriege. Das fei wohl zu bedenken, ebe man einen Berfaffungsrath aufftelle, der aus Urmablen des Bolfes unmittelbar bervorgebe. Allerdings glaube er, daß man eine eigene Revisionsbeborde bedürfe, aber unbeschadet den Kantonbregierungen, darum

stimme er unmöglich für eine unmittelbar vom Bolfe gewählte Beborde, sondern einfach für einen Revisionsrath, der ohne Justruftionen versehen sei und bei welchem die Kantone nach dem Maßstabe ihrer Leistungen repräsentirt seien. In diesem Sinne stimme er wohl für eine partielle Revision, aber ganz gegen den Antrag des diplomat. Departements.

Watt zweiselt dran, daß mehr als fünf oder sechs Kantone den vorgeschlagenen Verfassungsrath beschiesen würden, und das stelle uns dann auf's Neue fünfzehn Kantonen seindselig gegenüber. Das sei im Voraus einzusehen und mathematisch gewiß, daß wir mit uns selbst in Streit geriethen, und dann sei es nicht zu übersehen, daß gerade jest ein Ministersongreß in Wien sich versammle. Wozu denn auch so viel und so rasch auf einmal? Wolle man die Vundesverfassung von 1815 verbessen, so solle man es in einzelnen Theilen, Stück für Stück, stimme man aber doch für einen Versassungsrath, so solle man binzusesen: falls 15 oder 18 Kantone ihn beschieften und anerkennten.

Rafthofer fieht in einem eidgenöffischen Berfaffungerathe einen Lehrer, der dem Schweizervolte zeige, mas ein einiges, inniges Brudervolf fei, gang in der Art, wie der Kantonsverfaffungsrath dem Burger feine burgerliche Stelle auseinandergefest und garantirt habe. Wenn der Berr Staatsschreiber eine Revolution befürchte, fo fei ibm das unbegreiflich. Nicht die Konstituante habe den Burgerfrieg in Frankreich geschaffen, sondern der hof, der Adel und die fremden Könige hätten durch ihre Intriguen die schönen Schöpfungen jener Konstituante vergiftet. Aber das Alles habe man in der Schweiz nicht gu befürchten und fremder Ginfluß bei und ohne Birfung. Wir feien ein freies, fouveraines Bolf und jede Zaghaftigfeit mache uns nur verachtlich bei den Rabinetten und unfrei. - Die Boltsverfammlungen, die man zu fürchten scheine, fürchte er nicht, sondern befuche fie gerne und hore mit Liebe die Reden des Bolfes. Wir hätten in der Schweiz feinen Bobel, fondern ein treues, macteres, tüchtiges Bolt. Auch fei die Idee eines Berfaffungsrathes nicht fo neu und unerprobt , denn gerade die neuen Berfaffungen der Kantone feien aus folchen Urbehörden hervorgegangen.

Den Inhalt der Urfunde von 1815 und ihre Mangel brauche man nicht erst zu zeigen. Hr. v. Tavel habe Punkte genug herausgehoben, und betrachte man noch dazu die Blöße des Borortes, die Schuplosigkeit der obersten Behörde, wenn plöglich Feinde uns überrumpeln wollten, betrachte man die Einschräntung, welche unser Handel überall erleide u. s. w., so zweiste Niemand an der Nothwendigkeit einer Revision. Diese aber fönne durch die Tagsahung nicht vorgenommen werden, das habe sich gezeigt, und so sei jest ein Berkassungsrath der einzige Beg. Umerika sei uns darin ein leuchtendes Borbild und zugleich eine Zuversicht. Hätten dort die Pflanzer solchen Nath erwählen können, so vermöge es auch unser treues Volk.

Sollte es noch Leute geben, die bei größerer Einheit und Araft sogleich wieder die helvetische Republik ahndend fürchteren, so schlage er zu deren Beruhigung einen dahin einschlagenden Zusaf vor. — Auch sei es für Bern wichtig, noch auszusprechen, daß solch ein Berfassungsrath das Sigenthum und Vermögen der einzelnen Kantone nicht anders angreisen könne, als in der verhältnißmäßigen Stala. Zugleich füge man die alle Schweizerberzen erfreuende Versicherung bei, daß wir ein Schuß, und Trupbündniß, eine innige Wassenbrüderschaft gegen alle Feinde unserer Freiheit schließen wollten.

Herrenschwand gibt die Nothwendigfeit einer Revision zu, glaubt aber nicht, daß der Große Rath auf den Antrag eingehen, und auf das Berhältniß der Repräsentation nach Seelenzahl verzichten durfe. Dazu habe der Große Rath kein Recht, dem Bolke fast die hälfte seiner Stimmen zu nehmen.

Romang, Gerichtspräsident, glaubt dagegen, daß die Rechte des Bolfes dadurch hinlänglich gesichert wären, daß ja die Arbeiten eines solchen Rathes der Natisffation des Bolfes unterliegen und dessen Genehmigung erhalten mußten; darum schließe er sich an die Anträge der Regierung, und ehre und unterstüge die Gründe und Zufäße des Hrn. Kasthofer.

Geifer, Regierungsrath, halt einen neuen Bertrag, wenn auch fur nothwendig, doch fur eine fcmere Aufgabe, glaubt

aber, daß es ein unerlaubter Eingriff in die Rechte des Bolfes wäre, wenn man auf die Sälfte der Repräfentation verzichten wollte.

Tscharner, Altschultheiß, möchte der Versammlung noch die Bernhigung geben, daß ja diese Vorschläge und Anträge immer nur ein vorläufiger Versuch seien, und daß man später auf diesen wichtigen Gegenstand zurücktommen werde. Durch die Anträge wolle man dem Vororte und dem schweizerischen Vaterlande zeigen, wie sehr man eine Revision wünsche, und wie bereit man zu Allem sei, wenn es das Heil des Ganzen betrest. Ider das Verzichtleisten auf die Stimmberechtigung der Seelenzahl könne er nicht zugeben, und daher bei dem Antrage des diplomatischen Departements bleiben. Gerechtigseit könne uns nicht verdächtigen, und so lange man nicht mehr verlange, als man nach Recht und Villigkeit verlangen müsse, so lange sei man rein und ohne Vorwurf: Man bleibe beim Prinzipe.

Größere Einheit thue ber Schweiz allerdings Noth, und wer fonne es laugnen, daß wir wohl allen den Zwift, der in ben letten Jahren in der Sidgenoffenschaft geherrscht, nicht erlebt hatten unter der helvetischen Republik.

Bautren. Es schienen manche Mitglieder Bedenklichkeiten gegen ben Antrag ber Regterung ju erheben, aber welcher andere Weg bleibe benn jest übrig, um ju einer neuen Bundesverfaffung ju gelangen? Sabe man doch schon eine Arbeit der Tag-fanung gesehen, welche ben Beifall des Boltes nicht erhalten habe, warum wieder von Nenem da anfangen, wo nur Unerfpriefliches gefördert werden fonne ? Das Infruftionswesen der Tagfahung tonne ju teinem Refultate führen, und eine partielle Revifion befriedige einestheils die Bedurfniffe nicht, anderntheils fei sie noch schwieriger, als ein gang neues Werk, und es nahme ben Schein an, als feble es uns an Beift und ju Muth einer neuen, zeitgemäßen Gelbfichopfung. - Der einfachfte Weg fei überall ber natürlichfte, und fo febe er einen Berfaffungerath am lieb: ften. Das gange Schweizerische Bolt folle fich einmal als eine große Besammtnation betrachten, folle nach der Ginmohnergabt der verschiedenen Bezirke (ganz abgesehen von allen Kantonseintheilungen) seine Ausschusse mablen, und diese dann zu Rathe sien. Gin Verfassungbrath sei weder eine neue Idee, noch sei dieser Gedanke in der Schweizergeschichte unerprobt. Und gewiß paffe folder Schritt zu den übrigen Erscheinungen. Das Bolt habe feine Couveranctat schon mannichfach ausgeübt, und immer fei baraus Seil erwachsen. Gewiß wurde baraus auch in dieser Sache etwas Großes hervorgeben, darum unterflüße er ohne weites Bedenken den Untrag des diplomatischen Departements.

v. Wattenwyl. Großartigfeit der Gedanken und gelehrte Theorie fei freilich eine berrliche Gabe der Matur und zeugten von vieler Schulbildung, aber nicht immer fei das auch praftisch anwendbar und beilfam, was in thesi mabr und confequent bingestellt werden fonne. Die Welt, wie fie einmal fei, Die positive Wirklichfeit fordere auch ihren Tribut, und da muffe ber Mensch nicht selbstvermeffen auftreten wollen. Wie er die Schweiz betrachte, fo scheine ihm die Stellung, welche Bern jest einnehme, eine febr bedenkliche. Schon das Benehmen der Gefandten an der Tagfapung habe viel Auffeben erregt, die Be-Schluffe des Großen Rathes in Betreff der Ausstoffung der Bafeler to. Gefandten batten ju vielerlei Bemerfungen Unlag gegeben, und es scheine vielen Kantonen, als wolle Bern eine gefährliche Suprematie ausüben. Man möge doch nur das Waadtland feben, dort feien doch gewiß erfahrne Politifer, aber diefe fprachen fich laut aus gegen eine Konstituante. Auch Graubundten und Glarus trugen Bedenfen und fprachen in diefer fturmbewegten Zeit manches Wort der Warnung. Scheine ihm auch die 1815er Urfunde mangelhaft, fo fände er dafür eine partielle Revision binreichend. Das Baterland liebe er auch, mehr als Mancher, der fich breit damit mache, aber gerade diefe Liebe zeige ihm auch die Gefahren des Berfaffungsrathes. (NB. Der Redner sprach mitunter so leife, daß Referent ihn nicht Alles vernahm.)

Schnell, Hans, gratulirt dem diplomatischen Departement, daß es diesmal so undiplomatisch gehandelt habe. Die Diplomatie habe Falscheit und Unwahrheit in das öffentliche Leben gebracht, und Mißtrauen in die herzen des Bolfes gesäet. Die

Diplomatie wandle auf dunkeln Pfaden, und schleiche leise umber, um das Volk um sein Recht zu betrügen. Gerade, offen und wahrhaftig sei dagegen das Volk, ein Feind aller Heinlichfeiten, ein Feind aller Spissindigkeit. So habe auch diesmal das diplomatische Departement gehandelt, und darum nenne er es antidiplomatisch, was so viel heiße, als: moralisch. Als man im Jahre 1813 bei Nacht und Nebel allerlei fremde, hohe Personagen bald die und bald da habe absteigen schen, als der Kaiser von Rustand und Destreich unter allerlei Namen und Pässen ihre Getreuen nach der Schweiz geschickt hätten, damals sei die Diplomatie Meister gewesen, damals sei aber auch das Vaterland schmählich und strästlich verrathen worden. Heute set anders. An diese Stelle der Verräther sei das Volk getreten mit seiner Geradheit, mit seinem gesunden Sinne, mit seiner Wahrheitsliebe, darum herrsche jest auch wieder Moral.

Freilich gabe es immer noch Manche, welche diese Vorzüge nicht erkennen wollten. In Privilegien groß gezogen und mit Borurtheilen gefängt, hielten fie fich für eine beffere Race, für die Auserwählten und Sochgebornen, und fonnten den Gedanken nicht faffen, daß alle Menschen gleichen Stoffes, und darum gleichen Adels feien. Er aber tonne fich einmal von dem Gedanfen nicht trennen, daß alles Begre immer aus der lebendigen Quelle der belebten Maffe hervorgeben muffe. Der Urquell der Natur fliefe immer lauter und hell, dagegen jeder tunftiche Brunnen fich bald verftopfe. Wie man auch mablen, ausscheiden, außerlefen moge, bald murden diefe Ausgeschoffenen wieder eine, dem unmittelbaren Bolfsleben entfremdete Rafte. Stellvertreter seien selten lange die mahren Träger des öffentlichen Willens, felten lange ein flarer Spiegel des Boltslebens und der Bolfsfraft, darum fonne man nicht oft genug wieder zur Urquelle zurückgeben. Mit diesem Grundsate, daß in der Gesammibeit alle Kraft und aller Berftand sich finde zur Besorgung der Geschäfte eben dieser Gesammtheit, mit diesem Grundsape schreite er hoffnungsvoll ju neuen, unmittelbaren Bablen eines Berfaffungerathes. Ariftofratische Regierungen wollten davon freilich nichts wiffen : es fei ja auch viel fommlicher und bequemer, so mit Seinesgleichen die Welt ju regieren, und dann und wann den lieben, gehorfamen Angehörigen ein gnadiges Lacheln ju fchenfen, aber - in Gottes Ramen — diefe gute, alte Zeit fei jest vorbei.

Vielerlei Regierungen der Schweiz fähen allerdings jest mit geheimem Aerger auf das Benehmen von Bern, aber das Schweigervolf urtheile anders. Zu Stadt und Land, zu Berg und Shal bore man einstimmig das harmonische Lob der Bewohner über das Betragen unferer Gefandten an der letten Tagfagung. Wie follte das auch anders fein? Mit jenen Berrathern, gegen welche 12,000 Burger unter den Waffen gestanden, habe man nicht wollen an Einem Tische figen, mit jenen Chefs der burfeln Partei, die Berderben brutete und auf Schlachtopfer fann, habe man wollen ein strenges Gericht halten. Sollte das dem Volfe nicht gefallen haben? Darum feien auch jest noch Aller Augen auf diesen Großen Rath von Bern gerichtet und alles Bolf erwarte, daß er sich gleich bleibe. Auf ein Dupend Regierungerathe, Großrathe, Tagfapungegefandten und deren Rapbalgereien fomme gar nichts an, das Bolf fummre fich auch nicht um die Schwachheiten des herrn Baumgariner von St. Gallen, der an der Tagfapung unfern Srn. von Tavel mit eiferfüchtigen Augen betrachtet habe, das Bolf wolle grofartige Frei-beit und frebe nach bruderlicher Ginheit und Gintracht. Hierzu babne der Verfassungsrath den Weg, darum stimme er mit Freuben ju diesem antidiplomatischen Antrage des diplomat. Departements. - Um die fremden Machte fich ju fummern und nach Majestäten fragen, das mache uns der Freiheit unwerth und Man folle thun, was vor Gott recht murdige das Bolf berab. ift, und feinen Menschen scheuen, am allerwenigsten die Diplomaten, denn diese maren Land - und Leuteverderber.

Schlieflich bemerkt der Redner, daß er der Ansicht, als folle man auf das Prinzip der Repräsentation nach Kopfzahl verzichten, nicht beipflichten könne, denn wenn auch, wie Hr. von Tavel meine, solche Zugeständnisse und Berzichtleistungen einen Beweis von unserm Patriotismus abgaben, so würden die Unreinen und Sifersüchtigen uns nur dadurch zusverdächtigen suchen.

Stähli von Burgdorf unterflütt feinen Praopinanten: Er wurde das Wort nicht ergriffen haben, wenn nicht etliche Stimmen bier den 1815er Bertrag ju vertheidigen gefucht hatten. Mur einer Unfunde mit der vaterlandischen Geschichte durfe er folche Reden gufchreiben, denn wenn diefe Bundesafte auch alle Die Mängel nicht enthielte, welche herr von Tavel so deutlich gezeigt habe, fo fet fie denn doch die Frucht eines beillofen Berrathes, fie fei ein Beschent, eine Gnadengabe ber Allitren, und das fei hinreichend, fie ju verwerfen. Aber wie die Ehre unfere Bolfes durch folch einen schmablichen Fegen Papier verlett worden fei, fo auch die Freiheit des Landes, darum fage er es hier laut: die Bundesurfunde von 1815 fet ein ehrenräuberisches, freiheitsmörderisches, volksverratherisches Aftenfluck, jusammen-geflickt von unschweizerischen Juntern und fremden Diplomaten. Merger als traurig ware es, wenn unser Bolf nicht aus fich beraus etwas Befferes schaffen fonnte, barum freue er fich langft schon auf einen Berfaffungerath und unterftupe daber die Untrage des Departements und Regierungsrathes.

Stettler. Nicht für die alte Regierung wolle er sprechen, aber gegen die unberusenen Tadler derselben. Es verrathe Wenig Zartgefühl, jeht, wo sie todt sei und unter der Erde, so über sie berzufallen. Sin alter Spruch schon ruse und zu: Lasset die Todten ruhen; und warum solle man die noch mit Schande bedecken, welche bereits so harte Prüfungen und Schläge des

Schickfals erduldet hatten?

Wenn, was einen neuen Bund beträfe, in der Schweiz sich das Band enger schlösse, so werde das gewiß Allen lieb sein, doch müsse er einen "Berfassungsrath" für einen ungesehlichen Bersuch halten. Die Souveränetät stehe jest dem Großen Rathe zu, der Große Rath habe das Wahlrecht für alle Kantonal- und Bundesbehörden, wozu daher auf's Neue Urversammlungen? Der 1815er Bund sei so sich aber hier von einem Vorschlag handle, den man dem Vororte bringen wolle, so stimme auch er mit den Un-Unträgen des diplomat. Departements.

Blumenstein. Es bedürfe der vorgeschlagene Weg keiner Entschuldigung mehr. Alles, was man bisher unternommen, habe zu keinem Ziele geführt, und des alten Vertrages müsse man los sein. Wenn er aber dem Vororte die Ansicht des Standes Vern mittheilen wolle, so könne er zu keinem Zusahe rathen, wie ihn Sr. Kasthofer vorgeschlagen, denn vor größerer Einheit und innigerer Verbrüderung erschrecke heut zu Kage Niemand mehr, sondern er rathe im Gegentheile, einen Jusah ganz anderer Art zu machen. Auf daß nämlich die kleineren Kantone keine Ursache hätten, argwöhnisch zu werden, solle Vern darauf antragen:

"Die an einem Berfassungsrathe theilnehmenden Mitglieder natter Kantone mussen ausbrücklich und nach vorgeschriebener Formel dahin beeidigt werden, fern von allem Kantönligeist nund beschränktem Heimathefinne nur im Interesse der ganzen sichweizerischen Nation, nur für die Stre des Gesammtvater-

"landes ju arbeiten."

Landammann zeigt, wie etliche Redner in ihren Bestimmungen schon zu weit gegangen seien. In der heutigen Situng handle es sich nämlich nicht darum, wie solch ein Verfassungsrath einzurichten sei, auch nicht, welche Kompetenzen er habe, sondern lediglich und allein seien die einfachen Fragen zu beantworten:

1) Wolle man eine Revision des Bundes, und

2) Wie glaube man, daß eine folche am beffen ju Stande

Gegen die erste Frage der Nothwendigkeit und Bunschbarkeit einer Revision habe sich in dieser Versammlung wohl keine Stimme erhoben, und nur in der Beantwortung der zweiten seien verschiedene Meinungen gefallen. Das diplomatische Departement und Negierungsrath hätten einen Verfassungsrath nach Seesenzahl vorgeschlagen, Andere wollten so viel nicht fordern, und sich mit einer kleineren Nepräsentation genügen, noch Andere verlangren nur eine partielle Nevision des Bundes u. s. w. — Was nun das Präsidium betreffe, so könne es nie dazu rathen, das in der Versassung angenommene Prinzip der Repräsentation, wornach ein jeder Bürger Wahl = und Stimmrecht habe, diesen schönen Grundsat politischer Gerechtigkeit auszugeben. Darum wolle er jest zuerft den Antrag des diplomatischen Departements und Regierungerathes unverändert ins Mehr fegen.

Abstimmung:

Für einen Verfassungsrath, bei welchem bas schweizerische Volk nach feiner Seclenzahl repräsentirt ist 127 Stimmen. Für gefallene Meinungen 6 ,

Ein Vortrag des Juftizdepartements über einstweilige Fortbauer der Untergerichte zu Courtlary und Münster: Genehmigt durchs Sandmehr.

Schlugrede des Beren gandammanns.

Tit.

Um Schlusse der ordentlichen Wintersigung und bald am Ende des Jahres muß ein Blick auf die diesjährigen Arbeiten des Großen Nathes Ihre Aufmerksamkeit verdienen.

In 86 Sinungstagen haben Sie folgende Gefese berathen und erlaffen: Gefes über Pensionirung der Primarschullehrer, Organisation der Finanzbeamten, das Wirthschaftswesen, den Handel mit Getränken, die Organisation der Gemeinden. — Mehrere derselben sind umfassend, und boten ihred Inhaltes wie ihrer Ausführung wegen zu Diskussionen reichen Stoff.

Mit welchem Zeitaufwand dann die Instruktionen über den Bundesentwurf, die vielen Wahlen, Folgen des periodischen Austrittes, verbunden waren, wird Ihnen noch im frischen Angedenken stehen. — Die Beschlüsse über mehr denn 160 einzelne Vorträge fallen noch auf dieses Jahr. — Diese den Departementen nach vertheilt, so kamen auf das diplomatische Departement 29, auf das Departement des Innern 5, auf das Justizund Polizeidepartement 57, auf das Finanzdepartement 22, auf das Erziehungsdepartement 9, auf das Militärdepartement 9, auf das Baudepartement 7, auf Megierungsrath und Regierungsrath und Sechszehner eirea 22.

Mit lobenswerther, feltener Aushauer haben Sie, Tit., an diefen Arbeiten Theil genommen, und ohne Unterbrechung fonnten die Sipungen fortgeführt werden.

Wenn die lenten Stunden des Jahres ernfte Betrachtungen erregen, fo wird die Aufforderung dazu für die Stellvertreter

des Bolfes um fo dringender.

Saben wir unsere beschwornen Pflichten getreu erfüllt? — Fern von Saß und Leidenschaft nur das Wohl des Vaterlandes ins Auge gefaßt? Leiteten dabei und keine Nebenabsichten, nicht Ehrgeit, nicht Privatinteresse?

Das sind Fragen, Tit., die nicht menschliches Lob oder Tadel, nicht die Gunst noch Ungunst des Augenblicks beantworten. — Nein, nur der Richter in unserm Innern entscheidet

fie mit unerbittlicher Gerechtigfeit.

Sin an Ereignissen reiches Jahr ift an uns vorübergegangen. In der glücklichen Beseitigung der innern Wirren laßt und, Tit., die schühende hand der Borsehung nicht verkennen. Ihr und der Energie des schweizerischen Bolkes verdanken wir, daß unser Baterland nicht mit allen Gräueln des Bürgerkrieges überschüttet wurde, ja, daß nicht die eine halfte Europa's gegen die andere auf Schlachtseldern ftand.

In die friedliche Seimath zurückgefehrt im Rreise der Ihrigen, wie könnten Sie da nicht dankend gegen die allgütige Borsehung der Abwendung dieser namenlosen Leiden gedenken, und den festen Entschluß fassen, sich des göttlichen Schupes fernerbin würdig zu machen durch Gerechtigkeit und Billigkeit.

Es bleibt mir noch die Erfüllung einer angenehmen Pflicht. Durch Umftände, nicht Willen, aus meinem gewöhnlichen Geschäftsfreise herausgerissen, wurde mir eine Stelle angewiesen, wo alles mir neu und ungewohnt war. Meine Leistungen mußten daher auch den bescheidensten Wünschen viel zu wünschen übrig lassen. Ihr Zutrauen, Ihre freundschaftliche Nachsicht aber begleiteten und ermunterten mich. Dankend dafür scheide ich von der mir angewiesenen Stelle, und empfehle mich in Ihr freundschaftliches Andenten.

Sch erkläre, Tit., die ordentliche Wintersitzung des Jahres 1833 geschlossen.

Berhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern,

Bern, den 27. Dezember 1833.

Das Kreisschreiben des Borortes (Beitage Mr. I.)

an fammtliche eidgenöffische Stande in Betreff der Bundesrevi-

daß es in dem wohlverstandenen Interesse der Eidgenossenschaft überhaupt, so wie aller einzelnen Kantone liege, dir bestebenden Bundeseinrichtungen wesentlich zu verbessern, denn die off ihare Mangelhaftigkeit derselben in Bezug auf die innern Berhälmisse der Schweiz sei im Laufe der letzten Jahre, zumalen auch während der Ereignisse, welche in diesem Jahre die Ruhe und Existenz des Baterlandes bedeutend gefährdet hatten, auf eine für jeden Unbesangenen überzeugende Weise klar geworden, damm die Spre, Würde und Selbständigkeit des Bundes vor dem ungeregelten Treiben der Parteien geschüft werde.

Ueber die äußern Berhältniffe ber Schweiz sagt eben dieses Kreisschreiben, daß in allen benachbarten Staaten, theils von dem einen, theils von dem andern der im öffentlichen Leben dermalen vorherrschenden Prinzipien ausgehend, sämmtliche Staatsfräfte immer mehr entwickelt und auf schnellere Konzentration, auf schnellere Anwendbarkeit derselben gerichtet würden. Die Schweiz durfe allein nicht zurückleiben, ohne in die Gefahr zu gerathen, ihre Selbständigkeit und Freiheit zu verlieren.

Schließlich bezeichnet es folgende vier Wege, welche am besten in diefer Sache könnten eingeschlagen werden, und ladet ein, sich baldigst für den einen oder andern dieser Wege zu erflären:

- 1. Es könnte nämlich auf dem bisher betretenen Pfade durch eine außerordentliche oder ordentliche Tagfahung über den revidirten Entwurf einer Bundesurkunde eine neue einläßliche, auf Standesinftruktionen gegründete Berathung gepflogen werden, oder
- 2. Es könnte eine aus bevollmächtigten Abgeordneten aller eidgenöffischen Stände im Berhältniffe der dermaligen Bertretung derfelben in der Tagfagung jufammengefeste Konferenz mit Bearbeitung einer neuen Bundeburfunde unter Borbehalt der Ratisfikation der Stände beauftragt werden, oder
- 3. Es wäre einem nach dem Verhältniffe der Bevölferung durch das Volf vermittelft befonderer in den Kantonen aufzustellenden Wahlfollegien erwählten, eidgenöffischen Verfassungsrath die Bearbeitung einer Bundesverfassung unter dem Vorbehalt der Unnahme durch die Mehrheit der Schweizerbürger zu übertragen, oder
- 4. Endlich könnte eine allmählige partielle Revision des bestehenden Bundesvertrags durch die Tagsabung eingeleitet werden. In dem letteren Falle bätten die Stände zugleich einerfeits diesenigen Punkte zu bezeichnen, welche sie zuerst erörtern wollten, und anderseits dem eidgenössischen Bororte die erforderlichen Vollmachten zu ertheilen, für Berathung der auf solche Weise näher bezeichneten Gegenstände geeignete Anträge an die Kantone zu bringen.

In den Verhandlungen vom Samstage bemerkten wir schon, daß der Große Rath sich mit entschiedener Mehrbeit für Nr. 3 (für die Idee eines eidgenössischen Verfassungsraths) erklärte.

Folgender Maßen lautet der hieher gehörige Antrag des diplomatischen Departements über die Bundesrevision.

(Beilage Mr. II.)

Tit.

Durch Kreisschreiben vom 16. November gibt der hohe Vorort sämmtlichen Ständen von dem Standpunfte der Verathungen
über die Revision des am 7. Augstmonat 1815 unter den 22
Kantonen der Schweiz abgeschlossenen Bundesvertrags Kenntnis,
und zicht aus der Entwickelung der darauf bezüglichen Thatsachen
den Schluß, daß die Standesregierungen nicht, abgeschreckt durch
den ersten mistungenen Versuch für Begründung angemessener
Bundeseinrichtungen, von einem so großen und hossentlich für
die allgemeine Wohlfabrt ersprießlichen Unternehmen zurücktreten, sondern vielmehr mit vermehrter Thätigkeit und die mannigfaltigen Erfahrungen der neuesten Zeit benußend, zu weiteren
Verhandlungen über die Bundesrevision sich entschließen sollen.

hiefür bieten sich nach des vorörtlichen Staatsrathes Dafürhalten vier Wege dar, die vorgeschlagen werden könnten, nämlich:

- 4) Auf dem bisher betretenen Pfade durch eine außerordentliche oder ordentliche Tagfahung über den revidirten Entwurf einer Bundesurfunde, wie derselbe unter Lit. F. dem Abschiede der im Frühjahr 1830 versammelt gewesenen Bundestage beigelegt ift, eine neue einläßliche, auf Standesinstruktionen gegründete Berathung zu pflegen, oder
- 2) eine aus bevollmächtigten Abgeordneten aller eidgenössischen Stände im Berhältniß der dermaligen Bertretung derfelben in der Tagfagung zusammengesetzte Konferenz mit Bearbeitung einer neuen Bundeburkunde unter Borbehalt der Natififation der Stände zu beauftragen, oder
- 3) einem nach dem Verhältnisse ber Bevölkerung durch das Volk vermitteln besonderer in den Kantonen aufzustellenden Wahlfollegien erwählten eidgenössischen Verfassungsrathe die Vearbeitung einer Vundesverfassung unter dem Vorbehalte der Annahme durch die Mehrheit der Schweizerbürger zu übertragen; oder endlich
- 4) eine allmählige partielle Revision des bestehenden Bundesvertrags durch die Tagfahung einzuleiten, in welchem Falle
 die Stände einerseits diesenigen Punkte zu bezeichnen hätten,
 welche dieselben zuerst der Erörterung zu unterwerfen gesinnt
 sind, und andererseits dem eidgenössischen Vororte die erforderlichen Vollmachten ertheilen müßten, um nach Verathung der
 auf solche Weise näher bezeichneten Gegenstände geeignete Anträge an die Kantone zu bringen.

Nach Andeutung dieser vier Wege, auf welche dem Revisionswerke eine weitere Folge gegeben werden könnte, überläßt der Vorort den Ständen die Prüfung der mannigfachen sehr beachtenswerthen Gründe, welche sowohl für als gegen die eine oder andere der angeführten Behandlungsweisen sprechen, und ersucht sie bloß, sich sobald als möglich zu erklären, welchem dieser Verfahren sie ihrerseits beipflichten wollen, damit nach Maßgabe einer aus solchen Entschließungen hervorgehenden Standesmehrheit dann beförderlich dem Tagsahungsbeschlusse vom

10. Oftober letthin gemäß die weiteren Ginleitungen getroffen werden fonnen.

Neber diese hochwichtige, den Keim unberechenbarer Folgen in sich bergende Nationalfrage ist nun das diplomatische Departement angewiesen worden, Ihnen, Tit., seine gutachtlichen Unsichten zu eröffnen, eine Aufgabe, die es nach bestem Wissen und Gewissen zu lösen sich beeilt, für die es aber auch und um so mehr Ihre Nachsicht in Unspruch nehmen muß, als ihm wegen außerordentlicher Unhäufung von Geschäften, wegen Beschneidung seiner Zeit durch die Sizungen der obern Staatsbebörden, und wegen Unpäslichkeit einiger Mitglieder bloß einige Stunden zu Behandlung der vorörtlichen Eröffnung und Stizzirung daraus abgeleiteter Anträge zugemessen sind.

Wie bekannt, ward vor 18 Monaten auf den Antrag Thurgaus von der Mehrheit der eidgenöffischen Stande der Grundfat der Bundedrevision ausgesprochen. Gine dem Schoofe der Tagfagung entsprungene Rommiffion erhielt den Auftrag, den Entwurf eines neuen Grundgesetzes zu bearbeiten. Mach sechs= wöchentlicher gebeimnifvoller Konflave ju Luzern fam derfelbe in den letten Tagen des verfloffenen Jahres an's Tageslicht. Seine 120 Artifel bildeten ein fünftlich zusammengezimmertes Ganze, das als Transaktionswerk fich ankundigte. Auf den erften Anblick bin überraschend, verlor die neue Bundesurfunde an Werth, je naber fie geprüft wurde. Menfchen trans. igiren Pringipien nicht. Un Grundfapen, wie der vorgeschrittene Geift der Zeit fie verlangte, fehlte es hauprfachlich. Und da die ftationiare Partie bennoch Opfer bringen follte, fo geschah es, daß weder die alte noch die junge Schweiz mit dem Entwurfe sich befreunden konnten. Unbarmherzig fielen Große Rathe und Landegemeinden über ihn ber, fandten Boten nach Burich auf die außerordentliche Sagfagung, um ihn ju Gunften ber Kantonalfouveranetat zu beschneiden. Was mabrend der zweimonatlichen ermudenden Berathungen darüber verschont blieb, bildete nun den fogenannten revidirten Entwurf einer neuen Bundesurfunde, der offenbar in den meiften feinen Theilen noch mangelhafter war, als der erfte. Dennoch ließen nich die meisften eidgenöffischen Regierungen bewegen, ihn um einiger Borgige willen, die er vor dem fünfzehner Vertrage befaß, mit Vorbehalt ber Genehmigung durch das Volk anzunehmen. Das Volk aber war hierin anderer Meinung. Luzern verwarf — und das Revisionsgebande fürzte zusammen.

Ans diesen wenigen Thatsachen glaubt nun das diplomatische Departement mit voller Neberzeugung schließen zu dürsen, daß eine an Standesinstruktionen gebundene Tagsatung durchaus unsfähig ist, eine Acform unserer Bundesverfassung vorzubereiten, und daß jeder Bersuch, ihr eine so hochwichtige Arbeit zu übertragen, nur noch kläglicher und winziger ausfallen würde, als die beiden, welche bereits Statt gefunden; es könnte also das Departement unmöglich antragen, daß auf diesem Wege noch einmal zur Bundesrevision hand geboten werde.

Von des Vorortes zweitem Vorschlage, dieselbe einer aus bevollmächtigten Abgeordneten aller eidgenössischen Stände im Verhältnisse ihrer termaligen Vertretung auf der Tagsahung zusammengesehten Konferenz unter Ratistationsvorbehalt zu überztragen, kann es sich keinen günstigern Erfolg versprechen. Diese Konferenz, gleich der Tagsahung von Standesrepräsentanten gebildet, wird auf die nämlichen Schwierigkeiten stoßen, wie jene, und demnach ihre Aufgabe schwerlich bester zu lösen wissen. Ein Mittel aber, das nicht zum Zwecke zu führen verspricht, wagt das Departement nicht zu empsehlen; es glaubt daher auch von diesem zweiten Modus abrathen zu sollen.

Sine allmählige partielle Nevision durch die Tagfahung einleiten zu lassen, würde nach biesigem Grachten blos das Miniaturgegenstück zu der misslungenen Totalrevision werden. Dafür ift die Muße zu kostbar, das Bedürfniß zu groß, der Nuf der Zeit zu ernst. Unbedenklich wird daher vom Departement auch dieser dritte Vorschlag verworfen.

So, Tit., bleibt denn nur noch derjenige übrig, der dahin schließt, einem nach dem Verhältnisse der Bevölkerung durch das Volk vermittelst besonderer in den Kantonen aufzustellenden Wahlstollegien erwählten eidgenössischen Verfassungsrath die Vearbeitung einer Bundesverfassung unter dem Vorbehalte der Annahme durch die Mehrheit der Schweizerbürger zu übertragen. Offenbar bieten sich für und wider denselben sehr mannigkache und beachtenswerthe Gründe dar. — Wenn das Departement aber bedenkt:

daß dieser Modus der einzige mit den Verfaffungen der regenerirten Kantone im Ginklange fiebende, rationelle ift;

daß er mehr und mehr Bunfch , Berlangen des schweizerischen Bolles zu werden beginnt ;

daß feiner Anoführung feine unüberwindlichen Sinderniffe entgegenfieben; und

daß endlich seine Folgen sämmtliche Sidgenossen durch eine feiertiche Erklärung, wie fein Kanton zur Annahme des durch den Verfassungerath entworfenen Vundesakts gezwungen, und mit den allenfalls nicht beitretenden Ständen der bisberige freundschaftliche Verkehr nicht nur beibehalten, sondern durch den Abschlis eines Schutz- und Trupbundnisses von neuem bestätigt und befestigt werden solle, zu beruhigen wären; wenn — wie gefagt — das Departement dieses Alles erwägt, so glaubt es mit gutem Gewissen und (soweit es die Anwesenden betrifft) einmuthig Ihnen den Antrag eröffnen zu sollen, daß

- 1) dem Vorort überschrichen werde, der Kanton Vern, von der Nothwendigkeit einer durchgreifenden Bundesrevision übersteugt und bereit, hiefür bedeutende Opfer zu bringen, stimme, so viel an ihm, zur Aufstellung einer mit dieser Nevision nach Anleitung des vorörtlichen Vorschlages Nr. 3 zu beauftragenden eidgenössischen Verfassungsrathes; und daß
- 2) die auf eine allfällig zusammentretende außerordentliche Tagfagung zu ernennende Gefandtschaft die bestimmteste Weisung erhalte, auf Einschlagung dieses einzig rationellen Weges zu Bewerkstelligung der Bundesrevision zu dringen, und das Möglichste zu thun, um auch die übrigen eidgenössischen Stände für die Aufstellung eines eidgenöss. Verfassungsrathes zu gewinnen.

Alles aber u. f. m.

Bern, den 20. Deg. 1833.

Namens des diplomat. Departements, der Sekretär: (sig.) Moriz von Stürler.

Der Regierungsrath hat den vorstehenden Antrag des diplos matischen Departements genehmigt, und vor den Großen Rath zu weisen beschlossen.

Bern, den 20. Deg. 1833.

Namens des Negierungsrathes, der zweite Nathöschreiber: (sig.) J. F. Stapfer.